



Stenografischer Bericht

40. Sitzung

am Freitag, dem 7. Mai 2004,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

TOP 2

- a) Regierungserklärung des Herrn Staatsministers Rainer Robra zum Thema „Sachsen-Anhalts Chancen im erweiterten und neu verfassten Europa“

Staatsminister Herr Robra 2945

b) Aussprache zur Regierungserklärung

Herr Dr. Püchel (SPD) 2950, 2955
Herr Kosmehl (FDP) 2953
Frau Dr. Klein (PDS) 2955
Frau Wybrands (CDU) 2958

TOP 3

Erste Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2004

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drs. 4/1558

Minister Herr Prof. Dr. Paqué 2962
Herr Gallert (PDS) 2968

Herr Tullner (CDU) 2971
Herr Bullerjahn (SPD) 2976
Herr Lukowitz (FDP) 2981
Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer 2983
Herr Dr. Püchel (SPD) 2985
Ausschussüberweisung 2986

TOP 12

Erste Beratung

Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/1554

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
- Drs. 4/1586

Frau Dirlich (PDS) 2987
Minister Herr Dr. Rehberger 2988
Frau Röder (FDP) 2990
Frau Fischer (Leuna) (SPD) 2990
Frau Fischer (Merseburg) (CDU) 2991
Ausschussüberweisung 2992

TOP 16

Beratung

a) Gemeinsame Feuerwehr-Unfallkasse der Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 4/1560

b) Fusion der Feuerwehr-Unfallkassen von Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Feuerwehr-Unfallkasse Mitte

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/1565

Herr Kolze (CDU).....	2992
Frau Tiedge (PDS).....	2993
Minister Herr Jeziorsky	2994
Herr Rothe (SPD)	2995
Herr Kosmehl (FDP)	2996
Beschluss zu a.....	2997
Beschluss zu b.....	2997

TOP 17

Beratung

Gründungsgeschehen in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/1562

Herr Dr. Thiel (PDS)	2997, 3003
Minister Herr Dr. Rehberger.....	2999
Herr Laaß (CDU)	3001
Frau Budde (SPD)	3002
Herr Dr. Schrader (FDP)	3002
Beschluss	3003

TOP 18

Erste Beratung

Regelungen für Mindestlohn**Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/1563**

Frau Rogée (PDS)	3003, 3008
Minister Herr Dr. Rehberger.....	3005
Frau Röder (FDP)	3006
Herr Metke (SPD).....	3007
Herr Poser (CDU).....	3008

Ausschussüberweisung.....3008

TOP 19

Beratung

Barrierefreies Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/1564

Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 4/1583

Herr Dr. Eckert (PDS)	3009, 3014
Frau Rotzsch (CDU).....	3011
Herr Sachse (SPD)	3012
Herr Ernst (FDP)	3012
Minister Herr Dr. Daehre	3013

Beschluss.....3014

TOP 21

Beratung

Wahl der Vertrauensleute und deren Stellvertreter für den beim Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt zu bestellenden Ausschuss gemäß § 7 Abs. 6 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AG VwGO LSA)

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der PDS und der FDP - Drs. 4/1571

Beschluss.....3015

Beginn: 9.04 Uhr.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne hiermit die 40. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der vierten Wahlperiode. Ich begrüße Sie alle - jedenfalls diejenigen, die bereits den Weg hierher gefunden haben - auf das Herzlichste.

Das Mitglied des Landtages Herr Friedemann Scholze hat heute Geburtstag. Dazu gratuliere ich ihm recht herzlich, auch im Namen des Hohen Hauses.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich wünsche Ihnen Glück und Gesundheit für den heutigen Tag und für das ganze folgende Jahr.

Ich erinnere Sie alle noch einmal daran, dass Frau Ministerin Wernicke und Herr Minister Kley ganztägig und Herr Minister Professor Olbertz ab 15 Uhr für den heutigen Sitzungstag entschuldigt sind.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wir setzen nunmehr die 21. Sitzungsperiode fort. Vereinbarungsgemäß beginnen wir mit dem Tagesordnungspunkt 2. Danach folgt der Tagesordnungspunkt 3.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2 a** auf:

Regierungserklärung des Herrn Staatsministers Rainer Robra zum Thema „Sachsen-Anhalts Chancen im erweiterten und neu verfassten Europa“

Anschließend findet eine Aussprache zu diesem Thema statt. Meine Damen und Herren! Ich bitte Herrn Staatsminister Robra, das Wort zu ergreifen.

Herr Robra, Staatsminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der 1. Mai 2004 ist aus europäischer Sicht ohne jeden Zweifel ein historisches Datum. Mit dem Beitritt von zehn Staaten wurde die bislang größte Erweiterung der Europäischen Union vollendet.

Es trifft sich gut, dass der Beitritt mit der Europawoche zusammenfällt, die wir seit zehn Jahren gemeinsam mit allen deutschen Ländern in der ersten Maidekade begehen. In über 100 Veranstaltungen in Sachsen-Anhalt und über 1 000 in der gesamten Bundesrepublik wird auf die vielfältigen europäischen Bezüge unseres täglichen Lebens und unserer Politik aufmerksam gemacht.

Die vielen europäischen Aktivitäten unseres Landes und der neue historische Entwicklungsabschnitt veranlassen mich, heute für die Landesregierung zur Europapolitik zu sprechen und damit auch Gelegenheit zu geben, europapolitische Themen in diesem Parlament einmal an hervorgehobener Stelle zu diskutieren.

(Zustimmung von Herrn Czeke, PDS)

Meine Damen und Herren! Nach Artikel 1 der Landesverfassung ist Sachsen-Anhalt Teil der europäischen Völkergemeinschaft. Die aktive Teilnahme des Landes am europäischen Integrationsprozess ist somit Auftrag und Aufgabe zugleich. Dem stellt sich die Landesregierung in vielfältiger Weise.

Lassen Sie mich mit dem aktuellsten Thema beginnen, der Erweiterung der Europäischen Union. Seit wenigen Tagen leben wir in einer Gemeinschaft von rund 450 Millionen Menschen, die in großer Übererstimmung gemeinsame Ziele verfolgen. Mit der Erweiterung der Europäischen Union werden Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in Europa dauerhaft gefestigt. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilität unseres Kontinents.

Das große Versöhnungswerk, das uns nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges auferlegt war, ist gelungen. Um eine Formulierung von Milan Kundera aufzugeben: Der gekidnappte Teil Europas ist heimgekehrt.

Auch vor diesem Hintergrund hat Sachsen-Anhalt die Erweiterung der EU stets mit Sympathie und Unterstützung begleitet. Unsere Zustimmung zur Erweiterung ist auch als Akt der Solidarität zu verstehen.

Der mutigen Politik Ungarns, Polens und der damaligen Tschechoslowakei im Jahr 1989 haben wir die deutsche Einheit ganz wesentlich mitzuverdanken. Die Weiterentwicklung der Einigung Europas nach Osten ist mehr als die Bündelung von Kräften im internationalen Standortwettbewerb. Worum es wirklich geht, hat Richard Schröder schlicht auf den Punkt gebracht: Einigkeit und Recht und Freiheit für einen ganzen Kontinent - nicht mehr und nicht weniger!

Sachsen-Anhalt ist in vielfältiger Weise freundschaftlich mit den neuen EU-Mitgliedern und den Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien verbunden. Traditionelle Beziehungen bilden ein gutes Fundament für nachhaltige Kontakte in der Zukunft. Es würde den Rahmen dieser Regierungserklärung sprengen, wollte ich beginnen, all die Kontakte, die es zwischen Sachsen-Anhalt und den Beitrittsländern gibt, aufzuzählen. Tausende unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger beteiligen sich daran; sie verdienen unseres herzlichen Dank.

Der Landesregierung kommt es darauf an, das Potenzial dieser Kontakte verstärkt auch für die Lösung unserer eigenen drängendsten Probleme zu nutzen. Damit meine ich die Vertiefung der Außenhandelsverflechtung und der gezielten wirtschaftlichen Kooperation, die die Position unserer Unternehmen in Sachsen-Anhalt stärkt, statt sie zu veranlassen, in Länder mit niedrigen Löhnen, Steuern und sozialen Standards abzuwandern. Es kommt darauf an, für den Wirtschafts-, Wissenschafts-, Kultur- und Innovationsstandort Sachsen-Anhalt zu werben und gezielt den Erfahrungsaustausch mit den mittel- und osteuropäischen Ländern zu intensivieren.

Dabei kommt uns zugute, dass Sachsen-Anhalt seit 1990 umfangreiche, bisweilen auch schmerzliche Erfahrungen im Umstrukturierungsprozess sammeln konnte. Nach diesem an Freud und Leid reichen Weg verfügt das Land heute aber über ein wichtiges Know-how, das ein wesentlicher Teil unserer Angebotspalette gegenüber den Ländern Mittel- und Osteuropas ist. Im Hinblick auf die mit der Erweiterung verbundene Stabilisierung unserer Märkte sowie die Erhöhung der Nachfrage aus diesen Ländern nutzte und nutzt die Landesregierung die eigenen Transformationserfahrungen, um den Beitrittsländern und Beitrittskandidaten bei der Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft zu helfen und zugleich die bilateralen, nicht zuletzt auch wirtschaftlich wertvollen Kontakte zu vertiefen.

Beispielhaft nenne ich in diesem Zusammenhang die Entwicklung bi- und multilateraler Partnerschaften zu ver-

schiedenen Ländern und Regionen Mittel- und Osteuropas, die Entwicklung von regionalen Innovationsstrategien in der Tschechischen Republik und Ungarn, das Kontaktbüro in Tallinn, die Begegnungsstätte in Plovdiv, Expertenentsendungen im Rahmen so genannter Twinningprojekte der EU zum Verwaltungsaufbau, Konferenzen für zentral- und osteuropäische Kreditmanager und Hospitationen von Richtern und Staatsanwälten aus den Staaten Mittel- und Osteuropas in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt leistet mit solchen Maßnahmen seinen Beitrag, um den Aufbau einer modernen Verwaltung in den Beitrittsländern zu unterstützen, sodass sie in der Lage sind, das EU-Recht korrekt umzusetzen und in der Praxis anzuwenden.

Die bislang größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union wird nicht ohne Auswirkung auf die Gemeinschaft und ihre Mitglieder bleiben. Das trifft auch auf Sachsen-Anhalt zu. Die Landesregierung ist davon überzeugt, dass die Chancen der EU-Erweiterung die mit ihr verbundenen Risiken bei weitem überwiegen, wenn wir die Chancen aktiv ergreifen.

Da diese Fragen auch in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert werden, gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu ausgewählten Problemkreisen.

Bei der Diskussion über die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf unseren Arbeitsmarkt wird oft vergessen, dass sich für Sachsen-Anhalt das Problem in absehbarer Zeit gar nicht stellt. Durch die im Beitrittsvertrag verankerte Übergangsfrist ist die Arbeitnehmerfreizügigkeit für bis zu sieben Jahre eingeschränkt. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass heute wesentlich mehr Deutsche in Polen tätig sind als Polen - legal - in Deutschland.

Im Lichte unserer Bevölkerungsprognose, die Engpässe bei jungen qualifizierten Arbeitnehmern erwarten lässt, werden wir die ArbeitskräfteNachfrage in sieben Jahren unter Umständen anders beurteilen als heute.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen auch nicht übersehen, dass bei einem Trendwachstum von 3 bis 5 % pro Jahr die positiven Zukunftsaussichten in den Beitrittsländern dort zuverlässiger als Migrationsbremse wirken, als es jede Regulierung könnte. Dies hat uns auch die Süderweiterung der EU gelehrt, der wir zudem die Erkenntnis verdanken, dass die Mobilität selbst innerhalb der neuen Mitgliedstaaten eher gering ist. Wir sollten daher die Abwanderungstendenzen in den „reichen“ Westen nicht überschätzen.

Wer heute als Unternehmer im Zentrum der Automobilindustrie in der Slowakei investiert, macht diese Erfahrung bereits. Trotz der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit im Lande gibt es große Schwierigkeiten bei der Anwerbung von Fachkräften.

Im Verkehrsbereich wird sich der Personen- und Güterverkehr zwischen Deutschland und den Beitrittsländern erheblich schneller entwickeln als der Binnenverkehr. Sachsen-Anhalt wird davon bei allen Verkehrsträgern in hohem Maße betroffen sein. Wir dürfen dabei nicht nur Transitland im Ost-West-Verkehr bleiben, sondern müssen uns zu einer echten Drehscheibe zwischen Nord und Süd sowie Ost und West entwickeln.

Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist im Zuge der EU-Erweiterung daher für Sachsen-Anhalt von besonderer Bedeutung. Bei aller Anerkennung der seit 1990 ge-

leisteten Anstrengungen sind noch viele berechtigte Wünsche offen. An dieser Stelle darf es nicht zu Einschränkungen kommen, nur weil der Bundesregierung wegen des Mautdebakels die Einnahmen fehlen. Wir gefährden das große Projekt der Europäischen Union, wenn wir es am Verkehrsinfarkt verrecken lassen.

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung erwartet, dass die Erweiterung der EU nicht zu einer Schwächung der inneren Sicherheit führen wird. Wenn gewährleistet ist, dass der gesamte Besitzstand der EU im Sicherheitsbereich übernommen wird - und ganz Europa arbeitet daran -, sind keine unmittelbaren Veränderungen, die Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt haben, zu erwarten. Soweit es durch den Wegfall der Warenkontrollen zu einer vermehrten illegalen Einfuhr von Waren kommt, wird der Innenminister mit verstärkten Kontrollen auf den Autobahnen des Landes konsequent einschreiten.

Entgegen einer verbreiteten Annahme wird im Übrigen der Abbau der Personenkontrollen an den Grenzen zu den östlichen Beitrittsländern erst erfolgen, wenn das jeweilige Land alle EU-Sicherheitsstandards vollständig übernommen hat und dauerhaft anwendet. Daher hat die Erweiterung der EU nicht zwangsläufig Folgen für die allgemeine Kriminalitätslage in Sachsen-Anhalt. Es ist im Gegenteil zu erwarten, dass durch eine verbesserte Zusammenarbeit mit den Polizei- und Justizbehörden der neuen Mitgliedstaaten eine effektivere Verbrechensbekämpfung und Strafverfolgung ermöglicht wird. Unsere Fachhochschule der Polizei hat in einem gemeinsamen Projekt mit dem BKA einen Beitrag zur Ausbildung polnischer Sicherheitskräfte geleistet.

Die EU-Erweiterung bringt also unter dem Strich mehr Sicherheit für uns alle, weil die große Gemeinschaft der Völker mehr Sicherheit zu gewährleisten vermag als die Summe der einzelnen Staaten.

(Zustimmung von Herrn Dr. Höppner, SPD)

Meine Damen und Herren! Ich bin mit vielen anderen zuversichtlich, dass sich auch für die Wirtschaft positive Effekte ergeben werden. Wenn die EU an dem ehrgeizigen Ziel von Lissabon festhält, aus Europa bis 2010 den dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, wird die Kommission noch gewaltige Anstrengungen unternehmen müssen. Für den Osten Europas bedeutet dies, es entstehen neue Märkte. Das war schon so, als viele unserer Städte über die Hanse oder das Magdeburger Recht mit Osteuropa verbunden waren.

Mit der EU-Erweiterung entsteht der weltgrößte Binnenmarkt. Das Wirtschaftswachstum in den Beitrittsländern liegt deutlich über dem deutschen. Es schafft so eine Voraussetzung für die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen sowie Investitionen. Zudem verbessert sich durch die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes die Rechtssicherheit für eine wirtschaftliche Betätigung in den Beitrittsländern.

Aufträge für Firmen aus Sachsen-Anhalt können sich vor allem aus den notwendigen Investitionen ergeben, die in den neuen EU-Staaten erforderlich werden, um sich im Konvergenzprozess der nächsten Jahre den EU-Standards anzunähern. Die EU schätzt die Aufwendungen allein für den Umweltbereich auf eine Summe von bis 110 Milliarden €. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank rechnet damit, dass in den Beitrittsländern bis 2015 rund 500 Milliarden € investiert werden müssen, um die dor-

tige Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation auf den Stand der EU-15 zu bringen.

Das verdeutlicht, welche Marktchancen gerade unsere Unternehmen wegen ihrer Marktnähe zu den neuen Mitgliedstaaten haben und wie viel Geld dort von Unternehmen verdient werden kann, die die Zeichen der Zeit erkannt haben und etwas unternehmen, statt nur ihr Schicksal zu beklagen.

Auch in der Land- und Ernährungswirtschaft sehen wir gute Chancen für die heimischen Erzeuger auf den neuen Märkten im Osten der EU, obwohl die Auswirkungen der EU-Agrarreform immer noch sehr kontrovers diskutiert werden. Diese Probleme sind aber ganz gewiss nicht den neuen Mitgliedsländern anzulasten.

Schon in der Vorbeitrittsphase hat sich gezeigt, wie groß die positiven Effekte für die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt sind, die die EU-Erweiterung mit sich bringt. Von 1998 bis 2002 hat sich das Volumen des Exports aus Sachsen-Anhalt in die Beitrittsländer mehr als verdoppelt. Insgesamt hat die deutsche Wirtschaft allein im Jahr 2001 über 3,5 Milliarden € bei unseren neuen Partnern in Mittel- und Osteuropa investiert. Dies ist ein beeindruckendes Zeichen für die Dynamik der dortigen Märkte. Ihr Anteil am deutschen Außenhandel hat sich seit 1994 verdoppelt und entspricht mit 9,3 % etwa dem Handel mit den USA.

Gleichwohl sind wir mit dem Erreichten noch nicht zufrieden, denn die Exportquote Sachsen-Anhalts liegt noch deutlich unter dem deutschen Durchschnitt. Um dies zu ändern, hat die Landesregierung im April ein neues Außenwirtschaftskonzept beschlossen. Wir wollen den Unternehmen stärker dabei helfen, sich im Ausland zu engagieren, neue wirtschaftliche Kontakte aufzubauen und Geschäfte zu machen, die letztlich für das gesamte Land von Nutzen sind.

Meine Damen und Herren! Wie wir wissen, hat jede Medaille zwei Seiten. So wäre es auch unredlich, nur auf die Chancen der Erweiterung hinzuweisen. Es gibt selbstverständlich auch Risiken und besondere Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Schon seit der Öffnung der Märkte zu den Beitrittsländern in den 90er-Jahren steht Sachsen-Anhalt in einem Standortwettbewerb mit diesen Staaten, der sich mit der weiteren Integration des Binnenmarktes und der Förderung der Beitrittsländer durch die EU-Strukturfonds noch verstärken dürfte. Hinzu kommt das zum Teil deutlich geringere Lohnniveau in den neuen Mitgliedstaaten.

Aber auch ohne die Erweiterung wären die Löhne in den osteuropäischen Nachbarländern deutlich geringer als hier. Mit der Erweiterung und der zu erwartenden Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen dürfte sich die Schere eher schneller schließen als ohne den Beitritt. Es liegt an uns und an unserer Wirtschaft, diesen Nachteil durch Innovation, Flexibilität, Qualität, Service und internationale Arbeitsteilung wettzumachen - eine Herausforderung, die sich im Zeitalter der Globalisierung wohl auch ohne die Erweiterung gestellt hätte.

Nicht verschweigen will ich auch die drastischen steuerlichen Belastungsunterschiede innerhalb des erweiterten Europas, die ich als bekannt voraussetze. Die Landesregierung sieht sich deswegen in ihrem Einsatz für eine grundlegende Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Steuersystems bestärkt. Auch die EU

sollte sich der Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs neu stellen. Vordringlich erscheint eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen und eine Verbesserung der Wirkungsweise des unter den Mitgliedstaaten geltenden Verhaltenskodex für ein eigenes Mindeststeueraufkommen in den Beitrittsländern.

Aber man kann es trotz alledem nicht deutlich genug sagen: Die Adresse für die deutsche Standortqualität ist nicht Brüssel, geschweige denn Warschau, die Adresse ist Berlin-Mitte bei Schröder. Dort muss endlich gehandelt werden. Unter den 25 Ländern sind wir nirgends Spitze. Bei der Inflationsrate liegen wir immerhin an vierter, bei der Zahl der PCs je Einwohner an sechster Stelle,

(Herr Dr. Püchel, SPD: Kauft Herr Schröder zu wenig PCs für seine Familie?)

- Herr Dr. Püchel, Sie vielleicht? - beim Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner an neunter, bei der Geburtenzahl an fünfzehnter, bei der Arbeitslosenquote an achtzehnter und, Herr Oppositionsführer, bei der Wachstumsrate an dreiundzwanzigster Stelle. Wahrlich kein Anlass, sich im europäischen Wettbewerb auszuruhen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein weiteres Risiko für Ostdeutschland können die Konditionen der EU-Strukturförderung nach 2006 werden. Darüber haben wir in diesem Landtag erst kürzlich debattiert, sodass ich von weiteren Ausführungen zu diesem Thema absehe.

Die ostdeutschen Regierungschefs werden am 24. Mai 2004 mit Wettbewerbskommissar Monti zusammentreffen und die gemeinsamen Forderungen der ostdeutschen Länder zu den mit der Strukturpolitik verbundenen Beihilfefragen nachdrücklich vorbringen. Wir brauchen ein Beihilfenniveau, das auch in Zukunft Ansiedlungsanreize für neue Unternehmen ermöglicht.

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung appelliert im Hinblick auf die Nutzung der Chancen der EU-Erweiterung auch an die Eigenverantwortung der Wirtschaft. Wir unterstützen die Aussage des Präsidenten der IHK Magdeburg Dr. Hieckmann: Wer sich jetzt nicht kümmert, wird auf jeden Fall zu den Verlierern der EU-Erweiterung gehören.

Hoffnungsvoll stimmt mich das Beispiel der Bördekäse GmbH in Vahldorf, die als traditionelles Familienunternehmen schon vor Jahren den Schritt in Richtung Osten gewagt hat. Es war gut für Europa, wie optimistisch der Juniorchef am 14. April 2004 in diesem Raum bei einer europapolitischen Veranstaltung mit Jugendlichen von den Chancen des größeren Binnenmarktes gesprochen hat, die er offensiv wahrnimmt. Freilich, er hat auch von den Mühen gesprochen, die mit der Erschließung neuer Absatzmärkte verbunden sind. Aber an dem Elan dieser Firma sollten sich viele andere in Sachsen-Anhalt ein Beispiel nehmen.

Daher geht meine Bitte an alle Unternehmen, sich jetzt auf die EU-Erweiterung einzustellen, sich mit den Chancen und Herausforderungen vertraut zu machen, die vielen Informations- und Unterstützungsangebote der Landesregierung zu nutzen, zum Beispiel die Programme zur Außenwirtschaftsförderung, Zuwendungen für Außenwirtschaftliche Beratungs- und Markterschließungsmaßnahmen und Absatzförderung für einheimische Produkte, Schaffung von Firmenpools und Außenwirtschaft-

lichen Netzwerken, Messeförderung, gemeinsame Aktivitäten des Landes mit Kammern und Wirtschaftsverbänden sowie die Unterstützung bei der zielgerichteten Qualifizierung der Mitarbeiter für eine Außenwirtschaftstätigkeit.

Meine Damen und Herren! Ängste und Unsicherheiten beruhen oft auf mangelnder Information. Die Landesregierung hat dieses Defizit erkannt und gehandelt. In den europapolitischen Publikationen der Staatskanzlei, ob in Broschüren oder im Internet, wurde regelmäßig über aktuelle Entwicklungen im Hinblick auf die EU-Erweiterung informiert. Speziell für die Unternehmen in Sachsen-Anhalt haben wir ein elektronisch vertriebenes Informationsblatt erstellt, das in kompakter Form Ansprechpartner aufliest, die den Firmen mit Rat und Tat zur Seite stehen, wenn es um eine wirtschaftliche Betätigung in den Beitrittsländern geht.

Diese Maßnahmen sind durch eine ganze Reihe von speziellen Veranstaltungen der Landeszentrale für politische Bildung, von Kammern und Verbänden ergänzt worden. Eine wichtige Informationsquelle zu allen aktuellen EU-Themen ist auch der EU-Wochenspiegel des Verbindungsbüros, der wöchentlich an mehr als 1 000 Institutionen und Einzelpersonen in Sachsen-Anhalt versandt wird.

Nicht vergessen möchte ich bei dieser Gelegenheit die verschiedenen europäischen Beratungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt, die - wie das Euro-Infocenter in Magdeburg, der Infopoint Europe in Halle, um nur zwei zu nennen - das Informationsbedürfnis von Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern zu europäischen Fragen decken. Daneben haben Vereine und Verbände eigene Veranstaltungen durchgeführt. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich für das europäische Engagement aller Beteiligten bedanken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In diesen Dank darf ich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der neu geschaffenen Europa-Abteilung der Staatskanzlei und unseres Verbindungsbüros einbeziehen, ohne deren Arbeitseinsatz und Kreativität dies alles nicht möglich gewesen wäre und ohne deren Sachkunde die Positionierung der neuen Länder in wichtigen europäischen Diskursen nicht so pointiert und erfolgreich gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es wäre sicherlich vermessen zu glauben, man könnte EU-Skeptiker mit Informationsangeboten in begeisterte Europäer verwandeln. Unsere Maßnahmen können aber dazu beitragen, das Wissen über Europa und seine neuen Mitglieder zu verbessern. Aus Wissen wird Verständnis, das Vorurteile und Klischees zu überwinden vermag.

Meine Damen und Herren! Sachsen-Anhalt ist von vielen Entscheidungen der EU direkt oder indirekt betroffen. Das gilt nicht nur für die Erweiterung, sondern auch für die Reform einzelner Politikbereiche. Beispielhaft nenne ich die aktuelle Debatte um den Emissionsrechtehandel oder die Chemikalienpolitik. Für unser Land ist es daher von geradezu überlebenswichtiger Bedeutung, seine Interessen wirksam gegenüber der EU und dem Bund zu vertreten, aktiv Einfluss auf Entscheidungsprozesse zu nehmen und gemeinsam mit anderen Regierungen die Kräfte zu bündeln, um sich Gehör zu verschaffen.

In den Schwerpunkten der Europapolitik des Landes hat sich die Landesregierung regelmäßig mit den Arbeitsprogrammen der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates befasst und daraus vier Schwerpunkte für die ressortübergreifende Europapolitik abgeleitet: die künftige Ausgestaltung der europäischen Strukturpolitik, die Reform der europäischen Agrarpolitik, Vorhaben zur europäischen Chemikalienpolitik, Regelungen zur Daseinsvorsorge in Europa.

Durch die Vernetzung mit Ländern und Regionen, die ähnliche Interessen haben, und durch eine aktive Lobbyarbeit in Brüssel werden die Landesinteressen offensiv vertreten und frühzeitig, und zwar lange bevor das Verfahren nach Artikel 23 des Grundgesetzes greift, in die europapolitische Meinungsbildung eingebracht.

In den Schwerpunktbereichen waren wir auch nicht ganz erfolglos.

Die Europäische Kommission hat die besondere Situation der von der EU-Erweiterung betroffenen Ziel-1-Regionen anerkannt und eine Förderung im Rahmen eines neuen Ziel-1 angekündigt. Im Vorfeld hatten sich die vom so genannten statistischen Effekt betroffenen Regionen nach einer Initiative des Landes Sachsen-Anhalt auf eine gemeinsame Erklärung verständigt, in der dies gefordert wurde. Dem haben sich das Europäische Parlament und der Ausschuss der Regionen angeschlossen. Den Bund müssen wir leider noch für uns gewinnen.

Das von der Landesregierung vorgeschlagene Regionalmodell für eine vereinfachte Flächenprämie im Rahmen der europäischen Agrarpolitik ist nunmehr umsetzbar. Damit wurde der Einstieg in ein vereinfachtes Verfahren gefunden, das sowohl den Handlungsspielraum auf regionaler Ebene verstärkt als auch die Vergabe der Mittel einfacher und transparenter macht.

In der Chemikalienpolitik konnten die Forderungen von Landesregierung und Chemieunternehmen nach einer besonderen Berücksichtigung der Stoffverbünde in Bezug auf Chemieparks sowie die Befreiung der Polymere von der Registrierungspflicht durchgesetzt werden. Gleichzeitig wurden die Maßnahmen zum Aufbau des Netzwerkes europäischer Chemieregionen kontinuierlich weitergeführt. Inzwischen sind mehr als 20 Regionen aus der heutigen EU und den Beitrittsländern in diesem Netzwerk vereinigt.

Bei den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse hat die Landesregierung die Belange gegenüber der Europäischen Kommission und der Bundesregierung durch ein eigenes Positionspapier eingebracht. Diese Positionierung wurde Teil der gemeinsamen Stellungnahme von Bund und Ländern zum Grünbuch der Europäischen Kommission.

Die Landesregierung wird diese Schwerpunkte auch weiter mit eigenen Initiativen unterstützen. Bestandteil ihrer Strategie sind unter anderem regelmäßige und frühzeitige Kontakte mit Vertretern der Europäischen Kommission und anderen europäischen Einrichtungen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die zahlreichen Gespräche von Ministerpräsident Böhmer und Vertretern der Landesregierung in Brüssel zur Umwelt-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, zur Agrar- und Strukturpolitik sowie zur Sozial- und Verkehrspolitik verweisen. Umgekehrt hat es auch Besuche hochrangiger Vertreter

der europäischen Institutionen in Sachsen-Anhalt geben, um die wir uns auch weiterhin bemühen. Erinnert sei an die Besuche des Regionalkommissars Barnier und der deutschen Kommissare Schreyer und Verheugen, aber auch an die Reise der Umweltkommissarin Wallström im Februar dieses Jahres nach Halle.

Wichtig war, ist und bleibt auch die enge Zusammenarbeit mit den aus Sachsen-Anhalt stammenden Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die aktive Teilnahme des Landes an den Arbeiten im Ausschuss der Regionen sowie die starke Präsenz des Landes in Brüssel durch das Verbindungsbüro. Dazu ist zu bemerken, dass die Verhandlungen mit den anderen Ländern abgeschlossen und die Mittel für den Umbau bewilligt sind, sodass eine auf Dauer angemessene Unterbringung unseres Verbindungsbüros gewährleistet ist. Ich bin hinsichtlich der weiteren Vor-Ort-Arbeit in Brüssel deshalb sehr optimistisch.

Zu einer effektiven Europapolitik gehören kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung. Angesichts der Bedeutung von Entscheidungen auf europäischer Ebene für unser Land muss ihnen auch die jeweilige europäische Dimension bewusst sein. Die Fähigkeit dafür, das heißt Europakompetenz, muss gezielt erworben werden.

Bei der Personalentwicklung des Landes haben wir die Verbesserung der Europafähigkeit mit eigenen personalwirtschaftlichen Konzepten unterstellt. Mit dem im Juni des vergangenen Jahres begonnenen Programm zur Hospitation von jungen Verwaltungsmitarbeitern im Verbindungsbüro und der für dieses Jahr vorgesehenen Bildung eines Personalpools für die Entsendung in EU-Einrichtungen schaffen wir wichtige Voraussetzungen dafür.

Weil nicht jeder Europakompetenz vor Ort erwerben kann, organisieren wir natürlich auch weiterhin Bildungsangebote im Hinblick auf europapolitische und europarechtliche Fragen. Diesen Weg werden wir trotz knapper Kassen konsequent weiter verfolgen.

Meine Damen und Herren! Ein wichtiges Element unserer Europapolitik sind auch die Kontakte zu anderen Staaten und Regionen, nicht nur in der EU. Mehr als in den vergangenen Jahren geschehen, ist eine strategische Ausrichtung unserer Auslandsaktivitäten notwendig, eine bessere interne und externe Vernetzung, eine verstärkte Einbeziehung von Vertretern der Wirtschaft und von nicht staatlichen Akteuren im Land. Nur so ist es möglich, ein klares Profil Sachsen-Anhalts im Ausland zu entwickeln.

Unsere Auslandsaktivitäten müssen mit der internationalen Profilierung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Sachsen-Anhalt einhergehen. Sie dürfen sich nicht in der Beliebigkeit von Zufallskontakten erschöpfen. Um dies innerhalb der Landesregierung wirkungsvoller umsetzen zu können, hat das Kabinett die Zuständigkeit für die Koordinierung der interregionalen Zusammenarbeit des Landes mit Wirkung vom 1. Mai 2004 auf die Staatskanzlei übertragen.

Im Bereich der internationalen Zusammenarbeit setzt sich die Landesregierung das Ziel, die bisher noch unterdurchschnittliche Vernetzung mit den Regionen in der heutigen Union durch den Aufbau strategischer Regionalpartnerschaften zu forcieren, die Kooperationsbeziehungen nach Mittel- und Osteuropa im Zuge der Erweiterung der EU zu systematisieren und zu vertiefen und

Maßnahmen der interregionalen Zusammenarbeit eng mit zentralen wirtschaftspolitischen Interessen zu verbinden.

Meine Damen und Herren! Je größer die Europäische Union wird, desto mehr sind Strukturen und Entscheidungsmechanismen den neuen inneren und äußeren Herausforderungen anzupassen. Niemand, der wirklich ein geeintes Europa will, kann ein Interesse daran haben, dass die EU an ihrer schieren Größe erstickt. Eine Freihandelszone ohne eine echte Gemeinschaftspolitik war weder das Ziel der Gründeräte der EU, noch könnte sie auf Dauer Bestand haben. Vertiefung und Erweiterung sind zwei komplementäre Seiten des Integrationsprozesses.

Die Landesregierung ist daher der festen Überzeugung: Europa braucht eine Verfassung, die die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nach innen und außen stärkt, ihre Vertiefung gewährleistet und insbesondere auch die Mitwirkungsrechte der Länder und Regionen auf europäischer Ebene erweitert. Die Landesregierung hat den Verfassungsvertrag insgesamt positiv bewertet und dem Landtag darüber berichtet.

Seit Herbst 2003 tritt der Entscheidungsprozess auf der Stelle. Nunmehr soll eine Einigung auf der Tagung des Europäischen Rates im Juni 2004 angestrebt werden. Dies wäre ein wirklich ermutigendes Signal für die Entschlossenheit der 25 Mitgliedstaaten, ihre Integration voranzutreiben. Dass wir in Deutschland parallel dazu den Föderalismus stärken, um uns auch im Europa der Regionen besser behaupten zu können, ist nur folgerichtig.

Die Zukunft Europas wird aber nur gelingen, wenn Brüssel sich spürbar zurücknimmt. Entbürokratisierung, De-regulierung und Subsidiarität dürfen für die Kommission keine Leerformeln bleiben. Geldverschwendungen, Nachlässigkeit, Überheblichkeit, Inkompetenz und Korruption müssen gerade auch von den erweiterten Institutionen konsequent bekämpfen werden; denn sonst würden sich die Völker wieder abwenden und eigene Wege in eine glückliche Zukunft suchen.

Meine Damen und Herren! Um angesichts aller Herausforderungen, vor denen wir stehen, unser Engagement für Europa eindrucksvoll zu dokumentieren, sollten sich alle Wahlberechtigten am 13. Juni 2004 aufmachen und ihre Stimme für Europa abgeben. In Deutschland gibt es keine Wahlpflicht. Es sollte aber für jede Demokratin und für jeden Demokraten eine moralische Verpflichtung sein, sein Wahlrecht nicht verfallen zu lassen. Also: Wählen gehen!

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Ich fasse zusammen: Seit sechs Tagen ist die EU-Erweiterung Wirklichkeit. Wir haben inzwischen festgestellt: So sehr viel hat sich nicht verändert in unserem Leben. Das ist auch nicht verwunderlich; denn viele Veränderungen haben bereits in den letzten Jahren stattgefunden. Andere treffen den Normalverbraucher nicht wirklich, wie der Wegfall der Zollkontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien.

Hören wir also nicht auf die unermüdlichen Bedenkenträger, die die Erweiterung nur als Bedrohung für uns sehen. Hätten die Generationen vor uns keinen Mut zu neuen Wegen gehabt - technischen Fortschritt und gesellschaftliche Entwicklung hätte es nie gegeben.

Beenden wir die oft ermüdenden theoretischen Europa-Diskurse und stellen uns den ganz praktischen Alltagsfragen im neu verfassten, im erweiterten Europa mit all seiner kulturellen Vielfalt, mit seinen faszinierenden Menschen, die neugierig auf uns sind wie wir auf sie, und mit ihren so verschiedenen Erfahrungen, so spannenden Geschichten. Entdecken wir den Reichtum unserer neuen Partnerländer und seien wir gute Gastgeber, wenn sie die Schönheiten unseres Landes entdecken wollen.

Im Bereich der Europapolitik ist Sachsen-Anhalt für ein Land unserer Größe gut aufgestellt. Wir haben allen Grund zu Optimismus. Wenn wir auf unsere Leistungsfähigkeit vertrauen, unsere Potenziale ausschöpfen, wenn wir fähig sind zu notwendigen Reformen und Innovationen, wenn wir bereit sind, uns auf Neues einzulassen, wenn wir das Bestmögliche zu verwirklichen suchen und uns nicht mit Mittelmaß zufrieden geben, dann werden wir in Sachsen-Anhalt, in Deutschland und in Europa vorankommen. Dann wird auch Sachsen-Anhalt vom Wachstums Europas profitieren. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister. Möchte Sie eine Frage des Abgeordneten Herrn Rothe beantworten? - Bitte, Herr Rothe.

Herr Rothe (SPD):

Herr Minister, mir hat gut gefallen, dass Sie in der Erweiterung der Europäischen Union einen Sicherheitsgewinn sehen. Meine Frage bezieht sich aber auf einen anderen Punkt Ihrer Rede. Sie haben zuletzt gesagt, dass Sachsen-Anhalt im Bereich der Europapolitik für ein Land unserer Größe gut aufgestellt ist. Könnten Sie sich vorstellen, dass wir noch besser aufgestellt wären, wenn wir uns mit anderen Bundesländern gemeinsam als eine europäische Region definierten?

(Herr Bischoff, SPD: Die Initiative Mitteldeutschland!)

Herr Robra, Staatsminister:

Der Begriff der europäischen Region ist besetzt. Die Länder sind Regionen im Sinne dieser Definition. Wir arbeiten - ich glaube, das ist auch deutlich geworden - bei europäischen Fragen gerade unter den neuen Ländern außerordentlich eng zusammen. Es gibt kein wichtiges Thema, zu dem wir uns nicht gemeinsam positioniert hätten, erfreulicherweise - ich habe es angedeutet - zumeist unter der Federführung des Landes Sachsen-Anhalt. Ich hoffe, dass das auch in Zukunft so bleibt. Wir wissen, dass wir auch als neue Länder nur gemeinsam stark sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Robra. Möchten Sie noch? - Nein, Sie winkt ab. Dann ist das erledigt. Zunächst haben wir die Freude, Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Benndorf auf der Südtribüne begrüßen zu können.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 2 b:**

Aussprache zur Regierungserklärung

Es ist die Redezeitstruktur D, wie Ihnen allen bekannt ist, vorgeschlagen worden. Ich rufe zunächst für die SPD-Fraktion den Fraktionsvorsitzenden Herrn Dr. Püchel auf. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Verehrter Präsident! Meine Damen und Herren! Für meine Fraktion begrüße ich es, dass die Regierungserklärung von Minister Robra dem Landtag die Gelegenheit gibt, die Osterweiterung der Europäischen Union angemessen zu würdigen. Der 1. Mai 2004 ist zweifelsfrei ein Meilenstein in der Geschichte der Europäischen Union, ja ganz Europas, gewesen. Am vergangenen Samstag sind neue und stabile Brücken zu alten Nachbarn vollendet worden. Mit der Osterweiterung kehren Völker und Staaten, die seit langem Teil Europas sind, aber im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs vier Jahrzehnte lang fest im Ostblock verankert waren, endgültig in die europäische Familie zurück.

War die Gründung der Europäischen Gemeinschaft eine Antwort auf die erste - von zwei Weltkriegen dominierte - Hälfte des vorigen Jahrhunderts, markiert der 1. Mai 2004 das Datum der endgültigen Überwindung der unnatürlichen Teilung Europas infolge des Zweiten Weltkrieges. Im Sinne von Willy Brandt ist nun auch auf europäischer Ebene zusammengewachsen, was zusammen gehört, erhält das friedliche Europa eine Stabilität, wie es sie in der Geschichte noch nie gegeben hat.

Für uns Sozialdemokraten steht deshalb völlig außer Frage, dass der 1. Mai 2004 ein guter Tag für Deutschland und Europa ist. Insbesondere wir Ostdeutschen sehen in der Osterweiterung der EU die konsequente Fortsetzung der deutschen Einigung auf europäischer Ebene. Ich glaube, gerade wir Bürger der neuen Länder können die gegenwärtigen Hoffnungen und Gefühle der Bürger in den Beitrittsländern am ehesten nachempfinden, die Hoffnungen auf ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Wohlstand in einem geeinten Europa, verbunden mit einer unsicheren Neugier auf das neue westeuropäische Wirtschafts- und Sozialmodell. Es gibt einen Unterschied, nämlich dass wir Ostdeutschen mit der Wiedervereinigung den Beitritt zur EU praktisch als Geschenk mitbekamen, während die neuen zehn Länder ihren Beitritt hart erarbeiten mussten.

Wir sollten die Bedeutung der Osterweiterung für das Bewusstsein und das Bild der Welt von Europa nicht unterschätzen. Weltweit werden dieser Tage die Karten der neuen EU gezeigt. Wer sich diese Karten anschaut, sieht, dass die Beitrittsstaaten jetzt der Osten sind. Wir sind in die Mitte gerückt. Wer auf Deutschland blickt, sieht es im Herzen Europas, von befreundeten Staaten umgeben. Die Schaffung von Frieden durch Integration, das Erfolgsrezept der Gründungsväter der Union, ist voll gelungen. Die Kontinuität der deutschen Außenpolitik in dieser Frage hat sich ausgezahlt.

Ich weiß - auch Herr Robra hat es angesprochen -, dieser positiven historischen Einordnung der Osterweiterung der EU stehen gemischte Gefühle bei weiten Teilen der Bevölkerung gegenüber. Zwar erwarten nach einer aktuellen Meinungsumfrage 59 % der Deutschen von

der EU-Erweiterung eine stärkere Rolle Europas in der Welt. Europa als Friedensmacht wird also durchaus positiv gesehen. Jedoch sehen 73 % der Befragten Gefahren für Arbeitsplätze in Deutschland und 60 % vermögen bisher in der Osterweiterung keine Vorteile für die deutsche Wirtschaft zu erblicken. Nach einer Umfrage unter Mittelständlern sieht der Mittelstand in Sachsen-Anhalt die EU-Osterweiterung skeptischer als der Mittelstand in den anderen Bundesländern.

Wir Sozialdemokraten sehen im Beitritt viel größere Chancen als Risiken, gehen über die Ängste der Menschen und der Wirtschaft aber nicht einfach hinweg. Natürlich gibt es Risiken. So trifft die EU-Osterweiterung auf eine schwierige wirtschaftliche Situation, insbesondere in Ostdeutschland. Es ist nicht zu bestreiten, dass die Wettbewerbsvorteile der neuen Beitrittsländer durch den nun beschleunigten Abbau noch für sie bestehender Handels- und Investitionshemmisse stärker als bisher zur Geltung kommen.

Ich denke insbesondere an die niedrigen Löhne und die niedrigen Steuersätze. Der Wettbewerbsdruck auf lohnintensiv produzierende Branchen sowie auf Branchen mit niedriger Produktivität oder traditioneller Produktpalette wird also wachsen, nicht zuletzt mit der Gefahr, dass deutsche Unternehmen Arbeitsplätze in die Beitrittsländer verlagern.

Aber auch wenn wir diese ökonomischen Risiken nicht bestreiten, sind wir davon überzeugt, dass die Chancen der EU-Osterweiterung die Risiken der Erweiterung bei weitem übersteigen. Für die deutsche Volkswirtschaft bedeutet die Osterweiterung vor allem die Erschließung neuer stabiler Märkte. Der Zugang zu den neuen, expandierenden Absatzmärkten in Mittel- und Osteuropa wird erleichtert. Der Binnenmarkt wird um rund 105 Millionen Konsumenten vergrößert. Gleichzeitig entsteht eine große Nachfrage im Bereich der Investitionsgüter.

Für die Wirtschaft der bisherigen EU-Staaten kann die Osterweiterung einen ähnlichen Impuls bedeuten, wie es die Wiedervereinigung für die westdeutsche Wirtschaft war. Der Handel mit den Beitrittsländern wächst jetzt schon dynamischer als der deutsche Außenhandel insgesamt. Dieses Potenzial ist noch lange nicht ausgereizt.

Gesine Schwan hat am Dienstag in unserer Fraktion in beeindruckender Weise dargelegt, dass auch die Zukunft von Sachsen-Anhalts Wirtschaft nicht mit einem Wettkampf um die niedrigsten Löhne gewonnen werden kann. Wenn Herr Tullner zuhören würde, würde er das bestätigen; denn er war in der Fraktionssitzung dabei, was ich sehr begrüßt habe.

Ähnlich bringt es auch das Frühjahrsgutachten zum Ausdruck. Niedriglöhne können nicht die Lösung sein und sie müssen es auch nicht sein. Vielmehr müssen wir als Hochtechnologiegesellschaft auf Innovation setzen. Sachsen-Anhalt kann dieses tun, wenn wir die richtigen Schwerpunkte setzen, wenn wir auf Bildung und Forschung setzen, wenn wir Wege finden, die gewonnenen Erkenntnisse auch in marktfähige Produkte umzusetzen, Produkte, die auch höhere Löhne rechtfertigen. Dies ist auch die beste Strategie gegen die besonderen Probleme, die gerade auf Sachsen-Anhalts Wirtschaft mit der EU-Erweiterung zukommen.

Deutschland insgesamt exportiert in die mittel- und ost-europäischen Staaten vorrangig humankapital- und technologieintensive Produkte und importiert eher arbeits-

und rohstoffintensive Waren mit geringerem Technologiegehalt. In Sachsen-Anhalt allerdings haben sich viele Firmen auf ein Marktsegment spezialisiert, das eher dem Angebotsspektrum von Unternehmen aus den Beitrittsländern entspricht. Hier bestehen besondere Probleme; denn hier schlagen die niedrigeren Löhne voll durch, wie das Beispiel KSR aus Magdeburg zeigt. Die Aufträge werden jetzt in Tschechien zur Hälfte des Preises abgewickelt.

Die Herausforderung der Wirtschaftspolitik lautet also, unsere Unternehmen in Wertschöpfungsketten mit technologieintensiven Produkten einzubinden. In dem Maße, in dem sich unsere Unternehmen schneller weiterentwickeln, technologie- und humankapitalintensive Produkte herstellen, wird der Druck der EU-Osterweiterung zumindest sinken. In diesem Sinne kann auch eine Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland sogar Sinn machen, nämlich dann, wenn sie die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen erhöht, indem sie dazu führt, dass das Kerngeschäft in Deutschland gestärkt und im Ausland neue Märkte erschlossen werden.

Unternehmern, die nur aus kurzsichtigem Gewinnstreben Arbeitsplätze verlagern wollen, sage ich: Nach dem westeuropäischen Wirtschafts- und Sozialmodell ist die Wirtschaft für den Menschen da und nicht umgekehrt. Wer diesen europäischen Grundkonsens aufkündigt, wird auch im erweiterten Europa langfristig nicht erfolgreich sein. Preise und Löhne werden sich spätestens nach der Einführung des Euro mittelfristig annähern.

Die Bundesregierung wird gemeinsam mit anderen betroffenen Staaten darauf hinwirken, dass das Steuerdumping in der EU aufhört.

(Zustimmung bei der SPD)

Wie heute schon bei der Mehrwertsteuer wird es über kurz oder lang auch bei der Körperschaft- und Einkommensteuer Korridore geben, in denen sich die EU-Länder bewegen können. Die Hoffnung auf kurzfristige Gewinne in einem regellosen Wettbewerb wird sich als Fehlkalkulation erweisen. Insoweit teile ich die von Herrn Robra heute erhobene Forderung nach einer europaweiten Harmonisierung der Unternehmenssteuern.

Sie haben in Ihrer Rede ausgeführt, die Adresse für Kritik sei Berlin. Daher muss ich Sie an dieser Stelle daran erinnern, dass es die Bundes-CDU war, die sich gegen eine solche Harmonisierung ausgesprochen hat. Jeder kehre zuerst vor seiner eigenen Haustür. Nur am Rande sei bemerkt: Wer sich auf dem Leipziger Parteitag als Steuersenkungspartei zu profilieren versucht, darf an anderer Stelle Steuerausfälle nicht beklagen.

Meine Damen und Herren! Mir ist schon am Montag beim Magdeburger Gespräch aufgefallen, dass die Landesregierung offensichtlich mit dem politischen Latein am Ende ist

(Widerspruch bei der CDU)

und nur noch die altbekannte Weise: „Schuld daran ist nur die SPD“ vorzutragen vermag.

(Beifall bei der SPD)

Dieses mag Ihnen hier im Landtag pflichtschuldigen Applaus eintragen. Die Menschen in Sachsen-Anhalt vermag es zunehmend nicht zu überzeugen.

Herr Robra, ich habe eben eine kleine Blitzumfrage gestartet: Der Fraktionsvorsitzende der CDU hat in seinem

Haushalt einen heilen und zwei defekte Computer. Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat vier heile Computer in seinem Haushalt. Der Fraktionsvorsitzende der CDU hat eine Tochter, der Fraktionsvorsitzende der SPD zwei Töchter. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU hat eine Tochter, der parlamentarische Geschäftsführer der SPD zwei. Wenn Sie also die Zahl der Computer pro Haushalt und die Zahl der Kinder kritisieren, dann kann ich Ihnen sagen: Gucken Sie einmal in Ihre Fraktion und bringen Sie die auf Vordermann.

(Unruhe bei und Zurufe von der CDU)

- Wenn das provoziert wird, dann muss ich doch reagieren. Das ist mir auch gelungen.

(Zuruf von der CDU)

- Das, was Herr Robra sagte, war auch nicht zum Thema.

Meine Damen und Herren! Natürlich weiß ich, dass sich viele Menschen nicht nur um die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch um die innere Sicherheit nach der Osterweiterung sorgen. In diesem Zusammenhang geschürte Ängste sind allerdings reine Panikmache. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass schon seit dem Fall des eisernen Vorhang die Grenzen offen sind. Die polizeiliche Lage verändert sich durch die Osterweiterung nicht grundlegend. Die Grenzkontrollen fallen ja auch nicht automatisch weg. Richtig ist vielmehr, dass aufgrund guter polizeilicher Arbeit die Ausländerkriminalität in den letzten zehn Jahren in Deutschland zurückgegangen ist.

Außerdem ist Kriminalität - wenn ich das bemerken darf - leider keine Einbahnstraße. Erst kürzlich musste ich in der Zeitung lesen, dass einige Vertreter einer Landtagsfraktion aus NRW beim Zigaretten schmuggel aus einem Beitrittsland erwischt wurden.

(Herr Tullner, CDU: Was?)

Ich will die Fraktion nicht nennen, aber SPD, CDU und Grüne waren es nicht.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Aufgabe der Politik in Sachsen-Anhalt ist es, den speziellen Stärken unseres Bundeslandes im Erweiterungsprozess besonderes Gewicht zu verleihen. In 40 Jahren DDR waren wir eng mit den anderen Ostblockstaaten verbunden. Es hatten sich enge wirtschaftliche Beziehungen insbesondere zu Polen und zur Tschechoslowakei entwickelt.

Durch die Wiedervereinigung und die automatische Einbindung Ostdeutschlands in die EU sind leider viele dieser Verbindungen gekappt worden. Mit der Osterweiterung haben wir die besondere Chance, an diese alten Beziehungen wieder anzuknüpfen, und zwar auch unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die wir nach der Wiedervereinigung gemacht haben. Ich kann nur alle Unternehmen bei uns auffordern, dieses Mal diejenigen zu sein, die die neuen Märkte zuerst suchen.

Meine Damen und Herren! Herr Robra hat die begleitenden Maßnahmen der Landespolitik ausführlich dargestellt und auch heute wieder die Bündelung der außenwirtschaftlichen Förderinstrumente, die Konzentration auf Schwerpunktregionen, die Messegörderung, Programme der Außenwirtschaftsförderung, Hilfen bei der Qualifizierung von Mitarbeitern sowie die Schaffung von Firmen-

pools und außenwirtschaftlichen Netzwerken genannt. Wir werden als Opposition darüber wachen, ob sich diese Maßnahmen nicht nur in Regierungserklärungen und Sonntagsreden, sondern auch in praktischer Politik, insbesondere auch im Haushalt wiederfinden.

(Zustimmung bei der SPD)

Seit der Erfahrung der Mittelkürzung für das Kontaktbüro in Tallinn im Haushalt 2004 dürfen wir diesbezüglich berechtigten Zweifel haben. Ich hoffe, dass die Zusage, die Sie hier im Landtag gegeben haben, auch eingehalten wird. Sofern Sie die Europafähigkeit der Verwaltung verbessern wollen, sage ich Ihnen, machen Sie erst einmal unsere Landesverwaltung mitteleuropäisch.

Meine Damen und Herren! Die Osterweiterung ist mehr als nur eine ökonomische Operation. Deshalb ist es gut, dass die Zuständigkeit für die interregionale Zusammenarbeit vom Wirtschaftsministerium in die Staatskanzlei wechseln wird. In der Staatskanzlei ist die Europapolitik nicht in der ständigen Gefahr, nur auf Wirtschaftspolitik reduziert zu werden. Das wäre auch falsch; denn die Osterweiterung bietet darüber hinaus eine Vielzahl von Herausforderungen, die weit über wirtschaftliche Fragen hinausgehen, die ich mit Rücksicht auf die Redezeit nur kurz skizzieren kann.

Der Prozess der Osterweiterung bietet die Chance, dass sich Deutsche und Bürger aus den Beitrittsländern noch eher auf Augenhöhe begegnen als bisher. Leider habe ich in den vergangenen Jahren nicht selten erleben müssen, dass sich manche Ostdeutsche gerade auch in Tschechien ähnlich überheblich aufgeführt haben, wie ich es in den 70er-Jahren bei Westdeutschen in Rumänien erlebt habe. Das ist nicht gut; denn für diese Überheblichkeit gibt es keinen Anlass.

Die osteuropäischen Staaten hatten nach der Wende keinen starken Partner an der Seite wie wir. Sie mussten allein auf sich gestellt den Umbau der Gesellschaft bewerkstelligen. Die große Solidarität, die wir nach der Wiedervereinigung gerade aus dem Westen erfahren haben, können wir jetzt ein Stück an die weitergeben, mit denen wir 40 Jahre Seite an Seite mehr oder weniger brüderlich verbunden waren.

Meine Damen und Herren! Die Osterweiterung kann auch endgültig Wunden heilen, die der Krieg und die damit verbundene Vertreibung geschlagen haben. Unionsbürger können sich innerhalb der gesamten EU frei bewegen, aufzuhalten, arbeiten und wohnen. Sie haben sogar die Möglichkeit des Erwerbs von Grundeigentum, nach Übergangsfristen zum Beispiel auch in Polen und Tschechien. Gerade auch dadurch erledigen sich viele Diskussionen von selbst, die in der Vergangenheit mit diesen Nachbarn immer wieder aufgeflammt sind.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch daran, dass Bürger aus den Beitrittsländern, die schon seit vielen Jahren bei uns leben, nun als EU-Bürger endlich an Europa- und Kommunalwahlen teilnehmen können und dies auch unbedingt tun sollten.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen auch die weiteren Beitrittskandidaten nicht vergessen. Ich erwähne hier Bulgarien. Es ist auch ein schöner Erfolg für uns, dass die Leiterin der Begegnungsstätte des Landes Sachsen-Anhalt in Plovdiv Frau Dr. Mariana Tcholakova am 23. April 2004 das Bundesverdienstkreuz am Bande für ihre Arbeit im Rahmen der Völkerverständigung verliehen bekommen hat. Ich möchte von dieser Stelle aus

und, wenn ich es darf, auch in Ihrem Namen Frau Tcholakova hierzu gratulieren.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Wenn es zum Beitritt Bulgariens im Jahr 2007 kommt, ist Sachsen-Anhalt an dieser Stelle gut positioniert.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Abschluss ein Wort in eigener Sache sagen. Als Landtag sind wir bisher leider nicht in der Lage gewesen, beständige Kontakte nach Osteuropa aufzubauen. Ich denke, dies ist eine Herausforderung für die Zukunft, der wir uns alle stellen sollten; denn Europa ist eben mehr als nur eine Wirtschaftsunion, Europa ist auch eine politische und eine soziale Union. In all diesen Bereichen muss ein jeder von uns seiner Funktion, seiner Verantwortung gerecht werden, auch der Landtag von Sachsen-Anhalt. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Dr. Püchel.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Herr Präsident, wenn Sie gestatten, möchte ich noch einen Satz in eigener Sache sagen.

Am gestrigen Tage hatten wir eine Diskussion über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Im Anschluss daran gab Herr Gallert ein Fernsehinterview, in dem er sich in Bezug auf einen Zeitungsartikel so äußerte, dass es ein Gespräch zwischen Herrn Böhmer und mir gegeben habe, in dem Herr Böhmer versucht habe, Einfluss auf mich zu nehmen, dass dieser Untersuchungsausschuss nicht eingesetzt wird. - Dies ist nicht der Fall. Dies habe ich nie gesagt.

Ich habe über dieses Gespräch geschwiegen, aber ich sage jetzt, worüber es in diesem Gespräch eindeutig ging: Es war zu einem Zeitpunkt, als die Einsetzung des Untersuchungsausschusses überhaupt noch nicht in Sicht war, als darüber noch gar nicht diskutiert wurde. Es ging darum, wie wir mit den Kleinen Anfragen und den Antworten darauf umgehen - für sie war Vertraulichkeit festgelegt worden -, wie wir diese öffnen können. Um mehr ging es nicht und um nichts anderes.

Das, was in der Zeitung stand und gestern im Fernsehen wiederholt wurde, stimmt so nicht. Das muss klargestellt werden.

(Frau Feußner, CDU: Tolle Leistung! Sehr schön!
- Zuruf von der CDU: Prima!)

Das ist auch eine Frage des Vertrauens zwischen Herrn Böhmer und mir. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Das war also eine nicht angemeldete Erklärung außerhalb der Tagesordnung. - Jetzt geht es mit dem Beitrag der FDP-Fraktion weiter. Bitte, Herr Kosmehl.

Herr Kosmehl (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Püchel, richtig ist, Ängste im Bereich

der inneren Sicherheit zu schüren, ist Panikmache. Dann aber, Herr Dr. Püchel, verstehe ich Ihre zentrale Werbebotschaft, die der SPD, im Europawahlkampf nicht: Friedensmacht.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das ist nur eine Botschaft!)

Mehr haben Sie anscheinend inhaltlich nicht zu bieten.

(Frau Budde, SPD: Das ist die Voraussetzung für alles andere! Sie müssen mal nachdenken!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 16. April 2003 wurde in Athen mit der Unterzeichnung der Beitrittsverträge die fünfte Erweiterungsrunde der Europäischen Union besiegelt. Vor sechs Tagen, am 1. Mai 2004, ist diese Erweiterung nun Wirklichkeit geworden. Die Europäische Union hat zehn neue Mitgliedstaaten.

Oft wird von der größten Erweiterung der Union gesprochen. Die Statistik belegt dies nur teilweise. So war der Beitritt Österreichs, Schwedens und Finnlands im Jahr 1995 die flächenmäßig größte Erweiterung und der Beitritt Großbritanniens, Dänemarks und Irlands im Jahr 1972 die bevölkerungsmäßig größte Erweiterung. Einzig im Hinblick auf die Anzahl der beigetretenen Staaten ist die nun vollzogene Erweiterung Spitze. Diese Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten ist aus meiner Sicht aber auch die historisch bedeutsamste Erweiterung der Europäischen Union.

Mit dem Beitritt überwiegend osteuropäischer Staaten wird die Teilung Europas, die unseren Kontinent beinahe sechs Jahrzehnte beherrscht hat, endlich überwunden. Wir begrüßen daher insbesondere Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei. Die Menschen in diesen Staaten haben vor 15 Jahren das Ende des eisernen Vorhangs eingeleitet und uns Deutschen damit erst die Möglichkeit zur Wiedervereinigung unseres Volkes eröffnet.

Während die neuen Bundesländer automatisch Teil der Europäischen Union wurden, mussten diese Länder bis heute warten. Nun sind auch sie Teil der Europäischen Union.

Wir begrüßen auch die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, die ihre erst vor knapp zwölf Jahren errungene Unabhängigkeit zumindest teilweise zugunsten der Mitgliedschaft in der Europäischen Union aufgegeben haben.

Wir heißen Slowenien und Malta willkommen und zudem die Republik Zypern, wenn auch bedauerlicherweise vorerst nur den griechischen Teil. Ich glaube, wir Deutschen können beurteilen, welche Folgen die Teilung eines Volkes mit sich bringt und wie wichtig es ist, diese zu überwinden. Das Problem des geteilten Zyperns ist nun ein europäisches Problem, das es auf absehbare Zeit zu lösen gilt. Dafür muss sich Deutschland gerade aufgrund seiner eigenen Erfahrungen besonders einsetzen.

Um eine Feststellung kommt man aber auch nach dem 1. Mai 2004 nicht herum: Die Europäische Union ist an ihre Grenzen gestoßen. Eine Union mit 25 Mitgliedern kann einfach nicht mit den Institutionen gelenkt werden, die ursprünglich nur für eine Union der sechs Mitgliedstaaten geschaffen wurden. Die Europäische Union ist nicht bestens vorbereitet auf die Herausforderungen der Erweiterung, aber auch nicht auf die Herausforderungen einer sich mehr und mehr globalisierenden Welt.

Wir Deutschen - das hat Staatsminister Herr Robra angesprochen - sollten aber nicht nur nach Brüssel oder Straßburg schauen. Wir haben längst den Anschluss verloren. Deutschland war lange Zeit Lokomotive für das Wirtschaftswachstum in Europa. Heute sind wir nur noch der letzte Wagen und manchmal, meine Damen und Herren, habe ich das Gefühl, Schröder und Fischer stehen schon an der Bremse.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die europäische Integration kann nur voranschreiten, wenn es gelingt, den bestehenden Reformbedarf zugunsten einer starken Union, einer Union der Bürger, zu lösen. Hierzu müssen Organisation und Entscheidungsabläufe für die Bürger transparenter und somit verständlicher und bürgerlicher gestaltet werden.

Erst dann wird es beispielsweise auch gelingen, bei Wahlen zum Europäischen Parlament eine akzeptable Wahlbeteiligung zu erreichen. Dies wäre gerade am 13. Juni 2004 wichtig; denn in den kommenden Jahren werden noch große Entscheidungen, weiter reichende Entscheidungen als bisher, für die Bürger der erweiterten Union getroffen. Es ist also unser aller Aufgabe, die Wählerinnen und Wähler in Sachsen-Anhalt in den nächsten Wochen zu mobilisieren und ihnen die Wichtigkeit dieser Wahl zu verdeutlichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der im Juli 2003 vom Konvent vorgelegte Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa hat für die Erweiterung und für die sich damit zuspitzenden Herausforderungen und Probleme bereits einige Lösungswege aufgezeigt. Leider konnte die Regierungskonferenz von Rom keine Einigung herbeiführen.

Die sich nun abzeichnende Verabschiedung der Verfassung noch im ersten Halbjahr 2004 macht Hoffnung darauf, dass es gelingen wird, die Europäische Union, wenn auch im Nachgang, doch noch fit zu machen für die Aufgaben einer Union mit 25 Mitgliedstaaten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird Sie sicherlich nicht überraschen, dass ich Sie an dieser Stelle, auch angesichts von Erklärungen führender Politiker der SPD, des Bündnis 90/Die Grünen und der CDU/CSU, nochmals auf einen Volksentscheid über die europäische Verfassung ansprechen möchte, so wie ich das bereits in vergangenen Plenardebatten getan habe.

Die FDP-Fraktion will die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Sie sollen an der Weiterentwicklung Europas teilnehmen können und so ein Stück mehr Identifikation mit Europa erlangen. Aus diesem Grunde wird die FDP-Bundestagsfraktion in den nächsten Wochen erneut einen Gesetzentwurf einbringen, um einen Volksentscheid zur europäischen Verfassung im Grundgesetz zu verankern. Vielleicht hat er diesmal mehr Erfolg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Europäische Union wächst vor allem nach Osten. Sachsen-Anhalt rutscht vom Rand in die Mitte der erweiterten Union. Ich möchte feststellen, dass trotz der Schwierigkeiten, die die erweiterte Union noch zu lösen hat, die Chancen, die sich durch diese Erweiterung ergeben, auch für Sachsen-Anhalt deutlich überwiegen. Lassen Sie mich dies kurz an zwei Beispielen verdeutlichen.

Das erste Beispiel ist der Tourismus. Die Tourismusbranche in Deutschland rechnet in den nächsten Jahren mit einem deutlichen Wachstum. Bereits im Jahr 2003 sind 15 % der Auslandsreisen aus den osteuropäischen

Staaten auf das Reiseziel Deutschland entfallen. Ein Wachstum mit steigender wirtschaftlicher Prosperität ist zu erwarten. Zusätzliche Wirtschaftsbeziehungen werden auch das Segment der traditionellen Geschäftsreisen weiter vergrößern.

Nach Einschätzung der Deutschen Zentrale für Tourismus dürften davon insbesondere die benachbarten ostdeutschen Bundesländer profitieren. Sachsen-Anhalt sollte diese Chance nutzen und diese Wachstumsbranche unseres Bundeslandes weiter ausbauen, wie wir das bereits in den vergangen zwei Jahren zielstrebig verfolgt haben.

Das zweite Beispiel ist das Handwerk. Im Vorfeld der Erweiterung sind durch zahlreiche Kontaktbörsen bereits viele Verbindungen zu den Beitrittsländern geknüpft worden. Auch ein Kontaktbüro im Beitrittsland Estland, in Tallinn, und der Austausch von Lehrlingen und Gesellen mit den Beitrittsländern haben die Chancen Sachsen-Anhalts, in den Beitrittsländern Fuß zu fassen, erhöht. Trotz erhöhtem Wettbewerbsdruck sehen auch die Handwerkskammern Magdeburg und Halle gute Chancen, qualitativ hochwertige Erzeugnisse in den Osten zu exportieren und damit von der Erweiterung zu profitieren.

Diese konkreten Beispiele, aber auch die Chancen auf größere kulturelle und geistige Vielfalt, eine intensivere Zusammenarbeit in den Bereichen Polizei und Justiz und die Stärkung von Frieden und Sicherheit in Europa zeigen mir, dass wir den Bürgern die Angst vor einer erweiterten Union nehmen sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Teil der jungen Generation, die die Ursachen der Teilung des Kontinents und die Zeit der Teilung des Kontinents nicht oder nur teilweise miterlebt hat, möchte ich abschließend noch eine Bemerkung anfügen: Ohne die wirtschaftliche Weiterentwicklung in allen Regionen Europas, ob alt oder neu, kann Europa im internationalen Vergleich nicht bestehen. Daher gilt es, uns nicht entmutigen zu lassen, sondern schwierige Probleme mutig anzupacken und zu lösen.

Wir haben einen langen Weg vor uns - in Europa, aber auch in Deutschland. Wir sollten auf diesem Weg eines nicht vergessen - und diejenigen, die es vergessen, sollten wir an die folgenden Worte erinnern, die der Altbundeskanzler Helmut Kohl am 1. Mai 2004 gesagt hat -:

„Das“

- die Erweiterung -

„ist eine Glücksstunde, und ich möchte uns allen wünschen, dass uns dieses Glück erhalten bleibt, auch im Alltag mit all seinen Problemen, und dass wir nicht die Visionen aus den Augen verlieren.“

Ähnlich hat es Hans-Dietrich Genscher formuliert:

„Nicht das alte oder das neue Europa, sondern das junge Europa beginnt eine Zukunft.“

In diesem Sinne sind wir alle aufgefordert, nun die tatsächliche Integration der neuen Mitgliedstaaten in die Europäische Union voranzutreiben und das Motto der Europawoche Wirklichkeit werden zu lassen: Europa wächst zusammen und Sachsen-Anhalt wächst mit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Kosmehl. Möchten Sie eine Frage beantworten? - Er möchte nicht.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Eine Intervention!)

- Eine Kurzintervention. Bitte schön, Herr Dr. Püchel.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Herr Kosmehl, der leider auf meine Frage nicht antworten will, hat am Anfang indirekt kritisiert, dass wir, die SPD, als Wahlkampflosung „Friedensmacht Europa“ verwenden. Ich weiß nicht, ob Herr Kosmehl zu jung ist, um zu begreifen, was das bedeutet.

Ich bin ein Nachkriegskind. Mein Vater war im Krieg, mein Großvater war im Krieg. Von Deutschland sind zwei Weltkriege ausgegangen, die fast die ganze Welt zerstört haben. Ich bin froh, dass gerade diese Idee einer Europäischen Union dazu führen wird, dass von Mitteleuropa, von Europa Frieden ausgeht und dass das ein Signal für die ganze Welt ist. Es ist für mich auch eine der wichtigsten Errungenschaften der EU, dass Europa zu einer Friedensmacht geworden ist.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Nun bitte Frau Dr. Klein für die PDS-Fraktion.

Frau Dr. Klein (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn Staaten mit 75 Millionen Bürgerinnen und Bürgern ist vollzogen. Es gab viele Feiern und schöne Reden. Die Erweiterung der EU ist ein historischer Moment in der Geschichte der europäischen Integration und eine große historische Chance für die Sicherung von Frieden und Stabilität in Europa. Sie ist aber zugleich eine außerordentliche politische, ökonomische, soziale, ökologische und kulturelle Herausforderung.

Der Herr Staatsminister hat in seiner Regierungserklärung die breite Palette europapolitischer Aktivitäten des Landes vorgestellt. Es klang beeindruckend und sicherlich ist in den vergangenen Jahren manches getan worden, um Sachsen-Anhalt auf die Erweiterung vorzubereiten. Der Herr Staatsminister stellte dann auch resümierend fest, dass Sachsen-Anhalt in der Europapolitik gut aufgestellt sei.

Wenn man dann noch Umfrageergebnisse der TU Chemnitz und der Internationalen Universität in Bremen nimmt, wonach vier von fünf Befragten aus Sachsen-Anhalt und Thüringen die Erweiterung der EU befürworten, kann uns eigentlich fast nichts mehr passieren - aber eben nur fast nichts. Denn aus unserer Sicht - darin stimme ich mit meinem Vorredner Herrn Kosmehl überein - ist Sachsen-Anhalt auf die Erweiterung nach wie vor nicht gut vorbereitet. Sachsen-Anhalt wie auch die Bundesrepublik und Europäische Union selbst gehen generell mit erheblichen Defiziten in diese neue Phase.

Aber - in dieser Hinsicht unterscheidet sich unsere Auffassung wieder von der von Herrn Kosmehl - wir sehen andere Ursachen für diese Defizite. Bisher wurde in der Europäischen Union immer versucht, das Gleichgewicht

gewissermaßen durch ein Dreieck von Demokratie, Marktwirtschaft und sozialem Zusammenhalt aufrechtzuerhalten. Dieses Gleichgewicht ist aus unserer Sicht aus drei Gründen ernsthaft gefährdet.

Erstens. Der Problematik der Angleichung der sozialen Verhältnisse und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde bei der Vorbereitung der Erweiterung viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Niemals zuvor waren die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung und das Wohlstandsgefälle zwischen den EU-Mitgliedstaaten so groß wie heute. Die anfängliche Euphorie über die Überwindung der politischen Teilung Europas ist schon jetzt bei vielen Menschen in den neuen Mitgliedstaaten und insbesondere auch im Osten Deutschlands zunehmend der Sorge um den Arbeitsplatz und der Angst vor weiterem Sozialabbau gewichen.

Der zweite Grund für die Gefährdung ist das offene Einschwenken der EU auf den Kurs der neoliberalen Globalisierung. Die PDS bekennt sich zur europäischen Integration. Aber die Frage ist doch: Für wen soll diese Integration etwas bringen und wie soll sie aussehen?

Eine Europäische Union, die 25 Staaten umfasst und in der 450 Millionen Menschen leben, braucht doch mehr als neoliberalen Strategien zur immer besseren Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Sie braucht eine Sozialunion, die auf dem europäischen Sozialmodell beruht, die sich an den politischen und kulturellen Wurzeln der europäischen Länder orientiert und nicht am Marktwert.

(Starker Beifall bei der PDS)

Die europäische Integration kann nur gelingen, wenn die europäische Politik auf die Angleichung der Lebensverhältnisse und auf Kohäsion setzt.

(Herr Tullner, CDU: Das ist die Ideologie!)

- Das ist keine Ideologie; denn so steht es in dem Entwurf der EU-Verfassung, Herr Tullner.

(Starker Beifall bei der PDS - Herr Tullner, CDU: Wenn das mal stimmt!)

Die PDS möchte eine europäische Wirtschaftspolitik, die auf die Stärkung des europäischen Binnenmarktes gerichtet ist. Wenn der Präsident der DIHK Herr Braun zur Verlagerung der Produktion in die Beitrittsstaaten aufruft, so ist das auch für den europäischen Binnenmarkt kontraproduktiv.

(Zustimmung von Frau Bull, PDS)

Der Herr Bundeskanzler hat es in seiner Regierungserklärung in der vergangenen Woche etwas vorsichtiger ausgedrückt. Er spricht von der internationalen Arbeitsteilung, die dazu führen kann, dass deutsche Unternehmen Arbeitsplätze ins Ausland verlagern.

Die Unternehmen mögen durch das Lohngefälle zwar kurzfristig Profit machen, letztlich gehen aber Absatzmärkte verloren, wenn die Binnennachfrage sinkt. Auf Investitionen des scheuen Rehs Kapital warten wir hier seit Jahren vergeblich.

Der dritte Grund ist der Ruf nach einer Militarisierung der Europäischen Union. Solche Töne, wie sie am 29. April 2004 in der „Financial Times“ zu vernehmen waren, dass die alte Zivilmacht Europa, die sich außenpolitisch als Riesen-Schweiz geriert, keine Zukunft mehr hat und dass die neue EU deshalb Sicherheit im Inneren

und Gestaltungsmacht auf internationalem Parkett erlangen muss und dass die Mitgliedstaaten deshalb sowohl Souveränität einbüßen als auch Haushaltsmittel bereitstellen müssen, sind immer häufiger zu hören.

Wir sollten aber nicht vergessen - das ist das, was Herr Püchel soeben nachdrücklich betonte -: Nicht die Bereitschaft zur militärischen Konfliktlösung war der Grund dafür, dass die EU nach dem Ende des Kalten Krieges für viele Länder interessant wurde; vielmehr waren es die Strategien zur Vorbeugung bzw. zur Zivilisierung gefährlicher Konflikte, wie es auch die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien sowie der Stabilitätspakt auf dem Balkan verdeutlichen.

Die Bereitschaft, die acht Staaten Mittel- und Osteuropas in die EU aufzunehmen - ich nehme Zypern und Malta einmal aus, weil dort andere Probleme bestehen und dem eine andere Geschichte zugrunde liegt -, wurde in der EU selbst - es ist so, auch wenn das nie deutlich artikuliert wurde - fast ausschließlich mit sicherheitspolitischen Interessen begründet.

Diese nun gewonnene Stabilität in Europa - dazu muss gesagt werden, dass Europa mehr ist als nur die EU;

(Starker Beifall bei der PDS)

denn nach wie vor reicht Europa, geografisch betrachtet, bis an den Ural - sollte nicht durch eine vordergründige Militarisierung, die nur auf Kosten der öffentlichen Haushalte und durch einen weiteren Sozialabbau finanziert würde, aufs Spiel gesetzt werden. Das Ergebnis könnte für die Wirtschaft, die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt verheerend sein.

In diesem großen Konzert der Europäischen Union der 25 wird Sachsen-Anhalt zunächst mehr als bisher Transitland sein. Der Zug für Sachsen-Anhalt, alte Märkte in bedeutenden Größenordnungen zu revitalisieren, ist abgefahren. Auf diesen Märkten wirtschaften inzwischen andere, und das, obwohl es unserer Wirtschaft gelungen ist, den Export zu steigern oder zumindest zu stabilisieren.

Uns fehlt nach wie vor die entsprechende industrielle Basis. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen haben zumeist nur eine geringe Wertschöpfungsbasis und geringes Eigenkapital. Mit den industriellen Leuchttürmen ist es wie mit den Schwalben - eine macht noch keinen Sommer. Das heißt, ein industrieller Leuchtturm bringt noch keinen sich selbst tragenden Aufschwung.

Wir hoffen, dass die von der Landesregierung angedachten und vorgestellten Maßnahmen greifen. Gerade deshalb müssen wir auch über Geld sprechen und darüber, wie die Fördergelder wirklich nachhaltig angelegt werden können. Die Förderkriterien müssen einer grundlegenden Evaluierung unterzogen werden. Sie sind in einer Zeit entstanden, in der quantitative Wachstumsparameter im Mittelpunkt standen - von der Bürokratie ganz zu schweigen.

Der Europäische Rat hat im Jahr 2000 in Lissabon beschlossen, Europa zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum zu machen. Hier sollten wir bei den Kriterien unserer Förderpolitik ansetzen. Dies muss in einer breiten und öffentlichen Diskussion geschehen.

Ich wiederhole an dieser Stelle unsere Kritik an der Landesregierung, dass das Parlament in die Evaluierung der operationellen Programme de facto erst einbezogen

wurde, als die Messen für die neuen Anträge bereits gesungen waren.

(Beifall bei der PDS)

Es darf nicht mehr hingenommen werden, dass Fördermittel für die gewerbliche Wirtschaft in dreistelliger Millionenhöhe ohne nennenswerte Effekte versickern, dass Gelder für Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft, weil sie nicht abgerufen worden sind, sang- und klanglos in andere Bereiche gesteckt werden

(Starker Beifall bei der PDS)

und dass gleichzeitig die Hochschulen und Universitäten Sachsen-Anhalts Einsparungen in Höhe von 30 Millionen € erbringen müssen. Diese Einspareffekte können zu echten Höhepunkten anlässlich der EU-Erweiterung werden. So streicht die Martin-Luther-Universität zur Feier des Tages am 1. Mai 2004 das Angebot des Sprachenzentrums für Polnisch, Tschechisch und Slowakisch.

(Frau von Angern, PDS: Das passt!)

Natürlich müssen die eingesetzten Ressourcen auch in einem angemessenen Verhältnis zu den erzielten Ergebnissen stehen. Doch wenn ich von einer wissensbasierten Gesellschaft spreche, dann muss ich auch in diese investieren. Ich muss eben solche Kriterien wie die Nachhaltigkeit der Entwicklung, die Höhe der Arbeitslosenzahl, die Entwicklung der Gleichstellung der Geschlechter, die Zahl der Ausbildungsplätze und die Entwicklung von Bildung, Wissenschaft und Forschung grundsätzlich berücksichtigen.

Im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung und der jetzt wieder einsetzenden Debatte um den Aufschwung Ost halten wir es deshalb für wichtig, den ostdeutschen Gegebenheiten entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Vorsitzenden der PDS-Fraktionen in den Landtagen der neuen Länder haben hierzu vor einigen Wochen Vorschläge unterbreitet. Ich möchte nur auf einige verweisen: erstens Innovation statt Billiglohn, Vorziehen von Transfermitteln aus dem Solidarpakt II zur Stärkung der Forschungslandschaft Ost und zielgerichtete Standortpolitik bei der Forschungsförderung, zweitens Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für arbeitsintensive Dienstleistungen einschließlich des Tourismus, neue Förderinstrumente für alle Betriebe, die sich an regionalen Wertschöpfungsketten beteiligen, die Einführung einer kommunalen Investitionspauschale und eine gemeinsame Marketingstrategie Ost.

In diesem Zusammenhang ist auch noch einmal über den Begriff der europäischen Region zu diskutieren. Herr Staatsminister, klar definiert ist dieser Begriff eigentlich nur als Planungsregion bei den europäischen Strukturfonds. Ansonsten debattieren wir nach wie vor noch über die Frage: Was ist eine europäische Region?

Auch im Ausschuss der Regionen sind sehr verschiedene Regionen vertreten. Es reicht von föderalen Ländern bis zu kleinen Gebietskörperschaften. Das kann eine spannende Debatte auch im Zusammenhang mit dem Thema Föderalismus werden.

Finanzierbar ist das; denn die Erweiterung wird uns nicht ärmer, sondern reicher machen - so der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung. Ich bin nicht so optimistisch wie EU-Kommissar Verheugen, der meint, die Ost-

erweiterung kostet den deutschen Steuerzahler gegenwärtig nicht einmal 1 Milliarde € pro Jahr. Der Aufbau Ost sollte auch aus der Portokasse bezahlt werden. Für die Zeit nach dem Jahr 2006 hat das Hauen und Stechen auf jeden Fall schon eingesetzt.

Meine Damen und Herren! Ich halte auch die Debatte um das Steuerdumping für regelrecht europafeindlich und falsch.

(Herr Tullner, CDU: Warum denn?)

Der Steuerwettlauf hat doch schon vor Jahren begonnen.

(Herr Tullner, CDU: Eben!)

Die Ungarn haben Investoren ins Land geholt mit dem Angebot, dass sie dort zehn Jahre steuerfrei produzieren können. Auch in der alten EU gibt es große Unterschiede. Ich nenne nur Irland.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte ist eine Irreführung der Öffentlichkeit. Zum einen müssen die neuen Mitgliedsländer ab sofort ihren vollen Beitrag zum EU-Haushalt leisten, obwohl sie bis zum Jahr 2006 sogar weniger Fördergelder zur Verfügung haben, als ihnen eigentlich zustehen würden. Zum anderen müssen sie die Fördergelder genauso kofinanzieren wie wir. Wir wissen, wie schwierig es ist, wenn die öffentliche Hand keine Einnahmen hat.

(Zustimmung bei der PDS)

Insofern ist die Steuersenkung in Estland oder in der Slowakei für die betroffenen Länder eigentlich nur ein Bumerang,

(Herr Tullner, CDU: Das ist doch Quatsch!)

der zur weiteren Vertiefung der Widersprüche beitragen wird.

(Starker Beifall bei der PDS - Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

- Natürlich, Herr Kosmehl.

(Herr Kosmehl, FDP: Was ist denn in Irland?)

- Dann nehmen Sie einmal 19 % Steuern von armen Menschen und schauen, wie viel das am Ende ergibt.

(Zustimmung bei der PDS - Oh! bei der FDP - Herr Kosmehl, FDP: Hören Sie doch auf! - Herr Tullner, CDU: Ach! Sie wissen genau, dass es nicht so war! Das ist die Spitze des Eisberges! Sie wissen doch genau, wie es war!)

- Die durch das Militär niedergeschlagenen Hungerrevolutionen der slowakischen Roma sind in dem Zusammenhang hoffentlich nicht nur die Spitze eines Eisbergs.

(Starker Beifall bei der PDS)

Gerade hieran zeigt sich - diese Diskussionen haben wir auch nicht geführt -, wie schlecht die Erweiterung vorbereitet ist. Steuerharmonisierung, Mindestlöhne, Sozialstandards waren bis jetzt keine Themen für die Regierung. Die wohl größte Befürchtung vieler Bürgerinnen und Bürger ist, dass osteuropäische Arbeitskräfte nun in Massen in die Bundesrepublik und in Sachsen-Anhalt einfallen.

(Zuruf von der CDU)

Ich stimme zu: Diese Sorge ist relativ unbegründet; denn die, die hier arbeiten wollen, sind schon hier. Polnische Saisonarbeiterinnen und -arbeiter bei der Spargelernte in der Altmark

(Zuruf von Herrn Ernst, FDP)

oder am Süßen See sind bei uns seit Jahren auch ohne eine EU-Mitgliedschaft herzlich willkommen.

Aber die Einschränkung der Freizügigkeit von Arbeitskräften kann auch für uns sehr nachhaltige Auswirkungen haben; denn die Beitrittsländer werden mit Niedriglöhnen und niedrigen Sozialstandards zu geschützten Zonen. Kapital wird, wie bereits angekündigt, weiter dorthin abwandern und zusätzliche Arbeitslosigkeit bei uns hinterlassen.

Im Gegenzug aber können die Arbeitskräfte diesen Niedriglohnzonen nicht entkommen, da woanders ebenfalls bereits Arbeitsplätze abgebaut werden. Damit werden Zustände zementiert, die hierzulande negative wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Auswirkungen haben. Es ist janusköpfig, dem Kapital von Anfang an Freizügigkeit zu gewähren, wohl wissend, dass es gerade dorthin geht, wo billige Arbeitskräfte sind.

Sachsen-Anhalt könnte im Bund initiativ werden und Gesetze einbringen, die die Verlagerung von Unternehmen in Billiglohnländer erschweren, indem sie diesen die wahren Kosten der Verlagerung in Rechnung stellen. In Frankreich wird dies übrigens bereits mit Erfolg praktiziert. Die Unternehmer müssen dort die im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit ihrer ehemaligen Beschäftigten anfallenden Kosten tragen, wenn sie deren Arbeitslosigkeit direkt verschuldet haben. Dies wäre auch auf bundesdeutscher Ebene selbst notwendig, um dem Subventionswettstreit zwischen den Bundesländern Grenzen zu setzen.

(Herr Tullner, CDU: Sie wollen alles vereinheitlichen oder was? Es lebe der Einheitsstaat! - Frau Dr. Sitte, PDS: So ein Quatsch! - Frau Budde, SPD: So ein Schwachsinn! - Zurufe von Herrn Gallert, PDS, und von Frau Dr. Hein, PDS)

- Nicht: Es lebe der Einheitsstaat. Aber, Herr Tullner, man kann - wir diskutieren hier doch darüber, warum die Klemme AG nach Thüringen geht; dort werden nämlich in größerem Umfang Fördermittel eingesetzt - doch wohl einmal darüber nachdenken, dass auch Unternehmen nach dem Motto „Eigentum verpflichtet zum Gemeinwohl“ verpflichtet werden sollten, hier bestimmte Standards einzuhalten.

(Zustimmung bei der PDS - Zuruf von Herrn Gallert, PDS - Herr Tullner, CDU: Wir sind föderalistisch! - Frau Dr. Sitte, PDS: Sie bestimmt!)

In der Regierungserklärung geht es auch um Sachsen-Anhalt in einem neu verfassten Europa. Wir haben hier schon mehrfach über den Verfassungsentwurf debattiert. Trotz gemeinsamer euphorischer Beschlüsse, die, wie der Entwurf, immer nur ein Kompromiss waren, ist die künftige EU-Verfassung nicht besser geworden. Die Debatte ist zwar wieder eröffnet worden, aber man hört kaum etwas darüber.

Wir haben uns eindeutig gegen eine Militarisierung der EU und das, was im Verfassungsentwurf festgeschrieben ist, ausgesprochen. Wir sehen mit ähnlicher Sorge die aktuelle Entwicklung in der künftigen Innenpolitik. Wir

nehmen die Ängste der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität ernst und unterstützen die Bemühungen um eine Länder übergreifende Kriminalitätsbekämpfung. Es sind eine parlamentarische und gerichtliche Kontrolle der europäischen Strafverfolgungsbehörden wie Europol und der Schutz der Menschen- und Bürgerrechte in ganz Europa sowie eine entsprechende Prävention notwendig. Darum geht es den Bürgerinnen und Bürgern.

Doch unter dem Stichwort „Innere Sicherheit“ sollen unter der Überschrift „Terrorbekämpfung“ Bürgerrechte abgebaut und Geheimdienste ausgebaut werden. Wir können von Glück sagen, dass das EU-Parlament vor einigen Tagen mit knapper Mehrheit den bisher größten Datenaustausch, den die Geschichte der Neuzeit zu verzeichnen gehabt hätte, abgelehnt hat.

Aus diesen Gründen, aber nicht nur deshalb, bleibt die PDS bei ihrer Forderung nach einer Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf. Wir werden in diesem Zusammenhang wieder mit der FDP stimmen.

(Zustimmung bei der PDS)

Gerade weil es um grundsätzliche Fragen geht, die weit in die nationale Politik der einzelnen Staaten hineinreichen, muss darüber nicht nur von Politikerinnen und Politikern debattiert werden; vielmehr müssen sie auch von einer Mehrheit der Menschen in Europa getragen werden.

Wir, die PDS - das will ich nachdrücklich betonen -, begrüßen den Beitritt der Länder in die Europäische Union. Die Erweiterung der Europäischen Union, die weitere Entwicklung der Union ist ein gewaltiges Projekt, dem wir uns stellen müssen.

Lassen Sie uns deshalb über die Möglichkeiten zur Nutzung der Chancen und die Strategien zur Bewältigung der Risiken diskutieren und die besten Lösungen suchen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Dr. Klein. - Die Debatte wird durch den Beitrag der CDU-Fraktion abgeschlossen. Ich erteile Frau Wybrands das Wort.

Frau Wybrands (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im November 1989 ging der Kalte Krieg zu Ende, die Berliner Mauer fiel. Es hat sich gezeigt, dass das wichtigste historische Projekt, das nach 1945 in Westeuropa begonnen wurde, auch eine Antwort für die Neuordnung Gesamteuropas bereithielt. Dieses Projekt hat viele politische Mütter und Väter. Ohne die Menschen, die in Danzig und auch in Leipzig für Freiheit und Demokratie demonstriert haben, wäre die Überwindung der europäischen Teilung unmöglich gewesen.

Noch vor zehn Jahren standen sich die Rote Armee und die Nato auf dem ersten Schlachtfeld eines drohenden dritten Weltkrieges gegenüber. Vor nicht viel mehr als zehn Jahren waren die Partnerstädte Magdeburg und Braunschweig Garnisonsstädte, in denen Zehntausende Soldaten stationiert waren. Wir wissen heute, dass das nächste Schlachtfeld Deutschland gewesen wäre.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Erweiterung der Europäischen Union liegt im aktuellen Interesse Sach-

sen-Anhalts und Deutschlands. Ich möchte kurz auf die Chancen und Herausforderungen eingehen, die sich insbesondere für Sachsen-Anhalt ergeben. Ich möchte allerdings als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt nicht zusätzliche Diskussionsfelder eröffnen; vielmehr ist es mir wichtig, die Diskussion über die vielen Details, die mittlerweile schon genannt wurden, hinaus teilweise anzureichern.

Auch ich möchte zunächst auf den Beschluss der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten eingehen, die vor vier Jahren in Lissabon beschlossen haben, Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu entwickeln. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, das neue Konzepte verlangt. Dies gilt in besonderem Maße für uns in Deutschland und somit auch für uns in Sachsen-Anhalt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die Ausführungen von Herrn Staatsminister Robra eingehen und unterstreichen, dass es auch die CDU-Fraktion für unverzichtbar hält, dass unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen bei einer angestrebten Partizipation an der Osterweiterung stärker unterstützt werden, damit sie ihre natürlichen Standortvorteile ausspielen können, und dass hierbei neue Wege gegangen werden; denn das ist nun einmal unser Spezifikum. 70 % der Unternehmen sind Kleinst- und Kleinunternehmen, denen die Erweiterung in den Osten hinein schwer fällt.

Selbstverständlich muss die Rolle Sachsen-Anhalts im Netzwerk der Chemieregionen weiter ausgebaut werden, um Arbeitsplätze zu sichern, zu halten und neue zu schaffen. Es ist keine Frage: Sachsen-Anhalt muss sich an der Erweiterung des europäischen Forschungs- und Innovationsraumes aktiv beteiligen, um seine Forschung weiter zu internationalisieren.

Nicht umsonst hat unsere Region vor kurzem in Brüssel einen Preis in Empfang nehmen können - in Person hat ihn Herr Staatssekretär Bohn in Empfang genommen. Dieser Innovationspreis wurde dem Fraunhofer Institut und fünf weiteren Firmen übergeben. Dieser Innovationspreis enthält keine finanzielle Auszeichnung; er zeichnet die Region - das ist unsere Region - als innovative Spitzenregion für die Zukunft aus. Das tat man nicht umsonst, meine Damen und Herren; denn unsere Region war einmal eine der kreativsten Europas. Sie hat die meisten Innovationen hervorgebracht. Das soll auch wieder so werden. Da müssen wir hin.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Der Titel der Regierungserklärung lautet „Sachsen-Anhalts Chancen im erweiterten und neu verfassten Europa“. Darauf Bezug nehmend möchte ich sagen, dass den Chancen auch viele Herausforderungen Sachsen-Anhalts im erweiterten und neu verfassten Europa gegenüberstehen. Meine Vorderner haben schon auf viele Herausforderungen hingewiesen. Auch wir müssen unsere Hausaufgaben erledigen. Wir können nicht nur erwarten, dass sich die neuen Mitglieder der EU uns anpassen.

Nicht ohne Grund haben die Fraktionen der CDU und der FDP in ihren Antrag unter der Überschrift „Zukunft der EU-Strukturpolitik“ die Forderung nach Reformen des Arbeitsmarktes, nach Reformen des Steuersystems und der Verwaltungssysteme aufgenommen. Die Europapolitik der Landesregierung findet die breite Unterstü-

zung der CDU und der FDP, denn sie stellt sich den Herausforderungen.

Herr Püchel, ich muss an dieser Stelle sagen: Auch wenn Sie es oft und noch öfter wiederholen - jetzt ist er wieder nicht da; Herr Püchel sagt immer etwas und wenn man auf ihn eingehen und mit ihm in den Diskurs treten möchte, ist er nicht da; vielleicht darf ich das allgemein sagen -, ich kann absolut nicht finden - auch nach dem, was wir heute hier gehört haben; wer sich aktiv in die Europapolitik mit einmischt, merkt dies auch -, dass diese Regierung müde ist und keine Konzepte hat. Ganz im Gegenteil: Wir haben heute sehr viel über Konzepte gehört. Dadurch, dass man es immer wiederholt, wird es auch nicht besser. Man muss sich nur die Mühe machen, hinzugucken.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Kosmehl, FDP - Zuruf von der SPD)

Als ein Beispiel für die erfolgreiche Europapolitik möchte ich das Verhandeln der Landesregierung mit der Kommission über die Zukunft der EU-Strukturpolitik anführen. Eine verlässliche Kohäsionspolitik der EU ist notwendig, damit die Entwicklungsrückstände zwischen den Beitrittsstaaten und den alten Mitgliedern der EU rasch überwunden werden können.

Frau Dr. Klein, dazu muss ich einmal sagen: Ich weiß nicht, ob Sie die ganzen Verhandlungen verfolgt haben, die genauesten Überlegungen, die auch in der Kommission angestellt werden, um zu erreichen, dass wir eine Wertegemeinschaft, eine Solidargemeinschaft in Europa sind, dass alle in diesen Wohlstand mit hineingenommen werden. Natürlich ist das ein schwerer Weg.

Sie haben die Roma angeführt. Das ist sicherlich einer der schwächsten Punkte in unserer Europäischen Union. Genau deshalb gibt es den dritten Kohäsionsbericht, genau deshalb gibt es alle diese Versuche, Möglichkeiten zu finden, um diese Disparitäten auszugleichen.

Ich muss Ihnen aber auch noch in einem anderen Punkt widersprechen. Sie haben sich vehement und wiederholt dagegen ausgesprochen, dass die Landesregierung Sie nicht mit hineingenommen hat und den Landtag nicht mit hineingenommen hat in die Halbzeitevaluierung, und haben weitere Evaluierungen gefordert.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Frau Wybrands, möchten Sie eine Frage von Herrn Galert beantworten?

Frau Wybrands (CDU):

Am Ende.

Nicht umsonst verlangt die Kommission eine sehr ausführliche Evaluierung der Gelder, die sie in die Länder hineingibt. Diese Evaluierung, muss man sagen, ist wirklich sehr intensiv. Wir haben die Evaluierung zur Kenntnis genommen. Wir haben dann - zum Beispiel im Europäpausschuss - über die Umschichtung nachgedacht und darüber diskutiert. Es gibt einen Begleitausschuss in Sachsen-Anhalt, der dann, wenn Gelder umstrukturiert werden, zum Tragen kommt.

Im Übrigen möchte ich noch einmal sagen, dass es die SPD-Landesregierung war, die den Landtag nicht in den Begleitausschuss mit hineingenommen hat. Es war Ihre Entscheidung, meine Damen und Herren von der Oppo-

sition, den Landtag über die Strukturfonds nicht entscheiden zu lassen, sondern ihn lediglich zu informieren.

Zum Zeitpunkt muss ich sagen: Selbst das Gender-Institut hat rechtzeitig bzw. frühzeitig seine Ideen in die Halbzeitevaluierung und die nachträgliche Umakzentuierung eingebracht. Wenn dies das Gender-Institut rechtzeitig kann, dann frage ich mich, warum die PDS-Fraktion das nicht kann. - Soweit diese Anmerkung.

Ich möchte noch weitere positive Dinge aufführen, die uns wichtig erscheinen. Es sind dies zum Beispiel auch die Bemühungen der Landesregierung, EU-Gelder stärker als bisher zum Ausbau der Verkehrswege zu nutzen, damit Sachsen-Anhalt als Herzregion Europas keinen Herzinfarkt - sprich: Verkehrsinfarkt - bekommt.

(Zustimmung von Herrn Brumme, CDU, und von Herrn Schröder, CDU)

Bildung und Wissenschaft sind entscheidende Standortfaktoren. Unsere jungen Leute sind eine Stärke Sachsen-Anhalts. Der EU-Bericht von Kommissar Barnier macht deutlich, dass unsere jungen Leute höhere Schulabschlüsse haben als der EU-Durchschnitt. Damit, meine Damen und Herren, sind sie bestens gerüstet und vorbereitet für einen sich immer schneller entwickelnden Markt und damit auch für ein lebenslanges Lernen.

Mit zahlreichen Projekten nimmt das Land an EU-Bildungsprogrammen teil, um diesen Effekt zu vertiefen.

Ein Wort zum Thema Solidarität. Die Landesregierung unterstützt die neuen EU-Staaten mit Know-how-Transfer, wie es heute so schön heißt: mit wichtigen Informationen. Besondere Bedeutung kommt damit dem Umgang mit den EU-Strukturfondsmitteln zu. Die verantwortliche Stelle im Wirtschaftsministerium hat sich dabei zu einer wahren Schatztruhe des Wissens entwickelt, die gern von den Fondsverwaltern der neuen Beitrittsländer als unschätzbare Hilfe angenommen wird.

Meine Damen und Herren! Natürlich müssen wir auch die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen. Ich muss dazu allerdings auch sagen: Die Feiern am 1. Mai waren mir auch teilweise etwas zu sehr auf einen positiven Aspekt ausgelegt. Natürlich müssen wir die Chancen in den Vordergrund stellen, aber wir müssen genauso die Ängste unserer Bevölkerung ernst nehmen. Es nützt dabei nichts, den Kopf in den Sand zu stecken. Man darf diese Ängste aber auch nicht verstärken.

Das eine oder andere, was ich heute hier gehört habe, schien mir doch ein bisschen in diese Richtung zu gehen, vor allem, wenn hier von der Militarisierung der Europäischen Union gesprochen wird. Dafür sehe ich keinerlei Ansätze. Natürlich muss es eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik geben. Wir haben immer wieder angemahnt, dass dies im Entwurf des Verfassungsvertrags zu wenig ausgearbeitet ist. Aber von einer Militarisierung zu sprechen, dafür gibt es meiner Ansicht nach keine Ansätze.

Zurück zu den Ängsten unserer Bürgerinnen und Bürger. Viele Menschen haben, bedingt durch die großen historischen Veränderungen der letzten Jahre, so etwas wie einen Veränderungsstress erlebt und dabei haben sie sich nicht immer auf der Gewinnerseite gesehen. Meine Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes haben mir deutlich gemacht, dass man mit diesem Thema sehr sensibel umgehen muss. Was mich dabei besonders betroffen gemacht hat, ist, dass auch

junge Leute der EU-Erweiterung sehr skeptisch gegenüberstehen.

Ich denke, in diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, dass im Kultusministerium und in den anderen Ministerien Begegnungen, Partnerschaften zwischen jungen Leuten weiterhin unterstützt werden, damit die Integration für unsere jungen Menschen in Sachsen-Anhalt fühlbar, erfahrbar wird. Ich habe dazu einiges hören, etwa, dass hierzu neue Konzepte entstehen, zum Beispiel für den Austausch von Praktika und Sprachengruppen bzw. Schülerfirmen. Ich denke, auf dieser Strecke bleibt es spannend. Wir werden sicherlich das eine oder andere darüber hören.

Eine Möglichkeit, Ängste abzubauen, sind gute Beispiele. Die Süderweiterung ist hierzu wirklich eine Erfolgsgeschichte. Die Erweiterung um Portugal, Spanien und Griechenland hat gezeigt, dass aus armen Ländern mittlerweile bedeutende Faktoren in der großen europäischen Volkswirtschaft geworden sind, ohne die Integrationskraft der aufnehmenden Mitglieder zu überfordern.

Die Süderweiterung ist auch zu unserem Vorteil geworden, wenn man die Exporte und damit die Arbeitsplätze sieht. Diese Erfolgsgeschichte soll nun wiederholt werden, und dafür stehen die Chancen in der Tat, wie Sie auch heute schon gehört haben, recht gut.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen. Was ist mit der Sorge der Bürgerinnen und Bürger um ihren Arbeitsplatz? Viele machen sich Sorgen um eine mögliche Konkurrenz mit osteuropäischen Arbeitnehmern. In diesem Zusammenhang begrüßt es die CDU, dass im EU-Beitrittsvertrag für die Arbeitnehmerfreiheit bestimmte Übergangsregelungen vereinbart worden sind.

Zur Erinnerung: Danach können die derzeitigen EU-Mitgliedstaaten die Arbeitnehmerfreiheit von Staatsangehörigen aus den Beitrittsländern bis zu sieben Jahre lang - Herr Staatsminister Robra hat bereits darauf hingewiesen - in der Weise einschränken, dass Zulassungen zur Beschäftigung auf der Grundlage des nationalen bzw. bilateralen Rechts erfolgen.

Die Notwendigkeit für Einschränkungen ist nach zwei und erneut nach drei Jahren zu überprüfen. Ausgenommen sind davon lediglich die Staatsangehörigen von Malta und Zypern, die die Arbeitnehmerfreiheit ab dem Beitritt uneingeschränkt genießen.

Zumindest für die ersten beiden Jahre wird Deutschland die Übergangsfrist in Anspruch nehmen. Über eine darüber hinausgehende Inanspruchnahme der Übergangsfristen wird erneut nach zwei Jahren - abhängig von der aktuellen Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt - entschieden werden.

Nach dem geltenden Arbeitsgenehmigungsrecht der Bundesrepublik benötigen Staatsangehörige aus den Beitrittsländern in der Übergangszeit deshalb für die Ausübung einer Beschäftigung in Deutschland weiterhin grundsätzlich eine Arbeitsgenehmigung, die vor der Aufnahme der Beschäftigung einzuholen ist.

Spannend ist aber die Frage: Wie weit können die langen Übergangsregelungen im Bereich der Arbeitnehmerfreiheit überhaupt unzumutbare Belastungen für den deutschen Arbeitsmarkt verhindern?

Den am 1. Mai geäußerten Optimismus in Ehren, aber die Wettbewerbsvorteile der neuen EU-Mitglieder werden durch die übrigen Grundfreiheiten des Binnenmarktes, insbesondere der des Warenverkehrs, sogar verstärkt und sie werden zu Veränderungen in Deutschland führen.

Der Skeptizismus ist hier in den Reden vorher auch schon deutlich geworden. Ich möchte auch an den Inhalt der Diskussion im Zusammenhang mit der Agenda 2010 des Herrn Bundeskanzlers und an die Auseinandersetzungen über die Arbeitszeit bei der Firma Siemens erinnern.

Aber, Frau Dr. Klein, es liegt an Deutschland, hierbei die Hausaufgaben zu machen. Es gibt kein Allheilmittel Europäische Union, das alle Probleme lösen kann. Wir haben uns für eine Union der Subsidiarität entschlossen und setzen uns sehr stark dafür ein. Das heißt, die Europäische Union kann bei gewissen Dingen gegensteuern. Das tut sie auch. Der Rest liegt in Berlin und teilweise bei uns in Sachsen-Anhalt.

Es sind schon Möglichkeiten aufgezeigt worden, hier entgegenzuwirken. Es sind auch schon erste Beispiele dafür genannt worden, wo sich die EU-Osterweiterung positiv ausgewirkt hat. Damit möchte ich es zu dem Thema Herausforderungen bewenden lassen.

Ich möchte noch darauf eingehen, welche Herausforderungen dem erweiterten Europa gegenüberstehen. In den nächsten Jahren wird es in zunehmendem Maße um die Verteidigung der europäischen Werte wie Freiheit, Frieden, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und um die universellen Menschenrechte gehen. Diese Werte müssen gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Fundamentalismus und Angriffe von innen und außen verteidigt werden.

Der internationale Terrorismus, die organisierte Kriminalität, ethnische Konflikte, der Zerfall von Staaten, illegale Einwanderung und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen werden zu einer ernsthaften Bedrohung, der wir uns stellen müssen. Diese Bedrohung wird Europa dazu zwingen, seine Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts neu zu definieren. Dies kann nur mit einer nach innen und nach außen starken Europäischen Union gelingen.

Dazu wird es auch notwendig sein, einen gemeinsamen europäischen Verfassungsvertrag zu beschließen. Dieser Verfassungsvertrag, der sich zurzeit in der Bearbeitung befindet, ist auch unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, von Organisationen und Verbänden erarbeitet worden. Er beinhaltet all das, was Konsens zwischen den 25 Staaten ist. Das, meine Damen und Herren, ist eine Sache, die einmalig in der Geschichte der Menschheit ist.

Es wird für die größer werdende EU - das ist hier auch schon erwähnt worden - insbesondere auch darum gehen, sich in einer Welt, die sich auch aufgrund der demografischen Entwicklung zunehmend enteuropäiert, Gehör zu verschaffen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich am Ende meiner Rede einen weiteren Blick in die Zukunft werfen. Wie wird sich unsere EU weiter entwickeln? - Ich stelle diese Frage ganz bewusst; denn ich kann mir vorstellen, dass wir dazu in den einzelnen Fraktionen sehr unter-

schiedliche Auffassungen haben. Im Moment scheint es zwei grundlegende Visionen darüber zu geben, was die EU einmal sein könnte.

Als wir vor 30 Jahren der EG beitraten, folgten wir de Gaulles Bund der Vaterländer, einer Konföderation souveräner, sich selbst verwaltender Staatsnationen, vereint in dem Willen, den allseitigen Wohlstand zu fördern. Aber ist dies das Europa, das zum Teil heimlich, still und leise geschaffen wurde? Ist dies nicht eine Union, die so stark integriert ist und in vielen Politikbereichen so zentralistisch regiert wird, dass man eigentlich schon von einer echten Bundesrepublik Europa sprechen kann? Die nächsten Jahrzehnte werden zeigen, wohin Europa steuern wird.

Meine Damen und Herren! Im Interesse unserer Souveränität fordere ich Sie auf, mit ganzer Kraft dafür einzutreten, dass durch eine konsequente Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips europapolitische Entscheidungen transparenter und bürgernäher gestaltet werden können. Auch das wird eine unserer Aufgaben für die Zukunft sein. Hierbei werden auch auf den Europaausschuss neue Aufgaben zukommen.

Mit Europa ist es halt wie mit einem Hausbau im richtigen Leben: Soll es keine Burgruine werden, sondern ein Haus, das lebendig ist, dann muss man es von unten aufbauen. Das heißt, die Menschen, die Staatsvölker müssen es mittragen. Es darf keine Angelegenheit von Eliten werden. Dafür müssen auch wir kämpfen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Wybrands. Möchten Sie jetzt die Fragen beantworten?

Frau Wybrands (CDU):

Jetzt ja.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Dann, bitte, zunächst Herr Gallert, danach Frau Dr. Klein.

Herr Gallert (PDS):

Frau Wybrands, mir geht es noch einmal um das Stichwort Hungerrevolte in der Slowakei. Ich habe vor nicht allzu langer Zeit im Mitteldeutschen Rundfunk einen Bericht über die Ernährungssituation der Kinder in Polen gesehen, der mich absolut schockiert hat. Nach diesen Aussagen sind dort 30 % der Kinder unterernährt, im Ostteil Polens sind es sogar 60 % aller Kinder.

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Sie haben auf das Problem Hungerrevolte in der Slowakei mit dem Kohäsionsbericht geantwortet.

Ist es nicht unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit in der Europäischen Union, für solche Steuersätze innerhalb der EU zu sorgen, die solche leeren Staatskassen, die dort solche Folgen für die Bevölkerung bringen, verhindern, statt einen ruinösen Steuerdumpingwettbewerb innerhalb der EU zu skizzieren, der dazu führt, dass deren soziale Verhältnisse sich innerhalb der EU praktisch nach Westen durchfressen? Ist es nicht das Gebot der

Stunde, eine Steuerharmonisierung gegen das Steuerdumping zu realisieren?

(Zustimmung bei der PDS)

Frau Wybrands (CDU):

Herr Gallert, ich weiß nicht, ob es opportun ist, hungern-de Kinder und Steuerharmonisierung zusammenzubringen.

(Herr Gallert, PDS: Doch, das ist es!)

Es gibt diese hungernden Kinder, weil Polen jetzt erst in die Europäische Gemeinschaft hineinkommt. Wenn dies vorher der Fall gewesen wäre, hätte es genug Unterstützung gegeben, um daran arbeiten zu können. Natürlich kann man nicht alle Probleme auf einmal lösen. Aber das wäre zumindest möglich gewesen.

Richtig ist allerdings, dass dem deutschen Steuerzahler nicht zu erklären ist, dass auf der einen Seite die Beiträtskandidaten unter anderem mit deutschen Steuergeldern unterstützt werden und dies auf der anderen Seite dazu genutzt wird, dort Arbeitsplätze zu schaffen, die uns dann wieder Probleme machen. Eine generelle Lösung dafür gibt es noch nicht. Darüber wird zurzeit diskutiert.

Aber ich sage es noch einmal: Die hungernden Kinder können nicht auf irgendwelche Steuervereinbarungen warten. Es muss jetzt geholfen werden. Mit dem 1. Mai laufen hierzu auch die Hilfsprogramme an.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Nun bitte, Frau Dr. Klein, Ihre Frage.

Frau Dr. Klein (PDS):

Frau Wybrands, zum letzten Thema: Wir werden sicherlich im Rahmen der Beratungen zum Nachtragshaushalt noch einmal thematisieren, wie Steuern und öffentliche Hand zusammenhängen.

Aber meine Frage ist erstens: Haben Sie an den Sitzungen des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten im November und im Dezember 2003 teilgenommen? Können Sie sich daran erinnern, worüber wir debattiert haben?

Frau Wybrands (CDU):

Danke, Frau Dr. Klein, für das Stichwort. Ich kann mich genau daran erinnern, dass Sie damals schon gesagt haben, dass die Regierung nicht ordentlich informiert hätte. Ich habe schon damals darauf hingewiesen, dass wir in der CDU-Fraktion und in der FDP-Fraktion sehr lange über Evaluierung und Umakzentuierung gesprochen haben und dass wir der Ansicht sind, dass dies auch Sache des Landtags ist. Deshalb haben wir uns eingemischt. Das habe ich schon damals zwei- oder dreimal gesagt.

Frau Dr. Klein (PDS):

Aber Sie können sich daran erinnern - ich will es nicht laufend wiederholen -, dass es nicht nur von meiner Seite Kritik gab. In den anderen Ausschüssen wurden diese

Debatten erst im Januar und im Februar, im Finanzausschuss sogar erst im März, geführt.

Aber zu meiner zweiten Frage: Wie interpretieren Sie den Artikel 1 des Verfassungsentwurfs, in dem steht, dass die Europäische Union eine Rüstungsagentur zu schaffen hat, und in dem die Verpflichtung der europäischen Staaten zur weiteren Militarisierung direkt und wörtlich verankert ist?

Frau Wybrands (CDU):

Frau Dr. Klein, natürlich geht es um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Natürlich müssen wir die haben. Aber das heißt noch lange nicht, dass die gesamte EU „militarisiert“ wird. Man muss sich einmal überlegen, was hinter diesem Wort steht. Das nenne ich: Ängste sinnlos schüren. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Wybrands. - Damit ist die Debatte über die Regierungserklärung abgeschlossen und der Tagesordnungspunkt 2 beendet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Erste Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2004

Gesetzentwurf der Landesregierung - **Drs. 4/1558**

Der Gesetzentwurf wird von Herrn Finanzminister Paqué eingebbracht. Bitte schön, ich erteile Ihnen das Wort.

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den Planentwurf für einen Nachtragshaushalt vor. Mit diesem Entwurf wird der Haushaltspunkt 2004 in einigen wesentlichen Punkten geändert. Mit diesen Änderungen reagieren wir, die Landesregierung, auf die aktuellen Entwicklungen der wirtschaftlichen und fiskalischen Rahmenbedingungen, und diese Entwicklungen, meine Damen und Herren, sind schlecht.

Deutschland befindet sich in einer tief greifenden Konjunktur- und Wachstumskrise. Im Jahr 2003 schrumpfte die deutsche Wirtschaft um 0,1 %, und dies nach Wachstumsraten nahe null in den beiden Vorjahren, 0,8 % im Jahr 2001 und 0,2 % im Jahr 2002.

Sachsen-Anhalt hat sich natürlich dieser Entwicklung nicht entziehen können. Im Jahr 2003 gab es hierzulande zwar ein positives Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, aber dieses Wachstum fiel mit 0,3 % relativ bescheiden aus, vor allem weil die durchaus beachtliche Expansion im verarbeitenden Gewerbe von einer fortgesetzten Schrumpfung der Bauwirtschaft begleitet war.

Auch die Arbeitslosigkeit nimmt in Deutschland zu und die Zahl der Erwerbstätigen geht zurück. Im Frühjahrs-gutachten der Forschungsinstitute wird darauf hingewiesen, dass rund 600 000 Vollzeit- und Teilzeitstellen zum Jahresende 2003 im Vorjahresvergleich weggefallen sind. Für die neuen Länder wird ein Minus von

100 000 Erwerbstätigen festgestellt. Auch in diesem Jahr ist keine durchgreifende Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu erwarten. Die Arbeitslosigkeit wird weiter zunehmen und die Zahl der Beschäftigten wird weiter sinken. Die Arbeitslosenquote hat sich in Deutschland von 9 % im Jahr 2001 auf 10,3 % im Jahr 2003 erhöht.

In Sachsen-Anhalt gibt es zwar strukturell einige Lichtblicke - so konnte der Abstand zu den anderen Ländern im Durchschnitt verringert werden und die rote Laterne wandert vermutlich in diesem Jahr endgültig nach Mecklenburg-Vorpommern -, eine grundlegende konjunkturelle Belebung des Arbeitsmarktes ist aber auch hierzulande ausgeblieben.

Meine Damen und Herren! Was sich am Arbeitsmarkt widerspiegelt, ist auch für die Kapazitätsauslastung der Wirtschaft zu beobachten. Wir haben es mit einer deutlichen konjunkturellen Unterauslastung des Produktionspotenzials zu tun und die dauert schon drei Jahre. Alle Indikatoren deuten darauf hin, dass sich die Wirtschaft Deutschlands und die Wirtschaft Sachsen-Anhalts in einem ausgeprägten Ungleichgewicht befinden.

Meine Damen und Herren! Mit der Vorlage des Nachtragshaushalts mussten wir die haushaltswirtschaftlichen Konsequenzen aus drei Jahren Stagnation ziehen; denn wirtschaftliche Stagnation heißt auch vor allem Wegbrechen von Steuereinnahmen. Niemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, sei es in den alten Ländern seit 1949, sei es im vereinten Deutschland seit 1990, hat es auch nur annähernd vergleichbare Steuerausfälle gegeben. Was sich seit 2002 in Deutschland auf der Seite der Steuereinnahmen abgespielt hat, das ist für die Verwalter der öffentlichen Kassen ein Alptraum.

Ich sage ganz deutlich: Es ist bitter, dass wir mit diesem Nachtragshaushalt die Nettokreditaufnahme um 368 Millionen € erhöhen müssen. Aber ich sage auch ganz deutlich: Wir tun dies, ohne auch nur einen Euro mehr für freiwillige Leistungen gleich welcher Art auszugeben, und wir tun dies, ohne unseren Konsolidierungskurs mit den harten Sparaufgaben, die wir haben, und zwar in allen Bereichen, auch nur an irgendeiner Stelle zu verlassen, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich kurz darlegen, welches die Gründe sind, die uns gezwungen haben, einen Nachtragshaushalt aufzustellen:

Das Haushaltsjahr 2003 schloss mit einem Defizit in Höhe von 354 Millionen € ab.

(Herr Bullerjahn, SPD: Endgültig?)

Nach dem geltenden Haushaltrecht - § 25 LHO - ist ein Fehlbetrag spätestens in den Haushaltspunkt des zweitnächsten Jahres einzustellen. Die Landesregierung hat sich entschlossen, den Fehlbetrag mit dem Nachtragshaushalt zu aktivieren, da bei einer derartigen Größenordnung eine Erwirtschaftung im Vollzug des kommenden Haushaltjahres nicht möglich ist.

Betrachten wir rückblickend die Situation im Jahr 2003:

Das Land hatte Steuerausfälle von rund 352 Millionen € zu verkraften. Das zeigt im Übrigen - es entspricht nämlich ziemlich genau dem Fehlbetrag rein vom Ergebnis her -, dass der Fehlbetrag netto im Wesentlichen auf exogene Faktoren zurückzuführen ist, auf Faktoren, die

außerhalb des Landes liegen und die von der Landesregierung nicht zu vertreten sind und auch nicht zu beeinflussen waren.

Mit der Haushaltssperre des letzten Jahres konnten zwar alle anderen Mehrbelastungen aufgefangen werden, so unter anderem überplanmäßige Ausgaben für Sozialhilfe von fast 40 Millionen € und Überzahlungen an die Kommunen in einer Größenordnung von 70 Millionen €. Immerhin gelang es auch, über die globale Minderausgabe in Höhe von fast 80 Millionen € hinaus noch fast 100 Millionen € netto im Vollzug einzusparen. Einem zusätzlichen Einnahmeausfall in einer Größenordnung von über 350 Millionen € ist aber ein Land wie Sachsen-Anhalt weitgehend machtlos ausgeliefert. Klar ist: Das Defizit 2003 war in seiner vollen Höhe nicht durch Einsparungen im konsumtiven Ausgabenbereich aufzufangen.

Ich hatte eine Haushaltssperre verhängt. Von dieser blieben aber die Investitionen weitgehend ausgenommen, zumindest soweit sie mit EU- und mit Bundesmitteln kofinanziert waren. Nur durch ganz tiefe Einschnitte bei den Investitionen hätten wir die Höhe des Defizits überhaupt nennenswert verringern können, und das in einer gesamtwirtschaftlichen Lage, die den erhofften Aufschwung vermissen ließ und immer mehr den Charakter einer schweren Rezession annahm.

Die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt und im Bundesgebiet war im letzten Jahr bedrohlich genug, um die Ausnahme der Investitionen von der Sperre zu rechtfertigen; denn die Folgen einer solchen Sperre wären gewesen: keine öffentlichen Aufträge für die mittelständische Wirtschaft vor Ort, kein zusätzliches Geld aus Berlin und Brüssel im Wirtschaftskreislauf unserer Region und damit im Ergebnis eine weitere Vertiefung der Rezession.

Meine Damen und Herren! Ich weise an dieser Stelle auch darauf hin, dass der Mittelabfluss im Investitionsbereich in einer völlig normalen Größenordnung lag. Es geisterten anschließend einige Meldungen durch die Presse, dass ein außergewöhnliches Ausmaß an Investitionsabfluss die Situation bewirkt habe.

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

Das ist schlicht nicht richtig. Wir hatten im Jahr 2002 einen Investitionsabfluss, gemessen an der Veranschlagung, von 91,7 %. Wir hatten im Jahr 2003 einen Investitionsabfluss, der höher lag, aber nicht wesentlich höher. Er lag bei 92,3 %. Mit anderen Worten: Eine Einschränkung der Investitionen hätte an dieser Stelle bedeutet, dass wir noch einmal ganz drastisch unter das Niveau des Vorjahres hätten gehen müssen. Eben dies war aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage nicht zu rechtfertigen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Herr Tullner sieht das anders!)

Es war eine Situation, in der man als Finanzminister zwischen zwei Übeln wählen musste. Die Kritiker haben es später natürlich leicht, mit dem Vorteil des besseren Wissens im Nachhinein Schwächen in der Feinabstimmung nachzuweisen. Freimütig bekenne ich, dass man über die Einzelheiten in diesem Zusammenhang natürlich trefflich streiten kann. Aber das ändert nichts an der grundlegenden Tatsache, dass bei der Höhe, bei dem Ausmaß der Steuerausfälle ein Haushaltssausgleich im Vollzug nicht möglich war.

Meine Damen und Herren! Es zeichnet sich deutlich ab, dass auf das Land auch im Jahr 2004 Steuerausfälle zu kommen. Diese ergeben sich zum größeren Teil infolge des Ergebnisses der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss im Dezember des letzten Jahres und zu einem kleineren Teil infolge anderer Steuerrechtsänderungen. Wir haben diese Steuerausfälle zunächst mit 80 Millionen € veranschlagt. Wir gehen davon aus, dass dieser Betrag hinreichen wird, um die Steuerausfälle abzubilden, die uns die Steuerschätzung in einer Woche präsentieren wird.

Aber: Es bleiben natürlich auch in dieser Hinsicht gewisse Risiken. Das exakte Ergebnis der Steuerschätzung wird im Laufe des parlamentarischen Verfahrens eingespeist werden können. Im Moment ist die Presse voll von unterschiedlichen Zahlen. Es ist aber noch keine Klarheit dahin gehend zu gewinnen, in welche Richtung genau die Steuerschätzung geht.

Meine Damen und Herren! Der Nachtragshaushalt ist auch notwendig, um die rechtlichen Voraussetzungen für den bestmöglichen Einsatz von Geldern aus dem operationellen Programm der EU für die Periode 2000 bis 2006 zu schaffen. Im Rahmen der Halbzeitevaluierung des operationellen Programms hat das Land Sachsen-Anhalt bei der EU einen Änderungsantrag eingereicht. Über diesen ist noch nicht entschieden worden. Wir gehen aber davon aus, dass die EU in den nächsten Monaten dazu eine Entscheidung treffen wird. Außerdem hat die EU die so genannte Leistungsreserve des operationellen Programms für Sachsen-Anhalt freigegeben.

Bei beiden Maßnahmen bedarf es einer haushaltsmäßigen Ermächtigung, um mit den geänderten Ansätzen schon in diesem Haushaltsjahr arbeiten zu können. Diese ist eben auch im Nachtragshaushalt verankert worden.

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung setzt mit dem Nachtragshaushalt 2004 ihren Konsolidierungskurs konsequent fort.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das erklären Sie einmal!
- Unruhe bei der SPD)

- Herr Püchel, ich werde das im Weiteren noch erläutern.

(Herr Bullerjahn, SPD: Das glaubt Ihnen keiner!
- Zuruf von Frau Budde, SPD)

- Herr Püchel und Herr Bullerjahn, warten Sie einen Augenblick. Dann werden Sie die Antwort auf Ihre Fragen bekommen.

(Frau Budde, SPD: Ihre Antwort!)

Wer mit Blick auf die unerfreulich hohe Nettokreditaufnahme etwas anderes behauptet, der verkennt die zusätzlichen Einsparungen, die wir bei der Aufstellung des Haushaltsplans geleistet haben.

(Zuruf von der SPD: In welchem Bereich?)

Die im Haushaltsplans 2004 veranschlagten globalen Minderausgaben von knapp 100 Millionen € wurden mit dem Nachtrag weitgehend aufgelöst. Lediglich drei Ressorts müssen im weiteren Vollzug einen kleinen Anteil der globalen Minderausgabe noch mit Einsparungen unterstützen. Dazu ist ihnen eine Frist bis zum 30. September 2004 gesetzt worden.

(Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

Mit der Vertitelung der globalen Minderausgabe ist nun auch die Voraussetzung für deren Erwirtschaftung im Haushaltsvollzug sichergestellt; denn eines ist klar, meine Damen und Herren: Es wird bei den vielen Kürzungen, die wir bereits in der Vergangenheit hatten, natürlich immer schwieriger, eine globale Minderausgabe in angemessenem Umfang zu erwirtschaften.

Darüber hinaus wurden weitere Einsparungen in Höhe von 50 Millionen € umgesetzt. Dies ist eine beachtliche Kraftanstrengung, für die ich mich bei meinen Kollegen noch einmal ausdrücklich bedanke; denn ich weiß, dass bereits der Grundhaushalt 2004 erhebliche Einschnitte mit sich gebracht hatte, und beim Haushalt 2003 war das nicht anders.

(Herr Bullerjahn, SPD: Sie kürzen auch Ausgaben!)

Im Ergebnis führt dies alles dazu, dass im Jahr 2004 das Ausgabevolumen abzüglich des etatisierten Jahresfehlbetrags aus dem Jahr 2003 gegenüber dem Volumen des ursprünglichen Haushaltssplan 2004 nochmals um 0,55 % gesenkt wurde. Dies bedeutet gegenüber dem Haushalt 2003, wenn man den Grundhaushalt 2004 noch in Rechnung stellt, eine Ausgabensenkung von fast 3 %. Damit gehört das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 2004 wie schon im Jahr zuvor eindeutig zu den Ländern in Deutschland mit der restriktivsten Ausgabenpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Die stabilitätspolitische Vorgabe des Finanzplanungsrats, mit der eine maximale nominale Ausgabensteigerung um 1 % pro Jahr vorgeschrieben wird, um im Geiste des Stabilitätspaktes die Bedingungen für einen angemessenen Beitrag der Länder zur Erreichung der Stabilitätsziele zu erfüllen, sind damit vom Land Sachsen-Anhalt deutlich unterschritten worden. Wir liegen mit einer Ausgabenschrumpfung von 3 %, also einem Minus-Wachstum von 3 %, vier Prozentpunkte unter dieser Vorgabe des Finanzplanungsrates. - Herr Dr. Püchel und Herr Bullerjahn, das sollte eigentlich unter makroökonomischen Aspekten die Antwort auf Ihre Frage sein:

(Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

Eine Senkung der Ausgaben um 3 %. Das ist kein Pappenstiel, wenn Sie bedenken, dass wir mit Tarifsteigerungen in dem großen Block der Personalausgaben arbeiten müssen und dass wir in vielen anderen Bereichen auch Teuerungen hinnehmen müssen.

Eines ist völlig klar: Das fiskalische Problem Sachsen-Anhalts liegt eindeutig und allein auf der Einnahmenseite und nicht auf der Ausgabenseite.

Meine Damen und Herren! Ich komme zur Höhe der Kreditaufnahme des Landes und zu ihrer verfassungsrechtlichen Problematik. Die Höhe der Nettokreditaufnahme des Landes beläuft sich im Entwurf des Nachtragshaushalts auf 1,317 Milliarden €. Sie liegt damit rund 400 Millionen € über dem Niveau der eigenfinanzierten Investitionen.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Gemäß Artikel 99 Abs. 2 der Landesverfassung dürfen die Einnahmen aus Krediten die Summe der im Haushaltssplan für Investitionen veranschlagten Ausgaben nicht übersteigen. Ausnahmsweise darf die Höhe der

Kreditaufnahme der Summe der eigenfinanzierten Investitionen übersteigen, um eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwehren.

Meine Damen und Herren! Ich habe zu Beginn dargestellt, dass in Deutschland und auch in Sachsen-Anhalt seit drei Jahren eine massive Wachstumsschwäche bei hoher konjunktureller Arbeitslosigkeit und Unterauslastung des Produktionspotenzials herrscht. Die Landesregierung ist angesichts dieser Lage berechtigt, die in Artikel 99 Abs. 2 festgelegte Kreditgrenze zu überschreiten.

Der Verfassungsgeber hat weiterhin in Artikel 99 Abs. 3 Satz 2 die so genannte Finalität der erhöhten Kreditaufnahme zum Ausdruck gebracht. Danach muss die Kreditaufnahme nach Umfang und Verwendung bestimmt und geeignet sein, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwenden. Tatsache ist nun, dass die verfassungsmäßige Grenze nur einzuhalten wäre, wenn es zu weiteren drastischen Kürzungen im konsumtiven Bereich käme. Im investiven Bereich würde schon rein rechnerisch eine Kürzung nicht helfen, weil dadurch auch die Verfassungsgrenze weiter sinken würde.

Diese Kürzungen im konsumtiven Bereich würden aber an rechtliche Grenzen stoßen, und sie hätten schwerwiegende Konsequenzen für die Funktionsfähigkeit der Verwaltung und insbesondere negative Beschäftigungswirkungen in unserer Region.

(Herr Bullerjahn, SPD: Aber dafür regieren Sie hier, Herr Minister!)

Ich gehe jetzt die wesentlichen konsumtiven Ausgabenposten durch. Die Personalausgaben in der Hauptgruppe 4 haben wir bereits im Nachtragshaushalt in Höhe von rund 11 Millionen € reduziert. Eine weitere Reduzierung ist angesichts des ganz eng geschnürten Personalabbaukonzeptes der Landesregierung nicht möglich. Wir hätten alle bestehenden Tarifverträge - im Übrigen können durch die darin verankerten Teilzeitregelungen erhebliche Ausgaben eingespart werden - kündigen und mindestens im deutlich vierstelligen Bereich Mitarbeiter entlassen müssen, um dieser Forderung gerecht zu werden. Die sozialen Folgen brauche ich Ihnen wohl nicht darzustellen, von dem konjunkturellen Nachfrageausfall infolge sinkender Einkommen ganz zu schweigen.

Im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben in der Hauptgruppe 5 wird die Landesregierung mit diesem Nachtragshaushalt erneut sparen.

(Zurufe von der SPD)

Damit liegt das Land Sachsen-Anhalt, meine Damen und Herren, mit 147 € pro Kopf bereits deutlich günstiger als Sachsen mit 162 € pro Kopf. Im Vergleich der Nachbarländer ist das in absoluten Zahlen immerhin eine Einsparung von rund 35 Millionen € an sächlichen Verwaltungsausgaben.

Ein ähnliches Bild ergibt sich im Vergleich mit den westdeutschen Flächenländern. Wir liegen bereits, was die Hauptgruppe 5 betrifft, am unteren Rand. Eine weitere Einsparung ist kaum zu leisten, ohne an dieser Stelle die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben zu gefährden. Zudem tritt das Land auch insoweit als Nachfrager auf dem Markt auf. Damit würde eine weitere Reduzierung dieser

Ausgaben ebenfalls zu negativen Wachstums- und Beschäftigungswirkungen führen.

Bei den nichtinvestiven Zuweisungen und Zuschüssen haben wir bereits in der Vergangenheit massiv gekürzt. Ich erinnere nur an das Kinderförderungsgesetz. Auch im Grundhaushalt 2004 und im Nachtrag werden zusätzliche Kürzungen bei der institutionellen Förderung vorgenommen. Eine weitere Reduzierung hätte in diesen Bereichen zusätzliche negative Beschäftigungswirkungen zur Folge, die nicht zu verantworten sind.

Die Kommunen schließlich befinden sich zurzeit in einer ähnlichen finanziellen Misere wie das Land. Erhebliche Kürzungen im Finanzausgleichsgesetz würden die finanzielle Lage unserer Kommunen zusätzlich verschärfen. Wir würden damit lediglich das Problem auf die kommunale Ebene verschieben, aber in der gemeinsamen Be- trachtung von Land und Kommunen insgesamt keine Besserung erzielen. Die Landesregierung hält es deshalb nicht für sachgerecht, durch erneute Einschnitte den Investitionsspielraum der Kommunen weiter einzuziehen. Kürzungen in diesem Bereich hätten ebenfalls unmittelbar negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung.

Mit Blick auf die Verfassungsgemäßheit des Haushalts lautet deshalb das Fazit: In einer Situation des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts mit hoher Unterauslastung des Kapitalstocks und mit großer Unterbeschäftigung würde eine weitere Beschränkung der Konsumausgaben, so weit überhaupt rechtlich möglich, die Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung infrage stellen und dem volkswirtschaftlichen Kreislauf im Land Sachsen-Anhalt wesentliche Nachfrageimpulse entziehen. Insofern können wir nicht das einnahmeverdiente etatisierte Defizit aus dem Jahr 2003 durch eine noch weitergehende drakonische Einschränkung der Konsumausgaben im Jahr 2004 gegenfinanzieren.

(Frau Budde, SPD: Ich fasse es nicht!)

- Frau Budde, denken Sie doch einmal unvoreingenommen über die Situation nach; dann werden Sie sie auch verstehen.

(Frau Budde, SPD: Wenn wir vor zwei, drei Jahren das mit der Nachfrage gesagt hätten, dann hätten Sie uns sonst was erzählt!)

Der zwingende Verzicht auf diese Ausgabenkürzung bei einem etatisierten Einnahmeausfall ist damit bei sachgerechter Betrachtung genauso zu interpretieren wie eine gezielte Ausgabenerhöhung bei konstanten Einnahmen, und zwar als geeigneter stabilitätspolitischer Beitrag dazu, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beheben. Damit werden wir in sehr schwieriger Lage unserer Gesamtverantwortung für das Land gerecht, und zwar sowohl auf der finanzpolitischen als auch auf der wirtschafts- und stabilitätspolitischen Seite.

Meine Damen und Herren! In dem Ihnen vorliegenden Nachtragshaushalt haben wir wie im Jahr zuvor die Investitionsausgaben möglichst von Kürzungen ausgenommen. Trotz der enormen Einnahmeverluste liegt die Investitionsquote ohne die Fluthilfeausgaben bei rund 18,4 %. Weitere Kürzungen bei den Investitionen in diesem Jahr würden die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt in nicht hinnehmbarer Weise zusätzlich gefährden. Was für die Konsumausgaben gilt, trifft natürlich in noch höherem Maße für die Investitionen zu.

Mit Blick auf den Doppelhaushalt 2005/2006 werden wir allerdings - das haben wir ja angekündigt - eine umfassende Überprüfung unserer Förder- und Investitionspolitik vornehmen, auch auf der Grundlage eines Subventionsberichts, der gerade in meinem Hause erstellt wird. Auch bei den Investitionen werden künftig noch stärker als bisher Prioritäten gesetzt werden müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sachsen-Anhalt befindet sich durchaus nicht allein in einer solch extrem schwierigen Situation. Im Jahr 2003 haben acht von 16 Ländern eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts geltend gemacht. Weitere vier sind bei den Ist-Ergebnissen über die verfassungsrechtliche Regelgrenze gerutscht. Im Jahr 2004 haben bereits - so ist der gegenwärtige Zwischenstand - neben Sachsen-Anhalt weitere fünf Länder sowie Berlin mit ihrer geplanten Nettokreditaufnahme in der Sollplanung die eigenfinanzierten Investitionen überstiegen. Nach der Steuerschätzung - so steht jedenfalls zu befürchten - dürften weitere hinzukommen.

Der Bund hat eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts seit 2002 erklärt. Damit hat die Bundesregierung ihre Vorbildfunktion schon seit längerem aufgegeben. Nach neuesten Verlautbarungen und Spekulationen in der Presse wird sich daran unter dieser Bundesregierung auch in Zukunft nichts ändern. Im Gegen teil: Während wir im Land unter schwierigsten Bedingungen unsere Hausaufgaben machen,

(Herr Dr. Püchel, SPD: Hochachtung!)

wird in der rot-grünen Berliner Koalition darüber sinniert, ob man Schluss machen sollte mit der Sparpolitik.

Herr Dr. Püchel, das ist doch die Botschaft der Meldungen der letzten Tage, die wir in den Zeitungen lesen konnten, dass es in der rot-grünen Koalition einen Streit über die Linie der Haushaltspolitik gibt.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Ich spreche ja meine Hochachtung aus!)

Einen solchen Streit gibt es in Sachsen-Anhalt nicht. Wir werden nicht Schluss machen mit der Haushaltspolitik; denn sie ist der einzige Weg, um dieses Land zukunftsfähig zu machen und unsere Kinder und Kindeskinder nicht mit nicht tragfähigen Schuldenlasten zu belasten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es gibt dazu keine Alternative. Wir werden weitermachen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Leider!)

Wir lassen uns von den katastrophalen Einnahmeausfällen, die wir in den ersten beiden Jahren unserer Regierungszeit haben hinnehmen müssen, nicht entmutigen. Diese Einnahmeausfälle sind weitestgehend von der Bundesregierung und nicht von dieser Landesregierung politisch zu verantworten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Herr Dr. Püchel, SPD: Es hat gerade noch gefehlt, dass Sie das sagen!)

Bei unserem Regierungsantritt im Jahr 2002 haben wir eine Finanzplanung vorgefunden, die aufgrund der damals aktuellen Steuerschätzung überholt war. Danach hätten wir beispielsweise im Jahr 2003 ein Steueraufkommen einschließlich Länderfinanzausgleich und Fehl-

betrags-Bundesergänzungszuweisungen von 6 Milliarden € erwarten dürfen. Tatsächlich eingenommen haben wir aber nur 4,9 Milliarden €. Dies ist eine Differenz von 1,1 Milliarden €. Dies sind über 10 % des Haushaltsvolumens.

Wir haben seinerzeit reagiert und eine nach damaligen Erkenntnissen realistische mittelfristige Finanzplanung vorgelegt, die die jährlichen Ansätze jeweils um immerhin 400 bis 500 Millionen € reduzierte. Heute wissen wir, dass selbst diese starken Korrekturen nach unten nicht ausreichend waren.

In der mittelfristigen Finanzplanung 2002 bis 2006, die die Landesregierung unmittelbar nach ihrem Amtsantritt auf der Grundlage der Steuerschätzung vom Mai 2002 vorgelegt hatte, wurden für das Land Sachsen-Anhalt noch Steuereinnahmen in Höhe von 5,5 Milliarden € für das Jahr 2003 prognostiziert. Tatsächlich eingenommen haben wir aber nur 4,9 Milliarden €. Für das Jahr 2004 stellt sich die Situation ähnlich dar. Damals wurden 5,8 Milliarden € prognostiziert. Vorbehaltlich der neuen Steuerschätzung in der kommenden Woche werden es voraussichtlich 5,1 Milliarden € sein.

Das bedeutet, wir als Landesregierung mussten und müssen Einnahmeausfälle von jährlich jeweils etwa 600 bis 700 Millionen € schultern, und zwar zusätzlich zu den vorgefundenen Konsolidierungserfordernissen, die uns die Vorgängerregierung hinterlassen hat

(Herr Dr. Püchel, SPD: Endlich sagen Sie das einmal!)

und die im Gutachten von Professor Seitz ihren Ausdruck gefunden haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

So viel Rücksicht, Herr Püchel, nehmen wir.

Ich darf Sie bitten, sehr geehrte Opposition, dies endlich einmal konstruktiv zur Kenntnis zu nehmen. Von Ihrer Seite wird immer wieder gesagt, Steuerausfälle seien doch etwas ganz Normales und gehörten zum finanziellen Alltagsgeschäft. Insbesondere Herr Bullerjahn pflegt das ja immer sehr deutlich zum Ausdruck zu bringen.

(Herr Bullerjahn, SPD: Nach Ihrer Rede wäre ich da ganz ruhig, Herr Minister!)

Sie übersehen dabei, dass das, was Sie in Ihrer Regierungszeit als tatsächliche Steuermindereinnahmen hinnnehmen mussten, in überhaupt keinem Verhältnis zu dem steht, was sich seit dem Jahr 2002 abspielt: Im Jahr 2001, dem letzten Jahr Ihrer Regierungszeit, lag das tatsächliche Steueraufkommen bei 5,7 Milliarden €, gut 400 Millionen € höher als im Jahr 1995, dem ersten Jahr nach der Integration der neuen Länder in den Finanzausgleich, und es lag immerhin noch 150 Millionen € über dem Niveau des Jahres 1998, dem Beginn Ihrer zweiten und letzten Regierungszeit. Zwischen den Jahren 2001 und 2003 sackte das Steueraufkommen dagegen förmlich in sich zusammen: von 5,7 Milliarden € auf 4,9 Milliarden €.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Sein vorletzter Haushalt! - Heiterkeit bei der SPD)

Sehr geehrte Opposition! Seien Sie bitte ehrlich

(Unruhe bei der SPD und bei der CDU - Zuruf von Herrn Doege, SPD)

und erkennen Sie an, dass diese CDU- und FDP-Regierung

(Herr Bullerjahn, SPD: Die größte ist, die wir jemals hatten!)

die ungleich schwierigere fiskalische Aufgabe hat, als es Ihre eigene Aufgabe seinerzeit jemals war.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Sie konnten damals mit dem Strom steigender Einnahmen oder zumindest im relativ ruhigen Gewässer konstanter Einnahmen arbeiten. Sie haben dabei nicht viel an Konsolidierung zustande gebracht, wie das das Gutachten von Professor Seitz im Ländervergleich ja eindrucksvoll gezeigt hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir dagegen mussten bisher gegen eine stärker werdende Strömung angeschwimmen, eine Strömung, in der Sie mit der Finanzpolitik, die Sie früher betrieben haben, längst weit flussabwärts getrieben wären, während wir uns wenigstens auf der Stelle halten konnten.

(Lachen bei der SPD - Herr Dr. Püchel, SPD: Herr Böhmer, ist das abgestimmt?)

Sehr geehrte Opposition, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir bereits mit dem Haushalt 2003 und mit dem Grundhaushalt 2004 schwierige Kürzungen und Reformen durchgesetzt haben, zu denen Ihnen jahrelang der politische Mut und wohl auch die politische Kraft fehlte.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Herr Dr. Püchel, SPD: Bitte mitklatschen! Das ist es wert!)

Wir haben im Kampf gegen die Personalkosten ernst gemacht durch Einstellungsstopp und durch Personalbewirtschaftung im Landesdienst, durch Lohnverzicht von Beamten und Angestellten, sei es durch die Kürzung von Sonderzuwendungen oder durch die tarifliche Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben das genau beobachtet und haben vielleicht an dem einen oder anderen Punkt nörgeln können,

(Lachen bei der SPD und bei der PDS)

aber Sie haben an der Grundlinie der Personalkostenpolitik, die diese Landesregierung betreibt, eigentlich im Grundsatz überhaupt nichts aussetzen können. Sie müssen auch die Erfolge zugeben, die diese Politik hat.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Beifall!)

Man kann das an den Zahlen sehen, aber wenn natürlich gleichzeitig die Einnahmen auf breiter Front wegbrechen, dann ist die Wirkung auf den Gesamthaushalt noch begrenzt.

Wir haben Leistungsgesetze verändert, allen voran die Kinderbetreuung, bei der mehr elterliche Selbstverantwortung auch aus grundsätzlichen Erwägungen angebracht ist. Dabei gibt es ja auch Berührungspunkte zu Ihrer Auffassung in der SPD.

(Herr Bullerjahn, SPD: Wir haben sogar zugesagt!)

Wir sparen damit jährlich 45 Millionen €, die ansonsten an anderer Stelle aufzubringen wären. Das muss ganz

deutlich gesagt werden: Auch diese 45 Millionen € sind eine strukturelle Verbesserung unseres Haushaltes, die wir dringend brauchen, die aber wiederum im Gesamtergebnis aufgrund der Einnahmeentwicklung noch nicht voll zum Tragen kommt. Wir haben damit - das möchte ich auch sagen - immer noch die beste und die umfassendste Kinderbetreuung in ganz Deutschland einschließlich der anderen neuen Länder und einschließlich der Länder, die SPD- und PDS-regiert sind.

Wir haben einen Konsolidierungsplan für die Hochschulen entwickelt. Dieser Plan greift und wird von den Hochschulen akzeptiert, auch wenn von Ihrer Seite außerhalb dieses Raumes sehr starke Kritik geübt wird. Dabei fragt man sich aber natürlich: Wo, wenn nicht auch in diesen Bereichen, sollen wir an höherer Effizienz und an einer besseren Struktur arbeiten, wenn wir den Haushalt weiterhin auf Konsolidierungskurs halten wollen?

(Zustimmung von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

Schließlich haben wir in angemessenem Umfang auch die Kommunen an der Bürde der steuerlichen Mindererinnahmen beteiligen müssen. Herr Dr. Püchel, ich wundere mich schon, dass Sie in Veröffentlichungen an anderer Stelle auf der einen Seite auf die Schwierigkeiten der Haushaltspolitik hinweisen, auf der anderen Seite aber behaupten, wir hätten die Kommunen über Gebühr in die Pflicht genommen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Lesen Sie einmal die Wahlprogramme!)

Davon kann nicht die Rede sein. Wir wissen, die Kommunen sind in einer schwierigen Lage, aber die Schwierigkeit des Landeshaushalts liegt auch auf der Hand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal ganz klar sagen, um Missverständnisse zu vermeiden: Wir haben unsere Ziele, die wir uns gesetzt haben, noch lange nicht erreicht. Wir haben aber doch wenigstens verantwortungsvoll in wichtigen Bereichen die Weichen dafür gestellt, um unsere Ziele zu erreichen, wenngleich dies vielleicht auch erst später, als ursprünglich geplant, sein kann, weil eben die Einnahmeentwicklung derart katastrophal ausgefallen ist. Allerdings setzt die Erreichung der Ziele auch zu einem späteren Zeitpunkt natürlich voraus, dass sich die gesamtwirtschaftliche Wetterlage in Deutschland verbessert, und zwar deutlich verbessert. Dafür sind nicht wir, sondern dafür ist in erster Linie die SPD- und Grünen geführte Bundesregierung verantwortlich. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Paqué. Möchten Sie eine Frage von Frau Dr. Sitte beantworten?

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Ja.

(Frau Bull, PDS: Nicht doch!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Bitte, Frau Dr. Sitte, fragen Sie.

Frau Dr. Sitte (PDS):

Herr Paqué, Sie haben jetzt selbst in Ihrer Rede darauf hingewiesen, dass die Hochschulen Ihren Beitrag zur Konsolidierung innerhalb dieses Nachtragshaushaltes erbringen müssen. Auf die gleiche Frage von Herrn Gallert gestern konnte der Kultusminister allerdings relativ wenig bis gar keine Auskunft geben.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Doch! Kann ich inzwischen! - Herr Gallert, PDS: Jetzt fragen wir ihn!)

Er konnte nämlich lediglich sagen, dass er das jetzt auch nicht erklären kann.

Jetzt frage ich Sie, was sich konkret damit verbindet und welche Konsequenzen auf die Hochschulen zukommen. Immerhin handelt es sich um budgetierte Einrichtungen. Sie haben Verträge mit den Hochschulen in Gestalt der Zielvereinbarungen, die beiden Universitäten haben Globalhaushalte. Deshalb scheint mir das schon einigermaßen merkwürdig, dass die Hochschulen im Nachtragshaushalt wieder mit auftauchen.

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Frau Dr. Sitte, Sie haben mich in diesem Punkt missverstanden. Ich habe im letzten Teil meiner Ausführungen auf die allgemeinen konsolidierungspolitischen Schritte hingewiesen, die wir in den ersten zwei Jahren unserer Regierungszeit gemacht haben. Dazu zählt auch das 90-plus-x-Programm - wenn ich es an dieser Stelle so nennen darf - bei den Hochschulen bis zum Jahr 2006. Das hat, für sich genommen, mit dem Nachtragshaushalt nichts zu tun.

(Zurufe von Herrn Gallert, PDS, von Frau Dr. Weißer, PDS, und von Frau Dr. Sitte, PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Eine weitere Frage. Bitte.

Frau Dr. Sitte (PDS):

Offensichtlich sind es nach diesem Nachtragshaushalt nur noch 88 % plus x.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Nein, das stimmt nicht! Ich kann das erklären! Es ist nicht so!)

- Ach, Sie können es jetzt erklären. Schön.

(Unruhe)

Gut, es ist ein Kabinettsbeschluss, den wir hier vorgelegt bekommen haben. Wir fragen uns dann weiter durch.

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Frau Dr. Sitte, im Einverständnis mit dem Kultusminister biete ich Ihnen ein bilaterales Gespräch zwischen ihm und Ihnen an. Dann lässt sich das sicherlich klären.

(Zustimmung bei der FDP - Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Das ist völlig in Ordnung! - Unruhe)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Paqué.

Meine Damen und Herren! Bevor wir in die Debatte eintreten, haben wir zunächst die Freude, dieses Mal auf

der Nordtribüne Gäste begrüßen zu können. Es sind Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden Schulen aus der Stadt der Landesgartenschau, aus Zeitz.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun beginnen wir mit dem Debatte. Es ist dafür die so genannte E-Struktur ausgewählt worden, das heißt die Debatte hat einen Umfang von 130 Minuten mit den entsprechenden Einzelzeiten, die Ihnen bekannt sind. Sie wird eröffnet durch den Beitrag der PDS-Fraktion. Es spricht Herr Gallert. Bitte, Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Herr Gallert (PDS):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Haus! Ich habe, glaube ich, seit dem Jahr 1994 noch nie eine so emotionslose Haushaltsdebatte seitens eines Finanzministers erlebt.

(Oh! bei der CDU)

Das hat möglicherweise seinen Grund darin - der ist relativ einfach zu beschreiben -, dass die zentrale Aussage des Nachtragshaushaltes die Erhöhung der Netto-Neuverschuldung um 368 Millionen € ist. Dies ist einfach einmal eine haushaltspolitische Katastrophe. Das wissen auch alle, mit Ausnahme des Finanzministers.

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS und bei der SPD)

Da es mir allerdings auch in 20 Minuten Redezeit nicht vergönnt sein wird, ihn davon zu überzeugen, werde ich versuchen, diese Polemik beiseite zu lassen. Denn an wen sollte sie sich sonst wenden?

Ich will versuchen, einige wirtschaftliche Betrachtungen aus diesem Landshaushalt zu kolportieren. Ich werde einen kurzen Rückblick darüber geben, wie sich vor allem das strukturelle Defizit des Landshaushalts seit 1998 entwickelt hat, und werde danach einige Aussagen zum Umgang mit einem erwarteten Defizit im Jahr 2004 machen.

Zum einen muss man die Jahresscheiben 2003 und 2004 in diesem Nachtragshaushalt noch einmal zerlegen; denn - das hat der Finanzminister völlig richtig gesagt - das Gros des Handlungsdrucks entstand dadurch, dass der Haushaltsabschluss 2003 mit einem Defizit von sage und schreibe 354 Millionen € angegeben wurde.

Ich weiß übrigens noch immer nicht hundertprozentig, ob das auch wirklich der offizielle Haushaltsabschluss ist; denn bis vor einigen Tagen war es zumindest noch so, dass bereits Fördermittel der EU in Höhe von etwa 40 Millionen € eingerechnet worden sind, die kassenmäßig wohl noch gar nicht da gewesen sind.

Aber lassen Sie uns einmal von einem Defizit in Höhe von 354 Millionen € für das Jahr 2003 ausgehen und uns das Haushaltssjahr 2003 noch einmal summarisch unter dem Aspekt der Nettoneuverschuldung anschauen.

Wir haben erstens 750 Millionen €, die im Jahr 2003 offiziell als Nettoneuverschuldung tituliert worden sind. Wir haben weitere 150 Millionen €, die über den Schattenhaushalt „Beleihung des Altlastensanierungsfonds“ aufgenommen worden sind und eine faktische Neuverschuldung darstellen. Außerdem haben wir weitere 354 Millionen €, die als Haushaltsdefizit im laufenden Haushalt 2003 aufgelaufen sind.

Summarisch liegen wir jetzt also bei 1,25 Milliarden €, die das strukturelle Defizit des Haushalts 2003 ausmachen - ein Defizit, das faktisch nur über eine Neuverschuldung abgedeckt werden kann.

Dabei spielen im Haushaltssjahr 2003 noch eine Reihe von positiven Einzelfaktoren eine Rolle, die das Bild sogar noch zum Positiven hin verzerrn. Unter anderem werden für das Jahr 2003 EU-Mittel in Höhe von sage und schreibe fast 90 Millionen € gebucht, die aus der Legislaturperiode 1994 bis 1998 stammen. Damals hat das Land die Kofinanzierungsmittel für Mittel ausgegeben, die die EU dem Land jetzt zusätzlich in Höhe von 90 Millionen € zur Verfügung stellt.

Ich will das auch Ihnen, Herr Ministerpräsident, noch einmal ganz deutlich sagen. Sie haben kürzlich bei der für mich wirklich katastrophalen Berichterstattung von „Kontraste“, die diesem „Spiegel“-Trend unter dem Motto „Der Osten gibt das Geld für sinnlose Dinge aus“ folgte, auf die Lehrerarbeitszeitkonten aus der letzten Legislaturperiode verwiesen, die sich jetzt als Belastung niederschlagen. Das ist völlig richtig. Aber darüber, dass Sie zum Beispiel 90 Millionen € aus der vorletzten Legislaturperiode zur Sanierung des Haushalts 2003 geschenkt bekommen, die dieses strukturelle Defizit noch künstlich nach unten nivellieren, verloren Sie kein Wort.

(Zuruf von Minister Herrn Prof. Dr. Paqué)

- Nein, diese Rückforderung nicht. Das ist Quatsch. Das sind Rückforderungen aus der letzten Förderperiode. Das ist nicht das „x+2“-Problem. Das ist nicht das Problem, dass es EU-Mittel und Haushaltsmittel des Landes in verschiedenen Variationen über die verschiedenen Jahresscheiben geben kann. Das sind Mittel aus der letzten EU-Förderperiode, also Mittel, für deren Kofinanzierung man den Haushaltsabschluss bereits vor mehreren Jahren gemacht hat.

Wir haben also ein reales, ein strukturelles Defizit von sage und schreibe 1,3 Milliarden € im Jahr 2003. Bei einem Landshaushaltsvolumen abzüglich der Hochwasserhilfen von etwa 10 Milliarden € macht das also ein strukturelles Defizit von 13 % aus.

Jetzt schauen wir uns einmal das erste Haushaltssjahr dieser Landesregierung an, nämlich das Haushaltssjahr 2002. Damals hatten wir eine Nettoneuverschuldung von 1,5 Milliarden €. Allerdings ist diese Zahl auch verfälscht, weil in diesen 1,5 Milliarden € ein Betrag in Höhe von 200 Millionen € enthalten ist, der als Defizit des Jahres 2001 aufgelaufen ist.

Jetzt ist für jeden einigermaßen mathematisch begabten Menschen zu verstehen: strukturelles Defizit 2002 1,3 Milliarden €, strukturelles Defizit 2003 1,3 Milliarden €. Wir haben also in diesem Landshaushalt ein strukturelles Defizit von 1,3 % - nein, das wäre ja traumhaft - von 1,3 Milliarden €, sprich 13 %.

Wissen Sie, man muss kein großer Prognostiker sein, man muss das Papier des Kollegen Bullerjahn nicht gelesen haben, um festzustellen: Mit einem strukturellen Defizit von 13 % landen wir innerhalb weniger Jahre in der Berliner Haushaltssituation von Herrn Diepgen und von Herrn Landowsky. Das muss jedem in diesem Haus klar sein.

Jetzt vergleichen wir diese Dinge einmal mit der letzten Legislaturperiode. Seinerzeit gab es auch eine Nettoneuverschuldung, ganz klar. Die Nettoneuverschuldun-

gen von 1998 bis 2002 haben sich in einem strukturellen Defizit von 8,5 % dargestellt. Vergleiche ich also dieses strukturelle Defizit des Landeshaushalts zwischen der letzten Legislaturperiode und dieser Legislaturperiode, dann stelle ich fest: Es hat sich bei etwa ähnlichen Haushaltsvolumen auf das 1,5fache verstärkt. Wer da noch von Konsolidierungskurs spricht, Herr Paqué, der lebt in einer Parallelwelt.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

An einer Stelle will ich allerdings gern Ihre Bewertungen teilen. Ich meine die Bewertung, dass die Masse der Ursachen für diese gefährliche Entwicklung auf bundespolitischer Ebene liegt. Das ist wohl war.

(Zustimmung von Herrn Kurze, CDU)

Sie haben etwas über die wirtschaftliche Situation in diesem Land seit 2002 gesagt. Wir alle kennen die strukturelle Krise der öffentlichen Kassen, die sich nach den Steuergesetzen von 1999 und 2000 strategisch verschärft hat und in eine krisenhafte Situation mündete. Das ist völlig richtig.

Was aber ist die Basis dieser Steuergesetze? - Diese Basis ist ganz einfach mit einem Satz zu umschreiben: Steuern runter, Wirtschaft rauf. Diesen Satz finden Sie heute übrigens immer noch beim Bundesfinanzministerium auf der Internetpräsentation. Was ist die Realität? - Steuern runter, Wirtschaft runter. Die Zahlen dazu haben Sie selbst hervorragend geliefert.

Insofern haben Sie natürlich Recht mit Ihrer Kritik an der Berliner Haushaltspolitik, an der Berliner Steuerpolitik. Aber ich frage Sie, Herr Paqué: Wo haben Sie sich definitiv gegen den Steuersenker Westerwelle zur Wehr gesetzt? Wo haben Sie, Herr Böhmer, sich gegen den Bierdeckelrechner Merz zur Wehr gesetzt, der das alles noch viel, viel schärfer machen will,

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

was die Situation aus der Sicht der Länder noch viel stringenter in die Misere führen würde?

Bei Ihnen ist keine wirkliche Differenz dazu zu erkennen. Die einzige Differenz gibt es im Ergebnis. Ich sage nur: Ihre Politik würde in Berlin mindestens dieselben Resultate erbringen.

Ich komme als Nächstes zu einigen haushaltspolitischen Aussagen. Wir haben jenseits des Jahresausgleichs 2003 mit 354 Millionen € auch noch das Haushaltsjahr 2004. Worin bestehen die Probleme?

Erstens. Die von Ihnen prognostizierten Steuermindererinnahmen in Höhe von 80 Millionen € muss ich akzeptieren, kann ich akzeptieren. Ich habe keinerlei Information, die darauf hindeutete, dass dies zu hoch oder zu niedrig angesetzt worden ist. Darin enthalten sind übrigens 50 Millionen € aus dem letzten Steuerkompromiss, dem auch das Land zugestimmt hat und der die Verschärfung der Einnahmesituation gestützt hat. Tun Sie also bitte nicht so, als wären Sie daran nicht mitschuldig.

Wir haben des Weiteren die Aufgabe - das ist ehrenwert seitens der Landesregierung -, eine globale Minderausgabe in Höhe von 98 Millionen € zu verteiln, was mit Ausnahme von knapp 10 Millionen € auch gelungen ist. Das kann man durchaus positiv hervorheben. Und wir haben einen Mehrbedarf in Höhe von etwa 4 Millionen € eingestellt, der vor allen Dingen aus einem zu niedrig veranschlagten Ansatz für den Maßregelvollzug herrührt.

In der Summe haben wir also ein Handlungsdefizit in Höhe von ungefähr 180 Millionen € zu verzeichnen.

Dafür könnte man natürlich bei der Erhöhung der Nettoeuverschuldung auch noch einen zusätzlichen Schluck nehmen, weil - dem kühlen Rechner ist das natürlich aufgefallen - die Erhöhung der Nettoeuverschuldung eben nicht nur mit dem Defizit des Jahres 2003 zu tun hat, sondern weil sie dieses noch einmal um 14,5 Millionen € übersteigt.

Nun gut - könnte man sagen - bei einer zusätzlichen Belastung von etwa 180 Millionen € ist das eigentlich okay. - Nein, Herr Paqué, das ist eben nicht. Sie haben zu früh genickt, weil Sie sämtliche entlastenden Faktoren, die in diesem Haushalt eine Rolle spielen, hierbei nicht benannt haben, und zwar entlastende Faktoren, die mitnichten Ergebnis politischen Handelns sind, sondern die wie ein warmer Regenschauer über das Land kommen.

Diese möchte ich Ihnen jetzt kurz aufzählen: die Reduzierung des Zuschusses an den Bund für die Zusatzversorgungssysteme um 39,2 Millionen €. Das ist ein interessanter Aspekt, ganz hervorragend. Aber das ist mit immerhin fast 40 Millionen € wohl ein substanzialer Ausgabekontrollgang in diesem Bereich.

Bei dem entsprechenden Ausgleich der Lehrerarbeitszeitkonten hat man offensichtlich auch etwas zu viel in den Haushalt hineingeschrieben: 6 Millionen €; bei den Steuern 7 Millionen €, bei der Entnahme aus dem Grundstock 11,3 Millionen €, bei den Mehreinnahmen im Bereich der Justiz etwa 2 Millionen € für Geldstrafen, bei den Mehreinnahmen im Bereich der Wirtschaft 5 Millionen €, eine Rückforderung von alten Außenständen, die man jetzt offensichtlich doch mit hineinbekommen kann.

Bei den Versorgungssystemen müssen wir 3,3 Millionen € weniger bezahlen. Die Kommunen bekommen ganz normal ihre 23 % von den Steuermindererinnahmen in Höhe von 80 Millionen € ab, das entspricht 18 Millionen €. Zusätzlich nimmt man eine Nettoeuverschuldung in Höhe von 14,5 Millionen € in diesen Haushalt hinein.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Haben Sie die Summe ausgerechnet?)

Die entlastenden Faktoren, Herr Paqué, die ich eben aufgezählt habe, ergeben in der Summe sage und schreibe 91,4 Millionen €. Sie übersteigen also deutlich, nämlich um 7 Millionen €, die Steuermindererinnahmen bzw. die Mehrausgaben, die in diesem Haushalt zu realisieren sind. Dann nimmt man zusätzlich eine Erhöhung der Nettoeuverschuldung um 14,5 Millionen € hinein.

Was ist also dieser Haushalt? - Er ist mitnichten ein Sparhaushalt. Er ist mitnichten ein Konsolidierungshaushalt. Er enthält nur die teilweise Verteilung der globalen Minderausgabe aus dem Haushaltbeschluss vom Dezember 2003, also nicht einmal in voller Höhe.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

Was sind das aber für 70 Millionen €, die man jetzt verteilt hat? - Es ist interessant: Von diesen 70 Millionen € sind sage und schreibe etwa 53 Millionen € Mittel für eigenfinanzierte Investitionen. Das muss man sich einmal vorstellen. In diesem Haushalt haben wir einen Anteil von etwa 9 % bis 10 % für eigenfinanzierte Investition. Bei der Verteilung der globalen Minderausgabe kommt man auf etwa 75 % der Einsparungen.

Ich muss ganz deutlich sagen: Ich möchte das politisch nicht ein mal kritisch bewerten, weil ich glaube, dass man, politisch motiviert, von vornherein, um Haushaltsskriterien einzuhalten, bei der Veranschlagung von eigenfinanzierten Investitionen zu hoch herangegangen ist.

Man hat wohl von vornherein gesagt: Okay, ich schreibe eine globale Minderausgabe hinein, dann kann ich die über die eigenfinanzierten Investitionen erwirtschaften, und ich bleibe trotzdem unter der verfassungsmäßigen Grenze der Nettoneuverschuldung. Ich sage hier durchaus - so ehrlich bin ich -: Solche Erfahrungen sind älter als Ihre Amtsinhaberei.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Es gibt doch auch Vorteile! - Herr Bullerjahn, SPD: Und die Höhe muss stimmen!)

Infofern möchte ich über diese Punkte nicht so sehr herziehen. Es bedeutet aber letztlich, dass eigentlich schon der beschlossene Haushalt 2004 nicht verfassungskonform gewesen ist.

Darüber hinaus konstatieren Sie, Herr Paqué, in diesem Zusammenhang erhebliche Einsparanstrengungen der Ressorts. Wir konstatieren diese nicht. Wir konstatieren sie nur an zwei Stellen: gegenüber den Kommunen und bei Zukunftsinvestitionen.

Die Kommunen sind mit etwa 12,6 Millionen € bei diesen 70 Millionen € dabei. Unter anderem gibt es Investitionskürzungen im Bereich der Kindertagesstätten. Besonders auffällig sind die sage und schreibe 4 Millionen € im Bereich der Sportstätteninvestitionen im gemeindlichen Bereich.

Nun weiß ich nicht, ob Sie die Wahlplakate der SPD in Magdeburg mit der Aufschrift „SPD-Stimme - Stadion-Stimme“ gesehen haben, sich darüber geärgert haben und daraufhin entschieden haben, hier gleich einmal 4 Millionen € wegzustreichen,

(Heiterkeit und Zustimmung bei der PDS und bei der SPD - Herr Kosmehl, FDP, lacht)

damit Sie diesen Bestrebungen sozusagen von vornherein ein Stopzeichen setzen.

Ich glaube aber, im Interesse dieser Angelegenheit wäre es doch wohl angebracht, genauere Überlegungen zu der Frage anzustellen: Was steckt hinter dieser Kürzung um 4 Millionen €? Was wollen Sie damit erreichen?

Wir haben darüber hinaus eine Konzentration von Streichungen bei den Zuschüssen für den Jugend- und Kinderbereich. Die Investitionssumme in Höhe von 2 Millionen € im Bereich der Kindertagesstätten habe ich bereits erwähnt. Über die zweiprozentige Kürzung der Budgets der Fachhochschulen und der Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein ist hier ebenfalls schon debattiert worden. Ich bin gespannt, Herr Olbertz, wann Sie mir erklären können, was dieser Kürzung eigentlich zugrunde liegt.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Sie wollten es nicht!)

- Nein, Ihre Chance hatten Sie gestern, Herr Olbertz. Das müssen Sie jetzt ertragen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der PDS und bei der SPD - Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Jetzt versteh ich, worum es Ihnen geht!)

Denn die normale Tarifanpassung innerhalb des Landshaushalts kann es nicht sein, Herr Olbertz. Es betrifft lediglich die Personalkostenansätze innerhalb der Fachhochschulen und der Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein. Nirgendwo anders gibt es das.

Denn - auch das muss ich deutlich sagen - die Reduzierung der Personalausgaben um 11,3 Millionen € setzt sich aus der Reduzierung der Auszahlung der Lehrerarbeitszeitkonten um 6 Millionen € und aus der Reduzierung der Zahlungen für die Versorgungsbezüge um 3,3 Millionen € zusammen. Die Einzigen, die bei Personalkosten in diesem Nachtragshaushalt wirklich sparen müssen, und zwar in Höhe von 1,7 Millionen €, sind die Fachhochschulen und die Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein. Nicht eine einzige andere Einrichtung in diesem Land muss das tun.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Das stimmt nicht! - Herr Tullner, CDU: Lassen Sie ihn doch einmal reden! Er sagt es Ihnen doch, Herr Gallert!)

- Nachher. Herr Tullner, er hat das gleiche Problem, wie Sie es gestern hatten. Er darf, wenn er es eigentlich wollte, nicht reden.

(Heiterkeit bei der PDS - Herr Tullner, CDU: Ich komme nach Ihnen!)

Letztlich bedeutet dies also, dass wir, die PDS, versuchen werden, zwei Zielstellungen zu verfolgen. Wir werden versuchen, bei diesen Verteilungen der globalen Minderausgaben Alternativen zu finden, die diese aus den Zukunftsbereichen weg in andere Bereiche hinein verlagern, die aus unserer Sicht nicht so stark prioritär sind.

Bevor Sie mich fragen, welche das sind, sage ich gleich: Das traue ich mich noch nicht zu beantworten. Das werden wir in der Fraktion erst noch genauer besprechen. Auf diesen Holzpfad werde ich mich noch nicht begeben.

Wir werden natürlich - das sage ich ausdrücklich - in der Fraktion auch darüber zu diskutieren haben, wie zumindest die über den Defizitausgleich des Haushaltjahrs 2003 hinausschießende Erhöhung der Nettoneuverschuldung abgefangen werden kann. Ich sage ausdrücklich: Wir werden darüber diskutieren müssen. Eine perfekte Lösung dafür haben wir am heutigen Tag auch noch nicht.

(Zustimmung bei der PDS)

Lassen Sie mich als Letztes noch einiges zur politischen Einordnung sagen. Erwartungsgemäß haben Sie, Herr Paqué, in Ihrer Rede das von Ihnen produzierte Haushaltsdefizit als Waffe gegen politische Forderungen der PDS und vor allen Dingen des Bündnisses für ein neues Kinderbetreuungsgesetz verwendet. Das verwundert niemanden.

Ich sage Ihnen aber ganz deutlich: Wir werden uns dadurch nicht in die Defensive drängen lassen. Wir, die PDS, haben in unserem steuerpolitischen Konzept immer die Kriterien und Kritiken aufgebaut, die dazu dienen können, die Einnahmesituation dieses Landes zu verbessern.

Wir sagen allerdings auch eindeutig: Jawohl, wir diskutieren hier über 43 Millionen € aus der Landeskasse; wir haben aber die Situation, dass dieses Land mit einem strukturellen Defizit, einer Neuverschuldung von sage und schreibe 1,3 Milliarden € trotzdem leben kann.

Im Endeffekt - das sage ich ganz deutlich - ist diese Diskussion eine Wertediskussion. Man kann sich schlecht hinstellen und sagen, eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 1,3 Milliarden € sei akzeptabel, eine Ausgabe in Höhe von 43 Millionen € für die Kinderbetreuung jedoch nicht.

Was haben wir hier? - Wir haben eine Wertediskussion. Wir haben eine Wertediskussion, die von einer vermeintlichen haushaltspolitischen Diskussion überlagert wird und die aus unserer Sicht auf eine Grundwertediskussion zurückgeführt werden sollte.

Derjenige, der uns bei dieser Frage am meisten geholfen hat, ist Herr Scharf. Er hat als Fraktionsvorsitzender der größten Koalitionsfraktion vor nicht allzu langer Zeit eine Diskussion aufgemacht über ein Landeserziehungs-geld in Höhe von 400 € bis 500 €.

Wir haben uns einmal hingesetzt und haben das durchgerechnet. Das würde für nur einen Jahrgang, nämlich den des dritten Lebensjahres, in Sachsen-Anhalt - wir sind auch nur mit 400 Millionen € herangegangen - Mehrausgaben in Höhe von sage und schreibe 84 Millionen € bedeuten. Das ist doppelt so viel, wie wir für die Novelle des Kinderbetreuungsgesetzes im Land brauchen.

Nun frage ich Sie, Herr Paqué, nun frage ich Sie, Herr Böhmer: Was ist der Kern der Diskussion über die Kinderbetreuung? Ist es wirklich eine finanzpolitische oder ist es nicht vielmehr eine Wertedebatte, die hier geführt wird?

(Beifall bei der PDS)

Es hilft an der Stelle auch nicht, wenn man darauf verweist, dass der Bund das möglicherweise bezahlt. Herr Scharf ist lange genug Finanzpolitiker gewesen, um zu wissen, wie der Bundeshaushalt aussieht. Ich frage Sie: Wenn Ihnen 40 Millionen € aus der Landeskasse zu viel sind, aber 80 Millionen € aus der Bundeskasse nicht, was ist dann mit Ihrer Sicht auf die Situation der öffentlichen Kassen in ihrer Gesamtheit? Ist das nicht auch nur eine sehr beschränkte Sicht, eine Kirchturmpolitik, die hier betrieben werden würde?

(Beifall bei der PDS)

Ich kann leider auf die aus meiner Sicht sehr schädliche Ost-West-Debatte, die sich zurzeit in den öffentlichen Medien abspielt, inhaltlich nicht mehr eingehen.

Ich fordere Sie, Herr Ministerpräsident, lediglich zu etwas auf. Ich habe mich, als ich den von mir bereits erwähnten Beitrag des Politmagazins „Kontraste“ und Ihren Auftritt in dieser Sendung gesehen habe, wahnsinnig geärgert. Sie haben leider der Versuchung nicht widerstehen können, die Probleme, die dieses Land auch haushaltspolitisch zweifellos hat, auf die Vorgänger-regierung, sprich auf die Höppner-Regierung, abzuwälzen, und haben versucht, sich damit gegenüber den Leuten, die Sie befragt haben, für sich selbst, für die eigene Verantwortung einen Freibrief zu holen.

Ich sage Ihnen: Ich glaube, das ist Ihnen gründlich misslungern. Ich glaube, Sie sind - ob Sie das wollen oder nicht - in dieser Sendung als Kronzeuge für die Mittel-verschwendung Ost verwendet worden. Es passte 100-prozentig in diese Strategie hinein. Ich glaube nicht, dass man sich im Westen so wahnsinnig dafür interes-

siert, ob Höppner oder Böhmer die Dinge verschuldet hat.

(Herr Kühn, SPD, lacht)

Für sie ist entscheidend, dass Sachsen-Anhalt die Dinge in den Sand gesetzt hat.

Ich fordere Sie im Interesse dieses Landes inständig auf: Verzichten Sie auf solche Auftritte. Bleiben Sie bei Ihrer Position, die Sie im Bundesrat dargestellt haben, und verteidigen Sie auch die legitimen Interessen des Ostens in dieser Bundesrepublik. - Danke.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Gallert. - Für die CDU-Fraktion erteile ich nun Herrn Tullner das Wort.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Jetzt aber das Gleiche sagen, das in der Zeitung stand! - Minister Herr Dr. Daehre: Das habt Ihr doch schon gelesen! - Herr Dr. Püchel, SPD: Er soll es noch einmal sagen! Herr Paqué hat es noch nicht gelesen!)

Herr Tullner (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gallert, gestatten Sie mir, bevor ich meine eigentlichen Ausführungen mache, drei Vorbemerkungen.

Erstens. Wenn Sie sich über einen Beitrag des Minister-präsidenten ärgern, dann kann ich daran zunächst nichts Schlechtes finden.

(Herr Gallert, PDS: Er hat sich auch geärgert!)

- Ja, bestimmt.

(Frau Dr. Sitte, PDS, lacht)

Zweitens. Meine Damen und Herren! Ich habe erwartet, dass Sie, analog zu gestern, sehr triumphierend an das Rednerpult treten. Gestern passten Sie gar nicht durch die Tür, so stolz waren Sie auf sich.

Ich kann dazu nur sagen, dass man vielleicht darauf achten sollte, dass man durch die Tür, durch die man hineingeht, auch wieder hinausgehen muss. Deswegen sollten wir alle hier etwas mehr Bescheidenheit an den Tag legen.

(Herr Bullerjahn, SPD: Das gilt aber dann für alle! - Unruhe)

Ich würde mir gerade von der PDS wünschen, dass sie hier ein bisschen leiser und weniger triumphierend auftritt. Ich meine, Sie können sich gern hier hinstellen und sagen: Das Staatsschiff ist in Not und wir beschimpfen die Brücke. Aber mein Anspruch an eine Opposition geht eigentlich dahin, dass sie dazu beiträgt, dass man aus dieser Situation wieder herauskommt, und dass sie sich nicht darüber freut und triumphiert.

(Zustimmung bei der CDU und von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz - Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD - Frau Dr. Weiher, PDS: Frechheit! - Weitere Zurufe von der PDS - Unruhe)

Eine dritte Vorbemerkung, bevor ich zu meinem eigentlichen Text komme. Ich will an dieser Stelle auch einmal daran erinnern, worin die Ursachen dafür liegen. Ich

meine, es ist wohl allen bekannt, dass wir hier in einem Landstrich leben, der noch vor ungefähr 60, 70 Jahren ein hoch entwickelter Technologiestandort in Deutschland und in Europa, vielleicht sogar weltweit, war. Die Ursache dafür, dass dies nicht mehr so ist, liegt auch darin, dass Ihre Partei bzw. Ihre Vorgängerpartei hier 40 Jahre lang regiert hat.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP und von Minister Herrn Prof. Dr. Paqué)

Trotzdem stellen Sie sich hier hin, beklagen dies mit einer triumphierenden Geste und wollen daraus Nektar saugen. Ich wünschte mir, dass Sie das ein bisschen in Ihre Reden einbauen und es nicht einfach verdrängen.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Qual, FDP)

Jetzt zu meinem eigentlichen Text. Auch wenn die europapolitischen Ereignisse der vergangenen Woche mit ihrer zukünftigen wie historischen Perspektive bereits ausführlich gewürdigt worden sind, will ich eine kurze Reminiszenz darauf verwenden, ehe ich mich den finanzpolitischen Notwendigkeiten dieser Tage widme.

Die Osterweiterung - sie ist für Deutschland und gerade für Sachsen-Anhalt als Brücke von zentraler Bedeutung als die Erweiterung nach Süden - bietet die Chance, historisch gewachsene Handels-, Wirtschafts- und Kulturbeziehungen wiederanzuknüpfen, die Krieg, Terror und Ideologie zerrissen haben.

Ob Warschau, Prag, Budapest, Stettin, Breslau oder Reval - alte europäische Regionen haben wieder Anschluss gefunden, wenn auch zunächst nur institutionell. Zugleich bietet die Erweiterung der Europäischen Union neue Herausforderungen - Frau Dr. Klein, insbesondere Sie haben mehrfach darauf rekurriert -, denen wir uns zu stellen haben.

Das saturierte deutsche Staatsgefüge muss sich wandeln, es muss sich reformieren. Wir sind uns dessen wohl bewusst. Die neuen, ambitionierten Mitgliedstaaten Ost- und Mitteleuropas werden - das zeigt allein die Debatte über die Steuersysteme, auf die wir vorhin eingegangen sind - eine neue Dynamik innerhalb der Europäischen Union entfachen, der wir uns stellen müssen und für die wir gewappnet sein müssen.

Wer mit Impetus dafür argumentiert, dass wir sozusagen eine Einheitlichkeit als Maßstab für Europa andenken sollten, der lässt Europa vom Ansatz her scheitern. - Frau Dr. Klein, es ist schade, dass Sie jetzt den Saal verlassen wollen.

Ich denke, es kann nicht Sinn und Zweck der Debatte sein, dass wir wieder vom Zentralstaat und von einer Einheitlichkeit von Lissabon bis vielleicht nach Moskau träumen. Das ist doch wohl völlig absurd.

(Zuruf von Frau Dirlich, PDS)

Unser Land ist in der Lage, auf diese Herausforderungen einzugehen, auch wenn eine chaotisch agierende Bundesregierung ihren Kredit längst verspielt hat, auch wenn in Deutschland eine Stimmung aufkommt, deren Impetus sich schon einmal in den 20er-Jahren des 20. Jahrhunderts in Spenglers „Untergang des Abendlandes“ fokussierte. Spengler, übrigens gebürtiger Blankenburger und in Halle studierend, entwarf damals das schicksalsgewaltige Szenario einer kraftlosen und dem Untergang geweihten abendländischen Kultur im Lichte des Werdens und Vergehens.

Nein, meine Damen und Herren, die „german disease“, wie man sie auch bezeichnen könnte, kann nicht das Ende aller Politik sein und ist es auch nicht. Wir in Deutschland können mehr. Wir sind fähig und in der Lage, die Verwerfungen des Vergangenen zu beseitigen und die brüchigen Fundamente unseres Staatswesens neu zu justieren.

Doch dies wird mit dieser Bundesregierung nicht passieren. Daher bereitet sich die Union darauf vor, die Gestaltungsverantwortung in Deutschland zu übernehmen. Wir haben uns konzeptionell neu aufgestellt, die Programmatik auf die skizzierten Herausforderungen fokussiert.

Es herrscht rot-grünes Chaos. Die Gewerkschaften feiern das Ende der Sparpolitik, Neuwirtschaftsminister Fischer sieht das ganz genauso und Superminister Clement treibt jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf - im Moment sind es die Sparerfreibeträge. Auf die Mehrwertsteuer-Debatte oder auf diese lächerliche Bordellsteuer-Geschichte will ich gar nicht eingehen. Nein, meine Damen und Herren, so kann man vernünftige Politik für und in Deutschland nicht gestalten.

Es ist ganz offensichtlich, dass die Bundesregierung die Schleusen zur Verschuldung öffnen will. Aber der Irrglaube, die Lage sei mit keynesianischen Rezepten in den Griff zu bekommen, war schon in den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts weit verbreitet. Weder wurde dadurch die Sockelarbeitslosigkeit abgebaut - das war ja die Intention des Ganzen - noch wurden die Schulden dieser Zeit jemals abgetragen. Ganz im Gegenteil: Wir sitzen noch immer auf diesem Sockel von Schulden und müssen jetzt neue Schulden machen, weil die Lage eben so ist, wie sie oft beschrieben wurde. Der Betrachter wendet sich von dieser Bundespolitik mit Grausen ab.

Die Phantomdebatte um die Ausbildungsplatzabgabe macht das Chaos perfekt. Hiermit soll nun die sozialdemokratische Seele gestreichelt werden getreu dem Motto: Erst die eigene Klientel, dann das Land. Die Folgen für unsere Wirtschaft oder gar für die Kommunen sind völlig egal. Allein auf die Stadt Halle kommen Mehrkosten in Höhe von mehr als 650 000 € zu. Die Sparkassen in Sachsen-Anhalt müssen mit Mehrkosten in Höhe von 2 Millionen € rechnen. Selbst die Hochschulen des Landes müssen bluten. So hat die Martin-Luther-Universität statt nach der Logik von Herrn Müntefering 140 nur 40 Auszubildende und müsste demzufolge eine entsprechende Abgabe zahlen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Sagen Sie etwas zum Haushalt!)

Während viele westdeutsche Kommunen mit ihren gewachsenen Beamtenstrukturen vielleicht noch einigermaßen klarkommen, sind es gerade die ostdeutschen Kommunen, die mit ihren vielen Angestellten von dieser Sache betroffen sind. - Ein schönes Beispiel für die Chef-sache Ost von Kanzler Schröder.

(Zustimmung von Herrn Scharf, CDU)

Aber dieser ist wohl nur noch beschränkt handlungsfähig, wenn man Herrn Müntefering so agieren sieht.

(Zustimmung von Herrn Scharf, CDU, von Herrn Schröder, CDU, und von Frau Weiß, CDU - Herr Bullerjahn, SPD: Sie haben das alles gelesen, stimmt's, Herr Tullner?)

Die Menschen in Deutschland wenden sich von dieser Politik ab. Die Agenda 2010 war von dem Tag an zum

Scheitern verurteilt, als sich die SPD wahlkämpfend an die Wählerinnen und Wähler wandte.

(Zuruf von Herrn Doege, SPD)

Den Wählern soziale Wohltaten zu versprechen, ihnen vorzugaukeln, es müsse sich nichts ändern, und dann eine dieser zahlreichen ruckartigen Kehrwendungen zu vollziehen - das musste scheitern.

Meine Damen und Herren! Ohne den Grundkonsens, den übrigens auch Gesine Schwan, Ihre Präsidentschaftskandidatin, immer wieder fordert, ohne die Akzeptanz für die Grundlagen eines Politikentwurfes wird kein Erfolg zu zeitigen sein. SPD und Grüne in Berlin haben jeglichen Grundkonsens zerstört.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Jetzt müssen Sie mit dem Papst reden!)

Die Folgen für unser Land sind folgerichtig spürbar, sogar ablesbar in dem vorliegenden Entwurf eines Nachtragshaushaltsplans. Man könnte fast das Wetter als Metapher für die Haushaltsdebatte nehmen, weil die Lage eben so ist, wie sie ist.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Sie stehen im Regen!)

- Nicht im Regen. Aber das Wetter ist etwas trübe.

Es war schon sehr bald absehbar, dass die Voraussetzungen, von denen wir noch im Herbst des vergangenen Jahres ausgegangen sind, nicht mehr tragfähig sind. Daher haben wir zeitnah - ich betone: zeitnah - über diesen Nachtrag im Parlament zu diskutieren. Hier wurde nichts verschleiert, nichts verzögert, wie es der Bund im letzten Jahr gemacht hat, der seinen Nachtrag erst im Dezember eingebbracht hat.

Nein, meine Damen und Herren, die ernüchternden Zahlen liegen hier offen zutage und sie sind - darauf wurde schon hingewiesen - bitter. Das Ziel, die Nettoneuverschuldung auf null abzusenken, muss verschoben werden. Die Nettokreditaufnahme - der Minister hat es bereits ausgeführt - muss um einen Betrag in Höhe von 368 Millionen € auf mehr als 1,3 Milliarden € angehoben werden.

Es ist gleichsam wie bei Goethe im Faust II, wo es heißt:

„Welch Unheil muss auch ich erfahren, wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr.“

Oder anders formuliert: Die Einnahmen sind nicht so, wie wir sie erwartet haben.

Kommende Generationen werden weiter belastet. Die Abwendung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts lässt uns die Verfassungsgrenze des Etats mit 400 Millionen € überschreiten. Wir werden im Laufe der Beratungen darauf Wert legen, dass die Begründung für diesen Schritt noch klarer und eindeutiger - auch im Lichte der Debatten, die in Berlin und anderswo geführt werden - herausgearbeitet wird.

Ohne auf die Einzelpläne hier näher einzugehen - dazu haben wir noch genügend Gelegenheit in den Ausschüssen -, werden wir aber zum Beispiel auch dem Projekt der Sozialagentur unsere Aufmerksamkeit widmen. Deren Umsetzung muss ja haushaltsmäßig noch vollzogen werden. Auch die etatisierten Volumina werden wir in den Ausschüssen einer kritischen Würdigung unterziehen.

Meine Damen und Herren! Die Bundespolitik und die Abhängigkeit davon, die wir uns in Sachsen-Anhalt dabei zu vergegenwärtigen haben, sind evident. Hinzu kommen die unscharfen Prognoseinstrumentarien der Steuerschätzung. Die Steuerausfälle, die Abweichungen des Ist von der Planung, betragen im Jahr 2003 rund 352 Millionen €. Die Steuerschätzung vom November 2003 hat eine erneute Lücke in Höhe von 110 Millionen € hinterlassen. Der kommunale Anteil beträgt ja bekanntlich 23 %. Auch die Steuerschätzung in der nächsten Woche wird sicher wieder keine Mehreinnahmen bringen. Wir müssen also damit rechnen, dass wir noch nacharbeiten müssen.

Bei aller Kritik an diesem Instrumentarium möchte ich aber auch klar und deutlich sagen: So lange nicht eindeutig belegt ist, dass alternative Planungsstrategien präzisier sind, müssen wir trotz aller Unzulänglichkeiten an der Basis für die Etatplanungen über die Steuerschätzung festhalten.

Dennoch: Auch im Hinblick auf unsere eigene Verantwortung gilt es Schlussfolgerungen zu ziehen. Wir werden mit Blick auf das Defizit im Jahr 2003 im engen Schulterschluss mit dem Finanzministerium darauf hinwirken, die Haushaltshanplanungen stringenter zu gestalten und auch den Vollzug der beschlossenen Etats zu begleiten. Wir wissen, dass es in anderen Bundesländern ähnliche Entwicklungen gibt. Wir wissen auch, dass die Einhaltung der Verfassungsgrenze mit den Lehrerarbeitszeitkonten in Verbindung steht.

Glücklicherweise ist es dem Minister gelungen - darauf hat Herr Gallert ja schon rekurriert - Einnahmen aus der Förderperiode von 1994 bis 1999 für das Land zu gewinnen. - Herr Gallert, ich vermag dem nichts Schlechtes abzugewinnen. Es war immer so, dass es auch positive Effekte gibt. Dies zu beklagen und uns deshalb irgendetwas vorzuwerfen, anstatt einfach mal zu akzeptieren, dass es ein ganz normaler Prozess ist, wie er immer abgelaufen ist, das kann ich beim besten Willen nicht verstehen. Ich verstehe Ihre Aufregung in diesem Punkt wirklich nicht.

(Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD - Herr Gallert, PDS: So normal wie die Arbeitszeitkonten!)

Wir haben in diesem Etat die globalen Minderausgaben fast vollständig vertilgt. Ich denke, das ist auch durchaus ein positiver Hinweis auf die Fortführung des Sparkurses, zu dem wir uns klar und unmissverständlich bekennen, bekennen müssen, weil wir ja keine Alternative haben. Das ist, denke ich, auch Konsens in diesem Haus.

Um Missverständnissen gleich vorzubeugen: Die Finanzpolitik dieser Regierung wird kein Spielball für Profilierungsversuche in Sachsen-Anhalt werden. Wir stehen hier nämlich in der Verantwortung, kommenden Generationen Handlungsspielräume zu sichern oder zu bewahren. Doch die Presseerklärungen der Opposition waren nichts anderes als Teil eines antiquierten Rollenspiels. Herr Gallert hat es ja vorgeführt: „noch nie da gewesen“, „gescheitert“, „Offenbarungseid“ etc. - man kann das fortführen - waren die Vokabeln.

(Zuruf von Herrn Gallert, PDS)

Nein, meine Damen und Herren, so sieht keine Zukunftsdebatte aus. Presseerklärungen als Ritual sind für die Menschen nicht zielführend und bringen unser Land

keinen Deut voran. Die Politik des Sparsen ist eben alternativlos. Wer das hier ernsthaft bestreiten will - ich habe das zwar noch nicht vernommen, aber man hört ja dieses und jenes auch außerhalb des Parlaments -, sollte dann bitte schön auch die Alternativen aufzeigen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Tullner, möchten Sie eine Frage von Herrn Bullerjahn beantworten?

Herr Tullner (CDU):

Am Ende wäre es mir recht.

Ich könnte auf diesem Niveau auch an die Nachträge der Jahre 1994 und 1996 erinnern, aber das bringt uns keinen Deut weiter.

Wie kann man denn angesichts solcher Äußerungen jemals ernsthaft die Zukunftsdebatte führen wollen? Das erinnert mich ein bisschen an Heines „Wintermärchen“ - ich zitiere frei mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, obwohl ich, wie ich weiß, der Genehmigung nicht bedarf -: Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenne auch die Herren Verfasser; ich weiß, sie tranken heimlich den parteipolitischen Wein und predigten öffentlich das „staatspolitische“ Wasser.

Meine Damen und Herren! Das ist doch offenbar zielführend. In dieser Debatte scheint es wieder einmal um parteipolitische Kalküle zu gehen. Die staatspolitischen Interessen, die Sie hier sonst immer propagieren, kann ich in Ihren Äußerungen und Ihren Politikansätzen nicht finden.

Wenn Sie es wirklich ernst meinen mit dieser Diskussion, zu der der Ministerpräsident alle Menschen in diesem Land aufgefordert hat, dann können wir uns hier nicht mit billigen Floskeln begegnen. Dann müssen wir ernsthafte Diskussionen führen, über deren Zustandekommen ich angesichts des Papiers der Sozialdemokraten eigentlich recht optimistisch war. Denn der Aufbau Ost ist doch die entscheidende Frage unserer Nation, nicht nur für den Osten selbst. Diese Debatte müssen wir doch führen. Hier müssen wir uns einbringen und hier müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir im Lande vorankommen.

Deshalb ist es richtig, diese Debatte auch grundlegend zu führen. Denn der Osten ist nicht schuld an der deutschen Misere, nein, er ist ein Indikator dafür. Wir müssen nicht die Symptome bekämpfen, sondern die Ursachen beseitigen. Diese sind ja längst bekannt: Es ist die strukturellen Reformen, die alle immer wieder beklagen, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Finanz- und Steuerpolitik. Wir haben die Problematik der sozialen Sicherungssysteme, der Demografie und der Steuern. All das ist ja längst bekannt.

Daher ist die Reformdiskussion um den Föderalismus in Deutschland ebenso wichtig. Es darf aber nicht dazu kommen, einem zentralistischen Impetus, wie ich ihn bei der PDS schon wieder herausgehört habe, zu folgen, oder gewachsene Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern gleichsam wie einen gordischen Knoten zerschlagen zu wollen. Wir müssen schon genau hinschauen, was wir verändern müssen, weil es strukturell notwendig ist. Aktionismus und hektische Betriebsamkeit sind niemals gute Ratgeber in der Politik.

(Zuruf von Frau Dr. Sitte, PDS)

Dennoch bekennen wir uns dazu: Wir wollen mehr Freiräume in Deutschland. Wir brauchen mehr Flexibilität für die Länder, wir brauchen mehr eigene Gestaltungsverantwortung. Das ist völlig klar. Ich bin nach den letzten Äußerungen der Föderalismuskommission ein Stück weit optimistisch, dass wir hierbei einen Schritt vorankommen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch sagen: Wir brauchen endlich Klarheit über die Zukunft des Solidarpaktes. Der so genannte Korb II ist ja noch nicht klar definiert. Es wird immer so getan, als ob die Zahlungen klar fixiert wären, aber mitnichten: 51 Milliarden € sind noch nicht konkret im Bundeshaushalt verankert worden. Wir müssen alle miteinander - auch die Sozialdemokraten im Bund - dafür sorgen und uns dafür einsetzen, dass wir hierbei Klarheit haben.

Einen wichtigen Hinweis zum Aufbau Ost gibt auch das so viel gescholtene Dohnanyi-Papier. Eine Sentenz am Rande: Dohnanyi beklagt unter anderem, dass es Gerhard Schröder war, der bei Ausschreibungen des Bundes die Pflicht abgeschafft hat, ostdeutsche Unternehmen zu beteiligen.

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

Helmut Kohl hat es eingeführt und unser Kanzler mit der Chefsache Ost, der liebe Herr Gerhard Schröder, hat es wieder abgeschafft.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist wieder mal ein klarer Beleg für die „Herzensangelegenheit“ Ostdeutschland.

Nein: Dohnanyi weist wie andere auch darauf hin, wo wir zukünftig unsere Politikansätze verankern müssen. Wir müssen Cluster entwickeln, Stärken stärken - als Schlagwort der heutigen Debatten - und selbst entwickelte Ressourcen aufzubauen.

Ein Negativbeispiel ist die Industriepolitik Brandenburgs, wo man sozusagen Traumschlösser in den märkischen Sand gesetzt hat, die heute auch Synonym für den Aufbau Ost in der kritischen Debatte des Westens sind. Ich denke, hierbei sollten wir alle miteinander dafür sorgen, dass dazu anders argumentiert und anders diskutiert wird.

Auch Seitz hat unlängst in der „Welt“ erneut auf die Risiken hingewiesen, vor denen wir als Land in den kommenden Jahren stehen werden.

Wir müssen Wissenschaft und Forschung stärken, aber auch hier wiederum nicht einseitig auslegen. Die Parole „Lieber in Köpfe investieren als in Beton“ ist dumpf und grundfalsch.

Gerade beim IWH war neulich wieder auf einer Tagung zu hören: Die Kombination ist es, die Kombination aus Wirtschaftsförderung, Infrastruktur und Wissenschaftslandschaft ist Erfolg versprechend und nicht eine einseitige Propagierung, dass man das Geld nur in die Hochschulen umzulenken brauche und dann würde die Welt quasi von selbst wieder besser werden.

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

Aber bei aller Konzentration, die richtig und notwendig ist, darf es nicht sein, dass wir den ländlichen Raum in der Debatte um die regionale Förderpolitik nunmehr den Bach runtergehen lassen oder sich selbst überlassen. Wir müssen auch hierbei abseits traditioneller Rezepte

neue Wege beschreiten. Gerade die moderne Technik, zu der wir uns als Union gerade in diesen Tagen - das ist noch einmal besonders erwähnenswert - klar und eindeutig bekennen, bietet neue Möglichkeiten. Denn bürgernah zu sein - um nur ein Beispiel herauszugreifen - heißt doch nicht, wie immer wieder behauptet wird, dass man die Verwaltung oder andere Institutionen räumlich nah ansiedelt. Das ist doch eine völlig überholte Sichtweise im Hinblick auf die Kommunikations- und Verkehrsmittelentwicklung dieser Zeit.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Es geht um den Nachtragshaushalt!)

- Herr Dr. Püchel, ich bemühe mich doch; hören Sie mir doch einfach zu, dann werden Sie das schon merken.

Meine Damen und Herren! Es kann doch nicht sein, dass Bürgernähe dadurch definiert wird, dass man ein Amt fünf Minuten vom Wohnsitz entfernt platziert, das aber noch nach Kaisers Methoden arbeitet. Es muss schnell, unbürokratisch sein. Das ist die Bürgernähe, wie wir sie verstehen. Wir brauchen doch nur in die neuen europäischen Länder zu gucken, nach Skandinavien, ins Baltikum. Es gibt dort dünn besiedelte Landschaften, die prosperieren. Allein über Finnland war neulich zu lesen, dass Nokia hoch im Norden seine Produktion angesiedelt hat. Das hat doch auch etwas damit zu tun, dass man die Förderpolitik anders ansetzt, als es bei uns im Moment diskutiert wird.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Es geht also darum: Wir müssen uns auf unsere urenigenen Stärken besinnen. Mit Klagen erreichen wir gar nichts.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das ist eine echte Regierungserklärung, die Sie jetzt abgeben!)

Natürlich weiß ich um die Enttäuschung und die Skepsis der Menschen. Ich hatte unlängst - wie Sie sicher auch - Gespräche mit Bürgern. Eine Bürgerin, Anfang 50, in Sangerhausen. Langzeitarbeitslos. Sie hatte nicht mehr viel Hoffnung. Damit dürfen wir uns aber nicht abfinden. Auch damit nicht, dass ihr 22-jähriger Sohn ebenfalls zu Hause sitzt und mit Schwarzarbeit und Gelegenheitsjobs seinen Lebensalltag bestreitet. Hier müssen wir handeln.

Wir wissen es alle: Die Rezepte liegen auf der Hand. Lassen Sie uns doch gemeinsam an diesem Punkt arbeiten. Wir sollten eine Krise nicht dazu nutzen, uns selber zu profilieren, um nachher in diesen ewigen Kreislauf der Politik hineinzukommen, dass die Regierung etwas tut, die Opposition schimpft und am Ende sind wir alle miteinander einverstanden.

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

So kann es doch nicht sein. Deswegen fordere ich Sie von der Opposition auf: Seien Sie konstruktiv dabei,

(Herr Doege, SPD: Das sind wir immer!)

wenn es darum geht, dieses Land voranzubringen und hier einen prosperierenden Standort aufzubauen. Ich denke, das Ziel sollte uns alle miteinander verbinden.

Meine Damen und Herren! Heute - -

(Herr Dr. Püchel, SPD: Jetzt kommt er zum Thema!)

- Herr Dr. Püchel.

(Herr Bullerjahn, SPD: Er hat erst das Vorwort gesprochen!)

Wir haben in diesem Lande eine beachtliche historische Tradition. Das wissen wir alle. Wir haben durch die Ost-erweiterung alle Chancen in dem europäischen Kontext, in dem wir uns befinden.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das war der letzte Tagesordnungspunkt!)

Wir sollten sie alle miteinander nutzen. Ich kann Sie nur auffordern, in diesem Sinne gemeinsam mit uns Politik zu machen. - Jetzt können Fragen gestellt werden.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Frau Dr. Weiher, PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Herr Dr. Püchel möchte eine Frage stellen.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Ich habe eine Frage: Lief bei Ihnen in der Fraktion etwas schief? Waren Sie der Redner für den vorigen Tagesordnungspunkt?

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von der SPD: Genau!)

Oder für die Regierungserklärung von vor Wochen? Hier geht es um den Nachtragshaushalt. Ich habe von Ihnen kein Wort dazu gehört.

Herr Tullner (CDU):

Herr Dr. Püchel, dann muss ich wohl feststellen, dass Sie meiner Rede nicht aufmerksam gefolgt sind.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Sehr aufmerksam! - Lachen bei der SPD)

Ich habe eindeutig darauf hingewiesen, dass ich auf die Details dieser Beratung jetzt nicht eingehe; denn wir haben in den Ausschüssen noch sehr viel Gelegenheit, die Einzelpläne zu betrachten.

(Zurufe von der SPD)

Ich verstehe die Einbringung eines Haushaltes als einen Generalansatz für die Politik in diesem Land. So habe ich meine Rede aufgebaut. Ich finde nicht, dass daran etwas falsch gewesen ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Noch eine Frage?

Herr Dr. Püchel (SPD):

Es ist Ihr Problem, dass Sie nichts zum Nachtragshaushalt gesagt haben. Das müssen Sie anderen erklären. Aber Sie haben sich in den letzten Tagen mit Ihrer Kritik am Finanzminister und am Haushaltsvollzug so eindeutig aus dem Fenster gelehnt, dass wir dachten, als Fraktionsvertreter oder als Abgeordneter würden Sie etwas dazu sagen. Nicht ein Wort ist dazu gekommen.

Herr Tullner (CDU):

Dass Sie als Opposition die Erwartungshaltung haben, dass sich die Regierungskoalition hier öffentlich vorführt oder streitet, ist menschlich nachvollziehbar. Aber ich denke, es kommt darauf an, dass wir uns in der Sache streiten. Immerhin sind wir zwei Fraktionen, die auch manchmal eine andere Auffassung haben. Aber der Grundkonsens in der Politik - daran sollten Sie keinen Zweifel haben -, der besteht fort. Wir werden in diesem Sinne auch die Beratungen über den Nachtragshaushalt und die folgende Finanzpolitik gestalten.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Tullner. - Bevor ich nun für die SPD-Fraktion Herrn Bullerjahn das Wort erteile, haben wir die Freude, auf der Südtribüne Damen und Herren vom Geschichtsverein Böhringen begrüßen zu dürfen. Böhringen liegt im schönen Bundesland Hessen.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun bitte, Herr Bullerjahn.

Herr Bullerjahn (SPD):

Bevor ich es heute wieder vergesse: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Herr Dr. Püchel, SPD: Er hat es gelernt!)

- Ja, ja, ich habe Zeitung gelesen. Da stand es drin.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Er hat diese Nacht geübt!)

- Ja, ja.

(Herr Scharf, CDU: Wie denn nun?)

Ich sage es Ihnen ehrlich: Ich habe in den letzten Tagen überlegt, wie ich eigentlich einsteigen sollte. Es ist schließlich eine Rede zum Nachtragshaushalt und nicht die Haushaltsdebatte an sich.

(Herr Scharf, CDU: Wir hätten Ihnen ein paar Tipps geben können!)

- Nein, für die beiden letzten Redebeiträge hätten Sie mal einen Tipp geben sollen.

Herr Paqué, ich muss Sie fragen, was hat Sie geritten, eine solche Rede zu halten. Jetzt muss ich Sie einmal mit einschließen. Sie reden hier, als ob Sie der Nachfolger von Herrn Böhmer wären, von der Regierungserklärung oder dem Versuch. Herr Paqué, das meine ich sehr ernst. Ich weiß, dass Herr Böhmer nachher wieder reden wird in einer Art und Weise, mit der er wieder alles einsammeln will. Irgendwann, so hoffe ich, wird Herr Böhmer gleich zum Haushalt reden. Dann können wir uns das nämlich sparen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Aber angesichts dessen - ich habe hier Debatten mitgemacht wie Herr Böhmer auch -, dass sich jemand hier vorn hinstellt, bei einem Nachtragshaushalt mit einem Volumen von rund 350 Millionen €, in dem, wie Wulf Gallert nachgerecht hat - deshalb kann ich meine ganzen Zahlen wegschmeißen -, viele Dinge enthalten sind, die noch geholfen haben - das ist wahrscheinlich nur etwas für diejenigen, die sich damit beschäftigen -,

und nicht ein einziges Wort darüber findet, was er falsch gemacht habe - dass es vielleicht an ihm liegen würde, dass diese Regierung vielleicht auch eine Verantwortung habe -, angesichts dessen, dass Sie das völlig wegdücken können, frage ich mich wirklich, ob Sie in einer gewissen Traumwelt leben.

(Beifall bei der SPD - Herr Schröder, CDU: Sie selber sagen doch, die Schwarzen ...!)

- Herr Schröder, lassen Sie mich ausreden. Sie können natürlich immer alles, was Sie nicht sagen oder nicht können, auf die Opposition reflektieren. Ich nehme für mich in Anspruch, dass wir acht Jahre lang -- Deswegen hätte ich einen solchen Redebeitrag wie den von Herrn Tullner - wobei ich anerkenne, dass es sehr schwer ist, bei einem solchen Finanzminister über einen solchen Haushalt zu reden - nicht abgeliefert.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Aber als Finanzminister hätte ich mir die Blöße - wobei ich unterstelle, das ist schwer genug -, gar nicht über den Haushalt zu reden, nicht gegeben. Ich meine, letztendlich sind Sie genauso in der Verantwortung wie er. Er ist irgendwann weg, Sie bleiben hier. Sie werden für das, was hier gemacht wird, in die Haftung genommen, Herr Tullner. Ich kenne mich damit aus.

(Frau Weiß, CDU: Acht Jahre und Sie sind immer noch hier!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Tun Sie nicht so, als ob Sie das alles nichts angeht.

Deswegen, Herr Minister Paqué, ein Wort dazu, dass Sie eigentlich - dafür sitzen Sie hier vorn - für diesen Haushalt Verantwortung tragen, für das, was gut läuft, und auch für das, was schlecht läuft, das hätte vieles entkrampt. Es geht eben nicht nur darum, was man sagt, sondern auch darum, wie man es sagt. Da scheinen Sie wirklich jenseits von gut und böse zu sein.

An der Stelle zu sagen, dass wir, die Sozialdemokraten, anscheinend im Kleinen wie auch im Großen die Einzigen sind, die an allem, was passiert, schuld sind, ist für mich nicht akzeptabel. Dann macht es auch keinen Spaß mehr, sich inhaltlich damit auseinander zu setzen. Ich habe den Eindruck, das interessiert Sie auch gar nicht.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Doch, doch! - Frau Feußner, CDU: Wollten Sie über Zahlen reden oder wollten Sie auch eine allgemeine Rede halten?)

- Jetzt lassen Sie mich doch wenigstens eingangs darüber reden. Ich musste mir auch eine Viertelstunde lang eine Regierungserklärung anhören.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das war doch zum Thema! - Zustimmung bei der SPD - Frau Feußner, CDU: Wer hat denn die 3 Millionen € für die Lehrer einfach verbraten, Sie oder wir?)

Ich will mit dem Märchen aufräumen, die Opposition hätte nichts zu bieten. Die Sozialdemokraten haben sich in diesem Monat auf den Weg gemacht, und der ist schwer genug. Herr Tullner, ich bitte Sie, das einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen. Auch ich tingele jeden Abend durch Veranstaltungen. Eigene Überlegungen - glauben Sie mir, das ist gar nicht so einfach. Dabei kriegen Sie viele Diskussionen von vielen Seiten, bei denen es Ihnen auch manchmal Leid tut. Öffentlich zu diskutieren - das habe ich in acht Jahren von der CDU an dieser

Stelle nie erlebt. Das habe ich auch von dem heutigen Ministerpräsidenten nicht erlebt.

(Beifall bei der SPD)

In dieser Sache heute schätze ich ihn sehr, weil er genauso wie wir weiß, dass bestimmte Dinge, wenn man sie jetzt nicht ändert, aus dem Ruder laufen. Er weiß auch - das sagt er auch öffentlich, das finde ich gut -, dass wir jetzt Überlegungen anstellen müssen. Deswegen erwarte ich von der CDU, dass sie das zur Kenntnis nimmt und nicht immer so tut, als ob wir hier drüben alle pennen würden oder im Prinzip immer noch daran schuld wären, dass das Land nicht vorankommt.

(Frau Wybrands, CDU: Während Sie reden, machen wir was!)

Ich will auch eines sagen: Die CDU - wenn Sie das wiederholen, kann ich das auch machen - hat in den acht Jahren der Opposition einen einzigen Vorschlag neu eingebbracht, wie man den Haushalt konsolidieren kann.

(Lachen bei der CDU - Herr Scharf, CDU: Was? - Frau Feußner, CDU: Was? Das kann doch nicht wahr sein!)

Dafür ist der Redner fast noch gelyncht worden, weil er sich in dem Druck, der hier erzeugt wurde, an einem Punkt aufhielt, der selbst Ihnen nicht gefallen hat.

(Herr Scharf, CDU: Wir haben Hunderte von Vorschlägen gemacht, die Sie alle im Finanzausschuss damals abgelehnt haben!)

- Ja, ja. Ich habe in der Projektion aufgezeigt - Herr Scharf, ich denke, wir sind uns doch einig in dem, was auch die CDU will und weiß -, dass wir über die Jahre 2004/2005 hinaus

(Frau Weiß, CDU: Also, das ist nicht wahr!)

weiter Personal abbauen müssen. Ich habe aufgezeigt, dass wir bei den Investitionen und auch bei den konsumtiven Ausgaben heruntergehen müssen. Ich habe in der Projektion aufgezeigt, dass wir bei den Investitionen von derzeit 2 Milliarden € vielleicht in den nächsten 15 Jahren auf einen Betrag von unter 1 Milliarde € kommen werden. Deshalb tun Sie nicht so, als ob wir nicht sagen, was ist.

Der Finanzminister stellt sich hin und sagt: Wenn wir jetzt Mittel gekürzt hätten, hätte es dazu geführt, dass im Land das eine oder andere nicht gemacht werden kann. Dazu kann ich nur sagen: Das ist nun einmal die Folge. Deshalb regieren Sie hier drüben. Das ist Ihr eigener Anspruch. Ich könnte im Umkehrschluss sagen: Wenn Sie das nicht mehr wollen - kein Mensch zwingt Sie zu regieren.

(Beifall bei der SPD - Frau Feußner, CDU: Wer kritisiert laufend die Kürzungen, die wir machen?)

- Frau Feußner, ich stehe bei dem Thema Haushalt auf breiten Füßen, weil ich mir wirklich acht Jahre lang erklären lassen musste, dass ich keine Ahnung hätte und die anderen wüssten es besser, behalten es aber so lange für sich, bis sie dran sind. Nun sind Sie dran - und behalten es immer noch für sich.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

Da kann ich mehr erwarten.

(Frau Feußner, CDU: Leiden Sie unter Realitätsverlust?)

Ich will auch den Finanzminister mit seinen eigenen Äußerungen konfrontieren. Es gab im Jahr 2002 ein Zitat von Herrn Paqué, das lautete:

„Ich frage Sie,“

- die Frage war bestimmt an die Rot-Roten gerichtet -

„was um Himmels Willen ist positiv daran, einen Haushalt unter Ausschluss der Realität stattfinden zu lassen. Was ist positiv daran, die Finanzierungslasten auf die Generation unserer Kinder zu verschieben und dies noch nicht einmal öffentlich zu benennen?“

Gerade den letzten Teil der Frage kann ich Ihnen hier auch stellen.

Ich habe sehr viel Verständnis dafür - einige meiner Kollegen meinen, es sei schon fast viel zu viel -, dass es die Rahmenbedingungen sind, die vieles in den Haushalten schwierig machen.

Aber ich erwarte dann auch von Ihnen, Herr Minister, dass Sie zugeben, dass Ihre Konsolidierung nicht stattfindet, weil es Bedingungen gibt. Wie erklären Sie mir denn eigentlich, Herr Minister, wenn Sie 400 Millionen € bei der Neuverschuldung drauflegen, dass Sie konsolidieren? Das geht mir die ganzen Tage über irgendwie nicht in den Kopf.

(Zuruf von Herrn Kurze, CDU)

Sie haben sogar die Ausgaben erhöht, weil die Ausgabenseite höher ist,

(Minister Herr Prof. Dr. Paqué: Nein!)

selbst wenn Sie das abziehen. Herr Gallert hat es doch gemacht, und deswegen hat es keinen Sinn, dass wir es hier hin- und herschieben. Ich habe die Liste doch vor mir liegen, was Sie alles im Nachtragshaushalt verändert haben. Ich kann sie auch zum zweiten Mal noch vorlesen. Sie reden doch dauernd nur über die Schulden, über das Defizit und über die Lehrertarife und verschweigen all das, was sich noch darunter befindet, und das sind ja auch Größenordnungen. Aber ich denke, darüber zu reden werden wir im Ausschuss sicherlich noch genug Zeit haben.

Sie haben auch das Thema Konsolidierung immer wieder angesprochen. Dazu gibt es auch einen schönen Satz von Ihnen. - Ich musste aufgrund Ihrer Rede meine Ausführungen ein bisschen umstellen, denn damit habe ich nun wirklich nicht gerechnet. - Konsolidierung definieren Sie so, und zwar bezieht sich das auf die 1,7 % - Sie werden sich erinnern - -

(Der Redner blättert in seinen Unterlagen - Herr Hauser, FDP: Reden Sie weiter? - Heiterkeit)

- Ja, ich sage es gleich noch weiter.

(Herr Scharf, CDU: Sie müssen den Haushalt zu Hause lesen!)

- Ja, ja. - Nein, es war ein Zitat. Ich sage Ihnen ehrlich: Ich habe hier eine Struktur vorgelegt, von der ich sage, dass sie anders aufgebaut war. Aber es ist zum Beispiel eine Frage nicht beantwortet worden; ich habe sie eigentlich am Anfang meiner Rede einfügen wollen.

Wir haben vor zwei Monaten hier gestanden und wir haben darüber diskutiert, ob der Nachtragshaushalt eingebracht werden sollte oder nicht.

(Herr Scharf, CDU: Und haben wir es oder haben wir es nicht?)

Das ist damals von CDU und FDP aufgrund der schlechten Vorausschau abgelehnt worden. Die PDS war bei ihren Forderungen viel weitgehender als wir. Diesen Haushalt haben Sie aufgrund dessen abgelehnt, dass Sie erst die Steuerschätzung abwarten wollten.

(Minister Herr Prof. Dr. Paqué: Ja!)

Ich kritisiere das doch nicht. Bisher hat mir kein Mensch erklärt, was eigentlich anders daran geworden ist - die Steuerschätzung liegt ja noch nicht vor - und warum Sie trotzdem gehalten sind, den Nachtragshaushalt vorzulegen. Diese Frage ist noch nicht beantwortet worden. Ich denke, der Ministerpräsident kann das machen.

Nächster Punkt: Defizit. - Ich mache das jetzt stichwortartig. - Ich habe vorhin gehört, dass wir ein Defizit von ca. 350 Millionen € haben. Ich habe bis heute keinen abschließenden Hinweis dafür, dass wir ein Defizit jetzt endgültig festgestellt haben, dass heißt einen Jahresabschluss 2003 haben. Ich weiß nicht, Herr Minister, ob es diesen mittlerweile gibt. Denn eines ist auch klar - Wulf Gallert hat es angedeutet -: Wenn Sie sich die Rahmendaten anschauen, nämlich die Steuereinnahmen, die Frage der Personalkosten, auch die Höhe der Zinsen, dann haben Sie bei diesen Eckwerten fast die gleichen Ansätze wie im Jahr 2002, und Sie werden die Frage immer wieder beantworten müssen: Warum kommen Sie dann eigentlich zu einer solch hohen Verschuldung?

Ich will Ihnen gern zugute halten, dass da die Lehrerneuverschuldung hinzukommt, dass da sicherlich auch, wäre sie nicht gekommen, ein im Jahresabschluss vorhandenes Defizit aus dem Jahr 2002 hinzukommt. Aber Sie sind gegenüber unserer damaligen Planveranschlagung von ca. 600 Millionen € - so viel waren es, glaube ich - jetzt bei 1,3 Milliarden €.

Da bin ich wieder bei der Frage: Erklären Sie mir bitte, wo Sie da konsolidieren! Jetzt werden Sie wieder die Kommunalfinanzen ins Feld führen, Sie werden wieder die Kinderbetreuung ins Feld führen. Ich will noch einmal daran erinnern: Wir haben die Kinderbetreuung unter Schmerzen mitgemacht. Ich weiß, dass Sie jetzt immer das Stöckchen hinhalten werden: Werden die Sozialdemokraten bei einer Abstimmung und einer Diskussion im Landtag nun zu dem stehen oder nicht? - Ich kann Ihnen sagen: Die SPD macht es sich da nicht einfach.

Ich will auch die Relation nennen: Wir reden heute ganz locker darüber, 350 Millionen € Neuverschuldung draufzupacken, und dort - da hat Wulf Gallert völlig Recht - wollen wir es bei 40 Millionen € auf den Punkt treiben.

Es gibt Diskussionen in der Fraktion, die sich auf Ihre Äußerungen in den letzten Tagen beziehen, Herr Böhmer, nämlich dass diejenigen, wenn sie mit einer solchen Initiative bzw. einem solchen Begehrten durchkommen, sich eine neue Regierung suchen sollten und dass Sie mitnichten bereit seien, darauf einzugehen. Das hat bei einigen von uns natürlich viel Ärger hervorgerufen nach dem Motto: Man hätte doch sicherlich mit den Leuten reden können. - Die Frage der Kompromisssuche

kann doch nicht immer nur der SPD gestellt werden. Das ist doch zuallererst eine Aufgabe der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Ich will also noch auf die drei, vier Punkte kommen, die ich angesprochen habe - die werde ich immer wieder anführen -:

Erstens. Erläutern, warum heute Nachtragshaushalt!

Zweitens. Inwieweit das Defizit jetzt wirklich endgültig ist und welche Probleme aus diesem Defizit für den laufenden Haushalt oder auch für den Doppelhaushalt entstehen.

Drittens. Die Frage, inwieweit Sie diesen Konsolidierungskurs, wie auch immer Sie ihn definieren, für die nächsten Jahre aufrechterhalten wollen.

Ich habe noch die mittelfristige Finanzplanung vor Augen. Darin gehen Sie von einer Halbierung der Netto-neuverschuldung laut dem alten Stand aus. Wenn ich Sie heute zum Thema Konsolidierung höre, muss ich davon ausgehen, dass Sie sich, wenn die Steuermindereinnahmen weiterhin ein relativ gleiches Niveau haben, generell von der Frage verabschieden, inwieweit Sie in den nächsten Jahren die Nettokreditaufnahme auf null zurückführen wollen. Ansonsten müssten Sie jetzt - zumindest in den nächsten Monaten - erklären, zulasten welcher Ausgaben Sie die Nettoneuverschuldung zurückführen wollen.

Ich will nur einmal aus einem Info-Brief der CDU aus dem Jahr 2003 zum Haushalt 2003 vorlesen - ich nenne mal den Namen dessen, der das geschrieben hat, nicht -:

„Was - so fragen derzeit viele Menschen - ist neu an diesem in Zahlen gegossenen Politikkonzept? Die Antwort lässt sich in drei Punkten zusammenfassen: Die Ansätze sind realistisch und damit den Grundsätzen von Haushaltssicherheit und Bilanzwahrheit verpflichtet.

Zweitens. Der wirkliche Abbau der Nettoneuverschuldung wird vorangetrieben.

Drittens. Der zwingend erforderliche Umbau des Haushaltssystems von konsumtiven hin zu investiven Schwerpunkten ist deutlich erkennbar. Unsere Haushaltspolitik ist auf das Jahr 2006 ausgerichtet. Am Ende dieses Jahres wird abzurechnen sein über unsere Finanzpolitik. Denn mit Abschluss des Haushaltsjahres 2006 wollen wir die Nettoneuverschuldung unseres Landes gegen null gefahren haben - nicht mehr und nicht weniger.“

CDU-Veröffentlichung!

(Herr Dr. Püchel, SPD: Deswegen spricht er nicht mehr dazu!)

Ich sage das alles nicht, um mir damit Applaus einzuholen.

(Herr Scharf, CDU: Es klatscht auch gar keiner!)

Aber ich habe Ihnen jetzt zwei Jahre zugehört. Ich könnte auch ganz polemisch sagen, wie Sie es früher gemacht haben: Sie müssen beim Personal endlich mal kürzen, Sie müssen bei den Investitionen mal kürzen, Sie müssen bei den Sachkosten kürzen, Sie müssen

endlich mal kürzen, Sie müssen gleichermaßen die Nettoneuverschuldung zurückfahren, Sie müssen dafür sorgen, dass dieses Land endlich stabiler vorankommt. - Auf die Frage, was wir dazu machen sollten, die Antwort: Wir sind Opposition, das geht uns nichts an. Wir überlassen das der Regierung. - Applaus bei der CDU.

So war es doch jahrelang, Herr Scharf.

(Beifall bei der SPD - Herr Scharf, CDU: Nein!)

- Doch, so war es. - Aber ich sage Ihnen aufgrund meiner eigenen Überlegungen auch: Wenn wir in den nächsten Jahren nicht mit der Nettoneuverschuldung runter kommen, wird sich das im Jahr 2008/2009 bitter rächen, weil dann der Solidarpakt und andere Dinge rückläufig sein werden.

(Beifall bei der SPD)

Das weiß der Minister. Er stellt sich hier hin und wird uns das theoretisch immer wieder erklären. Nur, wenn ich in die Bücher schaue, sehe ich da ganz andere Zahlen.

(Herr Scharf, CDU: Wissen wir alle!)

- Ja, nur ist das doch Ihre Aufgabe, verdammt noch mal. Sie regieren doch.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage immer wieder: Wenn Sie das nicht wollen - das habe ich beim letzten Mal schon gesagt -

(Zuruf von Frau Feußner, CDU)

dann hindert Sie keiner, hier aufzustehen.

Ich will auch eines sagen - das habe ich auch an der Reaktion von Herrn Tullner, wie er geredet hat, und anderen ein bisschen gemerkt -: Ich glaube immer mehr, dass das nicht so richtig sein Thema ist. Theoretisch mag das alles klappen, und ich würde mich überhaupt nicht darauf einlassen, mit dem Ökonomen Paqué über Dinge zu reden, bei denen er meint, er müsse mich aufs Glatteis führen. Aber ich bitte einfach darum, dass man aufhört, uns in Haushaltsfragen etwas vormachen zu wollen.

(Beifall bei der SPD)

Damit haben wir genug Erfahrung.

Deswegen sage ich: Dieser Nachtragshaushalt wird natürlich von uns überwiesen werden und wir werden auch in den Ausschüssen darüber beraten. Denn es stimmt mitnichten, dass, wie er sagt, konsumtive Ansätze nicht erhöht worden sind. Da gibt es zum Beispiel Gutachten; das ist ein ganz heikles Thema. Aber ich will das jetzt nicht in andere Zusammenhänge bringen. Ich will nur sagen: Wenn man sich hier hinstellt und ganz allgemein erklärt, es gebe überhaupt keine Erhöhung, dann ist das falsch.

(Zuruf von Ministerpräsident Herrn Prof. Dr. Böhmer)

- Nein, es gibt Gutachten, es gibt auch Zuschüsse zu anderen Maßnahmen im konsumtiven Bereich. - Herr Ministerpräsident, ich mache doch nicht solche Sprüche hier vorn. Nur, wenn jemand solche Sprüche macht, dann muss er damit leben, dass sie nachgeprüft werden. Das passiert seit zwei Jahren. Seit zwei Jahren ist er, muss ich sagen, bei diesem Nachprüfen meist derjenige gewesen, dem nachgewiesen wurde, dass er etwas nicht ganz Richtiges gesagt hat.

Es ließe sich viel sagen. Wie gesagt, Wulf Gallert hat die gesamten Zahlen schon genannt. Wir werden auch noch eines berücksichtigen müssen - das ist bisher auch noch nicht angesprochen worden -, und zwar gibt es etwas Bemerkenswertes im Haushaltsgesetz, § 3b: Über die Kreditermächtigung nach Absatz 1 - neu: 1 316 979 100 € - hinaus darf das Ministerium der Finanzen Kredite bis zur Höhe der bis zum 31. Dezember 2004 für das Haushaltsjahr 2004 vom Land Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Kommission gestellten Erstattungsanträge aufnehmen. Die nach Satz 1 aufgenommenen Kredite sind mit den entsprechenden Erstattungen aus den Strukturfonds zu tilgen.

Was heißt das? - Das werden nämlich die meisten gar nicht bemerkt haben. Der Minister hat es bisher auch verschwiegen. - Das heißt, Sie können für bestimmte Ausgaben Einnahmen auch aus den Krediten gegenfinanzieren. Es ist vorhin einmal so lax gesagt worden, als es um die erste Förderperiode ging - ich glaube, es war Wulf Gallert -: Wir hatten auch immer damit zu kämpfen, dass Geld über Förderperioden falsch abgeflossen ist und auf der Einnahmeseite etwas verrechnet werden musste.

Dann sind wir immer wegen Verstoßes gegen, glaube ich, § 9 Abs. 2 und 3 mächtig kritisiert worden. Wenn ich weiß, dass im jetzigen Haushaltsvollzug die Europa-Mittel auf der Einnahmeseite erst, so glaube ich - stimmt es, Herr Tullner -, zu 1 % eingegangen sind, während die Ausgabeseite wieder davon galoppiert, dann weiß ich doch - da will ich am Ende auch hin -, dass ich im nächsten Jahr die gleiche Diskussion wieder führen werde, weil nämlich ihm die Ausgaben fortlaufen, weil er auf die Ressorts keinen Einfluss hat.

Die haben das zum Teil wie Minister Rehberger - aus seiner Sicht sicherlich richtig - schon mit den Verpflichtungsermächtigungen alles abgedeckt. Ihm rennt das weg, weil nämlich die Einnahmen nicht kommen. Er hat das Problem - das hat er aber selbst verschuldet -, dass er nämlich, was ich ihm im letzten Jahr vorgeschlagen habe, die Steuereinnahmen nicht auf dem Niveau von jetzt einfriert und sie forschreibt, sondern er wird sich wieder 300 bis 400 Millionen € zu viel Steuereinnahmen in die Bücher schreiben.

Er wird dann wieder ganz überrascht tun, wenn er im nächsten Jahr wieder an dieser Stelle steht und sagt: Es tut mir einfach Leid; die rot-grüne Wirtschaftspolitik in Berlin und die Rot-Roten der letzten acht Jahre haben dafür gesorgt, dass die Steuereinnahmen nicht kamen. Dafür können wir nichts; denn wir haben nach bestem Wissen und Gewissen veranschlagt; wir haben uns darum bemüht, dass dieses Land vorankommt. Wir werden zum dritten Mal erleben, dass wir einen Nachtragshaushalt haben werden, weil es ein Defizit gibt, da die Steuereinnahmen nicht kommen.

Ich habe in meiner Projektion die Steuereinnahmen in einem Zeitraum von drei Jahren einmal auf den gleichen Wert gesetzt. Ich habe im vorigen Jahr - so viel müssen Sie von der CDU auch einmal zugestehen - genau das gesagt, als über die Haushaltsveranschlagung diskutiert wurde: Stellen Sie andere Steuereinnahmen ein. Ziehen Sie das ab. Es geht immer um 300 bis 400 Millionen €. Geben Sie diesen Wert auch auf die Ausgabeseite. Das heißt natürlich, Sie müssen mehr sparen.

Da bin ich bei dem Punkt von vorhin: Das ist zuerst Ihre Aufgabe, und sagen Sie jetzt bitte nicht gleich wieder, Herr Böhmer, das wäre doch zuerst eine Frage an die

Opposition wert. So viel Offenheit, wie wir in den letzten Monaten bezüglich dieses Punktes gehabt haben, hätte ich mit einmal in den ganzen anderen Jahren gewünscht.

Deswegen: Wir werden bei der Diskussion über den Doppelhaushalt bestimmten Fragen nicht ausweichen können, auch bei der Frage der mittelfristigen Finanzplanung. Aber ich glaube, ich kann von der Regierung erwarten, dass sie erstens eine richtige mittelfristige Finanzplanung vorlegt, nämlich eine, bei der nicht wie im letzten Jahr zig Varianten offen gehalten worden sind. Es hieß beispielsweise: Wenn ich im konsumtiven Bereich das machen würde, dann heißt es für die Investitionen das. Oder im Umkehrschluss: Wenn ich da kürze, dann kommt es dahin.

Dann sollte eine Vorausschau gemacht werden, die wirklich drei Monate lang aushält. Denn wenn ich einmal ein Fazit ziehe: Was haben wir jetzt? - Wir haben ein Defizit aus dem letzten Haushalt. Wir haben einen beschlossenen Haushalt, der einen Nachtragshaushalt hat. Wir haben eine Haushaltssperre. Wir haben in wenigen Monaten einen Doppelhaushalt vor uns, bezüglich dessen mir nach dieser Diskussion Angst und Bange wird. Und wir haben einen Finanzminister, der nach meinem Eindruck mittlerweile gar keine richtige Lust mehr hat, dieses ganze Spiel auf Dauer mitzumachen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Bullerjahn. Möchten Sie jetzt eine Frage von Herrn Scharf beantworten?

Herr Bullerjahn (SPD):

Von Herrn Scharf immer.

Herr Scharf (CDU):

Herr Kollege Bullerjahn, Sie haben wiederholt die These vertreten, die Landesregierung stellt die Steuerprognosen falsch ein und sollte sich auf eigene und andere Steuerprognosen verlassen. Nach meiner Kenntnis gibt es keine seriöseren Prognosen als die Steuerschätzungen des Bund-Länder-Arbeitskreises. Die sind leider sehr ungenau. Aber haben Sie denn verlässliche Anhaltspunkte dafür, dass Sie oder andere einen Apparat vorhalten können, mit dem man zu genaueren Prognosen kommen könnte?

Ich kann mich noch daran erinnern, dass wir uns vor Jahren einmal heftig gestritten haben, als der frühere Finanzminister Schaefer 40 Millionen € zusätzlich an Steuern eingestellt hat, weil er meinte, durch einen Sondereffekt für Sachsen-Anhalt besser planen zu können als der Bund und die Länder. Das ist alles nicht eingetreten. Wir haben das damals heftig kritisiert. Meinen Sie nicht, wir sollten die Finger davon lassen und uns nicht doch auf die Bund-Länder-Steuerschätzungen verlassen?

Herr Bullerjahn (SPD):

Für diese Frage bin ich richtig dankbar.

(Zuruf von Frau Ferchland, PDS)

- Mit Herrn Scharf klappt das noch nicht so wie vielleicht mit Herrn Gallert. - Ich denke, wenn man sich die Haushaltseckwerte der letzten Jahre anschaut, dann stellt man fest, dass es bestimmte Bewegungen gibt.

Ich nehme den Zeitraum 1990 bis 1994. Da gab es den Fonds Deutsche Einheit. Ich kriege zwar immer vorgehalten, auch vom Ministerpräsidenten, das dürfte man zum Beispiel bei der Betrachtung der Nettoneuverschuldung nicht mit heranziehen. Nur, im Ländervergleich gibt es das im Zeitraum 1990 bis 1994. Bereits damals schon hat unsere Regierung trotz gleicher Bedingungen die höchste Verschuldung zugelassen.

(Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer: Nach Brandenburg!)

- Herr Böhmer, wir wissen doch beide, wo die rote Laterne dann landete. Da gab es den Zeitraum 1994 bis 1998. Dann sackten die Steuereinnahmen einmal kurz weg. Dann haben sie kurz verharrt. Bei Summen von 4,7 und 4,6 Milliarden € rede ich von ein und demselben Niveau. Dann - das habe ich immer zugegeben; im Gegensatz zu Herrn Paqué kann ich auch Dinge zugeben, bei denen es andere schwer haben - sind Ihnen im Jahr 2002 und uns schon bei der Aufstellung in der Wahlkampfzeit, als man vielleicht daran dachte, für das eine oder andere, was sich aber letztendlich erledigt hatte, nachdem Steuerschätzungen vorlagen, die Steuereinnahmen richtig weggesackt. Seitdem verharren sie auf einem niedrigen Niveau, nämlich bei etwa 4,3 Milliarden €.

Nun frage ich Sie: Was ist politisch sinnvoller? - Einer Steuerschätzung nachzujagen, bei der mir eine Arbeitsgruppe mit sicherlich vielen honorigen Leuten in jedem Jahr vorgaukelt, ich hätte ein Wachstum von 300 bis 400 Millionen €, und wenn ich das einstelle, dann merke ich, dass ich mir das Problem für das nächste Jahr schon selbst hineingelegt habe?

Oder aber ich sage praktischerweise: Ich lege die gleiche Einnahmekalkulation wieder an. Wenn es denn besser käme, hilft es mir sogar. Wenn es schlechter wird, ist der Weg, um dahin zu kommen, nicht so weit.

(Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer: Dürfen wir uns das merken?)

- Herr Böhmer, das habe ich im vorigen Jahr schon gesagt. Das stand sogar in der Zeitung. Es gab einen großen Artikel in der „Volksstimme“ über Herrn Paqué und mich. Darin waren die Zahlen übereinander gelegt worden sind, weil auch wir das Problem hatten, innerhalb der fünfjährigen mittelfristigen Finanzplanung manchmal Steuereinnahmen in Höhe von 800 Millionen € bis zu 1 Milliarde € nicht zu haben.

Während der dazu geführten Debatte habe ich öffentlich gesagt: Es wäre sinnvoller - wir würden das unterstützen -, wenn der Finanzminister die gleichen Steuereinnahmen veranschlagt, die er in diesem Jahr oder im Jahr davor bekommen hat. Das ist nachlesbar. Deswegen ist das nichts Neues. Sie würden sich wahrscheinlich selbst einen großen Gefallen tun; denn ich habe beim letzten Mal die Eckwerte des Doppelhaushaltes 2005/2006 hochgerechnet.

Sie wollen doch die Nettoneuverschuldung irgendwann in dem Zeitraum der Wahlperiode, der Ihnen noch zur Verfügung steht, in den Bereich von null bringen. Das ist

dann Ihr letzter Haushalt. Also werden Sie eine Konsolidierungsmaße in einer Größenordnung von mindestens 400 bis 500 Millionen € in den Doppelhaushalt bringen müssen, um überhaupt Bewegung in dieses Thema bringen zu können.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Mehr!)

Sie werden noch bestimmte andere Defizite ausgleichen müssen. Sie werden die Personalkosten nicht erhöhen müssen, weil sie infolge des Lehrertarifvertrags und anderer Puffer - diese sind in der mittelfristigen Finanzplanung nämlich drin - etwas Entlastung bekommen.

Aber Sie werden trotzdem sicherlich ein Konsolidierungsvolumen zwischen 800 Millionen € und 1 Milliarde € haben. Dann werden Sie mit der gleichen Überlegung, die Sie jetzt angestellt haben, jämmerlich auf die Nase fallen. Davon bin ich fest überzeugt. Auch bei dem Punkt - mir wird manchmal der Vorwurf gemacht, ich sei zu sehr Orakel oder zu sehr Fatalist, nachdem Herr Paqué mir vor Monaten gesagt hat, Ihre Steuerschätzung; übrigens war das gerade der Punkt, an dem Sie sagten, Herr Bullerjahn, woher nehmen Sie eigentlich die Erkenntnis, dass die Steuern nicht besser hereinkommen können, Sie werden sich vielleicht noch daran erinnern, diese Diskussion ist wenige Monate alt - habe ich Recht behalten. Ich freue mich deshalb auf die Diskussion über den Doppelhaushalt. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Bullerjahn. - Nun erteile ich dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion Herrn Lukowitz das Wort.

Herr Lukowitz (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss ähnlich wie mein Kollege Bullerjahn improvisieren, der durch den bisherigen Verlauf der Debatte, glaube ich, ziemlich seinen roten Faden verloren hat. Ich muss außerdem schultern, dass die Fachpolitiker von allen Fraktionen gesprochen haben und ich meine liebe Kollegin Hüskens vertreten muss. Deswegen kann ich die Zahlen, die Herr Gallert aus dem Kopf wunderbar zusammengestellt hat, nicht ganz nachvollziehen. Herr Gallert, ich denke aber - -

(Herr Gallert, PDS: Sie sind doch Banker!)

- Ja. Sie haben doch schon einmal im Landtag gesagt, ich könnte nicht rechnen.

(Herr Gallert, PDS: Das stimmt nicht!)

Da ging es aber um das kleine Einmaleins. Jetzt geht es um große Beträge.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Die kann man leichter jonglieren!)

Sehr verehrte Damen und Herren! Ich bin der letzte Redner. Ich möchte nur relativ wenige Bemerkungen machen, um bestimmte Tendenzen aufzuzeigen und um vielleicht auf dieses und jenes einzugehen, was uns die Debatte gebracht hat.

Ich sage anfangs, dass die FDP-Fraktion keinen Zweifel daran lässt, dass die notwendig gewordene Neuverschuldung in Höhe von 368 Millionen € im Nachtragshaushalt auch uns nicht erfreut.

Ich sage auch dazu, weil Herr Bullerjahn das dem Finanzminister vorgeworfen hat: Ich denke, wir sind nicht ganz schuldfrei; denn nichts passiert auf dieser Welt, ohne dass man eine Mitschuld oder einen Miterfolg bei positiven Dingen hat. Das sollte man voraussetzen. Man muss das aber sicherlich prüfen und Herr Tullner hat das angekündigt. Wir werden das vernünftig begleiten.

Aber es gibt zwei Dinge, auf die ich aufmerksam machen möchte und die ich noch einmal unterstellen möchte. Herr Gallert gestattet vielleicht auch, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen. Sie kennen es vielleicht besser als ich. Nehmen Sie mir es nicht übel, wenn ich die Zahlen jetzt nicht richtig zusammenbringe.

Das Erste ist, dass wir tatsächlich ein bundespolitisches Problem haben. Ich will nicht im Einzelnen wiederholen, was auch der Volkswirt Paqué hier vorgetragen hat. Das ist alles richtig. Wir müssen auch ganz klar sagen, dass das keine Lex Sachsen-Anhalt ist, sondern dass sich die Situation quer über alle Bundesländer - ob ostdeutsch oder westdeutsch - ähnlich gestaltet. Es haben eben schon - wie ausgeführt worden ist - im Jahr 2003 acht Länder eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts geltend gemacht. Bei weiteren vier lag das Ist über der verfassungsrechtlichen Regelgrenze. Das sind also im Jahr 2003 insgesamt zwölf von 16 Ländern. Das ist nicht von der Hand zu weisen; das sind klare Tatsachen.

Zum Zweiten, lieber Herr Gallert, sind Sie, wenn ich mich richtig erinnere - ich habe die vergangene Zeit auch so ein klein wenig im Blick -, bis 1998 zurückgegangen. Lassen Sie uns einmal drei Jahre weiter zurückgehen. 1995 nämlich sind die neuen Länder in den gesamtdeutschen Länderfinanzausgleich einbezogen worden. Das waren die finanzpolitisch fetten Jahre. Ich muss Sie jetzt natürlich fragen, was Sie mit dem Geld gemacht haben, wo die Arbeitsplätze sind, wo die Menschen sind, die damals aus Sachsen-Anhalt abgewandert sind.

Ich rede von rund 900 Millionen DM, die 1995 zusätzlich in die Landeskassen gespült worden sind. 900 Millionen DM, das sind 450 Millionen €, also fast eine halbe Milliarde Euro. Da muss man sich schon fragen, was damit geschehen ist. Es gab eine Richtlinie des Bundes, nach der die Mittel entweder zur Verringerung der Staatsschulden oder zur Erhöhung der Investitionsquote eingesetzt werden sollten.

Beides ist nicht geschehen, lieber Herr Gallert. Sie haben damals von den 900 Millionen DM nur 100 Millionen DM zur Verringerung der Schulden eingesetzt. Im gleichen Jahr sank die Investitionsquote, wenn ich mich recht erinnere, um mindestens 0,5 %. Das muss man der Ehrlichkeit halber auch einmal sagen, wenn man uns vorwirft, was wir in zwei Jahren alles nicht erreicht hätten. Das wollte ich hier noch einmal sehr klar und deutlich sagen.

Ich wünschte mir, wir hätten die halbe Milliarde Euro von damals jetzt zur Verfügung. Dann könnten wir sicherlich ein schöneres Bild von Sachsen-Anhalt malen.

(Beifall bei der FDP)

Dann möchte ich mich bei meinem Kollegen Polte - er ist gerade nicht im Saal - für seine gestrige sehr impulsive Rede bedanken. Er hat gesagt, es sollte endlich das Rollenspiel aufgegeben werden, dass die einen immer draufhauen und die anderen sagen, sie seien toll; das sei nicht so besonders. Ich muss sagen: Das hält

alles nur wenige Stunden. Was gestern wahr ist, ist heute schon nicht mehr wahr. Das finde ich schon bedauerlich.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Haben Sie die Rede von Herrn Paqué gehört?)

- Herr Püchel, ich möchte jetzt viele positive Dinge sagen, die Sie in der letzten Zeit irgendwo zum Ausdruck gebracht haben; denn ich finde das vernünftig.

Ich möchte auch noch einmal auf das Prognosepapier von Herrn Bullerjahn eingehen, in dem viele Wahrheiten aufgeschrieben sind. Man muss sehen, wie man das Thema dann miteinander weiter bewältigt.

Sie, lieber Herr Püchel, haben im Rahmen der Halbzeitbilanz, die noch nicht so weit zurückliegt - das war in den letzten Tagen ein großes politisches Thema -, zum Beispiel gegenüber der „Volksstimme“ geäußert, eine SPD-Regierung hätte auch Schwierigkeiten gehabt. Es gibt noch ein zweites Zitat, das ich jetzt nicht so schnell finden kann. Aber es geht in etwa in die gleiche Richtung, nämlich dass die SPD die gleichen Schwierigkeiten gehabt hätte wie diese Landesregierung.

Lieber Herr Bullerjahn, stehen Sie doch zu dem, was Ihr Fraktionschef gesagt hat. Sie müssen nicht unbedingt immer unterschiedlicher Meinung sein, sondern Sie können doch auch einmal seine Meinung vertreten.

(Herr Bullerjahn, SPD: Das habe ich doch getan!)

Es kann doch niemand bestreiten, lieber Herr Bullerjahn, dass es, wenn - wie der Finanzminister es dargestellt hat - die Ausgaben mit diesem Nachtragshaushalt um 3 % gesenkt werden, eine positive Entwicklung ist. Warum können Sie denn zu dieser positiver Entwicklung nicht auch stehen?

Eine Einsparung bei den Ausgaben in Höhe von 3 % ist eine Menge Geld. Dass wir nicht anders können, als die Neuverschuldung zu erhöhen, weil die Einnahmen so extrem weggebrochen sind, ist doch eine objektive Tatsache. Ich habe kein Verständnis dafür, dass Sie - auch entgegen Ihren Schriften, die Sie dankenswerterweise der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt haben - einfach nicht dazu stehen.

Ich habe in Ihren Schriften, lieber Herr Bullerjahn, einige schöne Dinge nachgelesen, die ich sehr unterstützen möchte - ich möchte zitieren -: Es sei nahezu aussichtslos, dass Sachsen-Anhalt nach dem Abschmelzen der Sonderförderung über ausreichend eigene Einnahmen verfüge. Oder: Auch dem Sparen seien Grenzen gesetzt, wenn die Funktionen eines Landes noch erfüllt werden sollten.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Lukowitz, möchten Sie eine Frage von Herrn Bullerjahn beantworten?

Herr Lukowitz (FDP):

Gleich, wenn ich mit meinen Ausführung zu diesem Punkt zu Ende bin.

Oder: Sachsen-Anhalt sei von den allgemeinen Strukturproblemen Deutschlands eingeholt worden. Das ist doch eine kernige Aussage. Darum kann man doch heute nicht einfach herumgehen und sagen: Mensch, Fi-

nanzminister, was erzählst du? Was hat Herr Böhmer vielleicht vor ein paar Tagen gesagt?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dann haben Sie auch noch gesagt, lieber Herr Bullerjahn, seine Annahme der insbesondere durch den Bund zu verantwortenden rückläufigen Einnahmesituation des Landeshaushalts sei wahrlich nicht von der Hand zu weisen.

Ich möchte auch Sie noch einmal zitieren, Herr Gallert; ich habe das schon einmal getan. Vielleicht bereuen Sie ja die Aussage, die Sie am 19. Juli 2003 gemacht haben. Da haben Sie nämlich gegenüber der „Volksstimme“ gesagt - ich zitiere wieder -, dass es fast unmöglich sei, den Landeshaushalt zu konsolidieren, weil die permanenten Geschenke des Bundes immer wieder Löcher im Lande aufrissen.

(Herr Gallert, PDS: Das habe ich sogar heute mehrfach gesagt!)

- Sie haben das heute so ein bisschen schüchtern gesagt.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei der PDS)

Ich habe in der Zeitung gelesen, er habe Angst vor Frau Hüskens, was ich ihm jedoch nicht glaube. Sie haben heute wieder hervorragend vorgetragen. Aber bei diesem Teil haben Sie sehr schüchtern vorgetragen.

(Herr Gallert, PDS: Alles, aber nicht das!)

Lieber Herr Gallert, stehen Sie doch einmal klar und deutlich zu den Dingen. Vielleicht ist die Persönlichkeit da auch ein bisschen zwischen dem gespalten, was Sie eigentlich sagen wollen, und dem, was Sie sagen müssen. Das kann alles sein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Jetzt möchte ich gern die Frage von Herrn Bullerjahn zu beantworten versuchen. Ich weiß, dass ich der Frage wahrscheinlich nicht so recht gewachsen sein werde.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Er muss die Frage jedenfalls erst einmal stellen. Das darf er jetzt. Bitte schön.

Herr Bullerjahn (SPD):

Herr Lukowitz, ich weiß nicht, ob Sie erreichen wollen, dass ich zur FDP wechsele. Ich kann mich auch einmal hier vorne hinschmeißen und der Regierung meine Aufwartung machen. Ich habe dreimal darauf hingewiesen, dass ich für vieles Verständnis habe. Frage eins: Sollte man dann aber nicht auch erwarten können, dass in einer ähnlichen Weise und vernünftig auf die Opposition zugegangen wird, statt dass hier eine solche Show abgezogen wird, wie der Finanzminister es getan hat, der an nichts Schuld ist?

Frage zwei: Ist es nicht zuallererst Ihre Aufgabe als Regierungsfraktionen - das muss ständige Aufgabe sein -, trotz all der Probleme, die ich einräume, wenigstens den Versuch zu unternehmen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen? Das heißt auch, dass gespart werden muss. Diese Vorschläge müssten doch dann von Ihnen kommen, oder - das wäre der Umkehrschluss - glauben Sie nicht mehr daran, dass bei diesem Haushalt weitere Einsparungen möglich sind?

Herr Lukowitz (FDP):

Herr Bullerjahn, erstens würde ich nicht erwarten - ich weiß nicht, ob ich es richtig verstanden habe -, dass Sie sich hier vorne hinschmeißen.

Zweitens. Wenn Sie der Auffassung sind - ich habe Herrn Paqué eigentlich nicht so verstanden -, dass wir nicht bereit sind, auf Sie zuzugehen, dann kann ich Ihnen namens der FDP-Landtagsfraktion zumindest versichern, dass wir den Weg zu Ihnen suchen werden und dass wir hoffen, dass Sie uns konstruktiv auf diesem Weg begleiten. Ich denke, das wird vernünftig werden. Da gibt es sicherlich auch interessante Verhandlungen im Finanzausschuss.

Insofern wird dieser Weg beschritten werden. Ich bin skeptisch - das sage ich auch in Richtung von Herrn Gallert -, dass wir noch zahlreiche Gelegenheiten haben werden, bei dem vorgelegten Nachtragshaushalt zu zusätzlichen Einsparungen zu kommen. Wenn Sie uns Wege aufzeigen, dann sind wir sicherlich gern bereit, diese gemeinsam mit Ihnen zu gehen. Wir haben aber, denke ich, alle Möglichkeiten ausgelotet.

Wenn ich mir die Zahlen noch einmal in Erinnerung rufe - Herr Gallert, Sie haben Sie sicherlich viel besser im Kopf -, dann haben wir doch Mindereinnahmen in Höhe von 350 Millionen €. Ausfälle in Höhe von 80 Millionen € kommen wahrscheinlich durch die Steuerreform der Bundesregierung jetzt noch auf uns zu, wobei ich letzteres - die Steuerreform - nicht bedauere. Ich begrüße sie, lieber Herr Püchel.

Das sind summa summarum 430 Millionen €. Diesen Betrag haben wir durch Sparmaßnahmen auf 368 Millionen € reduziert, um die wir jetzt über der Verfassungsgrenze liegen.

Das war ein gewaltiger Marsch. Dafür sollte man dem Finanzminister eher danken, als ihn hier pausenlos zu beschimpfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich danke Ihnen deshalb für die Nachfrage. Ich bin auch am Ende meiner Ausführungen und wünsche Ihnen allen viel Erfolg im Finanzausschuss. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Lukowitz. - Meine Damen und Herren! Wir haben wieder die Freude, Gäste begrüßen zu können. Es sind Damen und Herren vom CDU-Ortsverein Baden, aber nicht aus Südwestdeutschland, sondern aus unserem niedersächsischen Nachbarland.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun hat der Herr Ministerpräsident um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Professor Böhmer.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gebe ganz freimütig zu, dass ich mich erst durch die Debattenbeiträge aufgefordert gefühlt habe,

(Herr Gallert, PDS: Wie immer! - Herr Dr. Püchel, SPD: Das glauben wir Ihnen nicht! - Zuruf von Frau Budde, SPD)

nachdem Sie mich angesprochen hatten, noch etwas zu sagen.

Ich will einmal deutlich sagen: In Anbetracht der Situation, vor der wir stehen, empfand ich die heutige Debatte als fair und sachlich. Das will ich allen Beteiligten ganz deutlich sagen. Ich bitte Sie einfach, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir Ihnen einen Nachtragshaushalt vorlegen müssen. Ich hätte niemals gedacht, dass mir das jemals in meinem Leben passiert und zugemutet wird, zweimal hintereinander eine Neuverschuldung von mehr als 1 Milliarde € machen zu müssen. - Das - habe ich im Vorhinein gedacht - darf überhaupt nicht passieren. Dass wir trotzdem nicht in der Lage waren, das abzuwenden, ist für mich fast eine Katastrophe. Ich wünschte, es wäre anders.

Ich bitte die Tatsache nicht zu übersehen, dass wir mit dem Nachtragshaushalt im Jahr 2004 die Ausgaben gegenüber dem Jahr 2003 um rund 3 % gesenkt haben. Das haben wir nur dadurch hinbekommen, dass wir zweimal hintereinander jeweils etwa 1,3 Milliarden € neue Verschuldung aufgenommen und das Land damit belastet haben. - Das ist für mich eine Katastrophe und ich wünschte, es wäre anders. Dies muss man in aller Deutlichkeit sagen; denn die Probleme werden sich so schnell, wie wir uns das wünschen, nicht ändern lassen.

Verehrter Herr Kollege Bullerjahn, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört bei der - ich sage es einmal so - Zurkenntnisnahme der Einnahmensituation nach der Steuerschätzung. Sie haben uns mehrfach gesagt, wir sollen das nicht glauben, was uns die Steuerschätzer der Bundesregierung sagen, und wir sollen unsere Zahlen, die besser sind, eintragen.

Ich habe die Frage, ob das mit dem Haushaltsgesetz vereinbar ist; denn wenigstens die Opposition müsste uns dann ungesetzliche Mogelei vorwerfen, wenn wir die Zahlen bewusst nach unten korrigieren. Ich entnehme Ihren Ausführungen jetzt, dass Sie es nicht tun würden, sollten wir es tatsächlich machen. Dann müssen wir aber natürlich sagen, wie weit wir das nach unten schätzen: Nehmen wir 100 Millionen € oder 200 Millionen € weg?

Sie haben gesagt - diesen Satz habe ich mir wörtlich mitgeschrieben -, wenn wir das, was die Bundesregierung und deren Steuerschätzer uns etwa in einer Woche sagen werden, übernehmen, dann werden wir - wörtlich - „jämmerlich auf die Nase fallen“.

(Herr Bullerjahn, SPD: Ja!)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie selbst der Bundesregierung so wenig Vertrauen entgegenbringen, haben Sie bitte Verständnis dafür, dass unser Vertrauen wenigstens nicht größer ist. Das ist doch das Problem.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von der Regierungsbank - Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

Unser Problem ist die Tatsache, dass die Steuereinnahmen insgesamt gesunken sind. Herr Professor Paqué hat mir eine Grafik mitgegeben, die ich wenigstens einmal hochhalten will, weil sie auch von weitem zu erkennen ist.

(Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer hält ein Papier in die Höhe)

Bis zum Jahr 2001 hatten wir auf einem relativ hohen Niveau geringe Schwankungen, sogar einen leichten Anstieg. In den Jahren 2002 und 2003 liegen die Isteinnah-

men deutlich niedriger. Das ist die Situation, vor der wir Haushaltspolitik machen müssen.

Ich finde das nicht gut. Das hängt mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland zusammen.

(Herr Gallert, PDS: Steuergesetze!)

Das ist etwas, was wir alle mittragen müssen, SPD- und CDU-geführte Länder sowie die Bundesregierung. Das ist unser gemeinsames Schicksal. Wir geben uns schon Mühe, uns auch gemeinsam dagegen zu wehren, wenn auch die Vorschläge unterschiedlich sind.

Eines will ich ganz deutlich sagen: Bis zum Jahr 1998 war es auch in diesem Haus unstrittig, dass für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland die Bundesregierung zuständig ist. Ich kann dazu viele Ihrer Debattenbeiträge aus dieser Zeit zitieren. Aber dies gilt auch heute noch.

Ich habe vor kurzem an Diskussionen über den Aufbau Ost teilgenommen mit dem Bundeswirtschaftsminister Clement, mit dem Bundesverkehrsminister Stolpe und mit anderen. Alle sagen fast gleichlautend: Der Aufbau Ost wird nur weiter an Dynamik gewinnen, wenn er vom Aufschwung der Wirtschaft in ganz Deutschland getragen wird. Das ist die Voraussetzung auch für die weitere Entwicklung des Aufbaus Ost. - Wenn wir das nicht hinbekommen, dann können wir uns hier streiten, wie wir wollen, wir werden die Probleme nicht lösen. Deswegen sind es sehr grundsätzliche Probleme, über die hier gesprochen werden muss.

Es gibt andere Grafiken über das Wachstum der Wirtschaft Deutschlands innerhalb der Europäischen Union, in denen stehen wir eben an der letzten Stelle. Das sind die Fakten, die auch der Bundeskanzler völlig richtig sieht, weshalb ich auch keine Gelegenheit auslasse, ihm Recht zugeben, wenn er mit der Agenda 2010 sagt, dass in Deutschland grundsätzliche Reformen durchgeführt werden müssen. Ich bin dabei gelegentlich auch nicht konform mit einigen Kollegen aus meiner eigenen Partei. Aber ich erlaube mir zu sagen: Wenn wir in dieser grundsätzlichen Frage keine Reformschritte in Deutschland hinbekommen, können wir uns hier streiten, wie wir wollen, werden wir die Probleme nicht lösen.

Es gibt ein weiteres Problem, auf das ich mit aller Deutlichkeit hinweisen möchte. Die Spannungen in Deutschland, auch zwischen West und Ost, haben nach meinem Empfinden deutlich zugenommen. Es gibt demoskopische Ergebnisse, die noch nicht veröffentlicht sind, weshalb ich sie jetzt nur mit einer gewissen Vorsicht vortragen will.

In Ost und West ist die Frage gestellt worden: Glauben Sie, dass die neuen Bundesländer für ihre Entwicklung zu viel Geld erhalten, zu wenig oder gerade richtig? - In Westdeutschland haben 46,7 % der Befragten geantwortet, es sei zu viel Geld und sie seien der Meinung, dass wir ihr Geld verplempern und nicht richtig verwenden. - Deswegen ist es sehr wichtig, was wir mit dem Geld, das wir bekommen, tun - nicht nur mit den Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen, sondern insgesamt.

Die Berichte, Herr Gallert, von denen Sie gesprochen haben, die sind offensichtlich in diesem Zusammenhang gesendet worden.

(Herr Gallert, PDS: Vollkommen richtig!)

Ich habe diese Sendung nicht gesehen, deshalb weiß ich nicht so ganz genau, was dabei herübergekommen ist.

(Herr Gallert, PDS: Ein Herr Böhmer als Kronzeuge!)

- Das macht ja nichts. Wenn ich es nicht gesehen habe, kann ich es nicht beurteilen.

Ich erinnere mich, dass bei mir Journalisten waren, die mir drei- bis viermal Sätze vorgesagt haben, die ich in die Kamera sagen sollte, wozu ich mich geweigert habe.

(Frau Dr. Sitte, PDS: Das kennen wir! - Herr Dr. Püchel, SPD: Das kennen wir alle!)

Ich habe dann nur gesagt, dass es tatsächlich eine schwierige Haushaltssituation in Sachsen-Anhalt ist und dass wir mit Schulden, die wir in den Haushalt eingestellt haben, zu einer Verschiebung der Haushaltsproportionen gekommen sind; denn nach der gegenwärtigen Beurteilung im Fortschrittsbericht sieht das so aus: Investitionssumme eines Landes minus Neuverschuldung ist gleich zweckentsprechende Verwendung der SoBez.

Wenn, wie das bei uns der Fall ist - dafür war die Lehrergeschichte ein Beispiel -, Ausgaben aus früheren Zeiten etatisiert wurden, dann ergibt das ein falsches Ergebnis. Ich möchte nicht, dass in der Öffentlichkeit dargestellt wird, die Regierung oder das Parlament in Sachsen-Anhalt seien unfähig, mit den Fördermitteln des Westens umzugehen und wir würden nur 46,7 % der SoBez-Mittel - das war nämlich die Zahl - investiv anwenden und den Rest zum Stopfen von Haushaltslöchern nehmen. Dies ist ein verzerrtes Ergebnis. Das hängt aber mit der Haushaltssystematik bei uns zusammen und mit der Unschärfe der Definition und der vorgegebenen Begriffe.

Deshalb haben die Ministerpräsidenten die Finanzminister aller neuen Bundesländer beauftragt, für den nächsten Fortschrittsbericht die Begriffe neu zu definieren und die Beurteilung der Mittelverwendung exakter und präziser vorzugeben, damit solche in der Öffentlichkeit verzerrenden Darstellungen vermieden werden können.

Das war der Hintergrund, vor dem sich das abgespielt hat. Aber wenn Sie, und sei es nur fünf Minuten lang, vor der Kamera etwas sagen und davon nur eine Minute gesendet wird, dann wissen Sie nicht, was herausgeschnitten wurde und was gekommen ist.

Die Tatsache aber, dass wir in der öffentlichen Meinung eine sehr kritische Grundhaltung registrieren müssen zum Aufbau Ost, zur Finanzpolitik in den neuen Bundesländern und zur Verwertung der Mittel aus Solidarpakt und anderen Finanzhilfen, die müssen wir zur Kenntnis nehmen. Vor diesem Hintergrund müssen wir den nächsten Haushaltsplan vorbereiten.

Weil wir mit dem Haushaltsplan 2005/2006 die bestehenden Probleme dieses Jahres nicht korrigieren können, haben wir uns entschieden, und zwar relativ zeitig, einen Nachtragshaushalt zu machen. Und wenn Sie fragen, warum jetzt, antworte ich: weil in einer Woche die Ergebnisse der Steuerschätzung kommen werden.

(Herr Bullerjahn, SPD: Deswegen haben wir das abgelehnt!)

- Nein, nein. Wir haben das jetzt eingebracht, weil wir sagen, im Laufe der parlamentarischen Beratung über den Nachtragshaushalt erfahren wir diese Zahlen und

können notfalls korrigieren, wenn es notwendig sein sollte.

Ich hoffe, dass es nicht notwendig sein wird. Es gibt noch keine exakten Zahlen, es gibt lediglich - ich sage es einmal so - Pressemitteilungen, deren Verbindlichkeit ich nicht beurteilen kann.

Aber im Allgemeinen ist mit Mindereinnahmen zwischen 9 Milliarden € und 10 Milliarden € zu rechnen. Etwa 40 % davon sind auf die Länder zu verteilen. Wenn es dann so käme, wie ich hoffe, vermute oder schätze, dann läge das im Rahmen dessen, was wir mit dem Nachtragshaushalt vorbereitet haben. Denn wir haben das an Steuermindereinnahmen, was als Ergebnis des Vermittlungsausschusses vor Weihnachten für unser Land vorherberechenbar ist, eingestellt.

Wenn wir mit dem Nachtragshaushalt tatsächlich alles an Defiziten eingestellt haben und die Mehrausgaben, vor allen Dingen im Bereich des Maßregelvollzugs und in einigen anderen Bereichen, die unabweisbar sind, berücksichtigt haben, ergibt sich eine zusätzliche Sparleistung.

Ich behaupte nicht - um das ganz deutlich zu sagen -, dass das Vertiteln der globalen Minderausgabe eine Sparleistung ist; denn das ist ein Sparbetrag, der bereits beschlossen wurde, es war lediglich noch nicht festgelegt worden, wo genau gespart werden soll. Wenn das jetzt vertitelt wird, lasse ich mir das von niemandem als Sparleistung verkaufen. Aber wir haben zusätzliche Sparleistungen erbracht, die sich daraus ergeben, dass höhere Ausgaben in einigen Bereichen, die durch Rechtsverpflichtungen festgelegt sind, ausgeglichen werden mussten.

Deshalb ist es trotz allem richtig, dass wir auch bei der exorbitanten Neuverschuldung, von der ich gehofft hätte, dass wir sie hätten abwenden können und dass sie dem Land nicht hätte zugemutet werden müssen, einen gewissen Konsolidierungskurs gehalten haben. Sonst wäre es nämlich noch schlimmer gekommen.

Ich sage das deswegen so betont, weil wir mit dem Haushaltsplan 2005/2006 nahezu dazu verurteilt sind, diese Entwicklung fortzuführen. Dann wird der politische Zoff erst richtig losgehen; denn es ist nicht möglich, die Neuverschuldung zu senken. Sie haben uns davon abgeraten, auf höhere Steuereinnahmen zu warten, da wir damit jämmerlich auf die Nase fallen würden. Also können wir das Problem nur durch Ausgabensenkungen in bestimmten Bereichen lösen.

Dann lese ich in der Zeitung, was uns die verehrten Kollegen, die alle hier sitzen, sagen. Herr Gallert sagt: Die Landesregierung spart das Land tot. - So werden Sie wörtlich in der Zeitung zitiert. Zu allen Vorschlägen, die wir machen, sagen Sie: Aber nicht dort. Sparen ist wichtig, sparen ist notwendig, ihr müsst sparen, aber nicht dort - nicht bei der Kinderbetreuung, nicht bei der Schule, nicht bei den Hochschulen. Nirgends.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jeder Bereich, für den wir Vorschläge machen, ist der falsche. Aber sparen müssen wir. Darüber müssen wir uns irgendwann einig werden. Das wird eine spannende Debatte.

Wenn Sie bereit sind, sich in diese Debatte genauso fair und sachlich einzubringen, wie ich die Debatte und die

Diskussion der letzten Stunde empfunden habe, dann halte ich das Problem für lösbar. Aber nur dann werden wir es lösen können.

Die Grundvoraussetzung ist, dass wir die wirtschaftliche Entwicklung im Lande einigermaßen hinbekommen, bei uns in Sachsen-Anhalt und bei uns in Deutschland, denn allein gegen den Strom schwimmend werden wir das nicht schaffen. Das heißt, wir werden zu einigen Reformen fähig sein müssen.

Sie werden spätestens heute in den Zeitungen lesen können, welche entsetzlichen Gedanken wir diskutiert haben, um das Bruttoinlandsprodukt in diesem Land zu erhöhen. Ich bekenne mich zu jedem Vorschlag, auch wenn er in diesem Landtag nicht mehrheitsfähig werden sollte.

Wir haben nur zwei Chancen, nämlich indem wir die Neuverschuldung senken und indem wir das Bruttoinlandsprodukt, das heißt die Wirtschaftskraft dieses Landes, erhöhen. Wenn wir dazu unfähig sind, müssen wir das zugeben. Aber wenn wir dies gemeinsam schaffen, werden wir die Entwicklung des Landes weiter befördern können. Darum wollte ich Sie zumindest bei dieser Gelegenheit herzlichst bitten. Die nächsten Diskussionen kommen im Herbst mit dem Haushalt. Das wird ein wesentlich schwierigeres Problem. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Herr Dr. Püchel, SPD, meldet sich zu Wort)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Herr Dr. Püchel, wollten Sie eine Frage stellen? - Gut, das ist sowieso klar. Wenn jemand das Wort wünscht, dann erteile ich es ihm. Bitte, Herr Dr. Püchel.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir erleben hier im Landtag langsam ein Ritual: Der Finanzminister bringt den Haushalt ein und bekommt zu Recht Prügel von Herrn Gallert und von Herrn Bullerjahn. Dann bleibt er sitzen und Sie kommen vor und versuchen, das alles wieder einzufangen.

Wenn Sie sagen, Sie hätten sich das vorher nicht überlegt und Sie seien erst bei Beginn der Diskussion auf die Idee gekommen, das Wort zu ergreifen, sage ich spaßeshalber: Ich will nicht schon wieder einen Untersuchungsausschuss einrichten, um zu fragen, wann Sie wirklich die Idee hatten, hier zu sprechen.

(Heiterkeit bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Spätzünder!

Wäre es nicht besser, wenn Sie den Haushalt gleich selbst einbringen und dazu sprechen würden, statt Herrn Paqué vorzuschicken, der dann zu Recht Kritik bekommt, weil er Dinge gesagt hat, die so nicht stimmen?

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Zur Steuerschätzung. Sie haben dies aufgegriffen, als Herr Bullerjahn das dazwischen gerufen hatte. Die Steuerschätzung macht nicht der Bund, das macht eine Gruppe aus Bund und Ländern. Federführend dabei war,

glaube ich, Baden-Württemberg. Das darf man nicht vergessen. Auch die Länder sind beteiligt, nicht allein der Bund. Die Zahlen kommen nicht allein vom Bund.

(Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer: Aber der Bund liefert die Prognosen, auf denen die Berechnungen basieren!)

- Sie arbeiten zusammen und werten das gegenseitig aus.

Zu den Steuereinnahmen. Die Kritik dazu war falsch. Herr Bullerjahn hat klar gesagt, wie die Entwicklung in den letzten Jahren gewesen ist. Er hat auf die Schwierigkeiten mit den sinkenden Steuereinnahmen hingewiesen. Dazu stehen wir. Das ist Fakt und darum reden wir auch nicht herum.

Zum Sparen. Es ist völlig richtig, wir müssen sparen. Ich weiß nicht, ob Ihr Vorwurf an uns gerichtet war oder an die PDS. Selbstverständlich müssen wir sparen. Aber trotzdem kann man auch beim Sparen Schwerpunkte setzen. Wir haben beim KiBeG die Kürzung mitgetragen, sagen aber ganz klar: Für uns sind die Hochschulen ein Schwerpunkt, bei ihnen darf nicht weiter gekürzt werden. Auch im Mangel kann man Schwerpunkte setzen. Das tun wir auch.

Was mir langsam nicht mehr gefällt - das sage ich ganz klar -, ist der Umstand, dass immer wir oder Rot-Grün in Berlin die Schuld haben sollen. Herr Lukowitz ging heute bis zum Jahr 1995 zurück. Jetzt gehe ich weiter zurück. Ich weiß noch nicht einmal, ob das ausreicht. Dieses Land wurde nicht im Jahr 1994 gegründet. Die erste Regierung gab es nicht im Jahr 1994, sondern im Jahr 1990. Die Weichen für die Haushaltspolitik dieses Landes sind in den Jahren 1990 bis 1994 gestellt worden. Damals wurden die Weichen gestellt.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Damals gab es einen Finanzminister Dr. Böhmer, später Professor Böhmer. Sie sagen jetzt, damals hätten Sie das anders gemacht. Was haben Sie gemacht? - Sie haben in den ersten Jahren die Weichen gestellt. Vergleichen Sie doch einmal, wie Sachsen die Haushaltspolitik begonnen hat und wie Sachsen-Anhalt die Haushaltspolitik begonnen hat. Vergleichen wir uns also nicht mit Ihnen oder Sie sich mit uns, sondern vergleichen wir Sachsen-Anhalt einmal mit Sachsen.

Ein Beispiel: Sie haben uns all die Jahre vorgeworfen, wir hätten den Personalabbau nicht richtig betrieben usw. Das haben wir durch. Frau Feußner, Sie kommen aus dem öffentlichen Dienst, Sie nicken. Es gab eine Sonderkündigungsregelung im öffentlichen Dienst, die Ende 1993 auslief. Diese Regelung hat Sachsen genutzt, Sachsen-Anhalt hat sie nicht genutzt.

(Herr Gürth, CDU: Die haben wir auch genutzt! - Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Die haben wir nicht mehr nutzen können, weil es sie nicht mehr gab.

Ihr wirkliches Haushaltsproblem begann im Jahr 2002. Mit dem Nachtragshaushalt 2002 haben Sie die Weichen gestellt.

(Unruhe bei der CDU)

Davon kommen Sie nicht mehr herunter. Der große Schluck aus der Flasche wirkt sich noch heute aus. Das

ist der Flaschenhals, durch den Sie nicht mehr herauskommen.

(Zustimmung bei der SPD - Frau Feußner, CDU: Das stimmt doch nicht! - Zurufe von der CDU und von der FDP)

Das mit den Lehrerstunden habe ich mit Professor Böhmer schon am Montagabend gehabt, als er sagte, es sei nicht bekannt gewesen, dass die Konten vorhanden seien und dass das 250 Millionen € kosten würde. Das war bekannt. Jeder in diesem Landtag wusste es: Die Lehrer sparen Stunden an und die Dimension beträgt 250 Millionen €. Das war allen bekannt. Das wussten auch Sie ganz genau.

(Zurufe von der CDU und von der FDP - Unruhe)

- Sprechen Sie etwas lauter, ich verstehe es sonst nicht.

(Frau Feußner, CDU: Sie haben das Geld doch einfach vergeben!)

- Hätten der Finanzminister oder der Staatssekretär im Finanzministerium oder der im Bildungsministerium besser mit den Gewerkschaften verhandelt, hätte man das schön über die Jahre strecken können.

(Zustimmung bei der SPD - Oh! bei der CDU - Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

- Natürlich, das wäre ein Ansatz gewesen.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Wissen Sie, je lauter Sie brüllen, desto mehr wird mir klar, dass ich Recht habe.

(Zustimmung bei der SPD - Minister Herr Dr. Daehre: Meine Güte! - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Dr. Püchel. - Möchte noch jemand das Wort erteilt bekommen? - Offensichtlich nicht.

Dann stimmen wir jetzt ab über den Gesetzentwurf der Landesregierung mit der Überschrift „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2004“ in der Drs. 4/1558.

Die Geschäftsordnung des Landtages lässt uns hierbei wenig Spielraum. Dieser Gesetzentwurf wäre zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an alle weiteren ständigen Ausschüsse mit Ausnahme des Petitionsausschusses zu überweisen.

Ich stelle das jetzt zur Abstimmung. Wer stimmt zu? - Das sind nahezu alle. Stimmt jemand dagegen? - Niemand. Enthält sich jemand der Stimme? - Niemand. Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen worden. Der Tagesordnungspunkt 3 ist abgeschlossen.

Wir treten jetzt in die bis 14 Uhr dauernde Mittagspause ein.

Unterbrechung: 13.11 Uhr.

Wiederbeginn: 14.05 Uhr.

Vizepräsidenten Frau Dr. Paschke:

Meine Damen und Herren! In der Hoffnung, dass sich der Saal in Kürze füllt, bitte ich Sie, die Plätze einzunehmen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Erste Beratung

Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 4/1554**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/1586**

Einbringerin des Antrags ist die Abgeordnete Frau Dirlich. Bitte sehr.

Frau Dirlich (PDS):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erst vorgestern hat die Bundesagentur für Arbeit die neuesten Arbeitslosenzahlen für April bekannt gegeben. 246 305 Menschen waren laut Bundesagentur am Ende des Monats April in Sachsen-Anhalt von Arbeitslosigkeit betroffen. 42,3 % von ihnen waren langzeitarbeitslos. Das sind 113 130 Personen.

113 130 Personen, die nach dem Willen der Bundesregierung, aber auch nach dem Willen der Landesregierung, die im Bundesrat der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zugestimmt hat, von Januar 2005 an das Arbeitslosengeld II erhalten sollen. Dies ist eine Leistung, die die Gleichbehandlung von erwerbsfähigen Hilfeempfängerinnen und natürlich auch den Zugang der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängerinnen zum Arbeitsmarkt ermöglicht, aber, meine Damen und Herren, dies ist auch eine Leistung, die noch mehr Menschen in Sachsen-Anhalt an den Rand des Existenzminimums drücken wird. Deshalb und vor allem deshalb hat die PDS die Einführung des Arbeitslosengeldes II stets abgelehnt.

Was dieses Gesetz, das sich Grundsicherung für Arbeitsuchende nennt und das als SGB II in die Sozialgesetzbuchung eingeordnet wird, für das Land Sachsen-Anhalt und seine Wirtschaft bedeutet, sollen einige wenige Zahlen verdeutlichen: Bisher erhalten die Arbeitslosenhilfeempfängerinnen in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt 476 € netto im Monat, also ohne Abzug der Sozialversicherungsbeiträge. Das sind die Zahlen des Jahres 2003.

Zukünftig sollen es noch 331 € im Monat sein, das heißt also im Durchschnitt 136 € weniger als bisher. Das sind, wenn man es auf alle Arbeitslosenhilfeempfängerinnen hochrechnet, etwa 15,3 Millionen € im Monat und etwa 183,6 Millionen € pro Jahr. Die Zahl hätte allerdings nur dann Bestand, wenn tatsächlich alle Arbeitslosenhilfeempfängerinnen diese neue Leistung bekämen. Seriöse Schätzungen gehen aber davon aus, dass ca. ein Drittel von ihnen aufgrund der verschärften Vermögensanrechnung zunächst keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II hat.

Das beträfe in Sachsen-Anhalt ca. 37 000 Menschen und das allein bedeutete einen Kaufkraftverlust von ca. 146 Millionen €. Nimmt man dann den Verlust von 136 € monatlich für die anderen zwei Drittel der Arbeitslosenhilfebezieherinnen dazu, kommt man allein in Sachsen-Anhalt locker auf einen Kaufkraftverlust von 270 Millionen € in jedem Jahr. Das ist deshalb ein realer Kaufkraftverlust, weil die betroffenen Menschen nicht zu denjenigen gehören, die dann für eine Weile halt weniger

sparen; diese Menschen sind schon jetzt auf jeden Cent ihres Einkommens angewiesen.

Übrigens: Im Vergleich dazu werden Spitzverdienerinnen in der Bundesrepublik allein durch die Senkung des Spitzenteuersatzes um etwa 6 Milliarden € zusätzlich bereichert; Arbeitslose büßen gleichzeitig bundesweit 9,3 Milliarden € ein. Diese so genannten Reformen, meine Damen und Herren, sind nicht nur sozial zutiefst ungerecht, sondern auch ökonomischer Unsinn.

Aber es kommt noch schlimmer: Den Kommunen wurde mit dem Gesetz über die Grundsicherung von Arbeitslosen eine massive Entlastung von Sozialhilfekosten versprochen. Dies sollte mit einer Neuordnung der Gemeindefinanzen verbunden sein, mit der die Kommunen insgesamt spürbar entlastet werden sollten. Dieses Ziel wird weit verfehlt.

Aus dem Kompetenzstreit zwischen Bundestag und Bundesrat, zwischen Bund und Kommunen, zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen entstand ein Chaos, ein Labyrinth, aus dem bis heute noch niemand den Ausweg kennt. Um die Option der Übernahme aller Leistungen aus dem Gesetz durch die Kommunen, also auch die Auszahlung der Geldleistung, die Eingliederungsleistungen in den Arbeitsmarkt und die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Betroffene, durchzusetzen, wurde den Kommunen die Zahlung der gesamten Unterkunfts- und Heizkosten für alle von Arbeitslosengeld II betroffenen Menschen übergeholten - und das, ohne die Dimension dieser Leistungen auch nur annähernd überblickt zu haben.

Nun haben die Kommunen gerechnet. Die Zahlen sind ernüchternd, oder besser: erschreckend. Der Deutsche Landkreistag rechnet für Sachsen-Anhalt aus, dass sich das Land mit dem Gesetz um ca. 358 Millionen € entlasten kann, während die Kommunen mit 245 Millionen € zusätzlich belastet werden.

Der Landkreis Schönebeck rechnet mit einer Entlastung von den Sozialhilfekosten in Höhe von etwa 5 Millionen € und mit einer zusätzlichen Belastung durch die Übernahme der Unterkunftskosten für die Arbeitslosenhilfeempfängerinnen in Höhe von ca. 25 Millionen €.

Die Stadt Halle rechnet insgesamt mit einer leichten Entlastung - allerdings nur dann, wenn sich das Land nicht selbst entlastet, sondern das bisherige Niveau des Finanzausgleichs für Sozialhilfekosten, die Mittel aus dem Solidarpakt einschließlich der zusätzlich bereitgestellten Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen und die bisher vom Land für Wohngeld durchgereichten Mittel auch zukünftig in voller Höhe zur Verfügung stellt.

Damit sind wir bei dem Antrag der PDS. Genau das fordern wir unter Punkt 2. Eine Stadt wie Halle ist hier übrigens im Vorteil; denn der Landkreis Schönebeck wird auch dann zusätzlich belastet - ich denke, dies wird für die anderen Landkreise genauso gelten -, wenn unsere Forderungen voll erfüllt werden. Die Berechnungen in Schönebeck gehen von bis zu 12 Millionen € zusätzlicher Belastung aus.

Deshalb enthält unser Antrag den Punkt 1, der die Landesregierung dazu auffordert, sich dafür stark zu machen, dass das Ziel des Gesetzes, nämlich die Entlastung der Kommunen, tatsächlich erreicht wird. Gleichzeitig wird es aber notwendig sein, die Aktivierungsquote deutlich zu erhöhen. Es muss nämlich beachtet werden,

dass den Hilfeempfängerinnen unter 25 Jahren laut Gesetz zwingend eine Beschäftigungs- oder Ausbildungsmöglichkeit angeboten werden muss.

Was dann noch an Mitteln übrig bleibt, kann für die anderen verwendet werden. Wie viel das ist, sagen die Arbeitslosenzahlen von April. Sie weisen nämlich einen Anteil von 27 600 Jugendlichen unter 25 Jahren aus; dazu kommen etwa 32 900, die in öffentlich geförderten Beschäftigungs- und Trainingsmaßnahmen untergebracht sind. Man kann also ohne weiteres davon ausgehen, dass mindestens ein Viertel der Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen weniger als 25 Jahre alt sind. Was bleiben denn da noch für Möglichkeiten für den - in Anführungszeichen - Rest, nämlich für immerhin drei Viertel der Hilfesuchenden?

Zudem sollen die Eingliederungs- und die Verwaltungspauschale als Gesamtbudget zur Verfügung gestellt werden. Die Binnenverteilung soll den Kommunen bzw. der zu bildenden Arbeitsgemeinschaft zwischen Agentur und Kommunen überlassen werden. Ich will den Kommunen oder dieser Arbeitsgemeinschaft - ich nenne sie jetzt so, weil es kürzer ist - nichts unterstellen, aber sie werden zunächst einmal versuchen, die Verwaltungskosten abzusichern. Wenn man dann den Betreuungsschlüssel von einem Fallmanager auf 75 Hilfeempfängerinnen in Rechnung stellt, kann man nur mit dem Kopf schütteln.

Wir befürchten, dass die letztlich Benachteiligten die betroffenen Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen sein werden. Das muss verhindert werden.

Aber es kommt noch schlimmer. Obwohl spätestens mit dem Ergebnis im Vermittlungsausschuss klar war, dass eine riesige Aufgabe vor allen Beteiligten steht und dass die Zeit verdammt drängt, ist bis heute keine ernst zu nehmende Lösung in Sicht. Die SPD, der die Möglichkeit der Option für die Kommunen nur in einem zähen Ringen abgetrotzt wurde, zeigte wenig Enthusiasmus bei der Erarbeitung des Optionsgesetzes. Mit der Forderung der CDU, die Ausgestaltung der Option mit einer Grundgesetzänderung abzusichern, wurde die Hürde für das Gesetz so hoch wie nur irgend möglich gelegt.

Im Übrigen bin ich mir nicht sicher, ob die Länder diese Grundgesetzänderung wirklich brauchen, die letztlich einen Durchgriff des Bundes auf die Kommunen ermöglicht. Ich weiß nicht, ob die Länder das wirklich wollen sollen.

Den Betroffenen kann es letztlich egal sein, wer den Hut für das Gesetz aufhat, wenn für ihn Bedingungen entstehen, die nicht für zusätzliche Verwirrung, für zusätzliche Wege, zusätzliche Bürokratie, zusätzliche Einbußen sorgen. Deshalb fordert die PDS in ihrem Antrag unter Punkt 3, dass die Landesregierung die Verantwortung für das übernimmt, was sie mit ihrer Zustimmung zu diesem Gesetz selbst produziert hat.

Es muss aus der Sicht der Betroffenen geschaut und es müssen die wenigen Möglichkeiten des Gesetzes genutzt werden, ihre Situation zu verbessern, zum Beispiel durch die Durchsetzung des Prinzips „Alles aus einer Hand“ und durch ein ausreichendes und solide finanziertes Netz sozialer Dienstleistungen in den Kommunen, damit mehr Menschen von Betreuung und Beratung Gebrauch machen können. Auch an dieser Stelle darf sich das Land nicht seiner Verantwortung entziehen, weil wir immer noch Mittel für diese Betreuungsmöglich-

keiten in den Kommunen in den Haushalt eingestellt haben. Die Situation der Betroffenen muss auch verbessert werden durch anspruchsvolle Beschäftigungsmöglichkeiten, an denen alle erfahrenen Akteure vor Ort mitwirken, und durch einen gleichberechtigten Zugang aller Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen zum ersten Arbeitsmarkt.

Die PDS geht in ihrem Antrag davon aus, dass immer noch die Möglichkeit besteht, dass das Optionsgesetz doch noch verabschiedet wird. Alle Signale weisen allerdings darauf hin, dass das Gesetz im Bundesrat scheitern soll und damit die Option einfach vom Tisch ist. Dann bleibt nur noch die Arbeitsgemeinschaft übrig.

Die Landesregierung sollte in Sachsen-Anhalt mit dafür Sorge tragen, dass sich Agenturen für Arbeit und die Kommunen wenigstens in gleicher Augenhöhe begegnen können, sodass sie gleichberechtigt ihre Erfahrungen, ihre Leistungsfähigkeit und ihre Dienstleistungsangebote einbringen können. Deshalb beziehen sich die letzten drei Anträge unter Punkt 3 ausschließlich auf die Ausgestaltung dieser Arbeitsgemeinschaften.

Zum Änderungsantrag der SPD ist zu sagen, dass wir den Vorschlag machen würden, ihn gemeinsam mit unserem Antrag in den Ausschuss zu überweisen. Damit habe ich gleichzeitig etwas zur Behandlung des Antrages gesagt. Wir schlagen nicht vor, dass über diesen Antrag sofort abgestimmt werden soll, weil uns selbstverständlich klar ist, dass es unterschiedliche Auffassungen geben kann; diese wollen wir im Ausschuss diskutieren. Wir wollten aber mit unserem Antrag das Thema im Landtag und hoffentlich auch in der Öffentlichkeit noch einmal ansprechen und bekannt machen.

Ich bitte deshalb um Ihre Zustimmung zur Überweisung des Antrages und des Änderungsantrages in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

Ich werde eben von meiner Kollegin Bull darauf aufmerksam gemacht, dass ich auch um eine Überweisung in den Ausschuss für Soziales bitten soll; das habe ich hiermit getan.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Frau Abgeordnete Dirlich, für die Einbringung. - Für die Landesregierung wird der Minister für Wirtschaft und Arbeit Herr Dr. Rehberger sprechen. Bitte sehr.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Verehrte Kollegin Dirlich, Sie haben das Pult sehr weit heruntergefahren. Bei dem Abstand brauchten Sie offensichtlich Ihre Brille nicht. Sie können sie hier vorn abholen.

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, mit Ausnahme der PDS sind sich hier im Hause alle darüber einig, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland ein einheitliches Leistungssystem für alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen benötigen.

(Frau Dirlich, PDS: Da irren Sie sich! - Frau Bull, PDS: Ich habe es Ihnen doch schon beim letzten Mal erklärt! Das ist doch nicht so schwer!)

- Frau Bull, ich freue mich, dass Sie mich korrigieren und damit die Übereinstimmung perfekt ist. Herzlichen Dank.

(Zustimmung von Herrn Höhn, PDS, und von Herrn El-Khalil, CDU)

Ich korrigiere mich ausdrücklich: Auch die PDS ist der Meinung, dass man hier ein einheitliches System brauche. Ich halte das für ein Gebot der Vernunft; denn bisher haben wir aufgrund der beiden nebeneinander liegenden Systeme außerordentlich große Gerechtigkeitsprobleme gehabt.

Die Frage, in welcher Höhe das Arbeitslosengeld II festzusetzen ist, ist ein Thema des Bundes. Das ist klar. Das können wir in den Ländern aus guten Gründen nicht festlegen; denn hierbei muss trotz aller Unterschiedlichkeiten, die es etwa zwischen der westlichen und der östlichen Bundesrepublik gibt, eine gewisse Einheitlichkeit gewährleistet sein.

Aber eines scheint mir ganz klar zu sein: Wir müssen bei dem Arbeitslosengeld darauf achten, dass es nicht so hoch ist, dass diejenigen, die arbeiten und nicht sehr viel verdienen, veranlasst sind, auf die Arbeit zu verzichten, weil sie über das Arbeitslosengeld II mindestens das Gleiche oder annähernd das Gleiche verdienen können und mit Schwarzarbeit vielleicht noch zu einem etwas höheren Einkommen kommen. Insofern ist es eine schwierige Entscheidung, die man ohne jeden Zweifel in Berlin treffen wird.

Meine Damen und Herren! Im Hinblick auf die Aufgabenträgerschaft haben wir nach dem Gesetz bekanntlich eine Teilung zwischen der Arbeitsverwaltung einerseits und den Kreisen und den kreisfreien Städten andererseits. Die Aufgabe der Trägerschaft der Kreise und der kreisfreien Städte bezüglich der Grundsicherung für Arbeitsuchende gehört zum eigenen Wirkungskreis der Kommunen, sodass das Land lediglich im Rahmen der Rechtsaufsicht einschreiten kann, wenn es der Meinung ist, dass bestimmte Normen nicht beachtet würden. Es kann aber keinerlei Weisungen erteilen. Ich glaube, auch darüber gibt es hier Einigkeit.

Insofern ist die Ausgestaltung und die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften, die jetzt geschaffen werden sollen, primär eine Aufgabe der Bundesagentur einerseits und den kommunalen Gebietskörperschaften andererseits. Deswegen ist es sinnvoll, dass derzeit ein Mustervertrag zur Ausgestaltung und Organisation der Arbeitsgemeinschaften erarbeitet wird. In diese Beratung sind auch die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene einbezogen.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Dirlich?

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Gern.

Frau Dirlich (PDS):

Ich habe das Gefühl, dass man das nicht oft genug sagen kann. Sie haben vom Lohnabstandsgebot gesprochen. Ich möchte von Ihnen gern wissen, ob Sie nicht auch der Meinung sind, dass man nicht die Leistungen

für die Arbeitsuchenden herunterschrauben sollte, sondern dass man sich auch ein bisschen darum kümmern müsste, dass die Löhne in der Wirtschaft etwas höher werden.

(Zustimmung bei der PDS)

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Verehrte Frau Dirlich, es ist sehr populistisch,

(Frau Bull, PDS: Ach!)

wenn man einfach verkündet: Die Löhne werden hochgesetzt, dann kann man auch mit dem Arbeitslosengeld II entsprechend höher gehen. Denn die Frage ist, was unsere Volkswirtschaft verkraftet. Wir haben heute Morgen über die Verschuldung nicht nur des Landes Sachsen-Anhalt, sondern aller Bundesländer und insbesondere des Bundes gesprochen. Wir stehen seit Jahren in einer Situation, in der wir über unsere Verhältnisse leben.

Meine Damen und Herren! Ob es uns gefällt oder nicht, wir werden uns nach der Decke strecken müssen, sonst werden wir in dieser Republik noch ganz andere Probleme bekommen.

(Zuruf von Herrn Grünert, PDS)

Kurz und gut: Ich sagte, dass der Mustervertrag im Moment ausgearbeitet wird und dass die kommunale Seite beteiligt ist. Ich gehe davon aus, dass in Kürze ein entsprechender Mustervertrag auf dem Tisch liegen wird.

Die Bundesagentur hat im März 2004 in einem bundesweit durchgeführten Workshop zum Sozialgesetzbuch II bereits ihre Vorstellungen vorgetragen. Ich nehme an und hoffe, dass man mit der kommunalen Seite zu Lösungen kommt, die für beide Seiten tragbar sind und die insbesondere den berechtigten Belangen der Menschen, für die das eingerichtet wird, nämlich der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, gerecht wird.

In Bezug auf die Finanzierungsseite ist es so - Frau Dirlich hat das mit Recht ausgeführt -, dass nach dem Sozialgesetzbuch II der Bund die entstandenen Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende trägt und für die übrigen Leistungen die Zuständigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften gegeben ist.

Die Bundesregierung verfolgt mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auch das Ziel - so ist es zumindest verkündet worden - die Kommunen aufgrund des Wegfalls der alten Sozialhilfe für erwerbsfähige Hilfeempfänger im Ergebnis um einen Betrag in Höhe von 2,5 Milliarden € zu entlasten. Vor allem wegen der von den Kommunen jetzt allerdings zu tragenden Kosten für die Unterkunft erscheint es fraglich, ob das wirklich erreicht wird oder ob es nicht möglicherweise zu einer zusätzlichen Belastung der kommunalen Gebietskörperschaften kommen wird.

Beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit ist eine Arbeitsgruppe „Quantifizierung“ eingesetzt worden, in der neben der Bundesregierung unter anderem auch die kommunalen Spitzenverbände, die Länder und die Bundesagentur mitarbeiten. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist die Prüfung der nach dem SGB II zugrunde zu legenden Zahlen und gegebenenfalls die Entwicklung von Vorschlägen, wie man eine Korrektur in der Form

erreichen kann, dass die kommunalen Gebietskörperschaften tatsächlich um einen Betrag in Höhe von 2,5 Milliarden € entlastet werden.

Auch der erweiterte interministerielle Arbeitskreis Hartz IV in meinem Ministerium hat sich die Aufgabe gestellt, die finanziellen Auswirkungen für Sachsen-Anhalt genauer zu ermitteln, und hat zu diesem Zweck eine Erhebung in den betreffenden Kommunen durchgeführt. Eine Auswertung findet zurzeit statt; das Ergebnis wird in Kürze vorgelegt werden können.

Es zeichnet sich aber schon jetzt ab - darin haben Sie, Frau Dirlich, völlig Recht -, dass auf die Kommunen erhebliche zusätzliche Kostenbelastungen zukommen werden. Im Moment schätzen meine Mitarbeiter den zusätzlichen Aufwand der kommunalen Ebene auf Mittel in Höhe von 420 bis 430 Millionen €. Wenn das so sein sollte, dann haben wir ein weiteres, und zwar gewaltiges Problem. Ich glaube, darin sind wir alle einer Meinung.

Im Zusammenhang mit der Frage, wie man sich angeichts der veränderten Sach- und Rechtslage zwischen dem Land einerseits und den kommunalen Gebietskörperschaften andererseits zurechtfindet, möchte ich darauf verweisen, dass es letztlich eine Entscheidung des Landtages ist, und zwar im Rahmen der Etatberatungen, in welcher Weise die Lasten hier verteilt werden.

Ich möchte aber für die Landesregierung klipp und klar zum Ausdruck bringen, dass wir nicht die Absicht haben, die Landesfinanzen, wie es im Antrag heißt, auf Kosten der Kommunen zu sanieren.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, sind wir gern bereit, sowohl über diesen Antrag wie über den Änderungsantrag in den beiden zuständigen Ausschüssen zu diskutieren. Ich hoffe, dass man bis dahin in Berlin ein Stück weiter ist. Sie wissen, dass die Bundesagentur für Arbeit inzwischen andeutet, dass sie den Termin 1. Januar 2005 nicht halten kann. Das bedeutet, dass wir auch in diesem Zusammenhang möglicherweise ein riesiges bundesweites Problem bekommen werden, dem wir jedenfalls in der Form begegnen müssen, dass nicht am Schluss die Hilfebedürftigen die eigentlich Leidtragenden dieser Reform sind. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Minister. - Für die FDP-Fraktion wird die Abgeordnete Frau Röder sprechen. Bitte sehr.

Frau Röder (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich beantrage im Namen der FDP-Fraktion, den Antrag der PDS und den Änderungsantrag der SPD in die Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit, für Soziales und Gesundheit und - ich nehme noch zwei dazu - für Finanzen sowie für Inneres - für diese ist dieses Thema auch von sehr starkem Belang - zu überweisen. Ich gebe meine Rede zu Protokoll.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Röder, ich gestatte Ihnen, Ihre Rede zu Protokoll zu geben.

(Heiterkeit - Frau Röder, FDP: Danke!)

(Zu Protokoll:)

Frau Röder (FDP):

In den letzten Wochen war viel über die Umsetzung von Hartz IV, von der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II und vor allem vom Streit um das so genannte Optionsgesetz in den Zeitungen zu lesen. Jede Woche werden neue Zahlen, Umsetzungsvarianten und Prognosen veröffentlicht.

Klar ist, dass die Landkreise und kreisfreien Städte bis zum 31. August dieses Jahres erklären müssen, ob sie von der Option mit Wirkung zum 1. Januar 2005 Gebrauch machen und damit die Grundsicherung für Arbeitsuchende in eigener Verantwortung übernehmen wollen.

Klar ist auch, dass sonst noch kaum etwas - insbesondere nicht die Finanzierung - geklärt ist.

Der Zeitdruck wächst - wenn nicht Herr Clement die Warnungen seines BA-Chefs Weise erhört und das Projekt verschiebt - und die Probleme, die im Antrag der PDS-Fraktion und auch im Änderungsantrag der SPD-Fraktion angesprochen werden, stehen noch ungelöst in der Welt.

Es ist tatsächlich zu befürchten, dass den Kommunen in Sachsen-Anhalt durch das SGB II Mehrbelastungen in Höhe von 210 bis 220 Millionen € erwachsen. Es ist tatsächlich zu befürchten, dass im Übergang der Systeme für die Betroffenen Versorgungslücken entstehen.

Es ist erst recht zu befürchten, dass das Ziel der „Leistung aus einer Hand“, der Vereinfachung der bisherigen Systeme klar verfehlt wird. Es ist auch zu befürchten, dass lokale Netzwerke an sozialen Diensten, Trägern und Verwaltungen, die bisher eine gute und vor allem passgenaue Arbeit geleistet haben, unwiederbringlich zugunsten der zentralistischen Bundesanstalt für Arbeit zerstört werden.

In der grundsätzlichen Beurteilung der Hartz-IV-Gesetze hat die FDP-Fraktion eine andere Auffassung als die PDS, darüber haben wir hier schon oft geredet. Aber heute geht es nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie der Umsetzung. Hierbei muss handwerklich gute Arbeit geleistet werden, um fatale Folgen für alle Betroffenen zu vermeiden.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Für die SPD-Fraktion wird die Abgeordnete Frau Ute Fischer sprechen.

Frau Fischer (Leuna) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ist wirklich ein gewaltiges Projekt in den Reformbestrebungen der Bundesregierung. Auch in diesem Hause haben wir ja schon öfter darüber diskutiert, haben über die Modellprojekte und die Sorgen und Belastungen für die Betroffenen gesprochen.

Die Bundesregierung wird das beschlossene SGB II umsetzen, um Doppelstrukturen und „Verschiebebahnhöfe“ zu beseitigen. Der nächtliche Beschluss im Vermittlungsausschuss, das heißt die Option der Verantwortung für das Arbeitslosengeld für die Kommunen, birgt die Gefahr uneinheitlicher Zuständigkeiten im Land, das heißt eines Flickenteppichs, der den Behördenschungel nur noch undurchdringlicher macht.

Ich gebe zu: Es hat zu lange gedauert, bis das Optionsgesetz vorlag, aber nun ist es für die Opposition unannehmbar und eine Ende des Streits ist nicht zu erkennen. Allerdings muss auch klar sein: Wer das Geld gibt, muss auch ein Recht haben zu steuern, was schwierig ist, weil der direkte Weg des Finanzflusses vom Bund zu den Kommunen im Moment nicht möglich ist.

Der Streit und die damit verbundenen Verzögerungen für ein solch weittragendes und gerade in den neuen Bundesländern viele Menschen betreffendes Vorhaben sind für mich unerträglich. Zumal Staatssekretär Haseloff im Ausschuss selbst die Arbeitsgemeinschaften präferiert hat, hatte ich eigentlich ein anderes Herangehen an dieses Problem im Land erwartet.

Einerseits wird die Notwendigkeit der Zusammenführung der beiden steuerfinanzierten Leistungen allgemein eingesehen, aber nach meinen Informationen und meinem Empfinden sind die Vorbereitungen nicht effektiv betrieben worden und es wird auch noch immer auf eine Verschiebung gehofft. Ob nun Option, Arbeitsgemeinschaft oder weiterhin getrennte Verantwortung: Wichtig ist doch, dass die Betroffenen Menschen sich im Endeffekt noch zurechtfinden. Es muss sichergestellt sein, dass sie im Januar - falls berechtigt - ihre Leistungen empfangen. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass die Kommunen, wie versprochen, um 2,5 Milliarden € entlastet werden.

Die Antwort auf meine Kleine Anfrage in der Drs. 4/1551 macht den Vorbereitungsstand im Land deutlich. Die eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe scheint den Berechnungen der Kommunen zurzeit wenig Vertrauen zu schenken. Es ist nur zu hoffen, dass inzwischen die Überlegungen, wie die Entlastung des Landes bzw. die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen an die Kommunen weitergegeben werden, und die Vorbereitungen dazu etwas weiter gediehen sind, als es die Antwort auf meine Frage erkennen lässt. Zumindest darf es nicht - wie beim Grundsicherungsgesetz für Ältere geschehen - auf eine Abrechnung der Kommunen über zusätzliche Belastungen hinauslaufen.

Zu dem vorliegenden Antrag der PDS-Fraktion. Zu Punkt 1. Inwieweit die Landesregierung auf die Punkte noch Einfluss nehmen kann, steht angesichts des Streits zum Optionsgesetz infrage. Die angestrebte Aktivierungsquote von 26 % berücksichtigt offensichtlich nicht die verpflichtenden Angebote für Arbeitslose unter 25 Jahren - ein Schwerpunkt, den ich sehr begrüße.

Der Punkt 2 greift die wichtigen Voraussetzungen für die Entlastung der Kommunen auf. Das finde ich richtig. Ob allerdings das FAG ein richtiges Instrument dafür ist, sollten unsere Kommunalpolitiker ausreichend prüfen. Ich denke, dafür brauchte man andere Kriterien.

Zu Punkt 3. Wie schon erwähnt, wäre eine einheitliche Regelung im Land eine gute Lösung, aber laut Vermittlungsausschuss eigentlich nicht über die Landesregierung zu regeln. Ob die Landesregierung auf die Gestaltung der Vereinbarungen zwischen der Agentur für Arbeit und den Landkreisen bzw. den kreisfreien Städten Einfluss nehmen kann oder will, steht infrage. Ich hatte auf mehr Einflussnahme, Steuerung bzw. Begleitung gehofft.

Der Entwurf der Bundesregierung für eine Vertragsgestaltung liegt vor, Herr Minister, und damit wird auch schon gearbeitet, aber anstatt die Freiräume eigenverantwortlich zu gestalten, werden immer neue Fragen

aufgeworfen. Es geht um Vermittlungspauschalen, Personalübergänge und die kommunalen Arbeitsmarktstrategien, weniger um Bildungsangebote und Vorbereitung auf Arbeitsplätze, womit die Betroffenen ihren Lebensunterhalt sichern können und eine vernünftige Arbeit finden.

Abschließend möchte ich sagen: Bei aller, auch teilweise berechtigten Kritik - zum Beispiel bezüglich der Vergleichbarkeit der Daten, der noch fehlenden Software und der Frage der Personalhoheit - sollte das Ziel, nämlich das Gelingen des Projekts, im Vordergrund stehen. Den Leistungsempfängern oder auch Nichtleistungsempfängern und ihren Bedarfsgemeinschaften sind die Parteienstreitigkeiten bzw. die Streitigkeiten zwischen dem Bund und der Landesebene völlig egal. Sie müssen Gewissheit haben und planen können und sie müssen von der Aktivierungsquote und dem Beratungsverhältnis von 1 zu 75 profitieren können.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit bzw. der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit ist ein gesellschaftliches Problem. Das geht uns alle an und niemand sollte sich aus der Verantwortung stehlen. Ich denke, zur Bewältigung der Langzeitarbeitslosigkeit brauchen wir gemeinsame weitere Überlegungen, Strategien, einen wirtschaftlichen Aufschwung, Existenzgründungen. Ich glaube, im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik war auch unser Programm „Aktiv zur Rente“ nicht ganz so schlecht.

Zu unserem Antrag. Wir haben mit dem Punkt 4 noch einmal die Betroffenen in den Mittelpunkt gestellt, mit dem Ziel, dass dadurch rechtzeitig Informationen an die Betroffenen gegeben werden. Denn ich denke, wenn man erst im Januar erfährt, ob man Leistungen kriegt oder nicht, ist es zu spät. Das sollte im vierten Quartal dieses Jahres erfolgen, damit die Betroffenen auch planen können und keine finanziellen Lücken entstehen.

Wir sind mit einer Überweisung in die genannten Ausschüsse einverstanden. - Danke schön.

(Zustimmung bei der SPD, von Frau Bull, PDS, und von Herrn Dr. Thiel, PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Frau Fischer. - Für die CDU-Fraktion spricht Frau Marion Fischer. Bitte sehr.

Frau Fischer (Merseburg) (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Präsidentin, ich würde gern, wenn Sie es gestatten, meinen Redebeitrag zu Protokoll geben. Ich müsste nämlich das wiederholen, was unser Minister Dr. Rehberger gesagt hat, und müsste auch das bestätigen, was Frau Dirlich gesagt hat. An der Stelle möchte ich das nicht tun und gebe daher den Beitrag zu Protokoll. - Wir stimmen der Überweisung in die Ausschüsse zu.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Wir wollen es Ihnen ersparen, das zu wiederholen.

(Zu Protokoll:)

Frau Fischer (Merseburg) (CDU):

Ich darf zu Beginn meiner Ausführungen sagen, dass wir die von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der PDS-

und der SPD-Fraktion, angeführten Probleme bei der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Sachsen-Anhalt ähnlich sehen wie Sie.

Darüber hinaus bin ich aber der Ansicht, dass wir in einer Fünfminutendebatte nicht in der Lage sein werden, das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in seiner problembehafteten Gesamtheit zu diskutieren.

Aus diesem Grunde würden wir einer Überweisung bei der Anträge in die Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit, für Inneres, für Gesundheit und Soziales sowie für Finanzen zustimmen, zumal sich der Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit im Rahmen der Selbstbefassung noch vor der Sommerpause zum wiederholten Mal mit dem Thema Arbeitsmarkt beschäftigen wird und dieses Thema unbedingt hineinpasst.

Nun kurz zum Thema. Im Vermittlungsausschuss des Bundesrates wurde im Dezember des vergangenen Jahres angesichts der festgefahrenen Fronten zwischen der Bundesregierung und den B-Ländern ein meiner Meinung nach kreativer Kompromiss gefunden, der den Kreisen und kreisfreien Städten ein Optionsrecht einräumt, selbst zu entscheiden, ob sie komplette Aufgabenträger der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden wollen oder ob es zu einer gesplitteten Trägerschaft im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft mit Wirkung zum 1. Januar 2005 kommt. Die Ausgestaltung der Option kommunaler Trägerschaft unterliegt einer weiteren einfachgesetzlichen und verfassungsrechtlich abgesicherten Regelung; diese sollte bis Ende April dem Bundestag vorliegen.

Der nun vorliegende Gesetzentwurf entspricht nicht den Vereinbarungen im Vermittlungsausschuss und überträgt den Kommunen keinen eigenen Handlungsspielraum, sondern schlägt vor, über so genannte Organleihe die Kommunen an die Weisungen der Bundesanstalt für Arbeit zu binden. Im weiteren lehnt die Bundesregierung trotz ursprünglicher Zusage des zuständigen Fachministers eine Verfassungsänderung ab und sieht sie auch im Gesetzentwurf nicht vor.

Die exakte Höhe der Mittelzuweisung für Verwaltungskosten und Eingliederungspauschale legt der Gesetzentwurf nicht fest. Ein Zahlentableau für das Jahr 2005 wird vorgelegt, dessen Zahlen für die Kommunen absolut nicht auskömmlich sind. Zwischenzeitlich gibt es eine Arbeitsgruppe, die die Zahlen prüft und hoffentlich korrigiert, um die zugesagte Entlastung für die Kommunen zu erreichen.

Hintergrund dieser ganzen Angelegenheit ist, dass bereits im Vermittlungsausschuss mit veralteten statistischen Daten gehandelt worden ist und die Bedenken der Union angezweifelt worden sind. In der Sprache der Gauner würde man sagen, die Bundesregierung hat uns gelinkt. Möglicherweise legt die Bundesregierung bereits im Mai ein weiteres Änderungsgesetz zu Hartz IV vor mit möglichen Korrekturen.

Inhaltlich kann das für die CDU-Fraktion nur bedeuten:

Erstens das kommunale Optionsgesetz so umzugestalten, dass die optierenden Kreise und kreisfreien Städte tatsächlich Träger sind und in Eigenverantwortung die Aufgaben nach dem SGB II erfüllen können. Organleihe lehnen wir ab.

Zweitens. Eine verfassungsrechtlich abgesicherte Regelung ist vorzulegen, die den Kommunen die notwendigen Geldmittel sichert.

Drittens. Bei den Mitteln für Verwaltungs- und Eingliederungspauschalen sind auskömmliche Summen vorzusehen. Dabei ist die Höhe der Eingliederungspauschalen unter Berücksichtigung regionalisierter Arbeitsmarktindikatoren zu bemessen.

Viertens. Durch gegebenenfalls notwendige Gesetzesänderungen ist sicherzustellen, dass den Kommunen tatsächlich die zugesagten Einsparungen von 2,5 Milliarden € jährlich verbleiben.

Ich denke, es gibt genügend Stoff für eine umfassende Diskussion im Ausschuss.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Dirlich, möchten Sie erwiedern? - Frau Dirlich verzichtet.

Somit treten wir in das Abstimmungsverfahren zu den Drs. 4/1554 und 4/1586 ein. Es wurde in ziemlicher Übereinstimmung vorgeschlagen, die beiden Drucksachen in die Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit, für Soziales, für Finanzen und für Inneres zu überweisen. Ich schlage vor, federführend in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Wer mit der Überweisung der Anträge in die genannten Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit sind die genannten Drucksachen einstimmig überwiesen worden. Wir verlassen den Tagesordnungspunkt 12.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 16** auf, da wir den Tagesordnungspunkt 15 gestern schon behandelt haben:

Beratung

a) **Gemeinsame Feuerwehr-Unfallkasse der Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt**

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - **Drs. 4/1560**

b) **Fusion der Feuerwehr-Unfallkassen von Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Feuerwehr-Unfallkasse Mitte**

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 4/1565**

Einbringer des Antrages der Fraktionen der CDU und der FDP ist der Abgeordnete Herr Kolze. Danach wird die Abgeordnete Frau Gudrun Tiedge die Einbringung des Antrages der Fraktion der PDS vornehmen. - Herr Kolze, Sie haben das Wort.

Herr Kolze (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir die Bestrebungen der Feuerwehr-Unfallkasse Sachsen-Anhalt, mit der Feuerwehr-Unfallkasse Thüringen zu einer gemeinsamen Feuerwehr-Unfallkasse Mitte zu fusionieren, unterstützen.

Die Zukunft der Feuerwehr-Unfallkasse ist für die Feuerwehrangehörigen von großer Bedeutung. In der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Lage ist es besonders wichtig, starke und zukunftsfähige Strukturen zu haben, die eine dauerhafte soziale Absicherung im Feuerwehrdienst gewährleisten.

Lange Zeit war ja unklar, wie sich die Feuerwehr-Unfallkassen anderer Bundesländer positionieren würden. Sache der Landesregierung war es daher, unterschiedliche Lösungsansätze zu prüfen und zu diskutieren.

Inzwischen haben die Gremien der Feuerwehr-Unfallkassen Thüringen und Sachsen-Anhalt beschlossen, eine gemeinsame Feuerwehr-Unfallkasse Mitte zu bilden. Wir wissen jetzt also, welche Strukturen von den unmittelbar Betroffenen gewünscht werden. Dies möchten wir unterstützen.

Wichtig ist dabei, dass die künftigen Strukturen und eine etwaige Fusion von den Feuerwehrangehörigen nicht als eine Zwangvereinigung empfunden werden. Damit würde man Widerstände und Unzufriedenheit provozieren, wo Akzeptanz erforderlich ist. Diese ist wichtig, wenn man die besondere Bedeutung des Ehrenamts anerkennen will. Die Gruppe der Angehörigen der freiwilligen Feuerwehren ist innerhalb der Ehrenamtlichen die zahlenmäßig größte. Ihr gebührt daher besondere Aufmerksamkeit.

Darüber hinaus nehmen die Feuerwehrangehörigen eine Sonderstellung ein, weil die Gemeinden gesetzlich verpflichtet sind, eine funktionierende, stets einsatzbereite freiwillige Feuerwehr vorzuhalten. Nicht selten riskieren die Feuerwehrleute bei den Einsätzen ihre Gesundheit oder gar ihr Leben, um anderen zu helfen.

Die Feuerwehr-Unfallkassen sind gesetzliche Unfallversicherungsträger speziell für diese Gruppe. Den Ländern wurde durch die damalige Reichsversicherungsordnung und dem nachfolgenden Sozialgesetzbuch VII gestattet, für die freiwilligen Feuerwehren die Feuerwehr-Unfallkassen als besondere Träger der gesetzlichen Unfallversicherung einzurichten. Sachsen-Anhalt hat hiervon 1991 Gebrauch gemacht.

Die Feuerwehr-Unfallkassen beschäftigen besonders ausgebildetes Personal, das sowohl für die Abarbeitung von Schäden als auch für die Aufgabe der Prävention optimal geeignet ist. Insbesondere die Präventionsarbeit kann von einem eigens für die freiwilligen Feuerwehren errichteten gesetzlichen Unfallversicherungsträger besser gewährleistet werden.

Das Personal ist ganz speziell auf die Belange der Feuerwehr ausgerichtet. Es kümmert sich hauptsächlich um die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen beim Neubau, Aus- und Umbau von Feuerwehrgerätehäusern. Es berät bei der Anschaffung von Ausrüstung und Bekleidung und unterstützt die Feuerwehren und die Träger des Brandschutzes bei allen Maßnahmen der Unfallverhütung.

Darüber hinaus haben die Feuerwehr-Unfallkassen auch ein spezielles Mehrleistungssystem für die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehren entwickelt und ausgebaut. Es soll der ehrenamtlichen, unentgeltlichen Tätigkeit Rechnung tragen. Dabei steht im Vordergrund, dass die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren aufgrund einer gesetzlichen Bestimmung tätig werden, welche sie verpflichtet, in bestimmten Situationen, die zum Teil auch sehr gefährlich sind, als Freiwillige tätig zu werden.

Deshalb wird bei den Feuerwehr-Unfallkassen auch die Auffassung vertreten, dass dieser Gruppe von Freiwilligen ein höheres Maß an Leistungen zu gewähren ist. Hierbei haben die Feuerwehr-Unfallkassen in Deutschland ihre Leistungen untereinander abgestimmt.

Daneben sind die Gremien der Feuerwehr-Unfallkasse, die Vertreterversammlung und der Vorstand, paritätisch mit Vertretern der Träger des Brandschutzes und mit Vertretern der Feuerwehren besetzt. Dies ermöglicht direkte und auf die spezifischen Belange der Feuerwehrleute ausgerichtete Beschlüsse.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn andere Lösungen denkbar gewesen wären, so haben sich die Betroffenen jetzt eindeutig positioniert. Indem sich die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehren für einen gemeinsamen, feuerwehrnahen und Länder übergreifenden Versicherungsträger entschieden haben, haben wir gleichzeitig die Gelegenheit, etwas zur Initiative Mitteldeutschland beizutragen.

Dass die Feuerwehr-Unfallkasse Sachsen-Anhalt allein auf Dauer nicht mehr in dem erforderlichen Umfang leistungsfähig gewesen wäre, ist denkbar, bleibt jedoch Spekulation. Auf der Suche nach starken und zukunftsfähigen Strukturen können wir uns daher auch an anderen Ländern orientieren. Als Beispiel kann der Zusammenschluss der Feuerwehr-Unfallkassen von Schleswig-Holstein und von Mecklenburg-Vorpommern zur Feuerwehr-Unfallkasse Nord dienen.

Mit der Feuerwehr-Unfallkasse Mitte bietet sich nun für die Zukunft eine stabile Basis, bei der die besondere Identität der Feuerwehrangehörigen berücksichtigt wird. Bei diesem speziellen Versicherungsträger stehen die Kameradinnen und Kameraden der freiwilligen Feuerwehren im Mittelpunkt der Aufgabenerfüllung. Dabei soll es auch in Zukunft bleiben. Dies wird von uns als eine feuerwehrfreundliche Lösung unterstützt. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Kolze. - Nun hat die Abgeordnete Frau Tiedge das Wort.

Frau Tiedge (PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist bedauerlich, dass der Herr Sozialminister Kley heute nicht anwesend ist, und es war bedauerlich, dass er bei der Landesdelegiertenversammlung des Landesfeuerwehrverbandes am 24. April 2004 nicht anwesend war.

(Herr Gallert, PDS: Aber nicht für ihn! - Heiterkeit bei der PDS)

Vielleicht hätte er sich dann von dem geballten Unmut, der dort zum Ausdruck gebracht wurde, umstimmen lassen und seine feuerwehrfreundliche Haltung zur Problematik der Feuerwehr-Unfallkasse abgelegt.

(Zustimmung bei der PDS - Herr Kosmehl, FDP: Ach, das ist doch Quatsch!)

Ausdruck dieses Unmutes war auch eine gemeinsame Resolution der Delegierten des Thüringer Landesfeuerwehrverbandes und des Feuerwehrverbands Sachsen-Anhalt, die auf ihren Landesdelegiertenversammlungen am 24. April einstimmig diese Resolution verabschiedet

haben, mit der sie den Zusammenschluss der Feuerwehr-Unfallkasse Sachsen-Anhalt mit der FUK Thüringen zur FUK Mitte begrüßen.

Seit Jahren währt nun schon der Streit zwischen der Feuerwehr-Unfallkasse, dem Landesfeuerwehrverband und dem Innenminister Herrn Jeziorsky auf der einen Seite und dem Sozialminister auf der anderen Seite, aber der Ministerpräsident entscheidet nicht.

Eigentlich sollte der Zusammenschluss zu einer FUK Mitte bis zum 1. Januar 2004 vollzogen werden, damit zur nächsten Sozialwahl im Jahr 2005 die Vertreter der Arbeitgeber, das heißt, die Träger des Brandschutzes, und die Vertreter der Arbeitnehmer, die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehren, für die Feuerwehr-Unfallkasse Mitte mit Hauptsitz in Magdeburg gewählt werden können. Weit gefehlt - geschehen ist in dieser Richtung nichts.

Welche Vorteile ergeben sich nun aus dem Zusammenschluss? - Erstens. Die Gremien sind paritätisch mit Vertretern der Kommunen als Arbeitgeber und Vertretern der freiwilligen Feuerwehren besetzt, das heißt mit den unmittelbar Betroffenen. Das ermöglicht es, direkt auf die spezifischen Belange der Feuerwehrleute zugeschnittene Beschlüsse zu fassen.

Bei einer Fusion mit der Unfallkasse Sachsen-Anhalt wären die Feuerwehrleute nicht mehr bzw. nur mit einem Mitglied vertreten, da sie in dieser Eigenschaft keine Arbeitnehmer sind.

Zweitens. Es handelt sich um den Zusammenschluss gleicher Kassen, die ausschließlich für die Angehörigen der Feuerwehren zuständig sind, wobei auch in dem Bereich der Prävention die Spezialisierung des technischen Personals optimal gewährleistet werden kann. Ohne andere ehrenamtliche Tätigkeiten abwerten zu wollen, ist es nun einmal Realität, dass ein Feuerwehrmann oder eine Feuerwehrfrau seine bzw. ihre eigene Gesundheit gefährdet, um Menschenleben oder Sachwerte zu retten. Aus diesem Grunde sind den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren höhere Leistungen zu gewähren.

Drittens - und nicht zuletzt - muss darauf hingewiesen werden, dass vorhandene Einsparpotenziale ausgeschöpft werden und die Effizienz gesteigert wird.

Herr Kolze wies bereits darauf hin, dass man im Norden Deutschlands schon ein ganzes Stück weiter ist. Da wurde am 23. April 1997 die Verordnung zur Vereinigung der Feuerwehr-Unfallkassen der Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zur Feuerwehr-Unfallkasse Nord verkündet. Trotz dieser Fakten und der einhelligen Meinung der Fachleute favorisiert der Sozialminister immer noch die Fusion der Feuerwehr-Unfallkasse mit der Unfallkasse Sachsen-Anhalt.

Einige Daten über durchgeführte bzw. abgebrochene Gespräche zwischen der FUK und dem Sozialministerium: Am 7. August 2002 endete ein erstes Sondierungsgespräch abrupt, weil Herr Kley verlangte, die Verhandlungen mit der FUK Thüringen sofort einzustellen. Ansonsten würde er eine Verordnung zur Zwangsfusion mit der Unfallkasse Sachsen-Anhalt erlassen.

Ein zweites Gespräch wurde mit der ultimativen Forderung zur Fusion mit der FUK beendet. Bei einem Gespräch am 28. Oktober 2002 wurde zumindest die Zu- sicherung gegeben, den Gremien der FUK weitere Prüfungen zu ermöglichen. Allerdings erfolgte dann die Auf-

forderung an die Feuerwehr-Unfallkasse Sachsen-Anhalt, an Vereinigungsgesprächen mit der Unfallkasse am 17. Februar teilzunehmen.

Dieser Aufforderung hat die FUK widersprochen, sodass als unrühmlicher Höhepunkt dem Innenminister im Februar eine Verordnung über die Vereinigung der FUK mit der Unfallkasse zur Mitzeichnung vorgelegt wurde. Dies wurde vom Innenminister abgelehnt. Von den Feuerwehrleuten ist die Haltung des Innenministers ausdrücklich positiv aufgenommen worden.

Am 17. Oktober 2003 wurde dem Ministerpräsidenten der Antrag auf Genehmigung der Fusion zur FUK Mitte vorgelegt. Er wurde bisher aber noch nicht unterschrieben. Das zeugt nicht gerade von einem respektvollen Umgang mit dem Feuerwehrverband und mit der Feuerwehr-Unfallkasse.

Bisher erfolgte keine Entscheidung, und das, obwohl aus einem Schreiben sowie aus Aussagen des Ministerpräsidenten Althaus und des Innenministers von Thüringen hervorgeht, dass die Fusionsbemühungen unter Berücksichtigung der sich aus dem Zusammenschluss ergebenden Synergieeffekte und einer weiteren Verbesserung der Leistungsfähigkeit bei gleichzeitiger Beibehaltung der günstigen Umlagehöhen unterstützt werden.

Die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehren in Sachsen-Anhalt sind nicht mehr gewillt hinzunehmen, dass diese Entscheidung von der Landesregierung immer wieder vertagt wird. Deshalb wurde auf der Landesdelegiertenversammlung am 24. April 2004 eindeutig gefordert, dass diese Entscheidung noch vor den Kommunalwahlen zu erfolgen hat, um dieses Thema nicht zum Wahlkampfthema werden zu lassen. Es gibt auch nichts mehr zu bereden. Die Argumente sind ausgetauscht und es fehlt nur noch die Vorbereitung der Verordnung durch den Sozialminister und die Genehmigung durch die Ministerpräsidenten.

Werte Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, wenn Sie die Fusion der FUK Thüringen und Sachsen-Anhalt wirklich wollen und Ihr Antrag nicht nur Makulatur sein soll, dann stimmen Sie unserem Antrag mit der konkreten Fristsetzung zu. Eine allgemeine Willenserklärung wollen die Kameraden und Kameradinnen der freiwilligen Feuerwehren nicht mehr hören. - Danke.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Frau Tiedge, für die Einbringung. - Wir treten jetzt in eine verbundene Debatte zu den beiden Anträgen mit jeweils fünf Minuten Redezeit ein. Als erster Debattenredner wird der Innenminister Herr Jeziorsky für die Landesregierung das Wort nehmen. Er spricht in Vertretung des Sozialministers. Bitte sehr.

Herr Jeziorsky, Minister des Innern:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin hat schon darauf hingewiesen: Die gestrige Frage von Herrn Rothe an den Kollegen Kley zielt wohl auf diesen Tagesordnungspunkt. Ich darf Ihnen in Abstimmung mit Herrn Kollegen Kley die Stellungnahme der Landesregierung zu diesen Anträgen zu Gehör bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Hohe Haus hatte sich bereits in der Sitzung am 4. März dieses

Jahres und damals im Zusammenhang mit dem Brandunglück in Winterfeld mit dieser Versicherungsfrage auseinander gesetzt und schließlich mit der weiteren Behandlung den Ausschuss für Inneres beauftragt.

Die Idee der Länder übergreifenden Fusion ist vor dem Hintergrund anderer landesinterner - ich sage: schon immer vorhandener - Überlegungen entstanden. Ich habe bereits im Monat März darauf hingewiesen - das ist Konsens innerhalb der Landesregierung -, dass es darum gehen wird, die für die Versicherten bestmögliche Lösung zu wählen. „Bestmögliche Lösung“ heißt, den Feuerwehren durch ihre Versicherung den stabilen und qualitativ hochwertigen Schutz zu garantieren, der ihrem ehrenamtlichen Engagement angemessen ist.

Die Landesfeuerwehrverbände und die Feuerwehr-Unfallkassen Thüringen und Sachsen-Anhalt haben sich an die Ministerpräsidenten, an die Sozialminister und die Innenminister ihrer Länder gewandt und darum gebeten, die rechtlichen Voraussetzungen für die Fusion zu einer Feuerwehr-Unfallkasse Mitte zu schaffen. Die beiden Landesregierungen befinden sich wegen des Fusionswunsches der beiden Feuerwehr-Unfallkassen bereits im Gespräch.

Seitens des Thüringer Sozialministeriums wurde angelegt, Aufsichtsprüfungen der beiden Feuerwehr-Unfallkassen vorzunehmen und diese auszuwerten, um im Anschluss daran den Fusionswunsch der beiden Kassen auf der Grundlage verlässlicher Kenntnisse und erst dann möglicher Prognosen beraten zu können.

Die Fusionsbestrebungen der Feuerwehr-Unfallkassen sind vor dem Hintergrund der auch von der FUK für notwendig erachteten Erhöhung von Stabilität und Wirtschaftlichkeit der FUK Sachsen-Anhalt zu sehen. Im Interesse der ehrenamtlich tätigen Feuerwehrleute und auch der Kommunen ist es erforderlich, die Situation der Wunschkusionspartner zu kennen, bevor die Landesregierungen über die Fusionsoption entscheiden können. Da umgekehrt das gleiche Informationsbedürfnis aufseiten des Freistaates Thüringen besteht, ist mit dem Sozialministerium Thüringens vereinbart worden, die Prüfberichte zum Zweck der verlässlichen Beurteilung der Situation beider Träger auszutauschen.

Der Prüfbericht für die FUK Sachsen-Anhalt wird in den nächsten Wochen fertig gestellt sein. Nach Auskunft des Sozialministeriums Thüringens ist mit dem dortigen Bericht ebenfalls in Kürze zu rechnen.

Es ist aus meiner Sicht - ich denke, dass ich insoweit auch für die Thüringer Seite sprechen darf - nur allzuverständlich, vor einer etwaigen Hochzeit wissen zu wollen, wie hübsch bzw. wie zuverlässig Braut und Bräutigam nun wirklich sind. Wenn die Attraktivität der zukünftigen Eheleute feststeht, dann lässt sich auch über die Einzelheiten eines Ehevertrages reden.

Da für den einen Partner der Freistaat Thüringen zu entscheiden hat, sollte dem PDS-Antrag nicht entsprochen werden. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen aber sagen: Wenn uns aus dem Freistaat Thüringen offiziell mitgeteilt wird, dass eine Fusion der beiden Feuerwehr-Unfallkassen aus dortiger Sicht möglich ist, wird sich das Land Sachsen-Anhalt diesem Wunsch nicht verschließen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Minister. - Für die SPD-Fraktion wird der Abgeordnete Herr Rothe sprechen. Bitte.

Herr Rothe (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion wird dem Antrag der PDS-Fraktion zustimmen, weil die Angelegenheit, um die es heute geht, entscheidungsreif ist.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Der Landtag hat dieses Thema bereits in seiner 35. Sitzung am 4. März 2004 auf Antrag der SPD-Fraktion diskutiert. Wir halten die Fusion der Feuerwehr-Unfallkassen Sachsen-Anhalt und Thüringen für zweckmäßig, weil sie die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerledigung steigert, ohne die Besonderheiten der Feuerwehr zu vernachlässigen. Mit Herrn Kolze und Frau Tiedge bin ich mir so weit einig, dass angesichts der Bedeutung der Arbeit der Feuerwehrleute, speziell wenn sie im Ehrenamt ausgeübt wird, der Wunsch der Kameradinnen und Kameraden respektiert werden sollte, eine eigenständige Unfallversicherung zu haben.

Bei der Delegiertenversammlung des Landesfeuerwehrverbandes am 24. April 2004 in Heyrothsberge hat der Geschäftsführer der Feuerwehr-Unfallkasse den Sachstand aus der Sicht der Kasse dargestellt. Ich spare es mir, hier noch einmal die sehr unerfreulichen Einzelheiten der Verhandlungen mit Herrn Minister Kley zu referieren. Frau Tiedge hat darauf schon hingewiesen. Da ist ein Vertrauensschaden entstanden und diesen Vertrauensschaden hat auch der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes, Herr Sievers, zu Recht festgestellt und kritisiert.

Ein Antrag auf Genehmigung der Zusammenlegung der beiden Feuerwehr-Unfallkassen liegt der Landesregierung bereits seit dem vergangenen Oktober vor, und wie uns Herr Gebhardt als Geschäftsführer der Feuerwehr-Unfallkasse Sachsen-Anhalt mitteilte, gibt es ein Schreiben der Erfurter Landesregierung, die auf eine positive Entscheidung in Magdeburg wartet. Auch Sie, Herr Minister Jeziorsky, haben nicht deutlich ausräumen können, dass der Ball jetzt bei Ihnen liegt.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen erweckt den irreführenden Eindruck, als sei erst jetzt die Grundlage für Verhandlungen zwischen den Landesregierungen von Sachsen-Anhalt und Thüringen gegeben. Es heißt in Ihrem Antrag, meine Damen und Herren:

„Die Landesregierung wird gebeten, diesbezüglich Verhandlungen mit der Landesregierung des Freistaates Thüringen aufzunehmen.“

Ich verweise wiederum auf die Darstellung der Entwicklung durch Frau Tiedge und ich erlaube mir, einen Pressebericht vom 21. Oktober 2003 zu zitieren. Da hat der anerkannt gute Pressegesprecher des Innenministeriums, Herr Dr. Schuppe, sich dahin gehend geäußert, dass, wenn eine Konzentration aus wirtschaftlichen Gründen angestrebt werde, dann die Feuerwehr-Unfallkassen Länder übergreifend zusammengelegt werden sollten. Dann wird Herr Schuppe wörtlich zitiert:

„Die Gespräche dazu mit Thüringen und Brandenburg sind schon sehr weit.“

Ja, wozu bedarf es dann heute noch des Antrags, dass man Verhandlungen aufnehmen möge, meine Damen und Herren? Das soll doch nur kaschieren, was an Unerfreulichem passiert ist.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Da bin ich - ich freue mich, dass auch der Chef der Staatskanzlei da ist - bei den Abläufen innerhalb der Landesregierung und bei der Frage der Repräsentanz des federführenden Ministeriums. Beim Landesfeuerwehrverbandstag am 24. April war der Herr Sozialminister nicht da. Offenbar fürchtete er den „Löschangriff nass“ nach all dem, was vorangegangen war. Herr Staatssekretär Pleye - die Hausspitze des MI ist Gott sei Dank heute hier vertreten -, weniger furchtsam veranlagt, hat sich beim Landesfeuerwehrverbandstag geäußert, aber ich frage mich natürlich, mit welcher Autorität im Hintergrund.

Das federführende Ministerium hat sich immer gedrückt. Herr Pleye hat gesagt, dass offensichtlich in der Thüringer Landesregierung die Akzeptanz für eine gemeinsame Feuerwehr-Unfallkasse vorhanden sei. Er bezog sich auf ein Gespräch, das er mit dem Thüringer Innenminister Trautvetter in der Vorwoche geführt hatte.

(Staatsminister Herr Robra: Auch in Thüringen ist der Sozialminister federführend!)

- Herr Minister Robra, unsere Landesregierung redet sich bei der Initiative Mitteldeutschland gern auf die angeblich fehlende Bereitschaft der Thüringer Seite heraus. In diesem konkreten Fall jedenfalls verhält es sich völlig anders.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Die Fusion der beiden Feuerwehr-Unfallkassen wird nicht von der Thüringer Landesregierung behindert. Vielmehr bedarf es in Magdeburg einer wiederholten Beschlussfassung des Landtags, damit die Landesregierung im Sinne der Feuerwehrleute tätig wird.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS - Herr Gürth, CDU: Quatsch!)

Das wird letztlich auch an dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP deutlich; denn Sie sagen selbst: Sie müssen die Landesregierung erst noch bitten, damit sie tätig wird und Verhandlungen aufnimmt.

Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion wird dem weitergehenden und weitaus besseren Antrag der PDS-Fraktion zustimmen. Wenn dieser keine Mehrheit findet, dann wollen wir Ihrer edlen Absicht nicht im Wege stehen, die Landesregierung zum Jagen zu tragen.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Für die FDP-Fraktion wird der Abgeordnete Herr Kosmehl sprechen. Bitte sehr.

(Ah! und Unruhe bei der SPD)

Herr Kosmehl (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rothe, ein so emotionales Thema, wie es die Feuerwehr-Unfallkasse nun einmal ist, bedarf, denke ich, auch einer emotionalen Rede. Gleichwohl - lassen

Sie mich das vorwegnehmen -: Mehr als Populismus habe ich heute von Ihnen nicht gehört.

(Lebhafter Beifall bei der FDP - Oh! bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es lässt sich trefflich darüber streiten, ob Herr Minister Kley zur Landesdelegiertenkonferenz kommen muss oder ob er andere Termine, die er hatte, auch nicht wahrnehmen

(Heiterkeit bei der SPD)

oder auch wahrnehmen musste.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war keine Veranstaltung der Feuerwehr-Unfallkasse, sondern des Landesfeuerwehrverbandes. Insofern fällt vielleicht die Abwägung etwas leichter. Ich kann Ihnen aber eines versichern - das hätten Sie auch erkennen müssen; denn Sie wohnen gar nicht so weit entfernt -: Herr Minister Kley hat zum Beispiel im Landkreis Schönebeck im letzten Jahr eine Veranstaltung durchgeführt, während der er sich der Diskussion gestellt hat. Sie suggerieren, dass er sich dieser Diskussion nicht stellen würde. Das macht er sehr wohl.

Meine Damen und Herren! Das, was Herr Kollege Kolze ausgeführt hat, will ich gar nicht im Einzelnen noch einmal wiederholen. Ich denke, wir alle sind uns dahin gehend einig, dass eine Unfallversicherung für Feuerwehrkameradinnen und -kameraden unverzichtbar ist. Der Dienst, den die zumeist ehrenamtlichen Helfer für unsere Gesellschaft leisten, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt und gar nicht oft genug gewürdigt werden. Deshalb denke ich, dass ich im Namen aller auch heute noch einmal allen Feuerwehrangehörigen Dank sagen kann, verbunden natürlich mit den Wünschen, allzeit gesund aus Einsätzen zurückzukehren.

Leider, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind Unfälle nicht auszuschließen. Wenn diese geschehen sind, muss eben eine Unfallkasse einspringen und Verletzten, Betroffenen oder Hinterbliebenen Hilfe leisten. Eine solche Unfallkasse ist mit der Gründung der Feuerwehr-Unfallkasse Sachsen-Anhalt geschaffen worden. Anders als in anderen Bundesländern hat sich der Gesetzgeber in Sachsen-Anhalt für eine Spezialkasse entschieden, die neben der allgemeinen Unfallkasse auftritt und speziell auf die Bedürfnisse der Feuerwehrangehörigen und auf eine Schätzung des Ehrenamtes ausgerichtet ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Zeitpunkt der Verantwortungsübernahme der CDU-FDP-geführten Landesregierung im Jahr 2002 war die Feuerwehr-Unfallkasse Sachsen-Anhalt in folgende Situation geraten: Aufgrund eines tragischen Unfalls waren die Rücklagen der FUK nahezu aufgebraucht. Die Rücklagen betrugen Ende 2002 noch 100 000 € und konnten mit einer von der FUK selbst initiierten Beitragserhöhung bis Ende 2003 auf ca. 300 000 € erhöht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Rücklagen reichen nicht aus, um von einer leistungsfähigen Unfallkasse für die Feuerwehrkameradinnen und -kameraden zu sprechen. Deshalb war es wichtig, nach sachgerechten Lösungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Unfallkasse für die Feuerwehrkameradinnen und -kameraden zu suchen. Insofern ist der Prüfauftrag, auf dessen Grundlage bei der Landesregierung mit der Prüfung begonnen worden ist, richtig gewesen.

Einen Aspekt, Herr Rothe, möchte ich an dieser Stelle aber auch einmal einführen. Es geht nämlich um die Frage, warum eigentlich - unbeschadet des tragischen Unfalls - die Rücklagen so gering waren. Es lässt sich Erstaunliches feststellen: Es gibt ein Schreiben des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Sachsen-Anhalt vom Juni 1996, dem zu entnehmen ist, dass die angesparten Rücklagen in einer Größenordnung von insgesamt 950 000 DM als zu hoch angesehen worden sind. Es wurde deshalb angeregt, diese Rücklagen abzuschmelzen. Sie haben quasi die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Feuerwehr-Unfallkasse bereits aufs Spiel gesetzt. Das sollten Sie, denke ich, bei Ihren Ausführungen immer im Hinterkopf haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Wie dem auch sei. - Jetzt müssen wir für unsere Feuerwehrkameradinnen und -kameraden eine leistungsfähige Kasse finden.

Meine Damen und Herren! Die Feuerwehr-Unfallkasse Thüringen ist ein möglicher Partner. Nachdem sich die dafür zuständigen Feuerwehr-Unfallkassen und die diese Problematik begleitenden Landesfeuerwehrverbände dafür entschieden haben, hoffe ich, dass nach dem Vorliegen positiver Prüfungsergebnisse die Landesregierung zur Tat schreiten kann und wir die Feuerwehr-Unfallkasse Mitte bilden können. Diese ist dann leistungsfähiger als die Feuerwehr-Unfallkasse Sachsen-Anhalt.

Ob es das endgültige und das bestmögliche Ergebnis ist, lasse ich an dieser Stelle offen. Es wird zumindest den Interessen und den Belangen der Feuerwehrkameradinnen und -kameraden gerecht. Ich hoffe, dass die gemeinsame Feuerwehr-Unfallkasse Mitte die Leistungsfähigkeit behält, damit diese für die Kameraden da sein kann, wenn Unfälle geschehen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Abgeordneter Kosmehl. - Für die PDS-Fraktion wird Frau Tiedge nicht mehr sprechen. Herr Kolze von der CDU-Fraktion verzichtet ebenfalls auf einen Redebetrag.

Dann treten wir in das Abstimmungsverfahren ein. Eine Überweisung ist nicht beantragt worden. Deshalb stimmen wir jetzt über den Antrag in der Drs. 4/1560 ab. Das ist der Antrag der Koalitionsfraktionen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltungen der Oppositionsfraktionen ist dieser Antrag angenommen worden.

Wir stimmen jetzt über den Antrag der Fraktion der PDS in der Drs. 4/1565 ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Oppositionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt worden. Wir beenden damit die Behandlung von Tagesordnungspunkt 16.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Beratung

Gründungsgeschehen in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 4/1562**

Der Einbringer ist der Abgeordnete Herr Dr. Thiel. - Bitte sehr.

Herr Dr. Thiel (PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute früh hat Professor Böhmer während der Haushaltsdebatte einen wichtigen Satz gesagt. Er meinte: Wir müssen die Wirtschaftskraft stärken, um das Bruttoinlandsprodukt zu erhöhen und damit höhere Einnahmen zu erzielen. Wenn wir das nicht schaffen, dann werden unsere Konzepte gescheitert sein.

Es gibt wohl keinen Zweifel daran, dass die Gründung von neuen Unternehmen von entscheidender Bedeutung für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen-Anhalt ist. Mit der augenblicklichen Situation im Land wird das trotz einiger weniger Lichtblicke unterstrichen. Die Wirtschaftskraft des Landes reicht gegenwärtig lediglich für die Erwirtschaftung von etwa 60 % dessen aus, was im Land für den Konsum, die Investitionen und die öffentlichen Leistungen ausgegeben wird. Die Lücke zwischen den Ausgaben und dem Bruttoinlandsprodukt wird durch Kapitalimporte und Transferleistungen aus den alten Bundesländern gedeckt. Diese Kluft hat die Entwicklung des Landes im letzten Jahrzehnt bestimmt und wird auch künftig noch für längere Zeit für Sachsen-Anhalt bestimmt sein.

Ursächlich für die zu geringe Wirtschaftskraft ist die Tatsache, dass unser Land über eine zu geringe Unternehmensdichte und über keine gewachsene Unternehmensstruktur verfügt. Es gibt erstens zu wenige Unternehmen im Land. Zweitens sind viele Unternehmen zu klein. Drittens sind viele Unternehmen zu innovations- und zu finanzschwach, um die Wachstumsdynamik entfalten zu können, die notwendig wäre, um die Produktionslücke in einem überschaubaren Zeitraum zu schließen.

Besonders eklatant ist die geringe Zahl von Unternehmen, die handelbare Güter herstellen. Der lokale Sektor der Wirtschaft im Lande ist in wichtigen Branchen vergleichsweise gut entwickelt. Er hängt aber in extremer Weise von den Transferleistungen ab, da diese einen beträchtlichen Teil des Konsums lokaler Güter finanzieren.

Die konjunkturellen Aussichten für das Jahr 2004 sind immer noch unsicher. Ein deutlicher Wirtschaftsaufschwung ist noch nicht in Sicht. Die Zahl der Insolvenzen in Sachsen-Anhalt beispielsweise ist in den ersten Monaten dieses Jahres etwa auf dem Niveau der Vorjahre geblieben, wobei bedenklich ist, dass über die Hälfte davon Unternehmen und selbständig Tätige sind. Experten rechnen für dieses Jahr mit einem Anstieg auf etwa 2 000 Insolvenzen. Da ist durchaus die spannende Frage erlaubt, welche Konzepte zur Verbesserung der Situation die Regierung eigentlich hat.

Hinsichtlich der Gewerbeanzeigen sprach der Wirtschaftsminister im vergangenen Jahr von einer Trendwende, die dank besserer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, initiiert durch die Landesregierung, eingeleitet wurde. Dabei wird immer wieder auf die so genannten Investitionserleichterungen und die Investitionsoffensive abgehoben.

Aber wir sollten uns den Blick nicht verkleistern. Natürlich ist es erfreulich, wenn der Trend, dass im Lande mehr Gewerbe angemeldet wird, als verschwindet, sich

festigt. Das belegen zumindest auch die Zahlen vom Januar dieses Jahres. Nicht aus dem Blick verloren werden darf, dass dieses Verhältnis vor allem im Bereich der Dienstleistungen und im Gastgewerbe besteht. Im verarbeitenden Gewerbe, im Bausektor und in der Landwirtschaft melden sich im Durchschnitt genauso viele Firmen ab, wie neue entstehen. Das ist nach wie vor kritisch zu sehen; denn hierbei handelt es sich insbesondere um wertschöpfende Bereiche.

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr die Existenzgründeroffensive Ego ins Leben gerufen. Den Schritt, durch ein Netzwerk von Partnern noch näher an die Existenzgründer heranzukommen und von einer reinen Marketingstrategie wegzukommen, haben wir begrüßt und vor Ort unterstützt. Ziel war und ist es, die Selbständigenquote in Sachsen-Anhalt an den Bundesdurchschnitt heranzuführen.

Die ersten positiven Ergebnisse, vor allem im Süden Sachsen-Anhalts, sollten für alle ermutigend sein; denn nach wie vor liegt die Selbständigenquote im Land mit 8,8 % unter dem Bundesdurchschnitt von 10,8 %. Sachsen-Anhalt liegt mit Mecklenburg-Vorpommern weiterhin am Tabellenende der Bundesrepublik. Ähnlich stellt es sich für die anderen ostdeutschen Länder dar.

Diese Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland drohen aus gegenwärtiger Sicht eher größer zu werden. Eine Trendwende zeichnet sich nicht ab. Im Vergleich zum Westen ist die Unternehmensdichte einfach viel zu gering. Wirtschaftswissenschaftliche Institute schätzen, dass zwischen Ostsee und Erzgebirge etwa 100 000 Unternehmen fehlen, um diese Lücke zu schließen.

Legt man die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen je 10 000 Einwohner zugrunde, so gibt es im Westen rund 470 Unternehmen und Selbständige; im Osten liegt die Zahl zwischen 310 in Sachsen-Anhalt und 390 in Thüringen. Es gibt zwar im Osten - auch in Sachsen-Anhalt - mehr Aktivitäten bei Firmengründungen. Aber in der Liste der 100 größten deutschen Industrieunternehmen befindet sich kaum eine Firma aus dem Osten.

Meine Damen und Herren! Der Drang in die berufliche Selbständigkeit ist in der Bundesrepublik Deutschland stärker vorhanden, als bisher vielleicht angenommen worden ist. Im vergangenen Jahr haben 1,6 Millionen Menschen den Schritt in die Selbständigkeit gewagt, mehr als die Hälfte davon im Nebenerwerb. Im Jahr 2003 waren in Sachsen-Anhalt 88 400 Personen selbständig tätig. Das waren aber nur 1,9 % mehr als im Jahr zuvor.

Im Bezug auf die vergangenen Jahre lässt sich auch ein struktureller Wandel im Gründungsgeschehen feststellen. Ein zunehmender Teil der Menschen nimmt die Selbständigkeit als mögliche berufliche Option wahr. Hierbei handelt es sich vorwiegend um kleine und Kleinstgründungen. Mittlerweile sind rund 50 % der Selbständigen ohne Mitarbeiter tätig. Laut Aussagen der KfW werden bis zu 60 % der Gründungen von Personen getätig, die gleichzeitig Arbeitnehmer sind oder studieren. Das heißt, die Grenze zwischen selbständiger und abhängiger Tätigkeit wird immer fließender. Das ist nach unserer Auffassung der Beginn eines Trends in der Entwicklung moderner Unternehmensstrukturen, den wir einfach sehen und aktiv politisch begleiten müssen.

Vor allem aber wird der Weg in die Selbständigkeit immer häufiger aus der Arbeitslosigkeit eingeschlagen. Auf

nahezu die Hälfte aller Gründer trifft das zu. Das ist angesichts der hohen Zahl der Erwerbslosen nur zu verständlich.

Von April bis Ende des Jahres 2003 gründeten 3 464 Frauen und Männer in Sachsen-Anhalt eine Ich-AG. Das waren fast 18 % der Selbständigen. Im Rahmen weiterer von Agenturen für Arbeit mit Überbrückungsgeld geförderter Existenzgründungen wagten insgesamt 9 000 Erwerbslose den Schritt in die Selbständigkeit.

Das alles sind Leistungen und Mittel der Arbeitsagenturen. Dessen sollte sich auch der Wirtschaftsminister bewusst werden, wenn über das Gründungsgeschehen in Sachsen-Anhalt Erklärungen abgegeben werden. Man sollte also die erreichten Ergebnisse als das bewerten, was sie sind: positive Tendenzen. Von einer Wende kann aus meiner Sicht bis jetzt noch keine Rede sein.

Man kann jedem, der den Schritt in die Selbständigkeit wagt, eigentlich nur seine Anerkennung aussprechen, weil angesichts der Binnenkonjunktur der Mut und die Anstrengungen, die dafür erforderlich sind, nicht immer belohnt werden.

Was unser Land außerdem braucht, sind strukturfördernde und innovative Existenzgründungen. Von großer Bedeutung sind deshalb auch die Gründungen aus Universitäten und Hochschulen heraus. Positiv ist zu vermerken, dass diese wissenschaftlichen Einrichtungen in die Existenzgründungsoffensive des Landes integriert sind und dass es einen eigenen Wettbewerb für Start-ups gibt. Probleme gibt es vor allem bei Existenzgründungen aus oder unmittelbar nach dem Studium. Hierbei mangelt es oftmals an Kenntnis und Erfahrung bei den Betroffenen. Auf der anderen Seite gibt es zu wenig Unterstützung und Hilfe durch die potenziellen Partner in der Region.

Häufig wird auch kritisiert, dass gerade kleine und mittelständische Unternehmen nur schwer oder gar keinen Zugang zum Wissen von Universitäten und öffentlichen Forschungseinrichtungen haben. Es zeigt sich jedoch, dass in Hochschulen und Forschungseinrichtungen eine große Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Mittelstand anzutreffen ist. Im Technologie- und Wissenstransfer ist der Mittelstand durchaus präsent.

Unterschiede bestehen in der Motivation von Hochschulen und Instituten für diese Kooperation. Von der Zusammenarbeit mit den Unternehmen versprechen sie sich eine Steigerung der Reputation und eine Verbesserung der finanziellen Situation. Die Kooperation mit dem Mittelstand ist deshalb attraktiv, weil mit diesem Partner interessante Forschungsvorhaben in vergleichsweise kurzer Zeit durchgeführt werden können.

Obwohl die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und der mittelständischen Industrie von kooperationserfahrenen Wissenschaftlern und Unternehmern als relativ reibungslos und erfolgreich beurteilt wird, partizipieren bislang nur wenige kleine und mittlere Unternehmen am Wissenstransfer. Es kommt deshalb in noch zu geringem Maße zu neuen Geschäfts-ideen und Neugründungen.

Erforderlich ist nach unserer Auffassung eine noch engere Zusammenarbeit beim Gründungsgeschehen selbst. Es fehlen auch Förderprogramme, die gerade an dieser Stelle anknüpfen und Wirtschaft und Wissenschaft sowohl inhaltlich als auch organisatorisch enger miteinander verbinden.

Sowohl Wirtschafts- als auch Kultusministerium haben oftmals noch ihre eigenen Spielregeln und Schwerpunkte. Das geht da und das geht dort nicht oder umgekehrt. Unserer Auffassung nach muss ein einheitliches Bekenntnis zu sich verbindenden Clustern abgegeben werden. Auch die Fördermodalitäten müssen über ein gegenseitiges Engagement auf eine engere Zusammenarbeit mit dem Ziel der Neugründung ausgerichtet werden.

Eine große Hürde stellt für die Existenzgründer der Finanzierungsbedarf dar. Dabei ist in der Praxis von Folgendem auszugehen: Etwa 40 % der Gründer im Voll- und Nebenerwerb benötigen finanzielle Mittel von maximal 1 000 €. Drei Viertel der neuen Selbständigen mit einem Finanzierungsbedarf ab 1 000 € benötigt Mittel in Höhe von maximal 25 000 €. Nur 12 % benötigen Mittel in Höhe von mehr als 50 000 €. So sagt es zumindest eine Studie der KfW.

Die geringe Eigenkapitaldecke und die restriktive Kreditvergabe durch die Banken wird zum wachsenden Problem nicht nur bei bestehenden KMU, sondern auch für die, die neu gründen wollen.

Auf diese Erfordernisse, denke ich, muss sich auch Sachsen-Anhalt noch gezielter einstellen. Es klafft hier noch eine zu große Lücke im Bereich von 5 000 € bis 25 000 €. Ob das neue Förderprogramm für jugendliche Unternehmensgründer Enterprise die Lücke schließt, bedarf einer näheren Diskussion. Auf jeden Fall müssen die Wege zur Verbesserung der Eigenkapitalquote von in Gründung befindlichen und neu gegründeten Unternehmen im Land noch besser geebnet werden; sonst droht vielen Unternehmen ein vorzeitiges Ende. Ich denke auch, dass die von uns neu gegründete Investitionsbank hier ein breites Betätigungsfeld haben wird.

Wir betrachten also die erreichte Stufe der Existenzgründeroffensive als einen ersten Schritt. Angesichts der Situation zählen vor allem Ergebnisse mit großen Effekten und einer breiten regionalen Ausstrahlung. Deshalb sollte man auch von der rein quantitativen Erfassung und Bewertung der Ergebnisse in den Landkreisen dazu übergehen, die Gründungen auch in ihrer Wirksamkeit, das heißt vor allem auch qualitativ, zu erfassen und zu bewerten.

All das, was ich bisher gesagt habe, sollte Anlass zur Information des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit sowie des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft durch das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit sein. Deshalb bitte ich um die Zustimmung des Hohen Hauses zur Überweisung unseres Antrages. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Dr. Thiel. - Wir treten in die Debatte ein. Als erster Debattenredner hat der Minister für Wirtschaft und Arbeit Herr Dr. Rehberger um das Wort gebeten. Bitte sehr.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Thiel, ich möchte mich für diesen Antrag und auch für die Begründung ausdrücklich bedanken. Es ist ein spannendes Thema, eine riesige Aufgabe. Wir brauchen, wenn wir die ökonomischen Verhältnisse im Land in Ordnung bringen wollen, rund 25 000 bis 30 000

zusätzliche selbständige Existenzen. Es muss also eine wirklich große Aufgabe bewältigt werden.

Darüber hinaus - das hat mich besonders gefreut - ist sowohl in Ihrem mündlichen Vortrag als auch in der schriftlichen Begründung ein Hauch von Anerkennung erkennbar. Ich finde es natürlich sehr schön, wenn die Opposition einmal ein bisschen lobt, im Rahmen dessen, was man als Opposition vertreten kann. Das tut einer Regierung oder einem Minister auch einmal gut. In der Begründung heißt es:

„Die Existenzgründungsoffensive des Landes hat Impulse für neue Gründungsaktivitäten im Land ausgelöst.“

Sie haben das eben noch einmal im Einzelnen dargestellt. Herzlichen Dank dafür.

Meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, ich hoffe nicht, dass Herr Thiel anschließend Klassendresche bekommt, weil ich ihn gelobt habe.

(Heiterkeit bei der PDS - Herr Gallert, PDS: Zu spät!)

Nachdem er mich gelobt hat, darf ich mich vielleicht auch ein bisschen revanchieren.

Also kurz und gut. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sage, es ist ein ganz wesentliches Thema. Wir müssen wirklich alle Möglichkeiten nutzen, um auf diesem Sektor voranzukommen.

Im Grunde genommen hat die Wirtschaftspolitik auf Landesebene zwei große Betätigungsfelder: zum einen die Verbreiterung der industriellen Basis, was in hohem Maße durch die Akquisition neuer Unternehmer oder auch durch die Förderung von Investitionen geschieht, und zum anderen das Voranbringen des Gründungsgeschehens, insbesondere in einem Land, in dem es noch viel zu wenige selbständige Existenzen gibt.

Die Existenzgründeroffensive hat zweifellos erste wesentliche Impulse gebracht, wobei ich Ihrer Meinung bin, Herr Dr. Thiel, meine Damen und Herren: Für die Hochschulen ergibt sich bei diesem Gründungsgeschehen eine Schlüsselrolle; denn wir haben in der Tat - das ist auch in Ordnung so - sehr viele Gründungen im Bereich der Dienstleistungen. Sie sind notwendig und sinnvoll. Nicht jeder hat ein Hochschulstudium, das er in eine Gründung einbringen kann. Es muss für viele Dienstleistungen eine Option im Bereich der Gründung von selbständigen Existenzen gegeben sein.

Für die volkswirtschaftliche Entwicklung spielen aber natürlich Betriebe mit interessanten neuen Produkten und Verfahren, die aus den Hochschulen heraus entstehen, eine ganz besondere Rolle. Wenn ich sehe, dass in Nordrhein-Westfalen rund ein Drittel aller Existenzgründer aus dem Hochschulbereich kommt, dann kann ich nur feststellen, dass wir einen besonderen Nachholbedarf haben. Ich bin sehr dankbar dafür, dass sich insbesondere die zwei Universitäten und die fünf Fachhochschulen sehr nachhaltig in das Gründungsgeschehen eingebracht haben oder einbringen wollen.

Wir werden in Kürze die besten Konzepte hoffentlich öffentlich würdigen können. Aber die besten Konzepte sind am Schluss nur so gut, wie sie tatsächlich das Gründungsgeschehen aus den Hochschulen heraus beflügeln. Ich bin sehr gespannt und hoffe, dass das in den nächsten Jahren nachvollziehbar und wahrnehmbar sein wird.

Dass es auch rein statistisch gesehen erste Erfolge gibt, darf man ruhig erwähnen: Die Selbständigenquote in Sachsen-Anhalt ist nach den Zahlen, die kürzlich vorgelegt worden sind, auf 8,8 % gestiegen. Damit liegen wir nicht mehr an der letzten Stelle, was leider viele Jahre lang der Fall war.

Wir haben sogar ein westliches Bundesland überrundet. Zu meiner Überraschung hat Bremen weniger Selbständige. Das mag damit zusammenhängen, dass in dieser Hansestadt in hohem Maße sehr große Betriebe zu Hause sind. Aber das zeigt immerhin, dass die Entwicklung bei uns in die richtige Richtung geht, ohne dass wir sagen könnten, wir hätten schon einen großen Teil des Problems gelöst. Davon kann nun wirklich nicht die Rede sein.

Zwei Dinge sind unheimlich wichtig, wenn wir Gründungen wirkungsvoll begleiten wollen. Das ist erstens die gute Beratung. Das gilt insbesondere auch für die Ich-AGs, die bei dem Gründungsgeschehen eine beachtliche Rolle spielen, wobei man deutlich unterscheiden kann zwischen den Ich-AGs, bei denen die Möglichkeit der Ich-AG der eigentliche Impuls dafür ist, dass überhaupt eine Gründung erfolgt, und den Ich-AGs, deren Gründer - das ist eine beachtliche Zahl - die Möglichkeiten, die sich aus der Ich-AG ergeben, in eine Unternehmensgründung mitnehmen.

Das ist auch legitim. Es ist absolut in Ordnung, dass jemand, der ohnehin ein Unternehmen gründen würde, egal ob es die Ich-AG-Möglichkeit gibt oder nicht, diesen Weg nutzt und sich dadurch finanziell ein bisschen besser positioniert, dass er auch die Möglichkeiten, die ihm die Ich-AG bietet, in Anspruch nimmt.

Das Erste ist also eine gute Beratung. Das gilt für alle, die eine Existenzgründung vornehmen.

Sie wissen, in der Investitionsbank haben wir ein zentrales zusätzliches Beratungsinstrument geschaffen. Aber es ist mir ganz wichtig, dass wir auch die vielen Angebote, die bei Kammern und Verbänden oder auch bei kommunalen Gebietskörperschaften und Banken bestehen, noch stärker koordinieren, damit ein Existenzgründer nicht von Pontius zu Pilatus geschickt wird, wenn er sich über die verschiedenen Aspekte beraten lassen möchte.

Das Zweite ist in der Tat eine ausreichende Finanzausstattung. Ohne Geld kann ein Existenzgründer nicht vernünftig arbeiten. Es gibt eine ganze Reihe von Programmen. Sie kennen sie alle. Die KfW hat durchaus interessante Angebote. Es gibt das Landesdarlehensprogramm.

Wir haben insbesondere mit der Investitionsbank jetzt zusätzliche Angebote geschaffen in genau dem Segment, das Herr Dr. Thiel angesprochen hat, nämlich im Segment zwischen 5 000 € und 25 000 €. Das sind eigentlich relativ bescheidene Beträge, aber für Existenzgründer in vielen Fällen schwer erreichbar. Deswegen war es sinnvoll, zusätzliche Angebote in der Investitionsbank zu schaffen.

Für bestimmte Unternehmen haben wir die Innovationsbeteiligungsgesellschaft oder die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft. Beim verarbeitenden Gewerbe - das ist zweifellos ganz wichtig - gibt es darüber hinaus die GA-Mittel und die EFRE-Mittel. Wir haben auch das Bürgschaftsinstrument.

Insgesamt gibt es, meine ich, eine beachtliche Breite von Möglichkeiten, um die Finanzausstattung von Exis-

tenzgründern einigermaßen vernünftig zu gestalten. Das bedeutet aber nicht, dass wir sagen können, alles und jedes sei bereits optimal geregelt. Insofern ist es eine gemeinsame Aufgabe, das Thema auch in der Diskussion im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit weiter zu vertiefen.

Ich freue mich auf diese Diskussion und hoffe insbesondere, dass unsere gemeinsamen Bemühungen, mehr selbständige Existenzgründer, die auch Bestand haben, im Land auf den Weg zu bringen, Erfolg haben werden.

Die Anzahl der Arbeitsplätze, die durch die kleinen Betriebe entstehen, die als Existenzgründungen im Raum stehen, ist enorm. Bei allen Erfolgen, die wir im verarbeitenden Gewerbe - wenn Sie so wollen, vor allem in der Industrie, in den größeren Betrieben - beim Aufwuchs der Arbeitsplätze haben - der größere Beitrag zu mehr Arbeitsplätzen im Land wird aus den kleinen Betrieben kommen. Insofern ist das wirklich eine Schlüsselaufgabe unserer Wirtschaftspolitik. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Gestatten Sie eine Nachfrage der Abgeordneten Frau Budde?

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Aber klar.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Bitte sehr.

Frau Budde (SPD):

Da ich mir nicht sicher sein kann, dass Sie nachher noch einmal das Wort ergreifen, um dann auf meinen Redbeitrag zu reagieren, möchte ich Sie schon jetzt etwas fragen.

Sie haben eben noch einmal auf die Bedeutung der Existenzgründungen und der kleinen Betriebe hingewiesen. Nun hat Herr Ministerpräsident Böhmer neue Richtlinien für Sachsen-Anhalts Wirtschaftsförderung angekündigt und hat gesagt:

„Wir werden nicht mehr Konzepte fördern, sondern Arbeitsplätze. Ansiedlungen, die weniger als 15 neue Arbeitsplätze bringen, müssen weitestgehend auf finanzielle Unterstützung des Landes verzichten. Gefördert werden dagegen größere Firmen, die durch die Aufträge auch Arbeitsplätze außerhalb des Unternehmens sichern, zum Beispiel bei Zulieferern.“

Das, was Sie sagten, würde überhaupt nicht in diese Strategie passen. Ich hätte gern eine Erklärung dafür, weil ich davon ausgehe, dass die Strategie mit dem Wirtschaftsministerium abgestimmt ist.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Frau Kollegin Budde, das eine ist die Frage, inwieweit wir - darüber hat der Ministerpräsident gesprochen - im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe, im Rahmen der EFRE-Mittel in der Lage sind, alle Wünsche zu befriedigen. Der Ministerpräsident hat zu Recht und in völliger

Übereinstimmung mit dem Wirtschaftsministerium darauf aufmerksam gemacht, dass wir entgegen der Situation, die wir bis zum Jahr 2001 hatten, inzwischen eine Situation haben, die in gewisser Weise sehr erfreulich ist.

Wir haben deutlich mehr Anträge auf Gewährung von Fördermitteln von Betrieben des verarbeitenden Gewerbes. Sie wissen, dass wir in den letzten beiden Jahren mit Fördermitteln Projekte mit einem Volumen von mehr als 6 Milliarden € auf den Weg gebracht haben. Inzwischen liegen beim Landesförderinstitut bzw. bei der Investitionsbank wieder Anträge auf Gewährung von Fördermitteln im Umfang von insgesamt mehr als 4 Milliarden € vor.

Wir werden aus diesem großen Kreis von Anträgen nicht mehr jedem entsprechen können, weil die Mittel begrenzt sind. Deswegen achten wir eben sehr darauf, dass vor allem dann eine Förderung erfolgt, wenn es um Neuansiedlungen geht, insbesondere um solche, die viele Arbeitsplätze schaffen. Das ist das, was der Ministerpräsident zu Recht gesagt hat.

Dass wir im Bereich der Existenzgründungen außerhalb des verarbeitenden Gewerbes einen großen Handlungsbedarf haben, der nicht mit gezielten Zuschüssen, sondern durch günstige Kredite gefördert werden kann, ist klar. Daher ist das auch kein Widerspruch zu dem, was ich eben vorgetragen habe.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr. - Für die CDU-Fraktion wird der Abgeordnete Herr Laaß sprechen. Bitte.

Herr Laaß (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der PDS-Fraktion in der Drs. 4/1562 beschäftigt sich mit dem Gründungsgeschehen in Sachsen-Anhalt. Wie der Begründung des Antrages zu entnehmen ist, stellt die PDS fest, dass die Existenzgründungs offensive des Landes Impulse für neue Gründungsaktivitäten in unserem Land ausgelöst hat.

Dies belegen auch eindrucksvoll die Zahlen des Statistischen Landesamtes. Danach sind im Jahr 2003 bei den Gewerbeämtern in Sachsen-Anhalt 19 645 Gewerbebetriebe angemeldet worden. Das waren ca. 13,8 % mehr als im Jahr 2002. Dagegen verminderten sich die Gewerbeabmeldungen für den gleichen Zeitraum um 9,1 % auf 16 499.

Aus diesen Zahlen ist erkennbar, dass erstmals seit einigen Jahren die Zahl der Gewerbeanmeldungen größer ist als die Zahl der Gewerbeabmeldungen. In den Jahren 1999 bis 2002 wurden dagegen mehr Gewerbe abgemeldet als angemeldet. Die Selbständigenquote stieg - das wurde bereits gesagt - von 6,6 % im Jahr 2002 auf 8,8 %. Ziel ist es, den bundesdeutschen Durchschnitt von 10,8 % zu erreichen.

Ich habe vorhin einmal durchgeschaut, wie viele Parlamentarier neben ihrer Abgeordnetätigkeit auch selbstständig als Unternehmer oder Freiberufler tätig sind. Der Landtag hat das Ziel schon erreicht: 16 von 115 Abgeordneten sind selbstständig und freiberuflich tätig. Das ist,

denke ich, ein gutes Beispiel für unser Land. Wir gehen also mit gutem Beispiel voran.

Geht man in die Details der Gewerbean- und -abmeldungen, so lässt sich erkennen, dass insbesondere in den Bereichen Handel, Dienstleistungen, Gastgewerbe sowie im Bereich des Grundstücks- und Wohnungswesens, der Vermietung von beweglichen Sachen usw. und im Baugewerbe dieser Trend bestätigt wird.

Leider ist dieser Trend beim verarbeitenden Gewerbe nicht zu verzeichnen. Die Hintergründe dafür müssen wir im Ausschuss näher besprechen und schauen, wie man dort gegensteuern kann. Im Bereich des verarbeitenden Gewerbes wurden im Jahr 2003 676 Gewerbebetriebe angemeldet. Dem stehen leider 740 abgemeldete Betriebe gegenüber.

Leider gehen aus den statistischen Zahlen nicht die Gründe hervor, die zu dieser Entwicklung führen. Bei näherem Hinsehen kann man aber die Gründe für diese Entwicklung erkennen. Beispielhaft wurden von meinen Vorrednern die Ich-AGs sowie die Existenzgründungs offensive der Landesregierung genannt.

Unter den Punkten 1 bis 6 des Antrages der PDS-Fraktion wird genau auf die Felder hingewiesen, die zur Beurteilung der Nachhaltigkeit von Existenzgründungen äußerst wichtig sind. Diese Punkte unterstützen wir selbstverständlich.

Aus meiner Erfahrung heraus sind aber durchaus auch andere Problemfelder in Bezug auf Existenzgründungen zu durchleuchten. Immer wieder von Bedeutung ist die Frage der Finanzierung von Start-ups und Neugründungen jeglicher Branchen. Hierbei zeichnete sich schon in den vergangenen Jahren eine durchaus schwierige Lage für Neugründer ab. Viele Banken und Sparkassen haben nach der Prüfung der Vorhaben eine Finanzierung abgelehnt. Daraufhin wurde seitens der Landesregierung die Investitionsbank Sachsen-Anhalt ins Leben gerufen.

Ich würde mir wünschen, dass in dem Bericht, der im Ausschuss gegeben werden soll, auch auf die Erfahrungen der Investitionsbank bezüglich der Neugründungen eingegangen wird.

Weiterhin halte ich es für erforderlich, in dem Bericht auch auf die Erfahrungen des RKW in Bezug auf Neugründungen einzugehen. Das RKW setzt im Auftrag der Landesregierung das Programm für Beratungshilfen für KMU, insbesondere im Gründungsbereich, um. Der Antrag sollte um diese beiden Punkte ergänzt werden.

Der Wandel der Gesellschaft hin zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft erfordert auch in der Wirtschaft, insbesondere im Gründungsbereich, eine Ausrichtung auf die Felder des Wissenstransfers, insbesondere im Bereich von Forschung und Entwicklung. Dazu zählen auch eine enge Verzahnung der Wirtschaft mit den Universitäten, Hoch- und Fachschulen unseres Landes sowie der Ausbau von Technologie- und Gründerzentren. Diese Bereiche halte ich für die Fortentwicklung unserer Wirtschaft für existenziell notwendig. Ich begrüße aus diesem Grund die Berichterstattung zu diesen Feldern im Ausschuss.

Aufgrund der Wichtigkeit dieser Thematik hält jedenfalls die CDU-Fraktion die Berichterstattung im Ausschuss für notwendig. Ich bitte daher, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Laaß. - Für die SPD-Fraktion wird die Abgeordnete Frau Budde reden.

Frau Budde (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Rehberger, wenn ich gewusst hätte, dass ich diese Antwort bekomme, hätte ich die Frage gar nicht zu stellen brauchen. Mir ging es eigentlich darum - das hatten Sie in Ihrem Redebeitrag erwähnt -, dass die Existenzgründungen insbesondere aus GA- und EFRE-Mitteln mitfinanziert werden. Im produzierenden Gewerbe sind sie wichtig; denn das ist die Basis dafür, dass sich wiederum Existenzgründungen im Dienstleistungsbereich überhaupt rechnen. Daher hätte ich eine etwas umfassendere Antwort auf meine Frage erwartet.

Mich interessiert, wie man die Förderung von Existenzgründungen unterhalb dieser Schwelle aus dem Bereich von GA und EFRE einbindet. Aber das können wir vielleicht im Ausschuss noch hören. Auf jeden Fall hat mir Ihre Antwort nicht ausgereicht. Ihre Antwort, dass so und so viele Tonnen Anträge vorliegen, war jedenfalls nicht das, was ich erwartet hätte. Mir ging es um ein bisschen mehr Inhalt.

Ich gebe zu, dass es in allen Jahren relativ schwierig gewesen ist. Wir haben immer niedrige Selbständigenquoten gehabt. Auch heute noch liegen wir mit 7,6 % deutlich unter der Durchschnittsquote in Deutschland von 9,6 %. Dort besteht ganz offensichtlich Handlungsbedarf.

Wir haben bereits vor einigen Monaten eine Diskussion zu diesem Thema geführt. Damals ging es insbesondere darum, dass Sie aus dem Bereich der Hochschulen mehr Existenzgründungen anreizen wollen. Wir haben damals gesagt, wir würden dazu gern die Stimme der Wirtschaft im Zusammenhang mit der Hochschulstrukturreform hören.

Ich hätte spätestens jetzt, nach dem Ranking im „Stern“, gern einiges von Ihnen dazu gehört, aber auch dazu haben Sie nichts gesagt. Es ist bekannt, dass viele Existenzgründungen aus dem Hochschulbereich heraus möglich wären. Das wird nicht mehr möglich sein, wenn diese Fachbereiche eingestampft werden.

Wir haben immer noch die meisten Insolvenzen. Auf 10 000 Unternehmen kamen in Sachsen-Anhalt 268 Insolvenzen. Im Bundesdurchschnitt sind es nur 137 Unternehmen. Sachsen-Anhalt hat damit die höchste Insolvenzquote in Deutschland. Das ist in der Tat gefährlich.

Das heißt, die Basis, unter anderem auch für die dienstleistenden Bereiche, die klassische Existenzgründer sind, ist immer noch viel zu gering. Außerdem fehlen uns die kleinen technologieorientierten Gründungen in der Menge, die wir brauchen. Auch sie liegen in der Regel bei weniger als 15 Arbeitsplätzen. Diese Unternehmen werden Sie nicht über die Kreditprogramme der IB finanzieren können. Sie werden vielmehr, weil das intensivere Gründungen sind, wirklich schauen müssen, wie Sie die GA und den EFRE dafür weiter öffnen.

Zur Ego-Initiative. Ich habe vorhin schon zu meinem Kollegen Gürth gesagt: Jetzt kneift er und geht.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Er ist doch da!)

Er hat mir aber zugesichert, das sei nicht so. - Frau Fischer kommt auch wieder herein.

Wir haben in der Tat schon eine lange Diskussion über die Ego-Initiative hinter uns. Mich wundert, dass Herr Gürth dazu nicht geredet hat. Er war immer einer der größten Kritiker der Ego-Initiative und ich habe ihn auch immer kräftig darin unterstützt. Es gab nämlich einmal eine Zeit, in der sie eingestampft wurde und qualifiziert werden sollte. Das wollten nun Sie tun, weil Sie dann die Regierung übernommen haben.

Wenn ich mir aber das ansehe, was in der Pressemitteilung sozusagen als neue Qualität gegenüber damals verkauft wurde, dann muss ich sagen, es ist nichts Neues darin, außer der Prämie, die gezahlt wurde, und dem Thema: Wir arbeiten mit allen Kammern und Verbänden, den Hochschulen und den Universitäten zusammen. Mehr ist bisher auch nicht gesagt worden.

Wir haben gesagt: Okay, wir unterstützen das. Die Existenzgründungsinitiative muss es im Land geben. Jetzt erklären Sie uns doch einmal, was das inhaltlich Neue ist und wie das Ganze aussehen soll. Mir fehlt daran noch das Fleisch. Die Knochen, die da sind, reichen nicht aus.

Ich bezweifle auch, dass es eine Existenzgründung weniger im Bereich Halle gegeben hätte, wenn Sie nicht die Prämie ausgelobt hätten. Dieses Instrument der Prämienzahlung und inwiefern dadurch zusätzliche Existenzgründungen angereizt wurden, müssen Sie erst einmal erklären.

Ich denke, es gibt eine Reihe von Fragen, über die wir im Ausschuss diskutieren müssen und auf die wir auch Antworten erwarten: Wie müssen die Rahmenbedingungen verändert werden, um gerade neuen Unternehmern die Chance zu geben, sich auf ihr Produkt und den Aufbau zu konzentrieren? Wie müssen Förderstrukturen verändert werden, um die Eigenkapitalschwäche der Existenzgründer aufzufangen? - Die IB ist sicherlich ein Beitrag dazu. - Wie können besonders innovative und zukunftsträchtige Existenzgründungen gefördert werden? Wie kann die IB und wie können andere Banken noch stärker einbezogen werden?

Die Antworten, die Sie heute hier im Plenum gegeben haben, reichen jedenfalls nicht aus. Darum, denke ich, ist eine differenzierte Diskussion im Ausschuss wirklich wichtig. Ich bin gespannt auf die Qualifizierung der Ego-Initiative und auf die Inhalte, auf die Sie dann hoffentlich mehr als heute hier im Landtag eingehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Frau Budde. - Für die FDP-Fraktion wird Herr Dr. Schrader sprechen.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Thiel, herzlichen Dank für Ihren Redebeitrag und für den Antrag. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Wir freuen uns auf eine intensive Diskussion.

Frau Budde, es ist das Anliegen dieses Antrages, dass im Ausschuss darüber berichtet wird, und nicht, dass

heute ausführlich alle Details erörtert werden. Das ist so. Insofern - das muss ich sagen - war ich von Ihrem Beitrag eben etwas enttäuscht. Wir werden im Ausschuss ausführlich darüber reden.

Ich möchte es kurz machen.

(Frau Budde, SPD: Ich bin es von Ihrem Minister, weil er sich lächerlich gemacht hat!)

- Von Ihrem Beitrag, den Sie eben hier vorgebracht haben, bin ich enttäuscht. Das können wir dann im Wirtschaftsausschuss --

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

- Frau Budde, jetzt rede ich.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Kurz drei Punkte, die mir besonders am Herzen liegen. Es geht um die innovativen, forschungsintensiven Start-up-Unternehmen, bei denen es sehr interessant wäre, sie ein wenig nach Branchen zu sortieren; denn dazu gibt es keine offiziellen Statistiken.

Mir geht es insbesondere um Folgendes: Erstens. Wie entwickelt sich das Gründungsgeschehen und was ist aus den Unternehmen geworden? Das interessiert mich insbesondere deswegen, weil der forschungs- und entwicklungsintensive Teil der FuE-Unternehmen die Perspektive bildet. Es sind weniger die Dienstleister, die bauen darauf auf. Die FuE-Unternehmen sind wichtig.

Zweitens. In dem Zusammenhang sollte auf die Eigenkapitalausstattung und die Instrumente für die Eigenkapitalbildung eingegangen werden. Das heißt, es sollte die Bedeutung der IBG, der Innovations- und Beteiligungsgesellschaft, hervorgehoben werden. Und es sollte über das VC-Geschehen insgesamt im Land - das ist meiner Ansicht nach besonders wichtig - diskutiert werden.

Drittens. Wir sollten uns, glaube ich, nach 14 Jahren auch die Technologie- und Gründerzentren einmal intensiver anschauen, die im Land berechtigterweise vorhanden sind, in denen viel in die FuE-Infrastruktur investiert wurde.

Ich würde mir wünschen, dass wir hierzu auch einmal eine sehr kritische Evaluierung vornehmen, und zwar hinsichtlich des Sinns nicht nur nach der Belegung, sondern insbesondere hinsichtlich der Frage: Haben sich Branchenschwerpunkte herausgebildet? - Von Magdeburg und Halle wissen wir es. Aber wie sieht es denn auf dem flachen Land aus und wie geht es dort weiter?

Wir wissen, dass einige, die relativ weit von Wissenschafts-, Forschungs- und Hochschuleinrichtungen entfernt sind, berechtigterweise Schwierigkeiten haben. Da gibt es durchaus Probleme. Aber auch dort muss es weitergehen und dafür brauchen wir Konzepte.

Das soll es schon gewesen sein. - Herr Thiel, vielen Dank noch einmal für den Antrag. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Dr. Thiel, Sie haben die Möglichkeit, etwas darauf erwidern.

Herr Dr. Thiel (PDS):

Vielen Dank. Frau Präsidentin, zu meiner Ehrenrettung bleibt mir auch nichts anderes übrig, als noch eine kurze Replik zu geben.

(Heiterkeit bei der PDS)

Herr Minister Rehberger, ich habe gar nicht gewusst, dass ein einfacher Satz Sie so sehr erfreut.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der PDS - Minister Herr Dr. Rehberger: Sie haben mich in der Vergangenheit nicht verwöhnt!)

- Eben. Denn eigentlich habe ich in einer unaufgeregten Art, denke ich, alle Probleme benannt, mit denen wir uns seit zwei Jahren herumschlagen.

Ich wollte bei diesem wichtigen Thema einfach billige Politik vermeiden. Das ist mir viel zu ernst. Deswegen ist die Situation so, wie ich sie beschrieben habe. Das sind die Defizite, die die Landesregierung nach meiner Auffassung hat, was die konzeptionelle Arbeit in diesem Bereich betrifft. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich sagen.

Ich bin auch sehr dankbar für die Anregung von Herrn Laaß, das Thema Investitionsbank und RKW in diesen Antrag als Punkte 7 und 8 aufzunehmen. Wir sind sehr dafür, Frau Präsidentin, dass man das entsprechend hinein formuliert. Es soll also im Ausschuss auch über die Erfahrungen der Investitionsbank und das RKW berichtet werden. - Ich danke Ihnen für die Zustimmung.

(Beifall bei der PDS und bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Damit ist die Debatte beendet. Es wurde soeben darauf hingewiesen, dass die Anregungen von Herrn Laaß, die Herr Dr. Thiel eben wiederholt hat, als Punkte 7 und 8 in den Antrag aufgenommen werden sollen. Diese werden entsprechend formuliert.

Wer dem Antrag in der Drs. 4/1562 zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen worden. Danke sehr.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Erste Beratung

Regelungen für Mindestlohn

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 4/1563**

Einbringerin für die PDS-Fraktion ist die Abgeordnete Frau Rogée. Bitte sehr, Frau Rogée, Sie haben das Wort.

Frau Rogée (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit zwei Jahren wird in Sachsen-Anhalt liberalisiert, gespart, werden Arbeitnehmerrechte reduziert und Niedriglohn und prekäre Arbeitsverhältnisse propagiert. Damit wird als besonderem Standortvorteil geworben.

Die Menschen sind gut motiviert, gut ausgebildet und kostengünstig. Trotzdem weist die erneute Veröffentlichung der Agentur für Arbeit 4,4 Millionen Menschen in Deutschland nach der geschönten Arbeitslosenstatistik als erwerbslos aus. Davon entfallen 267 305 Erwerbslose auf Sachsen-Anhalt. Das sind mehr Menschen, als in dieser Stadt, in Magdeburg, noch wohnen.

Für Sachsen-Anhalt wird eingeschätzt, dass sich die Situation im Dienstleistungsgewerbe verschärft. Immer mehr Dienstleister entlassen Beschäftigte, obwohl oder gerade weil hier die Gehälter am geringsten sind. Zu Recht fordern die abhängig Beschäftigten anständige Löhne für anständige Arbeit.

Immer wieder werden Personalkosten für die zu hohe Arbeitslosenquote verantwortlich gemacht. Bei genauem Hinsehen werden auch Sie feststellen, dass die Arbeitskosten in den alten Bundesländern weitaus höher sind als in den neuen Bundesländern. Die Arbeitskosten in Deutschland bewegen sich im EU-Vergleich am unteren Rand. Dennoch ist die Arbeitslosenquote hier extrem hoch.

Die Erfolgsbilanz der Minijobzentrale hat in Deutschland dazu geführt, dass eine halbe Million sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse verdrängt wurde. Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wird in der Öffentlichkeit immer wieder die Einführung eines Niedriglohnsektors gefordert.

Bei Autos und Waschmaschinen muss der Preis für das Produkt sinken, wenn das Angebot zu groß ist. So will es die Theorie der Marktwirtschaft. Dies soll nach der Vorstellung der Ökonomen und vieler Politiker auch für die Ware Arbeitskraft gelten. Solange es noch Menschen gibt, die arbeitslos sind, sei der Preis der Arbeit zu hoch; folglich müssten die Löhne sinken. Ist das nicht zynisch?

Meine Damen und Herren! Nicht nur ich behaupte, existenzsichernde und sozial geschützte Arbeitsverhältnisse sind die wichtigste Grundlage für den Bestand des Sozialstaates.

(Zustimmung bei der PDS)

Der Gesetzgeber ist unabhängig von der Tarifautonomie der Sozialpartner durch das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes verpflichtet, einer Ausweitung von Arbeitsverhältnissen entgegenzuwirken, die einerseits keine eigenständige, dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Lebensniveau entsprechende Lebensführung erlauben und andererseits mit den Risiken des weiteren sozialen Abstiegs und der späteren Armut verknüpft sind. Diese Verpflichtung des Gesetzgebers ergibt sich auch aus Artikel 4 Abs. 1 der Europäischen Sozialcharta.

In Deutschland - das belegt die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU - wird Beschäftigten in bereits 650 Berufen weniger als 6 € pro Stunde gezahlt. In Sachsen-Anhalt erhält ein Wachmann, der das Eigentum anderer schützen soll, einen Stundenlohn von 4,40 €; er muss im Schnitt mehr als 200 Stunden pro Monat arbeiten. Das sind 2 400 Stunden im Jahr. Ein ostdeutscher Arbeitnehmer arbeitet im Schnitt 1 723 Stunden. Das sind allein bei einem Wachmann in Sachsen-Anhalt 700 Stunden mehr. Der ostdeutsche Kollege arbeitet schon 80 Stunden mehr als sein Kollege im Westen.

Eine Friseurin, die acht Stunden pro Tag arbeitet, kann mit ihrem Verdienst nicht einmal die Miete für ihre Wohnung aufbringen. Bei dieser Tätigkeit handelt es sich nicht um eine gering qualifizierte Arbeit; denn - die

Frauen wissen das, manche Männer auch - dieser Beruf hat auch etwas mit Chemie zu tun.

(Frau Ferchland, PDS, und Herr Czeke, PDS, lachen)

Ein Angestellter im Gartenbau erhält einen Stundenlohn von 2,74 €. Und auch das gibt es: Reinigungskräfte erhalten schon jetzt lediglich einen Stundenlohn von 1 € für ihre Leistungen.

Begünstigt durch die Beschäftigungskrise wie auch infolge tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Umbrüche ist der Anteil der Nettoarbeitsentgelte am Volkeinkommen auf den geringsten Stand seit 30 Jahren gefallen. Seit 1995 ist die reale Kaufkraft der abhängig Beschäftigten nicht mehr gestiegen. Die Stagnation der Nettolohnquote und damit die Schwächung des Binnenmarktes ist in erster Linie auf das Wachstum des Niedriglohnsektors und den zunehmenden Anteil geringfügiger Beschäftigung zurückzuführen.

Einkommen bei Vollzeitbeschäftigung unterhalb der Schwelle von 68 % des nationalen Durchschnittslohns, die der Sachverständigenausschuss des Europarats in Auslegung des Artikels 4 Abs. 1 der Europäischen Sozialcharta als Untergrenze festgelegt hat, sind in der Bundesrepublik Deutschland keine Ausnahmen. 2 190 000 Vollzeitbeschäftigte verdienen weniger als 50 % des Durchschnittslohns. Hierbei ist der Anteil der Frauen mit 60 % besonders hoch.

Arbeitseinkommen, die keine dem bestehenden gesellschaftlichen Standard entsprechende Lebensführung erlauben, sind auch dann verfassungswidrig, wenn sie dem Kapital einen angeblichen Standortvorteil verschaffen. Die Durchsetzung von Löhnen hängt aber auch davon ab, wie das Sicherungssystem bei Arbeitslosigkeit gestaltet ist. Arbeitslose, denen die Leistungen gekürzt werden und die unter Druck gesetzt werden, jede Arbeit anzunehmen, werden zu unmittelbaren Konkurrenten für die Beschäftigten. Auch andere sind gezwungen, den niedrigen Lohn zu akzeptieren. Eine Spirale nach unten wird in Bewegung gesetzt.

Meine Damen und Herren! Die Spaltung der abhängig Beschäftigten in Beschäftigte in Normalarbeitsverhältnissen, in Beschäftigte, die im Niedriglohnbereich arbeiten, und in Beschäftigte, die trotz Arbeit in ärmlichen Verhältnissen leben und später mit Altersarmut rechnen müssen, ist nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich, sie gefährdet auch die ökonomische Entwicklung der Volkswirtschaft.

Im internationalen Wettbewerb werden nur jene Volkswirtschaften bestehen, die die Produktivität ihres gesellschaftlichen Arbeitsvermögens steigern und die es nicht zulassen, dass immer größere Teile ihrer abhängig Beschäftigten zu niedrigen Löhnen in Bereichen arbeiten, die an sich nicht wettbewerbsfähig sind.

Eine Reihe von Ländern hat das erkannt. Dazu gehören selbst die USA sowie Großbritannien, Frankreich und weitere sieben Länder der EU. In diesen gibt es bereits gesetzliche Regelungen in Bezug auf den Mindestlohn. In Frankreich zum Beispiel liegt er seit dem Jahr 2003 bei 7,19 €.

Meine Damen und Herren! Im Memorandum der Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ heißt es unter anderem - ich zitiere mit Ihrer Genehmigung -:

„Deutschland gehört trotz relativ hoher Löhne und Gehälter mit dem höchsten Export und dem

höchsten Außenhandelsüberschuss der Welt zu den wettbewerbsfähigsten Ländern überhaupt.“

Weiterhin heißt es:

„Die Kehrseite dieser anhaltend hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist die Schwäche der Binnennachfrage, die durch einen wachsenden Bereich prekärer Arbeit mit Niedriglöhnen verstärkt wird.“

Diese Zusammenhänge werden von den Unternehmerverbänden nach wie vor heftig bestritten und auch von der Bundesregierung permanent missachtet. Die Landesregierungen tun ihr Übriges.

So sieht Sachsens Ministerpräsident in seinem Papier in der aktiven Sozialhilfe eine große Chance, vor allem Langzeitarbeitslose in ein geregeltes Arbeitsverhältnis zu führen. Man könnte auch sagen: Erhöhung des Arbeitswillens durch Druck. Um den besser ertragen zu können, empfehlen andere wiederum, Sport zu treiben. Also Jogging für den Job, damit man sich frisch trainiert dem neuen Chef vorstellen kann, um dann festzustellen, erwerbslos zu sein ist doch eigentlich wie kuren.

(Frau Fischer, Merseburg, CDU: Wie?)

- Wie kuren, also eine Kur zu machen.

Der Kündigungsschutz soll nur noch für Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten gelten. Wie viele Unternehmen haben wir eigentlich, die mehr als 20 Beschäftigte haben? Das wirkliche Ziel ist, mit geringem Aufwand die Beschäftigten heuern und feuern zu können.

Auch das Teilzeit- und Befristungsgesetz sollte nur in Betrieben mit mehr als 20 Mitarbeitern gelten und nur für die Zeit der Kindererziehung und der Pflege naher Angehöriger. Wer hat eigentlich lange Zeit gebetsmühlenartig mehr Teilzeit für mehr Beschäftigung gefordert, mit der Begründung, dann könnten sich mehrere Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz teilen und schon würde sich die Zahl der Arbeitsplätze verdoppeln bzw. die Arbeitslosenquote halbieren? - Das ist wohl auch nicht ganz aufgegangen.

Nun zu der Mär vom unflexiblen Tarifvertrag, der Einstellungen behindert und die Tarifautonomie infrage stellen soll. Einmal unabhängig davon, dass diese politische Verlautbarung ein unentwegter Eingriff in die Tarifautonomie ist, ist sie auch nicht richtig. Die Gewerkschaften haben gerade im Osten entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung Abschläge bei den Tarifangleichungen, bei der Verkürzung der Arbeitszeit, bei den Urlaubsregelungen sowie bei den Zuschlägen und andrem vereinbart.

Noch etwas: Wenn die Gewerkschaften mit ihren Mitgliedern in den vergangenen Jahren nicht so kompromissbereit gewesen wären und sich nicht aktiv in Unternehmensentwicklungen eingebbracht hätten, gäbe es manches Unternehmen nicht mehr.

Meine Damen und Herren! Manchmal ist es gut, sich sachkundig zu machen und zur Kenntnis zu nehmen, dass am Verhandlungstisch bei Tarifverhandlungen immer mehrere Verhandlungspartner sitzen, die durch ihre Unterschrift einen Kompromiss anerkennen. Das soll heißen, dass nicht nur Gewerkschaften beteiligt sind, sondern auch Arbeitgeber, Arbeitgeberverbände und - bei Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst - Politiker. Nur so sind die Tarifverträge entstanden, die heute ständig unter Kritik stehen.

Meine Damen und Herren! Die Einführung eines Mindestlohngesetzes ist nach wie vor umstritten. Dennoch werden immer deutlichere Signale gesetzt, alternativ darüber nachzudenken. Selbst die Bündnisgrünen auf der Bundesebene, die das vor zwei Jahren noch strikt abgelehnt haben, haben umgedacht. So hat Herr Bütikofer festgestellt, Mindestlohn würde sicherstellen, dass nicht Lohndumping zum neuen Sozialstandard wird.

Ich finde, das ist eine kluge Erkenntnis. Sicher weiß ich, dass das Mindestlohngesetz auch bei den Gewerkschaften mit der Begründung, dieses sei ein Eingriff in die Tarifautonomie, umstritten ist. Deswegen betone ich ausdrücklich, dass es der PDS-Fraktion nicht darum geht, die Tarifautonomie auch nur anzutasten.

Für die Gestaltung einer gesetzlichen Regelung für Mindestlohn können wir uns folgende Eckpunkte vorstellen:

Erstens. Die Höhe ist entsprechend der Europäischen Sozialcharta festzulegen.

Zweitens. Der Mindestlohn muss für sämtliche Auftragnehmer im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bindend sein.

Drittens. Andere Gesetze und Mindestlohnregelungen wie etwa für die Bauwirtschaft werden durch das Gesetz nicht berührt und sind grundsätzlich zuzulassen.

Viertens. Der Mindestlohn ist jährlich an die Tarifentwicklung anzupassen, also entsprechend der jährlichen Nettolohnenentwicklung zu dynamisieren.

Fünftens. Eine deutliche Unterschreitung des gesetzlichen Mindestlohns ist unter Strafe zu stellen. Den Gewerkschaften ist für die Ahndung das Verbandsklagerecht zu gewähren.

Sechstens. Eine Mindestlohnregelung setzt die Tarifautonomie nach Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes nicht außer Kraft.

Ich bedanke mich für Ihre Geduld und möchte Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Herrn Reck, SPD, und von Herrn Metke, SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen herzlichen Dank, Frau Rogée, für die Einbringung. - Wir treten nun in eine Debatte mit fünf Minuten Redezeit je Fraktion ein. Für die FDP-Fraktion erteile ich als erstem -

(Minister Herr Dr. Rehberger meldet sich zu Wort)

- Ich bitte um Entschuldigung. Herr Dr. Rehberger hat für die Landesregierung um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Minister.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man wie Sie, Frau Kollegin Rogée, ich und die Damen und Herren hier einem gesetzgebenden Organ angehört, dann ist man vielleicht geneigt zu glauben, dass durch Gesetze vieles geregelt werden könne, auch dann, wenn die ökonomischen Rahmenbedingungen anders sind. Ich meine, diese Gefahr sollten wir gerade bei der Forderung nach gesetzlich geregelten Mindestlöhnen sehen und ihr nicht anheim fallen.

Ich kenne aus meiner saarländischen Tätigkeit sehr gut die Regelungen in den benachbarten Ländern Frankreich oder Luxemburg. Ich kann nur sagen: Die Unternehmen und die Unternehmer sowie die Arbeitnehmer sind dort findig genug, um unendlich viele Wege zu entdecken, wie man bestimmte gesetzliche Regelungen unterlaufen kann. Das ist einfach etwas, was Sie selbst mit strafbewehrten Normen nicht verändern können. Es ist auch sinnvoll, glaube ich, dass man denen, die am Arbeitsmarkt tätig sind, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Möglichkeit nicht nimmt, über die Höhe der Löhne zu entscheiden.

Wir haben in der Bundesrepublik übrigens einen interessanten Einzelfall, in dem es faktisch einen gesetzlichen Mindestlohn gibt: Das ist nämlich die Baubranche. Dort gibt es einen tarifvertraglich fixierten Mindestlohn. Dieser ist kombiniert mit einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Bundeswirtschaftsministers, sodass das faktisch einer gesetzlichen Regelung entspricht.

Trotzdem - oder vielleicht gerade deswegen; wie auch immer - haben wir gerade in der Baubranche nicht nur in Größenordnungen Jobverluste, sondern auch Schwarzarbeit, und in vielen Fällen, meine Damen und Herren, wird auch das, was tarifvertraglich geregelt ist, dann doch wieder unterlaufen. Also kurz und gut: Ich bin der festen Überzeugung, dass das gutgemeinte Instrument hier nicht greifen wird und dass es sinnvoller ist, auf die Tarifautonomie zu setzen, und zwar gerade auch hier im Osten.

Frau Rogée, ich muss es hier ganz offen sagen: Ich habe in den letzten anderthalb Jahren wieder den einen oder anderen Fall gehabt, dass Unternehmen in der Krise waren, dass nicht nur die Geschäftsleitung bei mir vorstellig geworden ist, sondern sie kamen mit dem verantwortlichen Gewerkschaftsrepräsentanten, dem Gewerkschaftssekretär und den Leuten aus dem Betriebsrat. Darunter gab es Fälle, in denen Belegschaften oder bestimmte Teile von Belegschaften kollektiv Lohnverzicht geübt haben, zum Teil möglicherweise in Größenordnungen, die von Ihrem Gesetz nicht mehr gedeckt wären.

Gott sei Dank war dieser Lohnverzicht - er war ein vorübergehender, aber immerhin - in dem einen oder anderen Fall ein wesentlicher Beitrag dazu, dass die Unternehmen wieder in ruhigere Fahrwasser gekommen sind, dass sie in die schwarzen Zahlen gekommen sind. Die Arbeitnehmer und insbesondere auch die Betriebsräte haben gesagt: Es nützt uns nichts, wenn wir irgendwie formal hohe Löhne bekommen und genau wissen, dass in Kürze unser Unternehmen den Bach runtergeht.

So gibt es viele Beispiele, die deutlich machen, dass es sinnvoller ist, wenn die unmittelbar Beteiligten und Betroffenen über diese Dinge entscheiden und nicht der Gesetzgeber. Gerade bei bestimmten Gruppen wie Jugendlichen Berufswiedereinstiegern oder Langzeitarbeitslosen kann ich mir vorstellen, dass der Einstieg mit einem relativ niedrigen Lohn oder einem relativ niedrigem Gehalt durchaus ein sinnvoller Weg sein kann.

Also alles im allem: Ich glaube nicht, dass das ein probater Weg ist.

Es kommt noch eines hinzu. Wir haben am 1. Mai die EU-Osterweiterung erlebt. Sie wissen, dass die Bundesrepublik und die benachbarten westlichen Staaten beim Lohnniveau nicht sehr weit auseinander liegen, aber es gibt sehr wohl erhebliche Unterschiede zwischen der

Bundesrepublik und den Beitrittsländern. Auch wenn wir in der Bundesrepublik Mindestlöhne gesetzlich festlegen, werden wir nichts daran ändern können, dass die Unternehmen aus den Beitrittsländern mit ihren Arbeitnehmern auch bei uns auf dem Markt erscheinen - selbstverständlich mit den Löhnen, die dort vereinbart worden sind; alles andere würde gegen EU-Recht verstößen.

Wenn man jetzt Ihren Weg wählen würde, dann würde das bedeuten, dass die deutschen Firmen durch die Bank nicht mehr konkurrenzfähig wären, etwa im Baubereich. Deswegen meine ich, dass gerade auch die jüngste Entwicklung eine gesetzliche Normierung eines Mindestlohnes nicht geraten erscheinen lässt.

Ich bin gern bereit, meine Damen und Herren, darüber im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit vertieft mit Ihnen zu diskutieren.

Ich nehme an, dass die Gewerkschaften auch einen entscheidenden Beitrag leisten können; aber - generell und schon an dieser Stelle, damit Sie wissen, was meine Position ist -: Ich glaube nicht, dass gesetzliche Regelungen hierbei zum Ziel führen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. - Nun treten wir ein in die schon angekündigte Debatte. Frau Röder, Sie haben das Wort.

Frau Röder (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mich in meinen Ausführungen kurz fassen, nur auf wenige Punkte eingehen, auf zwei Punkte genau genommen, und auch schon einmal sagen, dass die FDP-Fraktion die Überweisung des Antrags in den Wirtschaftsausschuss beantragen wird.

Der erste Punkt, den ich ansprechen möchte, ist eine Frage, die Herr Metke gestern gestellt hat: wie sich denn die Ablehnung eines Mindestlohnes mit der Bundesratsinitiative des Landes Sachsen-Anhalt zu Mindestlöhnen in der Berufsausbildung verträgt. Sie sind bestimmt gespannt. - Das verträgt sich sehr gut; denn bei der Ausbildungsvergütung ist es der Zweck dieser Bundesratsinitiative, die Rechtsprechung zu § 10 Abs. 1 des Berufsbildungsgesetzes auf neue Grundlagen zu stellen.

Zurzeit steht in diesem Gesetz, in diesem Paragrafen, dass die Zahlung einer angemessenen Ausbildungsvergütung vorgeschrieben ist. Darin steht aber nicht, was Angemessenheit ist. Das ist ein unbestimmter Rechtsbegriff; den hat die Rechtsprechung natürlich hinreichend ausgefüllt. Sie sagt zurzeit, dass eine Vergütung von 20 % unter dem Tariflohn noch angemessen ist. Alles, was darunter liegt, gilt als sittenwidrig, und die Verträge sind damit nichtig. Das heißt, es ist faktisch ausgeschlossen, dass Verträge, die mehr als 20 % unter dem Tariflohn liegen, für Auszubildende abgeschlossen werden können. Diese Verträge sind null und nichtig.

Um nun aber den Betrieben das in einigen Punkten zu ermöglichen und auch den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, für etwas weniger Geld, aber überhaupt eine betriebliche Ausbildung antreten zu können, dazu kann die Bundesratsinitiative einen sinnvollen Schritt darstellen. Das sollten wir versuchen. Das war der eine Punkt, den ich darstellen wollte.

Der zweite Punkt ist ein anderer Punkt: Mindestlohn. Die Diskussion hat uns in den letzten Wochen wieder überfallen, und ich glaube, das kommt nicht ganz von ungefähr. Das hat durchaus mit der Diskussion, die wir immer wieder hier hatten - zu Hartz IV, zur Einführung von Arbeitslosengeld II - zu tun.

Nach der Einführung des Arbeitslosengeldes II muss den arbeitsfähigen Arbeitslosengeld-II-Empfängern eine Beschäftigung oder eine sonstige Beschäftigungsmöglichkeit angeboten werden. Unter anderem müssen denen auch Jobs am ersten Arbeitsmarkt angeboten werden. Wenn sie diese Maßnahmen ablehnen, dann müssen sie mit schweren Kürzungen des schon niedrigen Arbeitslosengeldes II rechnen.

Hier scheint nun der Mindestlohn der Ausweg zu sein, um die vorhersehbaren großen Härten, die noch nicht allen Leuten bewusst sind, die wirklich noch nicht allen möglicherweise Betroffenen klar sind, zu mildern. Hier scheint der Mindestlohn ein Ausweg zu sein. Wenn man den nämlich möglichst hoch ansetzt, dann werden wahnsinnig viele Angebote sofort unzumutbar. Wenn der Betroffene ein solches Angebot ablehnt, muss er auf keinen Fall mit Kürzungsmaßnahmen rechnen.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Frau Abgeordnete, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dirlich zu beantworten?

Frau Röder (FDP):

Ja.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Bitte, Frau Dirlich.

Frau Dirlich (PDS):

Frau Kollegin, Sie haben gerade die Veränderung des § 10 des Berufsbildungsgesetzes vorgeschlagen, in dem, wie Sie selber erklären, die Sittenwidrigkeit festgestellt wird, wenn ein bestimmter Lohn unterschritten wird. Haben Sie dabei richtig verstanden, dass es im Grunde darum geht, dass man solche sittenwidrigen Löhne jetzt mal einfach legalisiert?

Frau Röder (FDP):

Nein, das haben Sie nicht verstanden. Die Sittenwidrigkeit wird vom Gericht mit der Auslegung des Gesetzes festgestellt. Wenn man das Gesetz ändert, ändert sich natürlich auch die Auslegung entsprechend dem neuen Gesetz.

(Herr Gallert, PDS: Aber nicht die Löhne!)

Das heißt aber noch lange nicht, dass so etwas dann sittenwidrig wäre. Ich halte es nicht für sittenwidrig. Ich sage Ihnen mal ein Beispiel. Druckerei - wer Drucker lernt, bekommt im ersten Lehrjahr ein Lehrlingsentgelt in Höhe von ca. 700 €. Eine Druckerei, die nur sehr wenig Geld hat, könnte vielleicht zwei Azubis mehr einstellen, wenn sie nur 400 € zahlt. Auch wenn der Lehrling damit einverstanden wäre - das ist mehr, als mancher Azubi in anderen Zweigen erhält -, würde dieser Vertrag als sittenwidrig gelten und wäre damit nichtig.

Um an dieser Stelle ein Problem zu lösen, um diese Verträge möglich zu machen, hat Sachsen-Anhalt die Bundesarbeitsinitiative gestartet.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

So viel zu der Problematik. Ich freue mich auf eine interessante Diskussion im Wirtschaftsausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Röder. - Für die SPD-Fraktion erteile ich nun dem Abgeordneten Herrn Metke das Wort. Bitte sehr, Herr Metke.

(Herr Kosmehl, FDP: Zu Protokoll!!)

Herr Metke (SPD):

Meine Damen und Herren! Herr Präsident, mit Ihrer Genehmigung würde ich gern meine Rede zu Protokoll geben.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Das ist das erste Mal, dass ich Applaus von Ihnen erhalte.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das sehe ich aber sozusagen eher als ein Kompliment.

(Herr Borgwardt, CDU: So einfach ist das!)

Ich will nur sagen, dass auch wir die Ausschussüberweisung beantragen wollen. Ich denke, das ist ein so umfangreiches Thema, das man ohnehin nicht in einer Fünfminutendebatte abhandeln kann.

Ich war jetzt leicht geneigt, noch einmal auf die Äußerungen von Frau Röder einzugehen. Aber das können wir auch im Ausschuss machen. Ich denke, Frau Dirlich hat es schon sehr richtig verstanden. Das ist aber ein Punkt, den wir noch einmal vertiefen müssten; denn wenn schon 20 % Absenkung bei der Ausbildungsvergütung sittenwidrig sind, und nun um 80 % abgesenkt werden soll, dann ist es schon interessant, dass Sie sagen, das wäre kein Problem und der Tatbestand der Sittenwidrigkeit wäre nicht mehr gegeben. Aber auch das sollten wir im Ausschuss behandeln. - Schönen Dank.

(Zustimmung bei der SPD, bei der PDS und bei der FDP)

(Zu Protokoll):

Herr Metke (SPD):

Einen gesetzlich geregelten Mindestlohn gibt es derzeit in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Es existieren Mindestlohnvereinbarungen zum Beispiel in der Bauindustrie, im Elektrohandwerk, im Dachdeckerhandwerk und bei Malern und Lackierern. Diese Mindestlöhne sind aber tarifvertraglich vereinbart und anschließend für allgemein verbindlich erklärt worden.

Damit ist auch schon ein besonderer Punkt in der Mindestlohn-debatte benannt: Die Tarifautonomie. Politisch und rechtlich galt und gilt: Die Gestaltung von Löhnen und Gehältern ist nicht Sache des Staates, sondern Angelegenheit der jeweiligen Tarifvertragsparteien. Das ist der Kern des Prinzips der Tarifautonomie.

Obwohl es auch in der Vergangenheit immer wieder Diskussionen zur Einführung von Mindestlöhnen gab, hat der Gesetzgeber bisher auf gesetzlich geregelte Mindestlöhne verzichtet. Die Zumutbarkeitsanordnung im Zusammenhang mit der Umsetzung von Hartz IV hat aktuell eine erneute Diskussion ausgelöst.

Angestoßen wurde diese Debatte von ver.di-Chef Frank Bsirske, der die Einführung eines Mindestlohnes als Antwort auf die Verschärfung der Regelungen für Arbeitslose ins Gespräch gebracht hatte. Aber auch in der SPD wird über gesetzliche Mindestlöhne nachgedacht.

So ist für den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Bundestages Rainer Wend ein gesetzlicher Mindestlohn überlegenswert. Gegenüber der „Financial Times Deutschland“ erklärte er:

„Arbeit muss sich lohnen. Wenn man Leute dazu zwingt, jede Arbeit aufzunehmen, dann muss man ihnen auch einen Lohn zahlen, der über der Sozialhilfe liegt.“

Auch Grünen-Chef Bütikofer hat in den letzten Tagen die Einführung einer Mindestlohnregelung gefordert.

In den westlichen Industrienationen sind gesetzliche Mindestlöhne nicht unbekannt. Es gibt sie in Frankreich, den USA, Belgien, Griechenland, Großbritannien, Spanien, den Niederlanden und Portugal; allerdings mit sehr unterschiedlicher Ausgestaltung. So beträgt der Mindestlohn in den Niederlanden 1 250 € pro Monat, während in Portugal monatlich lediglich 357 € gezahlt werden müssen.

Neben den Auswirkungen der neuen Zumutbarkeitskriterien, bei denen ein freier Fall der Löhne nach unten befürchtet werden muss, ist der Schutz vor Wettbewerbsverzerrungen durch Lohndumping ein weiterer Bereich, der in die jetzt beginnende Diskussion einbezogen werden muss, aber auch die Bereiche, in denen es aus den unterschiedlichsten Gründen nicht möglich ist, existenzsichernde Löhne durchzusetzen. Etwa im Gaststätten- oder Reinigungsgewerbe oder in Teilen des Handwerks hätte ein gesetzlicher Mindestlohn den Vorteil, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die kein Tarifvertrag gilt, einen Einkommensschutz erhalten.

Letztlich geht es darum, denjenigen etwas entgegenzusetzen, die offenbar der Meinung sind, wir könnten auf der Basis von immer niedrigeren Löhnen mit den Volkswirtschaften Osteuropas oder Südostasiens konkurrieren. Hierzu hat die Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten Gesine Schwan bei ihrem Besuch am Dienstag in unserer Fraktion noch einmal sehr überzeugend und beeindruckend deutlich gemacht, dass mit Niedriglöhnen keine zukunftsähnliche wirtschaftliche Entwicklung möglich ist. Unsere Chance, gerade auch in Ostdeutschland, liegt eindeutig im Bereich der Produktions- und Verfahrensinnovation, das heißt in der Nutzung unseres technischen und wissenschaftlichen Know-hows.

Ich denke, wir stehen am Anfang einer Diskussion, die nach unserer Auffassung in den Ausschüssen fortgeführt werden sollte. Wir beantragen deshalb die Überweisung des Antrages in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Metke. - Damit hat als nächster Redner der Abgeordnete Herr Poser für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte sehr, Herr Poser.

Herr Poser (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erlaube mir, meine Rede nicht zu Protokoll zu geben, da ich kurz etwas sagen möchte. Ich verspreche Ihnen aber, es geht schnell.

Die Intentionen, die auch die unsrigen zu diesem Thema sind, sind von unserem Wirtschaftsminister Herrn Rehberger so ausführlich dargelegt worden, dass ich mir erlaube, zu diesem Thema nur noch Folgendes festzustellen: Die Aufgabe der Politik muss es sein, für die Wirtschaft und den Mittelstand Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, angemessene Löhne zu zahlen.

Unser Ziel ist es nicht, die Tarifpolitik auf die staatliche bzw. die politische Ebene zu verlagern. Doch aufgrund der vielfältigen Aspekte dieses brisanten Themas und der Uneinigkeit selbst im Gewerkschaftslager sind wir der Meinung, so dies gewollt ist, diesen Antrag in den Ausschüssen für Gesundheit und Soziales sowie für Wirtschaft und Arbeit behandeln zu sollen. - Danke.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Poser. - Für die PDS-Fraktion erhält noch einmal die Abgeordnete Frau Rogée das Wort. Bitte sehr, Frau Rogée.

Frau Rogée (PDS):

Ich werde Ihre Zeit auch nicht über Gebühr in Anspruch nehmen. Herr Rehberger, Sie wissen, ich kenne die verschiedenen Formen von Tarifverhandlungen, AVE usw. Ich finde, die Debatte im Ausschuss ist schon interessant. Das sollten wir auch tun.

Nur eines möchte ich grundsätzlich sagen: Ich habe die Tarifautonomie überhaupt nicht infrage gestellt. Ich habe auch nicht vorgeschlagen, dass die Tarifautonomie jetzt von der Politik geregelt werden sollte. Es ging nur um die Mindestlohn-debatte. Diese Debatte sollten wir im Wirtschaftsausschuss führen. Deswegen nehme ich den Vorschlag an, über den Antrag nicht direkt abzustimmen, sondern ihn in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zu überweisen. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Rogée, damit vereinfacht sich das Verfahren. - Die Fraktionen signalisierten Einigkeit, was eine Überweisung in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit betrifft. Ich lasse trotzdem darüber abstimmen.

Wer einer Überweisung in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei allen Fraktionen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen worden.

Meine Damen und Herren! Wir fahren fort mit dem **Tagesordnungspunkt 19:**

Beratung

Barrierefreies Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/1564

Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der FDP
- Drs. 4/1583

Einbringer für die PDS-Fraktion ist der Abgeordnete Herr Dr. Eckert. Herr Dr. Eckert, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Eckert (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit ihrem Antrag fordert die PDS-Fraktion die Landesregierung auf, zunächst im Grundsatz ein Programm „Barrierefreies Sachsen-Anhalt“ zu erarbeiten, dieses in den Ausschüssen vorzustellen und dann auch umzusetzen. Im zweiten Teil des Antrags werden einige Bereiche genannt, aber nicht alle, die aus der Sicht der PDS Bestandteil eines derartigen Programms sein sollten.

Für die Erarbeitung und die Einbringung des Antrages waren vier Aspekte maßgebend:

Erstens. In dem kürzlich erschienenen Report 2003 zur Lebenslage behinderter Menschen wird dargestellt, dass nur 6 % der befragten behinderten Menschen der Meinung sind, dass sie im öffentlichen Leben gleichberechtigt behandelt werden. 36 % können dieser Auffassung überhaupt nicht zustimmen.

Die Autoren des Reports konstatieren, dass dieser Befund ein deutliches Signal hinsichtlich der nicht erfolgten bzw. nicht erfolgenden Integration setzt. Barrieren werden als Ungleichbehandlung empfunden.

Zweitens. Die Prognose zur demografischen Entwicklung im Land Sachsen-Anhalt. Wenn prognostiziert wird, dass der Anteil der über 65-Jährigen im Land von gegenwärtig etwa 18 % auf ca. 27 % bis 28 % im Jahr 2020 ansteigen wird, beinhaltet diese Entwicklung sowohl ein Problem als auch eine Chance.

Zähle ich zu diesem Anteil die behinderten Menschen hinzu, so ist mindestens ein Drittel der Menschen in Sachsen-Anhalt direkt betroffen. Unter Berücksichtigung der Verwandten und Freunde ist dann sogar mehr als die Hälfte der in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen von mangelnder Zugänglichkeit öffentlicher Gebäude und von kommunikativen Barrieren betroffen.

Drittens. Es ist eine Tatsache, dass wir in Sachsen-Anhalt eine betonierte, sprich stationär basierte Pflege- und Betreuungslandschaft und damit deutlich zu wenig ambulante Angebote haben. Auch die Chance, ambulante Angebote wahrzunehmen, ist relativ gering.

Viertens. Die von Herrn Hoffmann durchgeführte Untersuchung öffentlicher Gebäude in Sachsen-Anhalt. Die uns nun vorliegenden Ergebnisse sind erschreckend. Allein die Feststellung, dass von den untersuchten Objekten kein Gebäude den Anforderungen sinnesbehinderter Menschen entspricht, ist ein öffentlich bisher noch nicht reflektierter Skandal und es ist eigentlich nicht hinnehmbar. Nur 25 % der öffentlichen Gebäude sind für Rollstuhlfahrerinnen zugänglich, aber nicht barrierefrei - nur um diese Zahl noch zu nennen.

Klar ist hierbei aber auch: Die von mir skizzierte Situation ist nicht allein oder gar ausschließlich der gegenwärtigen Landesregierung anzulasten. Anzulasten ist ihr höchstens, dass zu wenig passiert, dass inkonsistentes Handeln vorherrscht und beinahe keine Koordinierung festzustellen ist. Nach unserer Auffassung liegt im Zusammenführen und im Abstimmen der Maßnahmen der

einzelnen Ressorts die Chance, die wenigen Mittel zukunftsweisend und mit höchstem Effekt einzusetzen.

Am 5. Mai haben die Behindertenverbände des Landes im Landtagsrestaurant eine Veranstaltung aus Anlass des europäischen Protesttages zur Gleichstellung behinderter Menschen durchgeführt. In der Diskussion wurden vielfältige, scheinbar ausschließlich individuelle Probleme angesprochen. Herr Schwenke sagte daraufhin, dass ihm durch diese Veranstaltung erneut bewusst geworden ist, welche Probleme behinderte Menschen haben, die er als Nichtbehinderter so bisher nicht gesehen hat.

Diese Aussage deckt sich mit der Äußerung des Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte Berlin Herrn Schmidt. Er sagte - ich zitiere -:

„Menschen ohne Behinderungen haben allgemein Zugang zu allen Gebäuden, zu Gaststätten und zu Toiletten. Sie können Züge, Busse und Bahnen benutzen, haben tatsächlich freie Arztwahl. Jede Arztpaxis ist zugänglich, weil sie nicht auf Sonderfahrdienste angewiesen sind. Und einen Geldautomaten zu benutzen ist für die meisten Leute etwas völlig Normales. Uns als behinderten Menschen bleiben sie oft versperrt.“

Hinzu kommen, Herr Schwenke, Herr Scholze und auch Herr Bischoff - ich hoffe, Sie erinnern sich -, Probleme bei der Kommunikation und Information. Wenn wir also als Land die Zukunft menschenwürdig meistern wollen, dann sind jetzt konzentrierte, abgestimmte Maßnahmen notwendig. Jedes unabgestimmtes Herangehen der einzelnen Ressorts an die Aufgabe Barrierefreiheit verschenkt Chancen, mindert die Effektivität und mindert damit auch die Möglichkeiten des Landes, zukunftsweisend vorweg zu gehen.

Meine Damen und Herren! Die PDS-Fraktion hält es deshalb für unbedingt erforderlich, dass die Landesregierung ein Programm „Barrierefreies Sachsen-Anhalt“ gemeinsam mit den Betroffenen und ihren Organisationen erarbeitet, in den Ausschüssen vorstellt und diskutiert, die Ziele und den Zeitraum bestimmt und diese natürlich mit Maßnahmen unternutzt. Aus unserer Sicht heißt das nicht, mehr Geld oder Ressourcen einzusetzen, sondern es heißt, die verfügbaren Ressourcen, die verfügbaren Maßnahmen zu bündeln und optimal zu nutzen. Was spricht also für ein Programm?

Erstens. Die Landesregierung und der Landtag würden öffentlich und eindeutig Position beziehen und der Barrierefreiheit im Bewusstsein der Menschen, vor allem der Verantwortungsträger, einen völlig neuen, öffentlich wahrgenommenen Stellenwert geben.

Ich stimme den Regierungsfraktionen, in vielfältigen Diskussionen geäußert, völlig zu, dass es sehr wichtig ist, die Barrieren in den Köpfen zu beseitigen. Diese Barrieren sind aber mindestens so hoch und so fest wie die Barrieren in Beton und Stahl. Mit einem Programm gäbe es gute Möglichkeiten, diese besonders in den Ressorts außerhalb von Sozial- und Bauministerium noch alltäglichen Barrieren zu durchlöchern und abzubauen.

Der Alternativantrag der CDU und der FDP verfestigt dagegen die Auffassung, dass die Schaffung von Barrierefreiheit eine marginale, eigentlich nebenbei zu erledigende Aufgabe sei.

(Zuruf von Herrn Schröder, CDU)

Ein Beispiel: Ich kann die Tatsache, dass die Landesregierung sich in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Radschunat auf eine nicht mehr gültige Landesbauordnung bezieht, als einen kleinen Irrtum bewerten. Kann passieren! Ich kann aber auch sagen: Der Alternativantrag schützt und verteidigt Beamte, die keine Kenntnis der gültigen Landesbauordnung haben und zu dem für die Umsetzung dieser Landesbauordnung Verantwortung tragen. Denn der Antrag bagatellisiert die Aufgabe, die eigentlich vor uns steht.

(Herr Schröder, CDU: Warum bagatellisiert er? Erklären Sie das noch mal!)

Zweitens. Wir sind nicht der Auffassung, dass es neuer Gesetze oder Regelungen bedarf. Die bestehenden Gesetze geben einen akzeptablen Rahmen, in dem Barrierefreiheit zu schaffen wäre. Zu nennen wären hierbei das Landesentwicklungsprogramm, das Landesgleichstellungsgesetz, die neue Landesbauordnung oder das ÖPNV-Gesetz. Das Problem ist, dass diese Gesetze nicht bzw. völlig ungenügend umgesetzt werden. Auch haben Fehlentscheidungen und damit verbundene Nachbesserungen - zumindest nach meiner Kenntnis - bisher noch zu keinen Konsequenzen geführt. Beispielsweise wurden Mehrkosten für die Nachbesserung an einer Kreuzung in Quedlinburg übernommen. Es waren ja auch nur 40 000 €.

Wir benötigen also eine konsequente Umsetzung bestehender Gesetze. Das ist - so meinen wir - Aufgabe der Landesregierung. Die Landesregierung sollte sich deshalb an die Spitze einer Bewegung für Barrierefreiheit stellen. Deshalb sollte sie die Maßnahmen in ein Programm fassen und auch beschließen.

Drittens. Unsere Untersuchung erbrachte, dass keine der untersuchten Städte in ihren Internetpräsentationen Belange behinderter Menschen berücksichtigt oder Informationen über bestehende barrierefreie Angebote enthält. Das ist ein weiteres Indiz für die Unterschätzung der Aufgabe Barrierefreiheit.

Im oben schon angeführten „Report 2003“ wird ausgeführt, dass immer mehr Menschen mit Behinderung danach streben, die Möglichkeiten der barrierefreien Information und Kommunikation ganz gezielt als Nachteilsausgleich zu nutzen. Festgestellt wurde auch, dass 78 % der 35- bis 44-Jährigen über einen Computer und 61 % über ein Internetzugang verfügen. Aus diesen Tatsachen, meinen wir, sind Maßnahmen ableitbar. Wir möchten aber nicht - um möglichen Missverständnissen in diesem Fall vorzubeugen -, dass das Land nun für die Fehler und Versäumnisse der Städte aufkommt. Diese Situation sollte jedoch Anlass sein, einen Kampagne zur Sensibilisierung der Verantwortungsträger für die Probleme zu initiieren.

(Herr Schröder, CDU: Haben wir doch!)

Viertens. Das von der PDS angeregte Programm kann sehr gut an den Wettbewerb auf dem Weg zur barrierefreien Kommune anknüpfen. Wenn es dazu noch gelingen würde, den Stadtumbau Ost ebenfalls mit der Aufgabe der Barrierefreiheit untrennbar zu verknüpfen, wäre das hervorragend.

Die entsprechende Richtlinie allein kann diese Aufgabe nicht befördern. In dieser Richtlinie wird einzig und allein auf Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer abgehoben und unter dem Begriff „Barrierefreiheit“ steht: „Die Förderobjekte müssen über einen barrierefreien Zugang

verfügen.“ Das ist schon gut. Aber dann: „Sie sollten barrierefrei erstellt werden.“ - Also, ich komme hinein, aber kann trotzdem nicht zur Toilette gehen. Damit werden erhebliche Möglichkeiten verschenkt.

Ganz nebenbei gesagt, ich habe mir das ausgezeichnete Audimax in Halle angesehen und muss Ihnen sagen: Wenn ich dort parken möchte, finde ich zwei Rollstuhlparkplätze. Für die Straße, die dort sehr hucklig ist, kann man nichts, sie ist nicht neu gemacht. Dann komme ich hoch - die Schräge auch gut. Aber dann, wage ich zu behaupten, kommen sehr viele Rollfahrer nicht mehr drüber; denn es ist ein wunderbares Holperpflaster vor dem Eingang. Das heißt, wenn ich einbezogen worden wäre, wenn die Behindertenverbände einbezogen worden wären, hätte man dort eine tolle Lösung gemacht, die tatsächlich allen Anforderungen genügte.

(Minister Herr Dr. Daehre: Aber dafür ist die Landesregierung wirklich nicht verantwortlich!)

- Das ist richtig,

(Herr Gallert, PDS: Aber in Zukunft durch das Limsa!)

aber für die Auszeichnung schon.

(Minister Herr Dr. Daehre: Für die Auszeichnung? Da waren alle Verbände dabei, Herr Kollege! Dafür ist auch nicht die Landesregierung verantwortlich!)

Ich wollte eigentlich nur darauf hinweisen, was man machen müsste, um tatsächlich alle Anforderungen zu beachten. Es müsste ein Programm tatsächlich in die Köpfe gehoben werden, damit man solche Fragen mit beachtet.

Fünftens. Die Berichterstattung des MDR im Ausschuss für Kultur und Medien, wie im Alternativantrag der CDU- und der FDP-Fraktion vorgeschlagen, ist zu begrüßen. Aber zugleich sollte auch konzeptionell die Möglichkeit der Verankerung derartiger Positionen in einem entsprechenden Staatsvertrag nicht ausgeschlossen sein.

Beispielsweise war ich am 3. Mai 2004 im Thüringer Landtag. Dort wurde im Rahmen des dortigen Wahlkampfes Erstaunliches geäußert. Alle Vertreter der Fraktionen äußerten, dass sie sich für die Verankerung solcher Fragen im Staatsvertrag einsetzen. Das heißt, es wäre schon ein Verbündeter da, wenn unsere Landesregierung da mitmachen würde. Dann brauchte man nur noch die Sachsen zu überzeugen.

Meine Damen und Herren! Ich werbe nochmals um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. Der Alternativantrag der CDU und der FDP ist nicht geeignet, die wirklich große Aufgabe, Barrierefreiheit in einem längeren Zeitraum herzustellen, zu lösen. Er nimmt noch nicht einmal das Ergebnis der Aktuellen Debatte vom Januar 2004 zur Kenntnis, in der als ein Mangel der Regierungstätigkeit im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 das unkoordinierte Handeln der Landesregierung angeführt wurde. Sie wollen eine Berichterstattung und ich entnehme dem Antrag nicht, dass irgendwelche Konsequenzen für das Handeln der Landesregierung damit gefordert werden.

Nach unserer Auffassung ist eine derartige Analyse und Berichterstattung nur der Ausgangspunkt für die von uns angemahnten Maßnahmen. Von daher bitte ich Sie, Folgendes zu bedenken: Bezeichnen Sie Ihren Antrag ein-

fach als Ergänzungsantrag. Wir würden ihn gern als Punkt 2 in unseren Antrag aufnehmen. Das wäre dann tatsächlich das, was Herr Tullner heute Morgen eingefordert hat, das Beschreiten neuer Wege. Bleibt es bei dem Alternativantrag, dann bleiben Sie in alten, ausgetretenen Gleisen, latschen diese noch tiefer und kommen dann später nicht mehr heraus. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Eckert. - Meine Damen und Herren! Wir treten jetzt in eine Debatte mit fünf Minuten Redezeit je Fraktion ein. Diese wird eröffnet durch die CDU-Fraktion. Ich erteile der Abgeordneten Frau Rotzsch das Wort. Bitte sehr, Frau Rotzsch.

Frau Rotzsch (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Errichtung einer barrierefreien Infrastruktur ist ein wichtiges und richtiges Anliegen. Barrieren behindern nicht nur Menschen mit Mobilitätsstörungen, sondern auch junge Familien mit Kindern. Aus persönlichen Gesprächen habe ich erfahren, wie schwierig es mancherorts ist, mit einem Kinderwagen in bestimmte Häuser zu gelangen oder Bus, Bahn oder Straßenbahn zu benutzen. Wenn wir ein familienfreundliches Land sein wollen, müssen wir gerade diese Anliegen noch ernster nehmen, als wir dies bisher getan haben. Insofern sind wir uns bei der Zielstellung völlig einig.

Aber Sie müssen auch anerkennen, welche Leistungen die Landesregierung bisher erbracht hat, und dies in einer Situation der bundesweiten wirtschaftlichen Stagnation und der leeren Kassen. Obwohl die Verwirklichung eines barrierefreien Lebens einen ganzheitlichen Ansatz erfordert, der alle gesellschaftlichen Bereiche erfasst, und dies primär eine Frage der Sozialpolitik ist, möchte ich an dieser Stelle besonders die Initiativen des Ministeriums für Bau und Verkehr herausstellen.

Das Ministerium für Bau und Verkehr hat im Jahr 2003 erstmals den Wettbewerb „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“ ausgelobt. Dieser Wettbewerb, der weitere Anstöße für die kontinuierliche und komplexe Entwicklung der Stadtentwicklungskonzepte geben soll, wird auch im Jahr 2005 durchgeführt. Dieser Wettbewerb will die kreativen Potenziale der Verantwortlichen in den Kommunen wecken und fördern. Entsprechend dem Ergebnis ihrer Platzierung beim Wettbewerb wurde den Preisträgern die bevorzugte Einordnung der entsprechenden Fördersumme zur Realisierung der barrierefreien Maßnahmen bzw. Vorhaben im Rahmen des Stadtumbauprogramms, Teil Aufwertung, für eines der nächsten Programmjahre zugesagt.

(Zustimmung bei der CDU)

Dies ist ein vernünftiger Weg; denn wir leben nicht in einem zentralisierten Staat, in dem ein Minister per Ukas Konzepte durchsetzen kann. Vielmehr brauchen wir einen Dialog, eine Vernetzung nicht nur zwischen Land und Kommunen, nein, auch zwischen allen Ebenen der Gesellschaft. Die Wohnungswirtschaft ist ebenso gefordert wie die kommunale Verwaltung, Medien und Verkehrsunternehmen.

Im Bereich des Bau- und Verkehrsministeriums ist schon viel geschehen. Im Rahmen der derzeit geltenden Städtebauförderung des Landes Sachsen-Anhalt müssen die Förderobjekte über einen barrierefreien Zugang ver-

fügen, und Wohnumfeldmaßnahmen dürfen keine Barrieren erzeugen. Bei geförderten Baumaßnahmen an Wohnungen müssen diese barrierefrei so erstellt werden, dass die allgemeine Eignung der Wohnung zur Nutzung durch ältere Personen oder Personen mit Mobilitätsbeeinträchtigung gewährleistet ist.

Wir als Koalitionsfraktionen werden natürlich gesetzliche Regelungen zur Förderung der Barrierefreiheit umsetzen, wenn sie möglich und nötig sind,

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

dies auch vor dem Hintergrund der anstehenden Novellierung der Landesbauordnung. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, dass die Landesbauordnung bereits jetzt an vielen Stellen der Durchsetzung der Barrierefreiheit Rechnung trägt.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Regelungen in § 50 Abs. 2 der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt. In Satz 2 werden Anforderungen zur Zugänglichkeit von Räumen innerhalb der Wohnungen für Rollstuhlfahrer und Rollstuhlfahrerinnen gestellt. Des Weiteren ergeben sich Regelungen in § 39 Abs. 5 Satz 2 der Bauordnung für Aufzüge und in § 40 Abs. 4 der Bauordnung für die Mindestbreite der Wohnungseingangstür.

Natürlich sind uns auch die Bedürfnisse von Menschen mit Sinnesstörungen ein Anliegen. Auch hierbei gilt es, für diese Menschen konkrete Verbesserungen zu erreichen. Allerdings werden wir uns im Sinne der Deregulierung dagegen verwahren, doppelte Regulierungen zu schaffen,

(Zustimmung bei der CDU)

wenn bereits das Bundesrecht greift. Ich verweise an dieser Stelle auf das Gaststättengesetz des Bundes, in dem der Grundsatz der Barrierefreiheit bereits festgeschrieben ist. Hierzu muss keine entsprechende Regelung in einem Landesgesetz enthalten sein.

Bei allen Bemühungen, die gerade auch im Bereich Bau und Verkehr schon getroffen worden sind, halte ich es durchaus für richtig, die öffentlich-rechtlichen Medien mit ins Boot zu holen. Allerdings sehen die Koalitionsfraktionen davon ab, dies in Rundfunkstaatsverträgen festzuschreiben. Ich warne jedoch davor, über die Köpfe der gewählten Rundfunkräte und der Verantwortlichen des Senders hinweg zu entscheiden. Ihnen muss die Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansichten und Einschätzungen im zuständigen Ausschuss für Kultur und Medien darzulegen.

Noch einmal möchte ich an Sie appellieren, dass wir das Thema ernst nehmen und es nicht auf Menschen mit Mobilitätsbehinderungen allein verengen. Wir müssen einen gesellschaftlichen Konsens, einen ganzheitlichen Ansatz finden. Die Barrieren müssen nicht nur in Gebäuden, sondern mancherorts auch in den Köpfen abgebaut werden.

Wir müssen prüfen, was machbar ist, und keine - wenn auch barrierefreien - Luftschlösser bauen. Wir wollen einen gangbaren, realistischen Weg, der unser Land voranbringt und durchaus einen Akzent bei der Familienfreundlichkeit setzt. - Ich bedanke mich und bitte um die Zustimmung zu unserem Alternativantrag.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Rotzsch. - Für die SPD-Fraktion erteile ich nun dem Abgeordneten Herrn Sachse das Wort. Bitte sehr, Herr Sachse.

Herr Sachse (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Anbetracht der Behandlung des vorletzten Tagesordnungspunktes kann man sich Punkte verschaffen, wenn man das Thema relativ kurz abarbeitet. Das fällt mir auch recht leicht, da das Anliegen der Barrierefreiheit schon immer auch ein Anliegen der SPD-Fraktion war. Wir setzen uns bereits seit vielen Jahren für die Besonderheiten behinderter und älterer Menschen ein und haben versucht, die Behinderung in die Normalität des Alltags zu integrieren und den Begriff Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen zu verankern.

Es ist von der gesetzlichen Grundlage gesprochen worden. Die existiert. Dass dennoch immer noch Klagen auftreten, ist für uns unverständlich; denn wenn man die Regelungen des Behindertengleichstellungsgesetzes und der Landesbauordnung für neu zu errichtende Anlagen mit Leben erfüllt und kontrolliert und sich ständig diese Dinge vergegenwärtigt, dann dürfte es die in der Einführung zum Antrag genannten Missstände in absehbarer Zeit nicht mehr geben.

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist erstaunlich, dass wir dennoch immer wieder darüber sprechen müssen. Dankenswerterweise hat Herr Eckert darauf erneut hingewiesen. Auch Frau Kachel hat in der Vergangenheit im Rahmen der Behandlung von Tourismusfragen die Einbeziehung der Barrierefreiheit formuliert. Sie hat auch entsprechende Fragen zur Realisierung der Bahnhofsprogramme formuliert. Alle diese Dinge sind ressortübergreifend.

Wir sind uns nicht ganz im Klaren darüber, ob wir wirklich ein neues, eigenständiges Programm Barrierefreies Bauen für unser Land benötigen. Ich ahne aber - Herr Eckert hat es etwas relativiert -, es handelt sich um einen Maßnahmenplan, eine Aufzählung von Dingen, die in absehbarer Zeit angegangen werden sollten. Darüber kann man sich sicherlich auch verständigen. Das ist ressortübergreifend.

Ich will dennoch sagen: Wir werden trotz der vielleicht fragwürdigen Einzelformulierungen dem PDS-Antrag unsere Zustimmung geben; denn über ihn wird zuerst abgestimmt. Hinsichtlich der Öffentlichkeitskampagne hat die PDS sicherlich daran gedacht, dass die Deutsche Bahn auch eine Art Marketingprogramm von der Landesregierung bezahlt bekommt, und das Anliegen der Behinderten in unserem Land stärker zum Ausdruck zu bringen, wäre wirklich etwas, was man im Sozialministerium stärker bewerten sollte.

Meine Damen und Herren!

(Herr Borgwardt, CDU: Das sollte kurz sein!)

- Gut, es sollte kurz sein. Wir werden dem Antrag der Fraktion der PDS zustimmen. Das Anliegen ist uns aber so wichtig, dass wir, wenn es nicht zur Annahme kommt, dem Alternativantrag ebenfalls unsere Zustimmung geben. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sachse. - Für die FDP-Fraktion erhält nun der Abgeordnete Herr Ernst das Wort. Bitte sehr, Herr Ernst.

Herr Ernst (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Sachse, ich werde mich noch kürzer fassen. Ich denke, es ist genügend dazu gesagt worden. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. Herr Präsident, wenn Sie gestatten, möchte ich meine Rede zu Protokoll geben.

(Zustimmung bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Ernst. Das nehmen wir gern entgegen.

(Zu Protokoll:)**Herr Ernst (FDP):**

Das Thema „Barrierefreiheit“ verfolgt uns seit einiger Zeit und wird von den Damen und Herren der PDS in unregelmäßigen Abständen aufgerufen. Wir sind die Letzten, die sich diesem Thema, diesen Problemen nicht stellen.

„Wir sind nicht behindert, wir werden durch Barrieren behindert“. So argumentieren die Mitglieder der Behindertenverbände mit Recht. Barrieren sind überall zu finden, in den baulichen Gegebenheiten, in den Medien, bei den Kommunikationen und vor allem in den Köpfen unserer Mitmenschen.

Es gibt genügend gesetzliche Grundlagen, die eine Barrierefreiheit im öffentlichen Leben vorschreiben. Eine völlige Barrierefreiheit wird es nicht geben - das müssen wir sehen. Aber wir sollten und wollen uns weiter bemühen, Barrieren abzubauen.

Durch welche Barrieren werden Menschen mit Behinderungen in ihrer persönlichen Entfaltung und der Teilnahme am öffentlichen Leben behindert? Aus vielfältigen Analysen sind nachfolgende Behinderungsfelder abzuleiten:

- das Wohnumfeld und die Wohnungen,
- öffentliche Gebäude; dazu gehören Verwaltungsgebäude der Städte und Gemeinden, Amtsgerichte, Landratsämter, Sparkassen, Arbeitsämter, Bahnhöfe, Bushaltestellen, Schulen, Hochschulen und Universitäten, Polizeireviere, Büchereien, Theater, Museen und andere,
- Informationsmöglichkeiten wie Internet, Television und Rundfunk für sinnesbehinderte Menschen.

Runde Tische, Verbände und Organisationen haben sich mit Barrierefreiheit beschäftigt, haben diese analysiert und Vorschläge eingebracht. Natürlich hat sich auch die Landesregierung von Sachsen-Anhalt dem Problem gestellt, und gerade im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen wurden viele Initiativen auf den Weg gebracht. So wurde das Baugesetz novelliert, das GVFG geändert, das BGG verabschiedet, die Barrierefreiheit des FRISA wurde hergesellt, das Handbuch „Tourismus für alle - Barrierefreier Tourismus in Sachsen-Anhalt“ wurde erarbeitet, der Wettbewerb „Auf dem Weg

zur barrierefreien Kommune“ aufgelegt und bereits abgeschlossen.

Hierbei sollten wir nicht stehen bleiben. Es sind kurzfristig Barrieren zu beseitigen, in den landeseigenen Gebäuden, in den Beratungsstellen der Kommunen und freien Träger. Weiter sind alle Förderrichtlinien des Landes Sachsen-Anhalt dahin gehend zu ändern, dass künftig das Kriterium der Barrierefreiheit Grundlage für die Vergabe von Fördermitteln sein wird. Der Wettbewerb „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“ sollte fortgeführt werden.

Ein weiteres Programm sollte zur Herstellung der Barrierefreiheit in allen öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen für sinnesbehinderte Menschen aufgelegt werden. Ein anderes Programm sollte die Förderung einer barrierefreien Internetpräsentation der Städte und Kommunen beinhalten.

Die Landesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass der MDR das Angebot für hörbehinderte Menschen ausweitet. Die Kriterien der Barrierefreiheit sind im Stadtumbau Ost durchzusetzen.

Ich freue mich auf die Berichte und die Diskussionen über das Thema „Barrierefreiheit“ in den Ausschüssen und bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Damit hat als letzter Redner noch einmal Herr Dr. Eckert das Wort.

(Minister Herr Dr. Daehre: Darf ich noch ein paar Worte sagen?)

- Der Minister hatte sich als letzter Redner angemeldet. Aber wenn Sie vor Herrn Dr. Eckert sprechen wollen, bitte sehr, Herr Minister. - Herr Minister Dr. Daehre spricht in Vertretung des Ministers für Soziales Herrn Gerry Kley.

Herr Dr. Daehre, Minister für Bau und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte es doch nutzen, dass ich als Vertreter des Sozialministers einmal am Rednerpult stehen darf, weil es mich doch etwas erstaunt hat, dass die Fraktionen, auch die Regierungsfraktionen, ihre verkehrs- oder wohnungspolitischen Sprecher haben sprechen lassen für den Bereich. Das Gleiche gilt auch natürlich auch für die SPD-Fraktion. Das muss ich schon sagen.

Deshalb zunächst einmal Folgendes: Ich bin der Meinung, dass das Reduzieren des Themas auf die Bauordnung, was durch die Redner nicht erfolgt ist, zu kurz greift. Was wir brauchen, ist zunächst einmal ein gesellschaftlicher Konsens darüber, dass wir die in Rede stehenden Probleme lösen wollen.

(Zuruf von Herrn Dr. Eckert, PDS)

- Moment, ich komme gleich darauf. Herr Eckert, Sie haben gesagt, das kostet alles nicht mehr Geld. Darin stimme ich mit Ihnen nicht überein. Wir können einen Maßnahmenkatalog erarbeiten. Dieser wird abgearbeitet werden und das wird zusätzliches Geld kosten. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass alles das, was wir machen, Euros kostet. Das sollten wir den Leuten auch sagen. Dann muss die Gesellschaft entscheiden, ob dieser Schwerpunkt gesetzt werden soll. Die erforder-

lichen gesetzlichen Bestimmungen - Herr Sachse hat das zum Ausdruck gebracht - haben wir.

Als nächstes ist die Frage zu stellen, welcher Kreistag bzw. welches Stadtparlament sich in der Vergangenheit mit diesem Thema beschäftigt hat.

(Herr Dr. Eckert, PDS: Halberstadt!)

- Das ist eine Ausnahme. Wir können sicherlich noch ein paar mehr aufzählen. Aber wir haben 1 356 Kommunen. Das ist in dem Bereich zu wenig.

Ich könnte versuchen, einen Konsens herzustellen. Herr Kollege Püchel, ich könnte natürlich auch auf die acht Jahre Ihrer Regierungszeit hinweisen. Das tue ich nicht. Da hätte ein solcher Maßnahmenkatalog schon gemacht werden können. Das hätte alles schon auf den Weg gebracht werden können.

Ich sage nur eines, Herr Eckert - das ist die Voraussetzung für eine weitere Zusammenarbeit auf diesem Sektor -: Sie haben im Zusammenhang mit der Barrierefreiheit von Skandal gesprochen. Ich kann Ihnen erzählen, wie es 1989 war und wie Behinderte in der DDR transportiert und untergebracht worden sind. Ich will es nicht immer wieder sagen. Aber lassen Sie bitte das Wort „Skandal“ in dem Zusammenhang weg, wenn wir uns alle bemühen, für die Behinderten in diesem Lande etwas zu bewegen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich will Ihnen ein Weiteres sagen: Ich bin viel bei den Behindertenverbänden. Die Behindertenverbände gebrauchen dieses Vokabular nicht. Sie sind natürlich kritisch. Aber sie sind dankbar dafür, dass sich etwas bewegt. Wenn wir anfangen, das als skandalös zu bezeichnen, dann fallen mir unheimlich viele Beispiele ein, die ich anführen könnte, um deutlich zu machen, was wirklich ein Skandal ist.

Wir haben natürlich die Situation vorgefunden, dass wir Maßnahmen im Bereich des ÖPNV und vieles andere noch auf den Weg bringen müssen. Dabei geht es nicht nur um Behinderungen, sondern um Mobilitätssechränkungen. Wir dürfen nicht nur von den Behinderten reden, sondern wir müssen von den Mobilitätseingeschränkten reden. Die Menschen werden immer älter und darauf müssen wir uns einstellen.

Wir müssen aber auch an die Wohnungsunternehmen appellieren. Ich sehe es bei 100 000 leer stehenden Wohnungen überhaupt nicht ein, dass der Staat die Wohnungsunternehmen auffordern sollte, etwas für die Barrierefreiheit zu tun. Die Unternehmen müssen von sich aus einmal handeln: Hier ist eine Klientel. Da muss ich dafür sorgen, dass die Wohnungen entsprechend ausgebaut werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das kann nicht alles immer noch zentralistisch geregelt werden. Alles nur über Fördermittel zu machen, ist nicht der richtige Weg. Wir haben in Sachsen-Anhalt keinen Wohnungsnotstand mehr, sondern - im Gegenteil - einen Wohnungsüberhang. Diejenigen, die Mieter suchen, sollen einmal selbst etwas bewegen.

Ich habe die Studie von Herrn Hoffmann gelesen. Ich habe mir wirklich die Mühe gemacht und mir das angeschaut. Ich erkenne an, dass er sich damit sehr viel Mühe gemacht hat. Aber man muss, was die Studie an-

geht, differenzieren. Darin kritisiert Herr Hoffmann zum Beispiel den Landesrechnungshof in Dessau wegen des nicht barrierefreien Zugangs zum Landesrechnungshof. Nun haben mich meine Experten gefragt, wie hoch die Zahl der Besucher mit Behinderungen beim Landesrechnungshof ist.

(Zuruf von Frau Bull, PDS)

- Nein. Wir sind nicht beieinander. Wir müssen erst einmal sehen - da stimme ich mit Ihnen wieder überein -, dass wir Schwerpunkte setzen und schauen, wo Publikumsverkehr ist und noch keine Barrierefreiheit besteht. Wir dürfen nicht bei den Extrempfällen anfangen, etwas zu tun. Das ist ein langer Prozess, den wir gemeinsam durchstehen müssen.

Eines aber möchte ich hervorheben: Wenn wir das Problem Geld ausklammern, dann wecken wir Hoffnungen, die wir alle nicht erfüllen können. Es sollte also nicht immer nur auf die Bauordnung geschaut werden. Es bringt nichts, wenn diese mehrmals novelliert wird und wir letztlich das machen, was wir schon haben.

Darüber hinaus muss ein gesamtgesellschaftlicher Konsens darüber hergestellt werden, dass es Schritt für Schritt vorangehen muss und dass es keine Stagnation geben darf. Da, denke ich, sind wir nah beieinander.

Ich habe die Hoffnung, dass viele Kommunen bis 2005 erkannt haben, dass sie sich hieran beteiligen müssen. Die Zeitschiene ist bis 2005 verlängert worden. Ich habe die Hoffnung, dass die Kommunen erkennen, dass es auch um einen Wettbewerb für die Bürger in Sachsen-Anhalt geht und dass sie deshalb bestimmte Angebote vorhalten.

Wie gesagt, es geht alles nur Schritt für Schritt. Ich denke, das, was von 1990 bis 2004 durch alle Landesregierungen und die Bundesregierungen auf diesem Gebiet erreicht worden ist, kann sich sehen lassen. Wenn man die Situation bei uns - das darf ich jetzt, noch etwas übermüdet und aus einem anderen Kulturreis kommand, sagen - mit der Situation dort vergleicht, woher ich komme, dann sind unsere Probleme ganz, ganz klein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. - Herr Dr. Eckert, Sie können jetzt den Schlussakzent setzen. Bitte sehr.

Herr Dr. Eckert (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was heißt „Schlussakzent setzen“? Das Problem ist, dass man anscheinend nicht verstehen will, was hier angedacht ist. Öffentliches Programm bedeutet nicht immer Förderprogramm. Ein Förderprogramm habe ich auch nicht beantragt, sondern ein Programm zur Offensive, damit endlich einmal etwas passiert.

Ich muss auch deutlich sagen: Gerade die unteren Baubehörden - oder wie sie heißen; ich meine die Ämter dort - sind eben nicht in der Lage, entsprechende Bewertungen und Beurteilungen durchzuführen. Sie lassen daher bestimmte Dinge zu. Jetzt ist für mich die Frage, wie man das in die Köpfe hineinbekommt. Sie sagen, jede einzelne Kommune stellt das dar und wir probieren das einmal. Das heißt, wir brauchen einen Dialog. Richtig.

Es wird gesagt, dass man Maßnahmen zur Barrierefreiheit will, wenn sie möglich und notwendig sind. Ich sage Ihnen, dass das in jedem Neubau notwendig ist; denn irgendwann wird es so viele Leute geben, die da nicht mehr hineinkommen, dass wir ein Problem haben werden. Deshalb kann ich überhaupt nicht verstehen, dass man das in Zweifel zieht. Normalerweise müssten laut Bauordnung alle neu gebauten Gebäude entsprechend ausgestattet sein.

Damit komme ich zum nächsten Punkt. Es ist ja gesagt worden, wir sollten keine Verengung zulassen. Die Realität ist aber die Verengung. Wir haben tatsächlich keine Barrierefreiheit, sondern wir haben nur die Rollstuhlfreiheit geschaffen, und das auch noch nicht einmal überall, wo es möglich gewesen wäre.

Sie haben ja Recht, dass sehr viel neu gebaut worden ist. Aber ich frage Sie, ob tatsächlich alle Möglichkeiten, Barrierefreiheit zu schaffen, genutzt werden. Ich sage Ihnen: Nein. Da wurde also Geld verschenkt. Es wurden auch Möglichkeiten verschenkt, entsprechend zu handeln.

Das Problem ist doch, dass bislang jedes einzelne Ressort mehr oder weniger etwas macht. Manche machen das richtig geheim. Das Kultusministerium zum Beispiel hat bestimmte Maßnahmen ergriffen, von denen niemand etwas weiß. Das Problem ist, dass es keine Koordinierung zwischen den einzelnen Ressorts gibt. Diese Koordinierung, die auch zu Synergieeffekten führen würde, ist notwendig. Insofern weise ich noch einmal darauf hin, dass leider Gottes auch die Barriere in den Köpfen der Verantwortungsträger noch sehr hoch ist.

Herr Minister, Sie zwingen mich zu weiteren Untersuchungen, durch die der Nachweis erbracht wird, dass das, was gebaut worden ist, tatsächlich nicht entsprechend der Bauordnung gebaut worden ist. Wenn Zuwendungen des Landes geflossen sind, wenn eine müde Mark an Landesmitteln dorthin gegangen ist, dann - das muss ich Ihnen sagen - werde ich klagen müssen; denn dann haben Sie nicht nachgeprüft, ob die Mittel ordentlich verwendet worden sind. So bewerte ich das, wenn da Landesmittel drin sind.

(Minister Herr Dr. Daehre: Richtig!)

Insofern freue ich mich schon darauf, dass wir das in einem halben oder dreiviertel Jahr mit ganz konkreten Beispielen auf die Tagesordnung bringen können. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Eckert. - Meine Damen und Herren! Wir treten jetzt in den Abstimmungsprozess ein. Einen Überweisungsantrag habe ich nicht vernommen. Wir stimmen also direkt ab. Herr Dr. Eckert hat den Vorschlag unterbreitet, den Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in den Antrag der PDS-Fraktion aufzunehmen. Ist dazu Bereitschaft vorhanden?

(Zurufe von der CDU: Nein!)

- Nein. - Damit stimmen wir zunächst über den Antrag der PDS-Fraktion in der Drs. 4/1564 ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei der PDS- und bei der SPD-Fraktion. Gegenstimmen? - Bei der CDU- und bei der FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir stimmen nun über den Alternativantrag in der Drs. 4/1583 ab. Wer diesem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei der SPD-, bei der CDU-, bei der FDP- und vereinzelt bei der PDS-Fraktion. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Überwiegend bei der PDS-Fraktion. Damit ist dieser Alternativantrag mehrheitlich angenommen worden. Der Tagesordnungspunkt 19 ist somit abgeschlossen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zum **Tagesordnungspunkt 21:**

Beratung

Wahl der Vertrauensleute und deren Stellvertreter für den beim Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt zu bestellenden Ausschuss gemäß § 7 Abs. 6 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AG VwGO LSA)

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der PDS und der FDP - **Drs. 4/1571**

Meine Damen und Herren! Auch wenn wir damit zum letzten Tagesordnungspunkt kommen und uns im Vorfeld darauf verständigt haben, hierzu keine Debatte zu führen, so betrifft dieser Tagesordnungspunkt doch ein, wie ich meine, nicht unwichtiges Thema. Es geht um die Wahl der Vertrauensleute für die Wahl der ehrenamtlichen Richter.

Das Oberverwaltungsgericht entscheidet in bestimmten Verfahren mit ehrenamtlichen Richtern. Diese wiederum in ihr Amt zu bringen, ist ein etwas kompliziertes Verfah-

ren. Sie werden nicht direkt gewählt; nach den gesetzlichen Vorschriften sind dafür Vertrauensleute erforderlich, die wiederum vom Landtag gewählt werden müssen.

Das Gesetz lässt dafür zwei Möglichkeiten zu: Entweder erfolgt die Wahl der Vertrauensleute im Plenum oder wir beauftragen den Ausschuss für Recht und Verfassung, dies zu tun.

In dem interfraktionellen Antrag ist die Empfehlung enthalten, den Ausschuss für Recht und Verfassung damit zu beauftragen. In der Vergangenheit ist dieses Verfahren bereits mehrfach praktiziert worden. Ich denke, das Plenum kann dem vorgelegten Antrag folgen. Insofern bitte ich um Ihre Zustimmung.

Wer dem interfraktionellen Antrag in Drs. 4/1571 seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen worden.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine abschließende Bemerkung. Wir sind am Ende der 21. Sitzungsperiode des Landtages angelangt. Ich berufe den Landtag zu seiner 22. Sitzungsperiode für den 17. und 18. Juni 2004 ein.

Meine Damen und Herren! Das Ende ist gekommen. Ihre Stimmung heitert sich auf, ich hoffe, das Wetter am Wochenende ebenfalls. Ich wünsche Ihnen ein heiteres Wochenende. Die Sitzung ist geschlossen.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Schluss der Sitzung: 16.53 Uhr.